stattgefunden und wir haben leider eine Gemeindediktatur, weil die republikanischen Parteien sich über die Beute nicht einigen können. — Das ist im kurzen, was wir über die Lage der portugiesischen Partei sagen können. Wir wollen den Schleier wegreißen, der die Verfolgungen des portugiesischen Proletariats verhüllt. Wir wollen, daß die Welt, die Internationale der Arbeiter wisse, daß gegen unsere republikanische Regierung, die eine Maskerade der Demokratie ist, im äußersten westlichen Teile Europas es ein organisiertes Proletariat und eine Partei gibt, die für die Befreiung der Arbeiter und für den Sozialismus arbeitet. Wir wiederholen, was wir in der Zeit des monarchistischen Putsches dem Internationalen Bureau mitteilten: Wir sind und bleiben Sozialisten, wir wollen keine Rückkehr zur Vergangenheit, die Republik bedeutet für uns einen Schritt vorwärts, aber wir lassen uns von der Republik nicht alles gefallen. — Zum Schluß wünschen wir Ihren Beratungen besten Erfolg. Es lebe die Internationale, deren Bannerträger die deutsche Sozialdemokratie ist. (Stürmischer Beifall.)

Camille Huysmans, Sekretär des Internationalen Bureaus in Brüssel (lebhaft begrüßt): Der Ausschuß des Internationalen Bureaus hat mich hierhergeschickt, um Sie herzlich zu begrüßen. Aber Vandersmissen und ich sind noch zu anderen Zwecken hierher gekommen. Wir wollten auf Einladung der Berliner Genossen Ihnen erzählen, wie wir es bei dem belgischen Massenstreik gemacht haben. Nur objektiv wollten wir Ihnen sagen, wie wir eine Bewegung organisiert haben. Das wurde uns nicht gestattet, aber wir trösten uns leicht. Was wir oratorisch nicht machen dürfen, können wir literarisch tun. Wir haben aber noch einen anderen Trost. Wenn es Länder gibt, wo man Sozialdemokraten die Tür weist und sie als unerwünschte Gäste behandelt, so gibt es andere, wie wir von Troelstra gehört haben, wo sie eingeladen werden, selbst in Paläste, wo sie königliche Ratgeber werden. Das ist ein Symbol der wachsenden Kraft wie auch der Varietät unserer Politik.

Im nächsten Jahre werden wir einander in Wien begrüßen. Hoffentlich sehen wir dort die Verwirklichung der sozialistischen Einheit Großbritanniens. Das wird auch noch einen weiteren Erfolg haben, nämlich die Verwirklichung der Einheit in Kanada, in Südafrika und selbst in Australien. Wir hoffen dann auch, daß wir bei einer geeinigten Sozialdemokratie in Oesterreich und Böhmen tagen können.

Seit zwei Jahren wurde unsere Bewegung gekennzeichnet durch eine Vermehrung unseres moralischen Einflusses, weil wir allein vor gewissen Ereignissen unseren Prinzipien treu geblieben sind. Als der Krieg in Italien losbrach, war die Sozialdemokratie allein gegen das ganze Bürgertum. Dasselbe geschah in Bulgarien, Serbien, in den ganzen Balkanstaaten. Wir sind also diesen Genossen unseren Dank schuldig. Heute sieht man, wie klug die Politik der internationalen Sozialdemokratie gewesen ist. (Sehr richtig!) Die Ereignisse haben das bewiesen. Neue wichtige Probleme werden vielleicht in Wien vor uns stehen. Was wir festgelegt haben für Europa, müssen wir vielleicht auch festlegen für andere Erdteile, für Asien, für Persien und für China, wo die junge demokratische Bewegung von den europäischen Geldleuten erwürgt wird.

Der Geist der Melancholie umwehte uns, als wir in den Saal traten. Wir gedenken aber des Wortes des Meisters, des Wortes der Hoffnung, wir bleiben nicht in Trauer stehen, wir gedenken des Wortes, das in allen Sprachen als Symbol erscheint: Forward! sagt der Engländer, en avant! sagt der Franzose, Vorwärts, Genossen! (Lebhafter Beifall.)

Ebert: Ich danke namens des Parteitages den Vertretern unserer Bruderparteien für die freundlichen Worte, die sie an uns gerichtet haben, ich kann wohl versichern, daß das deutsche Proletariat beseelt ist von den gleichen brüderlichen Gefühlen, und daß wir stets mit größtem Interesse den Kämpfen unserer Bruderparteien folgen werden. In tatkräftiger Erfüllung ihrer internationalen Pflichten und in guter Pflege der kameradschaftlichen Beziehungen zu allen Bruderparteien hat die deutsche Partei immer ihren Stolz gesetzt. (Beifall.)

Von einer Anzahl anderer Bruderparteien wird der Parteitag durch Telegramme begrüßt, so durch unsere italienische Bruderpartei, die schwedische Sozialdemokratie, den Vorstand der dänischen sozialdemokratischen Partei, den Kongreß des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, das Organisationskomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, das Warschauer und Lodzer Komitee der Sozialdemokratie Polens und Litauens, die ausländischen Gruppen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands in Paris.

Es wird beschlossen, die übrigen geschäftlichen Dinge, Festsetzung der Geschäftsordnung, der Tagesordnung und der Tagungszeit morgen zu erledigen.

Der Parteitag vertagt sich um 9½ Uhr auf Montag 9 Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 15. September 1913. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender Ebert eröffnet die Verhandlung um 9 Uhr mit der Mitteilung, daß von der französischen Sozialdemokratie ein Begrüßungstelegramm eingelaufen ist. Als Vertreter der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs ist Genosse Stein erschienen.

Die Geschäftsordnung ist vom Parteivorstand und vom Parteiausschuß geändert worden. Die Aenderungen sind nur formaler Natur. Sachlich ist die alte, bewährte Geschäftsordnung beibehalten.

Ohne Debatte nimmt der Parteitag dann die Geschäftsordnung unverändert an.

Vorsitzender **Ebert:** Parteivorstand und Parteiausschuß haben beschlossen, auch die Frage des politischen Massenstreiks zu erörtern, und zwar soll das in folgender Weise geschehen. Die Frage steht in gewissem Zusammenhang mit der parteipolitischen Situation und mit der Tätigkeit des Parteivorstandes. Der Referent zum ersten Punkt der Tagesordnung soll die Frage des politischen Massenstreiks ebenfalls erörtern, dann aber sollen die Verhandlungen getrennt werden, und zwar soll zunächst verhandelt werden über den Geschäftsbericht des Parteivorstandes, die hier einschlägigen Anträge, und dann soll gesondert verhandelt werden über die Frage des politischen Massenstreiks.

Darauf wird über die zur Tagesordnung des Parteitages gestellten Anträge entschieden. Die Anträge 1, 2, 3, 4, 5 und 87 werden für erledigt erklärt. Antrag 86 wird zurückgezogen.

Der Parteitag beschließt, von 9 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags zu tagen.

Hierauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung.

Den Bericht des Vorstandes erstattet

Scheidemann: Der Parteivorstand hat schon vor zwei Monaten seinen Bericht veröffentlicht. Ich nehme an, daß Sie ihn alle kennen. An diesem Bericht hat Genosse Bebel noch mitgearbeitet. Ich verweise auf den schrift-

lichen Bericht und sehe meine Aufgabe heute nur darin, Ergänzungen zu geben, sowie auf Anregungen und Anträge einzugehen. So wie das Berichtsjahr das letzte Jahr gewesen ist mit dem Genossen Bebel, so war es das erste mit dem in Chemnitz eingesetzten Parteiausschuß. Es freut mich, ausdrücklich feststellen zu können, daß nach den bisher gemachten Erfahrungen diese Einrichtung sich gut bewährt hat; ich freue mich um so mehr, das feststellen zu können, weil vereinzelt gegen den Parteiausschuß, in Verbindung damit natürlich auch gegen den Parteivorstand, schon Vorwürfe erhoben worden sind. Es ist in einer öffentlichen Versammlung von einem Genossen in einflußreicher und verantwortungsvoller Stellung die Behauptung aufgestellt worden, anstatt den Parteiausschuß mit großen politischen Fragen zu beschäftigen, habe ihn der Parteivorstand nur zur Erledigung von Verwaltungsfragen herangezogen, die ohne ihn hätten erledigt werden können. Wenn ich sage, diese Behauptung ist irrtümlich, so trifft das daneben, denn entweder hat der betreffende Genosse nicht gewußt, was der Parteiausschuß bisher gemeinsam mit uns gearbeitet hat, dann beging er keinen Irrtum, als er die Behauptung aufstellte, oder er hat es gewußt, dann ist die Situation für ihn natürlich noch peinlicher. Ich stelle fest, daß alle unsere parteipolitischen Aktionen in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß beraten worden sind. Und mehr noch. Auch alle Aktionen, die bei dieser oder jener Gelegenheit vielleicht noch hätten in Betracht kommen können, aber nicht stattgefunden haben, sind in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß beraten worden. Zunächst nun einige Mitteilungen, die ich pflichtgemäß machen muß.

Der Chemnitzer Parteitag hat uns zahlreiche Anträge überwiesen, mit denen wir uns im Laufe des Jahres beschäftigen mußten. Wie der Parteivorstand mit allen diesen Anträgen verfahren ist, ersehen Sie aus dem schriftlichen Bericht. Ich will nur auf einige Anträge hinweisen, die uns längere Zeit hindurch beschäftigt haben und die wir auch in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß haben behandeln müssen. In Chemnitz wurde uns u. a. die Angelegenheit eines Genossen überwiesen, der aus einer ausländischen Bruderpartei ausgeschlossen war, dann die Aufnahme in die deutsche Organisation nachsuchte, jedoch an dem einen Orte abgewiesen, in einer anderen Stadt aber aufgenommen wurde. In welcher Weise der Parteivorstand im Einverständnis mit dem Parteiausschuß glaubt, diese Sache generell regeln zu können, ersehen Sie aus dem Antrag 45. — Dann ist vom Chemnitzer Parteitag uns der Antrag 219 überwiesen worden, der bestimmte Veranstaltungen für Jugendliche im Alter von 18 bis 21 Jahren wünscht. Zentralbildungsausschuß, Parteivorstand und Parteiausschuß sind sich vollkommen darin einig, daß alles geschehen muß, was irgend geschehen kann, um die Jugendbewegung zu fördern. Parteigenossen, es ist um so selbstverständlicher, daß wir alles tun, um die Jugend zu gewinnen und mit unseren Ideen zu erfüllen, weil wir genau wissen, wie außerordentlich schwer die Jugendbewegung von oben herunter bedrückt wird; weil wir wissen, wie durch einseitige Auslegung gesetzlicher Bestimmungen die unpolitische proletarische Jugendbewegung genau so gehemmt wird, wie man andererseits die offenkundig politische „patriotische" Jugendbewegung, namentlich den Jungdeutschlandbund, unter allen Umständen zu fördern sucht. Doch das ist ein besonderes Kapitel, auf das ich hier nicht näher eingehen kann. Aber das möchte ich doch feststellen: es ist unerhört, wenn man sehen muß, wie Veranstaltungen rein wissenschaftlicher und künstlerischer Art unserer Jugendbewegung unterdrückt werden, wie man gewaltsam politische Veranstaltungen konstruiert hat aus Ausflügen, aus Vorträgen über Schubert und Beethoven. (Hört! hört!) Es ist also ganz selbstverständlich,

daß wir die Jugendbewegung nach Möglichkeit fördern, daß ihr all unsere Sympathien gehören müssen. (Bravo!) Nun war beschlossen worden, besondere Veranstaltungen zu treffen für die jungen Leute im Alter von 18 bis 21 Jahren. Das ist die Altersklasse, die berechtigt ist, in politische Organisationen einzutreten, denn das ist ja „nur" denen unter 18 Jahren verboten. Wenn diese jungen Leute vollkommen unvorbereitet, politisch nicht geschult, in unsere Organisationen hineinkommen, haben wir mit ihnen und sie mit uns insofern Schwierigkeiten, als ihnen das Verständnis für die vielen rein geschäftlichen Dinge der politischen Organisation fehlt, so daß sie in diesen Versammlungen nicht finden, was sie erwartet haben, daß sie sich vielleicht langweilen usw. Um dem zu begegnen, waren eben besondere Veranstaltungen für die jungen Leute verlangt worden. Was geschehen soll, darüber herrschte vollkommene Einigkeit in den drei Korporationen. Es ist ein Zirkular ergangen an die Parteiorganisationen und alle Bildungsausschüsse, in dem bestimmte Vorschläge gemacht werden, wie man am besten die jungen Leute vorbereitet und einführt. Es wird darin gesagt, daß man für die jungen Leute besondere Veranstaltungen treffen muß, um sie zu informieren über das, was ihnen am nächsten liegt, was für sie wichtig und fesselnd ist. Es heißt da u. a.: es interessiert die jungen Arbeiter in jenen Jahren, die allgemeinen Fragen der Weltanschauung mit ihren Altersgenossen zu diskutieren. Die Organisation muß dieser Jungmannschaft deshalb Gelegenheit zu geistiger Fortbildung und zum gelegentlichen Zusammentreffen mit ihren Altersgenossen geben. Es werden dann bestimmte Vorschläge gemacht, wie die großen und wie die kleineren Organisationen arbeiten sollen, um die jungen Leute einzuführen in bestimmte Wissensgebiete. Die Einzelheiten hier zu schildern, würde zu weit führen. Jedenfalls steht fest, daß wir wie bisher schon auch künftig alles Mögliche tun werden, um die Jugendbewegung zu fördern. Ich glaube deshalb, daß Sie die auf die Jugendbewegung Bezug nehmenden Anträge, in denen gefordert wird, was in Wirklichkeit bereits geschieht, z. B. im Antrag 77 von Weimar, als erledigt ansehen können.

Der vorige Parteitag hat uns auch einen Antrag zur Erwägung übergeben, in dem die Einsetzung einer Studienkommission gefordert wurde, der die bestimmte Aufgabe gestellt werden soll, auf agrarischem Gebiet zu arbeiten — es war der Antrag 150. Wir haben uns auch mit dieser Frage sehr eingehend beschäftigt und der Parteiausschuß hat den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zugestimmt. Es ist beschlossen worden, Ihnen vorzuschlagen, daß eine agrarische Studienkommission eingesetzt werden soll. Wie die Kommission arbeiten soll, welche Aufgaben man ihr stellt, ist eingehend erörtert worden in einem Artikel, der in der neuesten Nummer der „Neuen Zeit" vom Genossen Braun veröffentlicht worden ist. Dieser Artikel entspricht einer Rede, die Braun in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Parteiausschuß gehalten hat. Parteiausschuß und Vorstand schlagen Ihnen vor, die Wahl der Studienkommission diesen Korporationen zu überlassen. Es empfiehlt sich das, weil man die Zusammensetzung einer solchen Arbeitskommission, die ein ganz bestimmtes Gebiet beackern soll, nicht einer Zufallsmehrheit überlassen soll. Es ist vielmehr notwendig, daß die Genossen, von denen man bestimmt weiß, sie bringen der Agrarfrage Interesse entgegen, sie bringen schon bestimmte Kenntnisse auf diesem Gebiet mit, mit Sicherheit in die Kommission hineinkommen. Es soll diese Kommission auch das Recht der Kooptation haben. Es ist wohl selbstverständlich, daß sie die Möglichkeit haben muß, sachverständige Berater hinzuzuziehen. Ich hoffe, daß Sie diesen Vorschlägen zustimmen werden. Dadurch würden sich die Anträge 13 und 14 erledigen.

In der Vorlage finden Sie auch in diesem Jahre wieder einige Anträge, ich will nur den Antrag Teltow-Beeskow 49 erwähnen, in denen verlangt wird, daß eine Modenzeitung herausgegeben wird. Wir haben uns im Parteivorstand mit diesem Vorschlag, der gewiß nichts Revolutionäres an sich hat (Heiterkeit), lebhaft beschäftigt. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, es empfiehlt sich nicht, die Angelegenheit weiter auf einem Parteitag zu erörtern. (Sehr richtig!) Wir haben wiederholt in langen Sitzungen mit sachverständigen Leuten darüber beraten und sind nach Einholung von Gutachten zu dem Ergebnis gekommen, daß es für einen Privatkapitalisten, der in ein solches Unternehmen mindestens eine Million hineinstecken kann, eine sehr riskante Sache ist, bei der Konkurrenz und gewissen monopolartigen Unternehmungen auf diesem Gebiet einen solchen Versuch zu wagen. Für eine politische Partei erscheint die Ausführung eines solchen Unternehmens absolut unmöglich. (Sehr richtig!) Wir treten aber nicht mit leeren Händen vor Sie hin. Wir haben während der Beratungen einen Beschluß gefaßt, zu dem wir die Zustimmung des Parteiausschusses erhalten haben und zu dem wir auch Ihre Zustimmung erhoffen. Wir haben nämlich beschlossen, ein Illustriertes Familienblatt für die Partei herauszugeben, das alle 14 Tage erscheinen soll. Es soll in Großquartformat auf gutem Papier gedruckt werden, bis zu 40 Seiten stark sein und 25 Pf. pro Nummer kosten. Es soll beste Unterhaltungsliteratur geboten werden; es soll Wichtiges aus den Gebieten der Kunst, Wissenschaft und Technik gebracht werden; weiter soll den Wünschen, die wir in den Anträgen von Teltow-Beeskow und anderen Organisationen finden, Rechnung getragen werden, indem auch Hauswirtschaftliches gebracht werden soll, Rezepte für Küche und Keller, Muster einfacher Kleider, namentlich Kinderkleider und dergleichen mehr. Ich hoffe, daß Sie das Unternehmen mit Freude begrüßen werden. Es wird leider nicht möglich sein, die erste Nummer vor dem nächsten Parteitag herauszubringen. Es sind doch erhebliche Schwierigkeiten damit verknüpft. Wir haben schon viele Versuche gemacht, eine Redaktion zusammenzubringen, die der großen Aufgabe gewachsen ist. Wir sind mit der Zusammensetzung dieser Redaktion noch nicht zu Ende gekommen. Es kommen auch Schwierigkeiten hinzu bei der Beschaffung der Maschinen, denn wir wollen auch hier das denkbar Beste liefern, so soll das Tiefdruckverfahren von vornherein eingeführt werden, um die denkbar besten Illustrationen bringen zu können. Ich hoffe, Sie werden einverstanden sein mit der Schaffung eines solchen Unternehmens und Sie werden alles tun, um der Einführung des neuen Blattes die Wege zu ebnen, damit wir die Schundliteratur, die sich vielfach noch in Arbeiterwohnungen findet, durch ein wirklich gutes sozialdemokratisches Blatt verdrängen. (Beifall.)

Ich komme auf den schriftlichen Bericht zurück. Begreiflicherweise hat es unangenehm überrascht, daß die Fortschritte unserer Organisation hinsichtlich der Mitgliederzahl nicht den Fortgang genommen haben, den wir allgemein erwünschten. Und doch, wenn man den Dingen auf den Grund geht, ist die Ursache sehr leicht zu finden. Wenn in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Krise hereinbricht, Tausende und Abertausende arbeitslos werden und ihren Arbeitsort verlassen müssen, ohne daß neue Arbeiter dafür hinzukommen, so ist das schon ein sehr plausibler Grund für den Rückgang oder den Stillstand der Organisation in vielen Orten. (Sehr richtig!) Ich will auf die Einzelheiten nicht näher eingehen, das wird Kollege Braun nachher tun.

Ich habe mich zunächst zu befassen mit eigenartigen Schlüssen, die aus dem geringen Fortgang der Organisation gezogen worden sind und die darauf hinauslaufen, Vorwürfe gegen den Parteivorstand zu erheben. Unsere Gegner

haben ja von jeher gesagt, daß die Sozialdemokratie anfange stillzustehen, sie haben von einem Krebsgang gesprochen und wir kennen ja das Wort von der „vorübergehenden Erscheinung". Das alles sind trügerische Hoffnungen der Gegner, die sich an Strohhalme klammern. Es steht fest, daß die Entwickelung unserer Organisation sich keineswegs in gerade aufsteigender Linie vollzogen hat. Im vorigen Jahre beim Bericht über das Wahljahr 1911/12, also über das Jahr der denkbar größten Agitationsentfaltung, mußte Genosse Ebert in seinem Geschäftsbericht leider feststellen, daß wir auch damals in nicht weniger als 71 Wahlkreisen einen absoluten Rückgang in der Organisation zu verzeichnen hatten. Das hat nichts Beängstigendes an sich, da kommen Ursachen in Betracht, die uns nicht zu schrecken brauchen. Uebrigens kann ich hier vielleicht einfügen — ich bitte aber, mich nicht mißzuverstehen —, daß jetzt vielleicht diejenigen Parteigenossen zufrieden sind, die früher bei dem schnellen Wachstum gesagt haben: wir wachsen zu schnell in die Breite, aber nicht in die Tiefe. (Sehr gut!) Der Vorwurf kann jetzt nicht erhoben werden. Im vorigen Jahre ist alles Erdenkliche geschehen, dafür zu sorgen, daß die sozialistischen Lehren mehr in die Tiefe dringen. Wir haben im vorigen Jahre eine Arbeitsleistung zu verzeichnen, die sich sehen lassen kann. In der inneren Organisations- und Aufklärungsarbeit sind wir vorgegangen, wie selten vorher. Besonders auf den Gebieten der Jugendbewegung und der Frauenbewegung haben wir fleißig gearbeitet. Einige tatsächliche Angaben über die Arbeit des Vorjahres will ich vortragen, weil sie interessant sind für die eigenen Genossen, aber auch die hämisch über den „Stillstand" sich freuenden Gegner interessieren dürften. Zu beachten ist, daß die Vergleichszahlen für 1911/12 ein volles Jahr treffen, während das Berichtsjahr 1912/13 diesmal bekanntlich nur 9 Monate umfaßt. Das ist zur Würdigung der Zahlen wohl zu beachten. Jugendausschüsse hatten wir im Jahre 1912: 574, im Jahre 1913: 655. Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" waren 1912: 80 086, 1913: 99 540. Ich zähle nun die Bildungsveranstaltungen für die Jugend auf: Da hatten wir Einzelvorträge 1912: 3474, 1913: 3309, Unterrichtskurse 1912: 103, 1913: 206, künstlerische Darbietungen 1912: 1648, 1913: 2405. Was den Zentralbildungsausschuß betrifft, so betrug die Zahl der Ausschüsse 1912: 327, 1913: 364. Vortragskurse wurden gehalten im Jahre 1912: 243, 1913: 420. Künstlerische Veranstaltungen hatten wir 1912: 451, 1913: 668, wissenschaftliche Wanderkurse 1912: 654, 1913: 941. Das läßt einen schönen Rückschluß auf die wohlorganisierte Bildungsarbeit der Partei zu. (Sehr richtig!) Die Zahl der täglich erscheinenden Parteiblätter ist gestiegen von 86 im Jahre 1912 auf 90 im Jahre 1913, die Zahl der Ortsvereine von 4827 im Jahre 1912 auf 4978 im Jahre 1913, die Zahl der verbreiteten Flugschriften usw. betrug 1912: 107,3 Millionen, 1913: 47,2 Millionen, die Zahl der Mitgliederversammlungen 1912: 42 241, 1913: 36 393, die Zahl der öffentlichen Versammlungen 1912: 29 685, 1913: 11 415. Jugend- und Frauenversammlungen hatten wir im Berichtsjahre außerdem 1671.

Ich weise hin auf die Vertretung im Reichstag: 110 bezw. 111 Abgeordnete. In den Landtagen Deutschlands haben wir 231 Vertreter. Die Vertretungen in den Gemeindeverwaltungen sind gestiegen von 7589 in 1912 auf 8928 in diesem Jahre; in den städtischen Verwaltungen von 2581 in 1912 auf 2753 im Berichtsjahre. Ich weise besonders darauf hin, was auf dem Gebiet der Frauenbewegung geleistet worden ist. Wie unsere Agitatorinnen gearbeitet haben, das läßt sich schwarz auf weiß nicht nachweisen, aber jeder kann feststellen, daß auf diesem Gebiete geschieht, was geschehen kann. Unsere Frauen gehen mit einem Eifer an die Arbeit, der Anerkennung verdient.

Wir sind den sozialdemokratischen Frauen, die mit hinausgehen, um die sogenannte Kleinarbeit zu verrichten, alle Dankbarkeit schuldig. (Sehr richtig!) Ich will noch darauf hinweisen, daß die Einrichtung der Leseabende, die sich außerordentlich bewährt hat, jetzt in 162 Kreisen in 339 Orten besteht. Wir haben 722 Genossinnen in 228 Kreisen als Vorstandsmitglieder. Das alles gibt doch ein Bild fleißiger Arbeit.

Ich wollte dieses Bild skizzieren, bevor ich zu den Vorwürfen übergehe, die gegen die Parteileitung erhoben worden sind. Zunächst muß ich noch einen kleinen Druckfehler berichtigen. In dem schriftlichen Bericht über die Frauenbewegung wird gesagt, daß eine Parteisekretärin in Hamburg tätig sei. Es muß heißen: in Harburg.

Wenn ich nun übergehe zu einem anderen Teil meiner Aufgabe als Referent, so bin ich genötigt, eine Anzahl von Aeußerungen mehr oder weniger bekannter Genossinnen und Genossen anzuführen. Ich will ausdrücklich feststellen, daß ich in indirekter Rede zitieren und Namen nicht nennen will. Es kann uns gar nicht darauf ankommen, an einzelne Namen anzuknüpfen, wir wollen uns mit den sachlichen Ausführungen beschäftigen. Jede Voreingenommenheit gegen irgend jemand liegt mir und den übrigen Parteivorstandsmitgliedern fern. Jeder, der in der Partei das Wort nimmt oder zur Feder greift, von dem müssen wir annehmen, daß er es tut in der festen Ueberzeugung, der Partei damit nutzen zu wollen. Wenn bei diesen Auslassungen schriftlicher oder mündlicher Art über die Stränge geschlagen wird, so ist das kein Unglück, aber doch sehr bedauerlich. Ich möchte immer wieder den Wunsch aussprechen, daß alle Genossen, die öffentlich reden und schreiben, sich jederzeit der vollen Verantwortlichkeit bewußt sein möchten, die auf ihnen ruht. (Sehr richtig!) In einer sächsischen Versammlung hat ein bekannter Parteigenosse gesagt: „Der Mißerfolg in der Agitation und Organisation ist dem Schwinden des Vertrauens der Massen zur Leitung zuzuschreiben!" (Hört! hört!) Das wird hinausgeschleudert in die Welt und wirkt dann fort in der Masse, nicht zum Vorteil der Partei, nicht zum Nutzen des Proletariats. (Lebhafte Zustimmung.) Was soll das heißen: Der Mißerfolg in der Agitation und Organisation? Wo sind denn diese Mißerfolge überhaupt? Ich habe absichtlich das Bild der Parteiarbeit und der Parteierfolge hier gezeigt, um Sie daran zu erinnern, was an Parteiarbeit erfolgreich geleistet worden ist. Es ist falsch, wenn man mir nichts dir nichts von Mißerfolgen spricht. Davon kann keine Rede sein für denjenigen, der die Dinge objektiv betrachtet. Wer glaubt, imstande zu sein, den Beweis dafür erbringen zu können, daß die Massen das Vertrauen zu ihrer Leitung verloren haben? (Sehr richtig!) Traurig wäre es, wenn das der Fall wäre. Dann brauchten wir uns nicht zu wundern, wenn die Organisationen, statt Fortschritte zu machen, rückwärts gehen würden. Es ist weiter von einem Genossen — es war auch ein Sachse (Heiterkeit), dem das Verhalten der Reichstagsfraktion nicht gepaßt hat — die Fraktion scharf kritisiert worden. Ich gehe nicht darauf ein, was er gesagt hat, das wird wohl beim parlamentarischen Bericht vorgebracht werden. Er kritisiert also die Fraktion in Grund und Boden wegen ihres Verhaltens in einer bestimmten Frage und macht dem — Parteivorstand Vorwürfe. Das Verhalten der Fraktion sei die Folge davon, daß der Parteivorstand nicht auf dem Posten gewesen sei. (Heiterkeit.) Was soll man dazu sagen? Von anderer Seite ist in temperamentvoller Weise gesprochen worden von einer „greisenhaften Ermattungsstrategie" (Hört! hört! und Heiterkeit), von dem „Organisationshochmut", und die Nichtorganisierten werden hingestellt als Wunderknaben, die dereinst alles Gute — der Partei voran! — schaffen wer-

den. (Lebhaftes Hört! hört! und Zustimmung.) Wer wird sich wundern können, wenn nach solchen Redewendungen in der Organisations- und Agitationsarbeit Schwierigkeiten entstehen? (Sehr richtig!)

Gegenüber den Andeutungen, wie in der Partei eigentlich hätte gearbeitet und gewirkt werden müssen, sehe ich mich gezwungen, einen kurzen Abriß der parteipolitischen Situation zu geben. Das Geschäftsjahr begann mit einer sehr lebhaften Bewegung gegen die Agrarpolitik. Die Bewegung ist mit großer Schneidigkeit durchgeführt worden. Wir haben Versammlungen gehabt bis in die kleinsten Dörfer. Und die Bewegung war so groß, herausgewachsen aus dem Bedürfnis der Massen, Protest zu erheben, daß die Verbündeten Regierungen sich gezwungen sahen, wenigstens kleine Konzessionen zu machen. Wir waren noch in der Protestbewegung gegen die Agrarpolitik begriffen, als der Balkankrieg ausbrach. Die Kriegsgefahr rückte näher. Wir haben gegen den Krieg, der eine Gefahr wurde für die ganze westeuropäische Kultur, in der lebhaftesten Weise gekämpft. Das deutsche Proletariat hat damals im Kampfe gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr seine volle Schuldigkeit getan. Das gleiche gilt von den Genossen in Oesterreich und Frankreich, die vor allem mitbedroht waren. Bis ins kleinste Dorf hinein ist von den Sozialdemokraten gegen den Imperialismus gesprochen worden, ist den Leuten, die das Wort noch nie gehört hatten, plausibel gemacht worden, was der Imperialismus bedeutet für das Proletariat. Wir haben damals gemeinsam mit den Franzosen ein Manifest gegen den Krieg herausgegeben, das in Millionen von Exemplaren in Frankreich und Deutschland verbreitet wurde, und zwar in beiden Ländern in beiden Sprachen. Wir hatten besondere Demonstrationsversammlungen in allen westeuropäischen Hauptstädten, wir hatten eine Bewegung, wie wir sie selten zuvor im Reiche bis dahin erlebten, wir haben — das darf ich wohl sagen, ohne zu übertreiben — in Deutschland den Vogel abgeschossen, sowohl in bezug auf die Zahl, als auch auf die Wucht unserer Demonstrationsversammlungen. Wir können stolz bekennen, daß wir alles getan haben, was in unseren Kräften stand. Aber nicht nur das deutsche Proletariat, sondern auch die deutsche Polizei schoß damals den Vogel ab. (Heiterkeit.) So stolz wir auf das sind, was wir geleistet haben, so groß war die Blamage der Polizei, die unserem französischen Genossen Compère-Morel verboten hat, in Magdeburg gegen den Krieg in seiner Muttersprache zu reden.

Es kam die Krönung der ganzen Protestarbeit durch den Internationalen Kongreß in Basel. So waren wir in einer großen Volksbewegung, die jeden von uns mit Freude und Stolz erfüllen konnte, als die neue Militärvorlage im Reichstag eingebracht wurde. Die imperialistischen Politiker suchten das Eisen zu schmieden, solange auf dem Balkan Dörfer brannten und Menschenblut rauchte. Die Heeresvorlage kam, ein neuer Schrei der Empörung ging durch die Reihen des deutschen Proletariats. So wie wir bis dahin allgemein gegen den Imperialismus gearbeitet hatten, so richtete sich nun die ganze Stoßkraft der Partei gegen die Militärvorlage im besonderen. Wir unterrichteten zunächst die Massen durch Flugschriften, es folgten Versammlungen. Die Bewegung nahm einen mächtigen Aufschwung, wir erlebten aber leider, daß sie nach und nach abflaute. Das muß ausdrücklich festgestellt werden. Die Bewegung flaute ab. Warum? Weil der Parteivorstand versagt hatte? Nein, sie flaute ab, weil den schon seit vielen Monaten in der Protestbewegung gewesenen Massen allmählich überall bekannt geworden war, daß die Annahme der Vorlage absolut sicher war, nachdem die Vertreter aller bürgerlichen Parteien bekundet hatten, daß sie mit Ja stimmen würden. (Sehr

richtig!) Sie flaute weiter ab, weil allgemein bekannt wurde, daß dank der sozialdemokratischen Parteiarbeit die Regierung nicht gewagt hatte, neue Steuern auf Lebensmittel zu fordern, daß sie vielmehr mit direkten Steuern kam, die den Besitz belasten sollten. Dieser sozialdemokratische Erfolg kann nicht aus der Welt gestritten werden. Es wurden Steuern verlangt, die nicht in erster Linie die Massen treffen konnten, sondern durch die der Besitz herangezogen wurde. (Sehr richtig!) Aber da mußten wir erleben, daß klügere Taktiker der Partei kamen und sagten: das ist ja gar nicht wahr! Das ist mir immer das Unbegreiflichste gewesen, daß es Parteigenossen gibt, die nicht zugeben wollen, daß die Sozialdemokratie doch schon mancherlei erreicht hat. (Heiterkeit und Sehr gut!) Es wurde gesagt: die Regierung würde es auch dann nicht gewagt haben, neue Steuern auf Lebensmittel zu fordern, wenn die Sozialdemokratie nicht ihre jetzige Stärke erreicht haben würde. Ja, ich weiß nicht, was das heißen soll, offenkundige Erfolge der Sozialdemokratie einfach aus der Welt wegdiskutieren zu wollen.

Es sind uns gegenüber mancherlei Vorwürfe erhoben worden. So hat ein Genosse in der „Neuen Zeit" sich über die Situation ausgesprochen und zu erklären gesucht, warum die Bewegung abflaute. Er sagt unter anderem, die Parteipresse hat versagt. In dieser Allgemeinheit unterschreibe ich den Satz nicht, aber ganz aus der Luft gegriffen ist er auch nicht. (Sehr richtig!) Es ist uns sehr verübelt worden, daß in dem schriftlichen Bericht des Vorstandes gesagt ist: Wir wollen es ununtersucht lassen, ob die Parteipresse alles getan hat, um an die indifferenten Massen heranzukommen. Wir haben angedeutet, daß manche unserer Blätter fast ausschließlich für die eigenen Parteigenossen schreiben und dabei vergessen, daß das Parteiorgan das wichtigste Werbemittel der Partei sein soll (Sehr richtig!), d. h. daß die Presse so geschrieben sein muß, daß der Indifferente nicht davor steht, wie vor einer Sache, von der er absolut kein Verständnis hat. (Sehr gut!) Manche Parteizeitungen — ich betone ausdrücklich, daß ich nicht verallgemeinern will — sind geradezu nur für die eingeschriebenen Parteimitglieder gemacht; unsere ganze Terminologie, alle die Wendungen, die jedem von uns geläufig sind wie das ABC, sind doch für die Massen, an die wir herankommen wollen, vielfach unverständlich, die lesen aus den ihnen unbekannten Worten oft etwas ganz anderes heraus, als was gemeint ist. Es wird zu untersuchen sein, ob nicht da und dort unsere Parteiredaktionen sich etwas mehr bedenken müssen, was für große, wichtige Aufgaben ihnen zukommen. Ich sage also: die allgemeine Behauptung, die Parteipresse habe versagt, unterschreibe ich nicht. Nun heißt es aber weiter bei dem Genossen in der „Neuen Zeit": „Auch der Parteivorstand hat wahrscheinlich nicht aktiv genug eingegriffen." Wahrscheinlich nicht! Das ist wohl ziemlich selbstverständlich. (Heiterkeit.) In den Parteivorstand wählt man wohl grundsätzlich nur solche Genossen, von denen man annimmt, sie werden unter allen Umständen in allen Situationen versagen. Deshalb ist es mindestens „wahrscheinlich", daß der Parteivorstand auch in der Situation versagt hat, über die der betreffende Genosse geschrieben hat. (Große Heiterkeit und Sehr gut!)

Wahrscheinlich hat der Parteivorstand versagt. Genaueres weiß man nicht. (Heiterkeit.) Ob überhaupt ein Flugblatt über die Rüstungsskandale, die Enthüllungen des Genossen Liebknecht herausgegeben worden ist, das ist dem Artikelschreiber unbekannt. Aber sicher ist für ihn, daß ein solches Flugblatt nicht verbreitet ist! Als die betreffende Nummer der „Neuen Zeit" herauskam, hatte der Parteivorstand über die speziellen Fragen bereits vier Flugschriften herausgegeben. (Hört! hört!) „Ein ernstes Wort in ernster Zeit", „Kampf gegen die Kriegshetze", „Gegen den Rüstungswahnsinn", „Auf, zum Kampf gegen die Militärvorlage". Von diesen vier Flugblättern waren schon vor dem Erscheinen des erwähnten Artikels 2 850 000 Exemplare von uns in Berlin abgefordert worden. (Hört! hört!) Dabei will ich ausdrücklich betonen, daß das gar keinen Maßstab dafür bietet, was im Lande an Flugblättern wirklich verbreitet worden ist. (Sehr richtig!) Unsere Flugblätter werden doch nicht so, wie wir sie herausgeben, überall verbreitet. Ich habe in meiner früheren Praxis wohl in keinem Wahlkreise ein solches Flugblatt unverändert übernommen, und ich weiß, daß das andere auch nicht getan haben. Man nimmt die Musterflugblätter als Manuskriptmaterial und spitzt sie für die betreffenden Wahlkreise lokal oder provinzial, je nach Bedarf, ganz besonders zu. (Sehr richtig!) In Wirklichkeit sind also viel mehr solcher Flugblätter verbreitet. Wir haben sofort eingegriffen, aber trotzdem ist es „wahrscheinlich", daß wir versagt haben, und sicher ist, daß kein Flugblatt verbreitet wurde. (Große Heiterkeit.) Ich wünsche, daß diese Art der Kritik nicht Schule macht, dabei können wir unmöglich gewinnen. (Sehr richtig!) Wir müssen uns freuen, wenn wir mit der Nase darauf gestoßen werden, wie wir dieses oder jenes hätten machen müssen. Wir nehmen gute Lehren gern an und versuchen, es das nächste Mal besser zu machen. Aber das Kritisieren, wie ich es soeben geschildert habe, ist nicht angebracht. Wir haben getan, was wir nach bestem Wissen tun zu müssen glaubten. Uns ging es sehr gegen den Strich, daß die Bewegung abflaute, wir haben versucht, sie auf der Höhe zu halten. Vergeblich! Wir haben dann in einer Sitzung des Parteiausschusses am 9. Juni ausdrücklich die Frage erörtert: soll jetzt noch während oder nach der zweiten Lesung der Militärvorlage eine Bewegung im Lande entfacht werden? Es wurde im Parteiausschuß von allen Rednern, die dazu sprachen — von der äußersten Linken bis zu denen, von denen man sagt, sie stehen auf der äußersten Rechten — allgemein gesagt: „Laßt das sein, es geht nicht, eine Bewegung künstlich zu entfachen. (Sehr richtig!) Das Volk ist aus den Bewegungen seit langer Zeit nicht herausgekommen. Erst die Teurungsprotestversammlungen, dann der Balkankrieg, dann die Militärvorlage usw. Und", so wurde im Ausschuß verschiedentlich ausgeführt, „nachdem feststeht, daß die Annahme der Militärvorlage absolut sicher ist und daß die Steuern nicht dem arbeitenden Volke aufgeladen werden sollten, jetzt ist es unter keinen Umständen mehr möglich, die Bewegung künstlich wieder auf die Höhe zu bringen. Das Hauptinteresse habe sich zuletzt eigentlich nur noch der Deckungsfrage zugewandt. Leider! Und nun atmen viele erleichtert auf, weil sie im Hinblick auf die starke Reichstagsfraktion neue Steuern nicht befürchten."

Also der Parteiausschuß war einmütig der Auffassung, daß eine neue allgemeine Aktion gegen die so gut wie beschlossene Heeresvorlage gar nicht noch versucht werden sollte, weil sie aussichtslos sei. Wenn die Situation sich ändere, sollte der Parteivorstand entsprechende Weisungen geben. Sie sehen, daß wir alles getan haben, was möglich war, daß aber mehr nicht gemacht werden konnte, als ihrerseits geschehen war. Ich habe schon darauf hingewiesen, wie töricht es war, zu sagen, es käme kein Erfolg der Sozialdemokratie in der Steuerfrage in Betracht. Der beste Beweis für das Interesse der Massen an der Art der Steuern war das Abflauen der Bewegung: die Massen sagten sich, als die sogenannten Besitzsteuern gesichert schienen: nun ist das Schlimmste überwunden! Diese Stimmung der Massen kam im Parteiausschuß zum Ausdruck. Und da sitzen die Genossen, die mit den Massen leben. Es war auch in der Masse eine gewisse Müdigkeit eingetreten.

Es fanden mittlerweile auch die preußischen Landtagswahlen statt. Sie schlossen ab mit einer großen Zunahme der Stimmen. Wir haben nach allgemeinen gegnerischen Schätzungen schon gleich nach dem Abschluß der Wahlen gehört, daß mindestens eine Million sozialdemokratische Stimmen öffentlich abgegeben worden sind. Aber trotz dieser kolossalen Zunahme der Stimmen hatten wir aus eigener Kraft nur ein einziges Mandat zu den schon innegehabten sechs gewonnen. Drei Mandate bekamen wir noch, so daß wir auf zehn stiegen, dadurch, daß wir uns über das Verhalten in einigen Wahlkreisen mit der Fortschrittlichen Volkspartei verständigt hatten. Und doch hatte eigentlich keiner von uns ein anderes Resultat der Wahl erwartet. Das Resultat ist geradezu empörend. Man sollte annehmen, daß es die Massen aufpeitschen muß, wenn sie sehen, wie erbärmlich das preußische Wahlsystem beschaffen ist; daß eine Partei, die im Reichstag so stark vertreten ist und die in Preußen bei der öffentlichen Stimmabgabe mehr als eine Million Wähler an den Wahltisch gebracht hat, sage und schreibe sieben Abgeordnete bekommen hat! Es genügt, tausende abkommandierte Wähler, Landarbeiter und Beamte zu haben, um einen ausgemachten Reaktionär in den Landtag zu bringen, man braucht aber weit mehr als hunderttausend Mann, die oft unter den schwierigsten Umständen, so unter der Gefahr der Maßregelung, an den Wahltisch treten, um öffentlich zu sagen, ich wähle einen Sozialdemokraten — ich sage, daß man mehr als hunderttausend Wähler haben muß, um einen einzigen Sozialdemokraten in den Landtag hineinzubekommen! Das ist geradezu zum Himmel schreiend und man muß sich wundern, daß nicht das ganze Volk in Empörung gerät über derartige Zustände. (Sehr wahr!) Bei den Betrachtungen über die Wahlen und bei den Auseinandersetzungen über die Behandlung der Militärvorlage und der Steuerfragen im Reichstag, bei den Erörterungen des geringen Fortschritts in den Organisationen macht sich ganz naturgemäß in den Reihen der Genossen, die mit der Partei leben und weben, das Gefühl des Unbehagens geltend. Es wurde debattiert über alles mögliche. Da endlich fiel, meines Erachtens zur unrechten Zeit, das Stichwort: Massenstreik.

Parteigenossen, als das Stichwort gefallen war, entwickelte sich eine merkwürdige Debatte, eine Debatte, von der ich sagen möchte, daß sie in ihrem Verlauf wenig erbaulich war (Sehr richtig!) und daß ihre bisherigen Ergebnisse mindestens keine große Freude bereiten können. Was war denn das Endergebnis der Auseinandersetzungen? Alle Redner, die sich über den Massenstreik öffentlich ausgesprochen haben — ich habe nicht von einer einzigen Ausnahme gehört oder gelesen — kamen zu dem Ergebnis: jetzt ist an einen Massenstreik nicht zu denken. (Sehr richtig!) Genossinnen und Genossen, das haben wir uns im Parteivorstand vor dem Beginn der Debatte auch schon gesagt und deshalb haben wir den Mund gehalten (Heiterkeit und lebhaftes Sehr gut!), weil wir uns sagten, warum brauche ich denn dem Gegner, meinem Todfeinde, zu sagen, was ich jetzt nicht machen kann. (Sehr richtig!) Wir sind der Meinung gewesen, daß man dem Gegner nicht zu sagen braucht: „Du, ich habe noch eine Waffe, wenn ich die benutze, dann bist Du verloren. Aber Du kannst ruhig sein, ich kann sie augenblicklich nicht benutzen." (Große Heiterkeit und Sehr gut!) Es ist mehrfach gesagt worden, die ganze Debatte entspreche der Stimmung der Massen. Das bestreite ich. (Sehr richtig!) Das, was wir an Reden gehört und gelesen haben, entsprach in den meisten Fällen nicht der Stimmung der Massen. (Sehr richtig!) Ich gehe allerdings nicht so weit, wie vielfach gegangen worden ist, daß man gesagt hat, die Debatte sei nur das Werk einiger Akademiker. Es ist schon richtig, daß die Unzufriedenheit und der Unwille in den Massen von Tag zu Tag wachsen. Es ist selbstverständlich, daß die Massen von Tag zu Tag empörter werden über die Zustände, unter denen sie leiden. Aber wer die Massen kennt, und in dieser Masse leben doch die meisten von uns, der weiß, daß heutzutage die klassenbewußten Arbeiter viel zu gut den Arbeitsmarkt kennen, viel zu gut wissen, wie die Gelben, die Christlichen, die Nichtorganisierten beschaffen sind. Und deshalb sagen sie sich, wenn auch zähneknirschend: „Noch ist's nicht Zeit." (Sehr richtig!)

Parteigenossen, ich will Ihnen von vornherein klaren Wein einschenken über die Stellung des Parteivorstandes zu dieser Frage. Der Parteivorstand steht auf dem Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim. Da ist u. a. beschlossen worden: „Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat er sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen." Sie dürfen sich darauf verlassen, daß der Parteivorstand entschlossen ist, diese Entschließung früherer Parteitage unter allen Umständen zu respektieren, danach zu handeln. (Sehr richtig!)

Parteigenossen! Was ist bisher in dieser Frage versäumt worden? Es sind auch gegen uns, wenn auch mehr in indirekter Weise, Vorwürfe erhoben worden. Aber davon will ich ganz absehen. Der Parteivorstand darf und wird nicht alles tragisch nehmen. Aber eins nehme ich freilich sehr tragisch: daß man in einer Weise, die ich als unverantwortlich bezeichnen muß, gegen die vielen Hunderte von braven Arbeitern, die als Parteisekretäre, Gewerkschaftssekretäre usw. tätig sind, namentlich während der Massenstreikdebatte in der schlimmsten Weise Verdächtigungen erhoben hat. (Sehr richtig!) Diese Genossen sind geradezu charakterisiert worden als Bremser der Bewegung, als diejenigen, die da wünschen, daß nichts geschieht. Das ist der denkbar schwerste Vorwurf. Wer die Arbeit dieser unserer Agitatoren kennt, dieser Vertrauensleute der Arbeiter — das sage ich ausdrücklich, denn keiner kommt auf seinen Posten, der sich nicht das Vertrauen der Massen, die ihn zu wählen haben, im vollen Maße erworben hat —, wird zugeben: das sind wirkliche Kulturpioniere, die das ganze Jahr schwer arbeiten müssen. Und man sollte ihnen deshalb das Leben nicht noch schwerer machen, als es ohnedies bereits ist. Sie sind auch nicht Bremser. Mir ist nicht ein einziger von diesen Parteigenossen bekannt, der ein prinzipieller Gegner des Massenstreiks wäre. Aber sie sind Gegner der Rederei über eine Tat, die man ausführt, wenn man kann, über die man aber nicht redet, wenn man sie noch nicht ausführen kann. (Lebhafter Beifall.)

Bei den Auseinandersetzungen über den Massenstreik ist vielfach hingewiesen worden auf Rußland, Belgien und Schweden. All diese Vergleiche hinken. Wir sind genau informiert worden über die Streiks in Schweden und Belgien und über die geradezu bewundernswerte Vorarbeit, die namentlich unsere belgischen Genossen geleistet hatten. Die breiteste Oeffentlichkeit ist jetzt auch genauer informiert worden durch die von unseren Genossen Huysmans und Vandervelde gegebenen Erklärungen, die in der Berliner Versammlung, wo man den beiden Genossen das Reden verboten hat, vorgelesen wurden. Aber, Parteigenossen, eins wird bei der Schilderung der Bewegungen in Schweden und Belgien immer vergessen, ein Imponderabile, von dem man niemals redet, das man aber nicht außer acht lassen sollte. Ohne daß unsere belgischen und schwedischen Genossen auch nur ein Wort über den beabsichtigten Massenstreik mit uns hätten zu sprechen brauchen — sie konnten ihren Streik beginnen, wann sie wollten, sie brauchten sich gar nicht vorher mit uns zu verständigen — sie konnten in den Kampf hineinziehen mit dem beruhigenden Gefühl, jenseits der Grenzen wohnt ein großer Bruder, der mir im schlimmsten

Falle helfen wird! Parteigenossen, wir haben einen größeren Bruder jenseits der Grenzen nicht. Jede Hilfe, moralischer oder sonstiger Art, die uns in einem schweren Kampfe zuteil werden würde, wird uns hochwillkommen sein. Aber wir werden zugeben müssen: die vielfach gezogenen Vergleiche hinken! Dann die Vergleiche mit Rußland. Ich will nicht bestreiten, daß wir in Deutschland, besonders in Preußen, Zustände haben, die den russischen verzweifelt ähnlich sind. Aber es wird niemand bestreiten, daß in Deutschland doch auch manches anders aussieht als in Rußland. Deshalb ist es total verkehrt, wenn man die deutschen Verhältnisse durch eine russische Brille ansieht und nach russischen Rezepten heilen will. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Daß es in Preußen manchmal sehr russisch zugeht, haben wir erst in den letzten Tagen erlebt durch die unwürdige Behandlung der Genossen Huysmans und Vandervelde. Das sind Vorkommnisse, die den russischen ähnlich sehen. Aber im übrigen vergleichen sie doch den russischen Arbeiter mit dem deutschen Arbeiter! Was für Rechte hat denn der russische Arbeiter? Gar keine. Er hat nur das Recht auf die Knute und auf Sibirien. Er spürt daher ganz andere Triebkräfte in sich, um sich gegen solche Zustände zu wehren. Das läßt sich ohne weiteres erklären.

Bei aller Entschlossenheit, bei dem unerschütterlichen Willen, dem Volke die Rechte zu erkämpfen, die ihm unter allen Umständen zuteil werden müssen, dürfen wir eins nicht vergessen: wir müssen klaren Verstand bewahren und müssen uns bewußt sein, daß man nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen kann. (Beifall.) Es sind merkwürdige Vorschläge gemacht worden in bezug auf das Arrangement des Massenstreiks. Einer unserer Freunde hat gesagt, es sei gar nicht notwendig, daß ein Massenstreik im ganzen Reiche gleichzeitig ausbricht. Er könne bald im Westen, im Osten und im Süden, im Norden losbrechen — er könne sein wie ein fliegendes Feuer. (Heiterkeit.) Was heißt denn das? Das heißt, daß der Massenstreik ungefähr so organisiert wird wie die Kaiserreisen: Trari, trara, bald hier bald da! (Heiterkeit.) Der Massenstreik ist nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich: wenn die Empörung im ganzen Volke herrscht. Dann aber kann man die Streikbewegung nicht in Sektionen teilen, darüber läßt sich im Ernste nicht reden.

Von anderer Seite kündigt man eine merkwürdige Methode an, um die Massen für den Massenstreik zu begeistern. Was kommt denn bei einem Massenstreik für uns zunächst in Frage: ein scharf umrissenes Ziel, die Eroberung des Wahlrechts in Preußen. Was heißt das? Wir wollen die Möglichkeit haben, Vertreter ins Parlament zu schicken, damit sie dort für uns arbeiten. Um nun die Massen für diesen Kampf zu begeistern, setzt man zunächst den Parlamentarismus herab. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Parlamentarismus ist gleich Kretinismus! Man fragt weiter: Ist denn im Parlament heutzutage noch ein Vorteil für das Proletariat zu erringen, Nein, sagt man. Aber die Massen sollen in den Massenstreik treten, um das Wahlrecht zum Parlament, in dem nichts zu holen ist, das zum Kretinismus geworden ist, zu erobern. Das ist eine Logik, die mir unverständlich ist. (Sehr richtig!) Man beginnt nicht den Massenstreik, um ein wertloses Werkzeug zu erkämpfen! Man sagt also, im Parlament ist nichts mehr für das Proletariat zu erringen, deshalb müssen die Massen selbst auf dem Schauplatz erscheinen. Sie sollen sich in Bewegung setzen, sollen auf die Straße gehen, „direkte Aktion" wird das genannt. Was heißt denn das, und wozu führt das? Wenn man solche Redensarten gebraucht, dann muß man sich auch etwas darunter vorstellen. (Beifall.) Was soll das heißen: direkte Aktion? Was sollen wir uns dabei denken? Man hat lesen können: Warum sind nicht bei dem Besuche des Blutzaren in Berlin republikanische Aktionen gemacht worden? Haben wir vier

Millionen Sozialdemokraten, damit wir ins Mauseloch kriechen, wenn der Blutzar kommt? Wir hätten viele Anhänger gewinnen können, wenn wir das und jenes gemacht hätten! Ich kann feststellen, daß ich in meiner Bekanntschaft keinen Menschen habe, von dem ich annehmen dürfte, daß er eine so feige Memme wäre, irgendwo ins Mauseloch zu kriechen; aber auch keinen, der sich durch jemand einschüchtern ließe, der es liebt, blutrünstige Redensarten zu führen. (Beifall.) Was heißt das: unter Hinweis auf den Zarenbesuch in Berlin eine „republikanische Aktion" machen? Das hört sich vielleicht harmlos an für diejenigen, die sich im Augenblick nicht überlegen, was es bedeutet. Das würde geheißen haben, daß wir von den Massen verlangt hätten, auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren. Was hätte das bedeutet? Daß Tausenden von Arbeitern die Köpfe eingeschlagen worden wären. (Lebhafte Zustimmung.) Eine solche sinnlose Demonstration hätte uns keine neuen Freunde zugeführt, wahrscheinlich aber eine große Anzahl von Leuten, die auf der Parteigrenze stehen, die wir erst noch ganz gewinnen müssen, weggetrieben. Ich kann mir keinen so skrupellosen Menschen denken, der die Arbeiter zu einer ganz aussichtslosen Demonstration, die zu Blutvergießen führen muß, auf die Straße hetzen will. Dazu ist mir das Blut der Arbeiter zu kostbar. (Lebhafter Beifall.)

Merkwürdig ist auch über den Wert der Parteiorganisation gesprochen worden. Der Stolz unserer Partei sind unsere Organisationen. Alle unsere Bruderparteien beneiden uns darum. Und wie hat man über diese Organisation gesprochen? Man hat so geredet, als ob man sie zu Bremsplätzen der Revolution machen könnte. Es käme nicht darauf an, wie stark wir sind im Vergleich zu den Nichtorganisierten, sondern darauf, daß die Partei „kühn die Initiative" ergreife, dann würden die unorganisierten Massen begeistert uns folgen! „In jedem Fall versagt aber dann, wenn ein politischer Feldzug scheitert, nicht die unorganisierte Masse, sondern die organisierte Partei und ihre Führung!" Derartiges muß sich die deutsche Sozialdemokratie ins Gesicht sagen lassen. (Hört! hört!) Kautsky hat zutreffend bemerkt: für Abenteuer und Uebertreibereien wird die wachsende Organisation immer mehr ein Hindernis, aber dieser Nachteil ist zu ertragen. (Sehr gut!) Damit sind 99,99 Prozent der Parteigenossen einverstanden. (Beifall.)

Der Parteivorstand steht auf dem Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim. Mit der Drucklegung jener Resolution ist für ihn diese Frage ebensowenig erledigt wie mit der Drucklegung der Resolution, die dieser Parteitag beschließen wird. In den früheren Resolutionen ist gesagt worden, daß der Massenstreik nicht nur anzuwenden ist, um drohende Attentate auf bestehende Rechte abzuwenden, sondern gegebenenfalls neue Rechte zu erobern. Darauf beziehen wir uns ausdrücklich. Es kann sich, wie die Dinge im Reiche liegen, zunächst nur um einen Massenstreik handeln im Hinblick auf das preußische Wahlrecht. Wir haben, nachdem wir von der Abstinenz bei der Wahl abgekommen waren, uns an den Landtagswahlen beteiligt. Wir haben das Volk für den Landtag zu interessieren versucht, das an den Verhandlungen dieses merkwürdigen Parlaments bisher kein Interesse genommen hatte. Wir haben Flugschriften verteilt und in ganz Preußen Versammlungen abgehalten; wir haben imposante Straßendemonstrationen erlebt. Die Arbeit ist nicht ganz vergeblich gewesen. Wir haben nicht nur die Arbeitermassen interessiert, wir haben auch höher hinauf aufmerksam gemacht auf Verhältnisse, die sehr bedrohlich geworden sind für Leute, die sich weigern, dem Volke die ihm zustehenden Rechte zu geben. Wir haben die Thronrede von 1908 erlebt, in der die Wahlreform angekündigt wurde als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Wir haben die verunglückte Wahlrechtsreform von 1910 erlebt

und schließlich den Ausgang der letzten Landtagswahlen. Es scheint in der Tat aussichtslos, daß auf dem Boden des Dreiklassenwahlrechts die Frage gelöst werden kann. Eben deshalb unsere Parteitagsbeschlüsse von Jena und Mannheim. Wir werden gegebenenfalls den Massenstreik haben, aber wir wollen uns an das halten, was Bebel gesagt hat: Der Massenstreik ist die Ultima ratio der Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Alles zu seiner Zeit!

Wir müssen uns auch klar sein, daß von der Frage, die uns jetzt beschäftigt, unter allen Umständen geschieden werden muß die Frage des Massen- oder Generalstreiks, der bezeichnet worden ist als ein aus dem Volke herauswachsendes Elementarereignis, das zu weiteren, immer schärferen Zusammenstößen und schließlich zu einer allgemeinen Entscheidung führen soll. Wir wollen nicht vergessen, daß wir eine Partei sind, die demokratisch ist, eine Partei der Minderheit, wenn auch einer sehr großen. Keiner wird verlangen, daß die Mehrheit die Politik der Minderheit machen soll; daß wir durch den Massenstreik der Minderheit die Mehrheit zwingen wollen, sozialdemokratische Politik zu machen. Das wäre undemokratisch. Nein, wir verlangen nur gleiche Rechte. Trennen wir diesen merkwürdig definierten Massenstreik völlig von dem, den wir diskutieren, da kommt es an auf eine scharf abgegrenzte, selbstbewußte, auf ein bestimmtes Ziel gerichtete politische Aktion. In einem solchen Kampfe könnten wir uns auch auf den von mir schon angerufenen König von Preußen beziehen. Ihm könnten wir zurufen: wir kämpfen für ein Wahlrecht, von dem du selbst gesagt hast, daß es dringend reformbedürftig ist. Wir könnten auch den Ministern zurufen, daß es sich um ein Wahlrecht handelt, das die Minister von der Schmach befreit, daß sie bei der Dreiklassenwahl in der dritten Klasse wählen, Bordellwirte aber in der ersten.

Wir könnten dem Bürgertum zurufen: Wir machen jetzt Ernst mit dem, was Ihr angeblich auch wollt, mit dem Kampf für das gleiche Recht, dem Kampf für das freie Wahlrecht! Wir könnten dem ganzen Volke zurufen: Wir kämpfen hier nicht nur für etwas, was der Sozialdemokratie nutzen soll, sondern wir kämpfen für das ganze Volk, für die Freiheit aller, für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller! Selbstverständlich müßten wir in einem solchen Kampfe, der aus der Situation herauswächst und herauswachsen muß, drei Viertel des deutschen Volkes hinter uns haben. Aber sind wir heute schon soweit, daß wir einen solchen Kampf wagen können? Heute noch nicht, werden Sie sagen. (Sehr richtig.) Nun ist gesagt worden, ja wann denn? Wenn wir heute noch nicht soweit sind, so werden wir niemals dazu kommen! Das ist eine unbegreifliche Verkennung der Tatsachen. (Sehr richtig!) Das setzt voraus, daß man das deutsche Volk und die deutschen Arbeiter so niedrig einschätzt, wie man sie nicht einschätzen darf. Ich sage: Wir werden den Massenstreik haben in der Stunde, die es uns gebietet, den Kampf zu führen! Keiner kann glauben, daß sich das deutsche Volk, das preußische Volk auf die Dauer alles gefallen lassen wird. (Sehr richtig!) Ich habe schon gesagt, wie wenig zeitgemäß die Debatte über den Massenstreik war. Noch schlimmer erscheint mir allerdings die geflissentliche Angstmacherei und Bangemacherei (lebhafte Zustimmung), dazu ist gewiß keine Ursache vorhanden. Diese Bangemacherei könnte schließlich nur zur Hoffnungslosigkeit oder zur Anarchie führen — dazu liegt gar kein Grund vor. Wenn wir angewiesen wären auf die Gnade und Barmherzigkeit unserer großmächtigen Herrschaften, unserer Minister, der Bethmann und Dallwitz, dann wären wir schon längst erledigt. Davon kann keine Rede sein. Die Herrschaften wissen, daß sie mit uns zu rechnen haben, als mit einer ganz realen Macht. Daß wir uns kräftig rühren, daß unsere Partei gedeiht, das ist ein Zeichen unserer wachsenden Macht, das legt uns aber auch die Verpflichtung auf, die Augen offen zu halten, die Volksstimmung

nicht gegen uns aufzubringen, sondern sie mehr für uns zu gewinnen. Wir dürfen also keine Dummheiten machen, keine unüberlegten Handlungen begehen. Die beste Vorarbeit für entscheidende Kämpfe im Interesse der Demokratie und des Sozialismus ist Aufklärungsarbeit und Organisationsarbeit. Ich halte es für falsch, für den Massenstreik besondere Propaganda zu treiben. Ich halte es für richtig, den Sozialismus zu lehren, grundsätzliche sozialdemokratische Agitation zu betreiben, die Arbeitermassen zum Klassenbewußtsein zu führen. Dann erübrigt sich das andere ganz von selbst. Was heißt denn das, die Arbeiter zum Klassenbewußtsein bringen? Das heißt, daß sie die Notwendigkeit des Klassenkampfes erkennen lernen. Der klassenbewußte Arbeiter weiß, daß wir schweren Kämpfen entgegengehen, daß es schwerer Kämpfe bedürfen wird, bis dem Sozialismus zum Heile der Völker der Sieg errungen werden kann. Der klassenbewußte Arbeiter weiß aber auch, daß man nicht mit dem Feuer spielen darf. Er weiß, daß er in der Stunde der Not, in der Stunde der Notwendigkeit, mit seiner ganzen Existenz, mit Leib und Leben einzutreten hat für das, was er für richtig hält, was seine Ueberzeugung ist.

Je kritischer die Situation, um so klarer muß die Erkenntnis sein von der Notwendigkeit unerschütterlicher Disziplin. Wir haben mehrfach Situationen gehabt, namentlich in Preußen, die kritisch genug gewesen sind, wo man von oben herunter brutal eingegriffen hat. Wenn es bisher nicht zu Blutvergießen gekommen ist, dann ist das der deutschen Sozialdemokratie, der Disziplin ihrer Anhänger zu danken. Daran will ich absichtlich erinnern, um die Bedenken derjenigen zu zerstreuen, die da glauben, daß ein Massenstreik nicht denkbar sei ohne Blutvergießen. Davon braucht meines Erachtens keine Rede zu sein. Daß man große Streiks durchführen kann ohne Zusammenstöße und ohne Blutvergießen, das haben uns die Kämpfe in Belgien mit aller Deutlichkeit gezeigt. Da war von einem Zustand der Verwirrung und Disziplinlosigkeit keine Rede. Aber der friedliche Verlauf setzt musterhafte Disziplin voraus. Der irrt, der da glaubt, man könne den Massenstreik vorbereiten durch die Lockerung der gewerkschaftlichen Disziplin, durch das Ausspielen der Massen gegen die Führer, durch die Verherrlichung der unorganisierten Masse, die bestimmt sei, alles Große in der Welt zu erreichen. Wo Disziplin und Ordnung vorhanden sind, wo das Zusammenwirken aller in Betracht kommenden Faktoren gesichert ist, da nur können solche großen Kämpfe erfolgreich sein. Es ist selbstverständlich notwendig, daß die Massen einig sind mit den Führern.

Es wäre traurig um die Partei bestellt, wenn bei der jetzigen Situation nicht immer wieder aus den Massen heraus der Ruf käme: Gibt es keine Möglichkeit, wie wir schneller aus diesen Zuständen herauskommen können? Kein Zweifel, daß der Unwille, die Empörung der Massen wachsen. Sie werden um so schneller wachsen, je hartnäckiger man dem Volke die Rechte verweigert, die ihm zustehen. Nichts anderes verlangen wir ja zunächst, als die Gleichberechtigung aller. Deshalb rufe ich den herrschenden Gewalten zu, sie sollen nicht ihre Hoffnung setzen auf die Langmut des preußischen und deutschen Volkes. Damit werden sie eine Verantwortung auf sich laden, die sie unter keinen Umständen tragen können. Wenn wir in allen diesen Auseinandersetzungen hinweisen auf die Hauptschuldigen in Preußen, auf die Junkerkaste, so ist das gewiß berechtigt. Aber ziemlich das gleiche gerüttelte Maß von Schuld liegt auf dem deutschen Bürgertum. (Sehr richtig!) Eine Bourgeoisie wie die deutsche, die eine solche Fülle von wirtschaftlicher Macht repräsentiert, hat kein Recht zu heulmeiern und zu sagen: ach, wir möchten ja auch gern Reformen, aber wir sind nicht imstande, sie durchzusetzen. Ein

Bürgertum, das in Preußen-Deutschland gleiche Rechte haben will, hätte die Möglichkeit dazu. Woher kommt der ganze erbärmliche Zustand, unter dem wir leiden? Er kommt daher, daß die Bourgeoisie jahrzehntelang die Junker hat wirtschaften lassen, daß sie den Kampf für die von ihr angeblich vertretenen Grundsätze nicht durchgeführt hat. Und dafür gibt es eine plausible Erklärung. Wir wissen ja, daß schließlich die Kerntruppe der Bourgeoisie viel lieber mit den Junkern zusammen geht, als daß sie der anwachsenden Sozialdemokratie, den Proletariermassen, gleiche Rechte einräumen will. (Sehr richtig!) Wenn das deutsche Bürgertum schweren Kämpfen, die es weit schwerer treffen würden als das Junkertum, aus dem Wege gehen will, dann soll es sich darauf besinnen, was seine Pflicht und Schuldigkeit ist. Dann soll es helfen, daß wir das gleiche Wahlrecht in Preußen erkämpfen.

Daß wir in dem Wahlrechtskampf siegen werden und siegen müssen, das wissen wir. Das wissen aber auch unsere Gegner. Wir können Fehlschläge, wir können Niederlagen erleiden, aber die Sache, die wir vertreten, wird sich durchsetzen, weil sie sich durchsetzen muß. An uns ist es, alle Kraft daran zu setzen, uns so stark zu machen, daß wir vor keinem Kampfe zurückzuschrecken brauchen. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen auch die Resolution zur Annahme, die Ihnen der Parteivorstand vorgelegt hat. Diese Resolution ist scharf angegriffen worden. Das haben wir vorausgesehen, damit haben wir von vornherein gerechnet. Ich will Ihnen aber sagen, daß es uns nicht auf große Worte, nicht auf drohende Gesten ankommt, sondern auf die Möglichkeit, das in die Tat umzusetzen, was wir zu Papier gebracht haben. (Sehr richtig!) Wuchtige Anklagen haben wir gehört in Verbindung mit den Angriffen auf die Resolution. In den Artikeln schwirrte es nur so von Worten wie Kapitalismus und Sozialismus, Imperialismus, Konzentration, Akkumulation, Wahlrechtsräubereien usw. Ich bitte die Genossen, die das geschrieben haben: halten Sie uns denn wirklich, um das Wort einer Genossin auf einem früheren Parteitage zu gebrauchen, für sozialdemokratische Säuglinge, daß wir nicht auch wissen, was auf dem Spiele steht? Daß wir nicht auch die politische Situation kennen und sehen, wie sich der Kapitalismus konzentriert und die Absicht wächst, die Arbeiterklasse niederzuhalten! Das haben wir auch gewußt und ich spreche in dieser Versammlung kein Wort darüber. Ich halte es für deplaciert, das ABC der Sozialdemokratie auf einem Parteitag vor sozialdemokratischen Vertrauensleuten der Arbeiterschaft zu erörtern. Selbstverständlichkeiten brauchen wir uns gegenseitig nicht zu sagen. (Sehr richtig!) Es ist gesagt worden, die Resolution sei weiße Salbe, sie sei das Produkt mangelnder Fühlung der Parteileitung mit den breiten Massen der Parteigenossen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. (Sehr richtig!) Ueber Massenstreiks und Massen haben am meisten diejenigen geredet und geschrieben, die mit den Massen die wenigste Fühlung haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wer uns nachsagt, daß wir mit der Masse keine Fühlung haben, der sollte den Nachweis dafür versuchen. Wir sind das ganze lange Jahr nicht nur in der Masse selber drin, sondern haben fortlaufende Verbindung mit ihr auch durch die Vertrauensleute. Wer sagen will, wir wüßten nicht, wie es im Volke und in den Organisationen aussieht, dem sagen wir, wir haben doch auch den Parteiausschuß, den Sie uns als treuen Ratgeber an die Seite gestellt haben. Mit solchen Redensarten soll man uns gefälligst vom Leibe bleiben. Wir kennen die Massen besser als diejenigen, die die revolutionärsten Artikel schreiben, mit denen man aber keine Massenbewegung machen kann. Ich kann Ihnen sagen, daß die Resolution, die als weiße Salbe bezeichnet worden ist und als Produkt einer mangelnden Fühlung mit den Massen, daß diese Resolution das Produkt ernster Beratungen nicht nur des Parteivorstandes und Parteiausschusses war, sondern das Produkt ernsthafter Beratung aller der in Frage kommenden Körperschaften. (Hört! hört!) Deutlicher will ich nicht werden, aber ich hoffe, daß mich die Genossen verstehen, wenn ich sage, alle Körperschaften stehen dahinter, die bei einem Massenstreik in Betracht kommen. Das bitte ich zu berücksichtigen, und wenn Ihnen das bekannt ist, so glaube ich, dürfen Sie auch mit Vertrauen dieser Resolution zustimmen. Es kommt nicht an auf klingende Worte, vielmehr auf entschlossene Tat. Dazu sind wir bereit, aber nicht dazu, etwas zu unternehmen, wenn wir es für Torheit halten. Ich bin der Meinung, daß man entscheidende Taten am besten durch praktische Arbeiten vorbereitet. (Sehr gut!) Das heißt arbeiten an der immer größeren Festigung unserer Organisation und durch Erziehung unserer Genossen zu zielklaren, klassenbewußten Sozialdemokraten. So wollen wir weiter arbeiten wie bisher, systematisch und zäh, den Blick fest auf das Ziel gerichtet, in Einigkeit und Kampfbereitschaft. (Lebhafter Beifall.)

Otto Braun erstattet den Kassenbericht: Auch auf dem Gebiete des Kassenwesens ist das verflossene Geschäftsjahr mehr ein Jahr der inneren Ruhe und der inneren Festigung gewesen. Wir haben Ihnen den Kassenbericht gedruckt vorgelegt, und ich hoffe, daß Sie alle das reiche Zahlenmaterial durchgearbeitet haben werden. Das Ergebnis des Kassenberichts haben wir als nicht ungünstig bezeichnet, wir haben abgeschlossen mit einem Ueberschuß von 394 166,45 Mk. und haben 315 048,45 Mk. zum Vermögen legen können. Es gibt sicherlich in der Partei weite Kreise, die der Ueberzeugung sind, daß das ein sehr hoher Ueberschuß ist. Dem möchte ich doch entgegentreten. Den Ueberschuß kann man nicht als zu hoch bezeichnen, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Anforderungen in Wahljahren und in Zeiten großer politischer Aktionen an die Hauptkasse gestellt werden. Machen Sie sich nur folgendes Exempel auf. Angenommen, wir würden in vier Jahren der Ruhe, in denen wir keine Reichstagswahlen haben, wirklich alljährlich den gleichen Ueberschuß erzielen, so würden wir für die nächste Wahl etwa 1 260 000 Mk. zurückgelegt haben. Wenn Sie sich demgegenüber vor Augen halten, daß die Anforderungen in bezug auf die Wahlkosten an die Hauptkasse von Wahl zu Wahl ganz ungemein gestiegen sind, dann werden Sie mir recht geben, daß diese Rücklagen kaum reichen werden, um den Anforderungen an die Hauptkasse bei künftigen Wahlen gerecht zu werden. Im Jahre 1903 haben wir aus der Hauptkasse 282 058,05 Mk. zugezahlt, im Jahre 1907 waren es bereits 459 501,60 Mk. und im Jahre 1912 sogar 910 977,82 Mk. Wenn die Steigerung der Wahlkosten in dem gleichen Verhältnis weiter fortschreitet, dann ist es klar, daß Rücklagen in der Höhe, wie wir sie in diesem Jahre gemacht haben, nicht ausreichen werden. Dazu kommt, daß wir auch mit Reichstagsauflösungen und sonstigen großen politischen Aktionen zu rechnen haben, und denen würden wir dann nicht im entferntesten finanziell gewachsen sein. Es wird jetzt so viel von revolutionären Aktionen geredet, bei denen die Massen in Bewegung gesetzt werden sollen. Es wird auf das Ausland hingewiesen, wir sollten uns die dortigen Genossen zum Beispiel nehmen. Aber gerade die Erfahrungen im Ausland haben gezeigt, daß man nicht nur mit Begeisterung und Elan die Kämpfe führen kann, sondern daß auch ein voller Geldbeutel dazu gehört. (Sehr richtig!) Die Abführung an die Hauptkasse, über die früher vielfach geklagt wurde, ist im letzten Jahre etwas besser geworden, aber es gibt doch immer noch einige Wahlkreise — ich habe Ihnen eine Tabelle vorgelegt, aus der Sie ersehen können, welche das sind —, es gibt noch immer einzelne Wahlkreise, die es noch nicht fertig bekommen können, die im Statut vorgeschriebenen 20 Proz. abzuführen. Es sind, wenn ich die Kreise in Betracht ziehe, die mit mehr als 10 Mk. unter dem Pflichtsatz geblieben sind, noch immer 63, und darunter sind gut organisierte

Kreise, von denen man wohl erwarten könnte, daß sie ihrer Pflicht nachkommen. Als wir diesen Kreisen zum Bewußtsein brachten, daß sie, wenn sie ihre Pflicht nicht erfüllten, auch kein Recht auf eine Vertretung auf dem Parteitag hätten, haben sie sich beeilt, schnell eine kleine Summe einzuschicken, um wenigstens einen Delegierten hier zu haben. (Hört! hört!) Ein solches Verfahren ist ganz unzulässig, und ich möchte an die Genossen dieser Kreise die Aufforderung richten, in Zukunft ihr Finanzgebaren so einzurichten, daß sie ihren Pflichten der Hauptkasse gegenüber in vollem Umfange nachkommen können. (Sehr gut!) Den 63 Kreisen, die weniger abgeführt haben, stehen nur 15 gegenüber, die mehr als 10 Mk. über den Pflichtbeitrag abgeführt haben. Darunter stehen, wie alljährlich, an der Spitze die acht Berliner Kreise mit insgesamt 66 000 Mk. mehr. Dann folgt Hamburg, das für seine drei Kreise allein 48 000 Mk. über den Pflichtbeitrag abgeführt hat. Auch Leipzig und Chemnitz haben erheblich über den Pflichtbeitrag abgeführt. Aber ich möchte nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß sich in diesen Wahlkreisen, besonders in Berlin und Hamburg, unter den Genossen Strömungen bemerkbar machen, die dahin gehen, in Zukunft der Hauptkasse auch nur die 20 Proz. zu zahlen. Wenn Sie die letzten Beitragsquittungen im „Vorwärts" durchgelesen haben, werden Sie konstatieren können, daß die Beiträge, die von Berlin in den letzten Monaten abgeführt sind, schon beinahe unter 20 Proz. der Beiträge bleiben, und in Hamburg wurde auch vor kurzem in einer Generalversammlung in der Debatte über eine vom Vorstand beantragte Beitragserhöhung darauf hingewiesen, daß es ratsam sei, die Beiträge an die Hauptkasse bis auf die Pflichtbeiträge einzuschränken. Ich bemerke, daß dem energisch widersprochen ist und daß die Versammlung sich in der Tat nicht auf diesen Standpunkt gestellt hat. Aber wir werden in Zukunft doch bis zu einem gewissen Grade, wenn das auch nicht erwünscht ist, damit rechnen müssen, daß die Zahl der Kreise, die mehr als 20 Proz. abführen, geringer wird, und wir müssen deshalb das Hauptgewicht darauf legen, daß alle Kreise ihren vollen Pflichtbeitrag abführen. (Sehr richtig!)

Die gesamten Kreisorganisationen haben im Geschäftsjahr 1911/12 an Mitgliederbeiträgen eingenommen 3 080 365,86 Mk., im Berichtsjahre 1912/13 2 754 072,85 Mk. Da das Berichtsjahr sich nur auf neun Monate erstreckt, müßten wir ein Drittel zu dieser Summe hinzufügen, so daß sich eine Gesamteinnahme von 3 672 097,13 Mk. ergibt, d. h. eine Steigerung um 591 731,27 Mk. oder um 19,2 Proz. Halten Sie dagegen, daß wir nur eine Mitgliederzunahme von 1,3 Proz. haben, so ergibt sich daraus, daß die tatsächliche Mitgliederzunahme, an der Hand der Beiträge berechnet, doch eine größere ist, als aus den Angaben über die Mitgliederzahl in den Fragebogen hervorgeht. Gewiß ist bei dieser Steigerung der Einnahmen aus Beiträgen darauf Rücksicht zu nehmen, daß einzelne Kreise ihre Beiträge erhöht haben. Wenn ich aber darauf hochgerechnet die Hälfte rechne, so kommen noch immer etwa 10 Proz. Steigerung in Frage, die sich zum Teil aus der besseren Einkassierung der Mitgliederbeiträge ergeben, aber auch eine Steigerung der Mitgliederzahl erkennen lassen. Es muß weiter erwähnt werden, daß in der Beitragssumme, die ich genannt habe, nicht die volle Beitragseinnahme steckt, da einzelne Wahlkreise sich noch immer nicht daran gewöhnen können, ihre vollen Beitragseinnahmen im Bericht an den Parteivorstand anzugeben. Einzelne Kreise geben nur den Betrag an, den die Kreiskasse erhält, während die Prozente, die den Ortskassen verbleiben, einfach ausfallen. Es ist deshalb nicht möglich, aus der Beitragssumme die genaue Mitgliederzahl zu berechnen. Nur an einem Beispiel will ich zeigen, daß, wenn wir unsere Mitgliederbewegung nach der Beitragseinnahme berechnen, vielleicht ein viel günstigeres Resultat

herauskommt. Der Kreis Niederbarnim hat nach den Fragebögen einen Mitgliederverlust von 84, nach der Beitragseinnahme berechnet hat er dagegen eine Zunahme von 1403 Mitgliedern. Daraus können Sie ersehen, daß die zahlenmäßigen Angaben über die Mitgliederbewegung die volle Steigerung der Mitgliederzahl nicht zum Ausdruck bringen.

Aber alles das darf uns gleichwohl nicht darüber hinwegsehen lassen, daß die Mitgliederzunahme tatsächlich viel zu gering ist. (Sehr richtig!) Die Hauptursache ist zweifellos in der wirtschaftlichen Krise zu erblicken, die jetzt im Anzug ist und die in den Industriezentren und in den Großstädten heute schon mit großer Wucht eingesetzt hat. Es liegt nahe, einen Vergleich mit der vorhergehenden Krise der Jahre 1907 und 1908 zu ziehen. Von 1907 auf 1908 sind wir von 530 466 auf 587 336 Mitglieder gestiegen. Darunter waren allerdings 18 515 weibliche, die damals infolge Aenderung des Vereinsgesetzes zum erstenmal unserer festen Organisation zugeführt werden konnten. Zieht man die weiblichen Mitglieder ab, so bleibt nur ein Zuwachs von 38 355 oder 7,2 Proz., also ein Prozentsatz, der viel geringer ist als der in der Statistik angegebene. Aber man darf nicht vergessen, daß das Jahr 1907/08 das zweite Jahr der festen Vereinsorganisation war, daß da eine ganze Anzahl Genossen, die früher lose organisiert waren, der festen Organisation zugeführt wurden. Es handelt sich da um Genossen, die vorher bereits einer anderen Form der Parteiorganisation angehört hatten. Zieht man die ab, dann wird der Prozentsatz noch viel niedriger. Aber nehmen wir das folgende Jahr, wo die Wirkungen der Krise mit voller Wucht in die Erscheinung traten, das ist das Jahr 1908/09. Damals stieg unsere Mitgliederzahl um 45 973. Davon waren 32 801 weibliche Mitglieder, die früher schon Genossinnen, nunmehr infolge der neuen Gesetzesbestimmung der Organisation beigetreten waren. Nehmen wir nur die männlichen Mitglieder, so hatten wir eine Zunahme von 13 172 oder 2,2 Proz. in 12 Monaten. Bei der Krise 1907/09 haben wir also bei der Mitgliederbewegung dieselbe Erscheinung zu verzeichnen, die jetzt wieder zutage tritt. Es ist dabei noch zu bemerken, daß wir damals das Wahljahr 1907 hinter uns hatten mit seiner aufpeitschenden Wirkung. Sie wissen, daß damals das Wahlresultat die Genossen nicht befriedigte und sie anfeuerte, mit aller Macht sich der Organisationsarbeit zuzuwenden. Wir wissen weiter, daß das Wahljahr 1912, das mit einem so riesigen Erfolg endete, doch bis zu gewissem Grade auf die organisatorische Arbeit etwas lähmend wirkte. Wenn Sie das bedenken, kann man ohne weiteres erklären, wir haben jetzt dieselbe Erscheinung, wie sie die frühere Krise gezeitigt hat, und unsere Gegner, die sich wie 1907 wieder anschicken, über Rückgang der Sozialdemokratie zu phantasieren, werden ebenso wie sie in bezug auf die Reichstagswahl nach 1907 ein 1912 erlebten, jetzt in bezug auf die Organisation dasselbe Resultat erleben. (Bravo!) Allerdings ist dazu notwendig, daß wir alle Kraft einsetzen und jeder in der Organisationsarbeit seinen Mann stellt.

Wir haben noch weiter untersucht, ob das Verwaltungssystem, das in unseren Organisationen zur Anwendung kommt, vielleicht hier und da die geringe Zunahme an Mitgliedern erklärt. Wir haben durch einen Fragebogen zu ermitteln versucht, in welcher Form in den einzelnen Wahlkreisorganisationen die Beiträge eingezogen werden, wo Hauskassierung besteht und gleichzeitig wie in den einzelnen Kreisen die Mitgliederfluktuation im letzten Berichtsjahre gewesen ist. Diese Fragebogen sind leider nicht alle prompt eingegangen. Soweit sie eingegangen sind, sind sie in der Tabelle, die ich hier habe verteilen lassen, berücksichtigt worden. Die Zahl der Kreise, die Hauskassierung eingeführt haben, ist wider Erwarten groß, größer als wir in der Zentrale angenommen haben. Wir haben 265 Kreise ermittelt, die Haus-

kassierung haben. Das sind, wie gesagt, nicht alle, da nicht alle Fragebogen beantwortet sind. Von diesen 265 haben 104 gleich 39,2 Proz. Mitgliederverlust zu verzeichnen. Von den Kreisen, die die Beiträge in Zahlabenden kassieren und die nur von den Restanten zum Teil durch Hauskassierung die Beiträge einziehen, kamen 35 in Frage; von denen hatten 18 gleich 51,4 Proz. Mitgliederverlust. Die Mitgliederfluktuation in der ersten Gruppe mit Hauskassierung war folgende: Sie gewannen 113 941 = 15,4 Proz. der alten Mitgliederzahl und verloren 93 843 = 12,5 Proz. der alten Mitgliederzahl, so daß sich in diesen Kreisen ein absoluter Gewinn von 20 600 = 2,7 Proz. ergibt. In den Kreisen mit Zahlabenden und teilweiser Hauskassierung der Restanten ergibt sich ein Gewinn von 16 Proz. und ein Verlust von 18 Proz., ein absoluter Verlust von 3 Prozent. Wir können aus den Zahlen also ersehen, daß bis zu gewissem Grade auch im Verwaltungssystem Maßnahmen getroffen werden können, um eine größere Stabilität in der Mitgliederzahl herbeizuführen, die Fluktuation zu verringern und dadurch die Mitgliederzahl zu erhöhen. Aber das alles darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Hauptursache der geringen Mitgliederzunahme zweifellos in der wirtschaftlichen Krise zu suchen ist. Ich kann dem nur zustimmen, was Kollege Scheidemann schon sagte, daß es ganz abwegig und irreführend wäre, wenn man die Dämpfungspolitik und wie sonst die Ausdrücke in den Versammlungen und in der Presse gelautet haben, als Grund des geringen Zuwachses annehmen wollte. Daß die wirtschaftliche Krise die Hauptursache ist, erhellt auch daraus, daß sich bei dem Abonnentenstand der Presse eine ähnliche Erscheinung wie bei der Mitgliederzahl gezeigt hat. Die Abonnentenzahl hat, wie Sie aus dem schriftlichen Bericht ersehen, absolut abgenommen. Wir hatten 1911/12 89 Blätter, 1912/13 92 Blätter. Die Zahl der Abonnenten aber, die im vorhergehenden Berichtsjahr 1 478 042 betrug, ging im Berichtsjahr auf 1 465 212 hinunter. Wir haben also einen Verlust von 12 830 Abonnenten zu verzeichnen gehabt. Wer die Verhältnisse im Arbeiterleben kennt, weiß, daß, wenn es infolge des wirtschaftlichen Niederganges in der Arbeiterfamilie knapp wird, man bei solchen Dingen zu sparen sucht, die nicht zum unmittelbaren Lebensunterhalt gehören. Da wird zuerst die Zeitung abbestellt, zwei Familien behelfen sich oft mit einem Blatt. Darauf ist wohl zum großen Teil der Rückgang der Abonnentenzahl zurückzuführen. Wir haben weiter in diesem Jahr Erhebungen angestellt darüber, wieviel Beschäftigte unsere Zeitungs- und Druckereibetriebe aufzuweisen haben. Die Zahl der in Parteibetrieben Beschäftigten stellt sich danach auf 11 089. Dies große Heer von Beschäftigten zeigt, welchen Umfang unsere Parteibetriebe angenommen haben. Der Parteivorstand hat, was die Förderung der Presse anbelangt, es im Berichtsjahre nicht fehlen lassen. Wir haben 72 804,92 Mk. an direkten Pressezuschüssen gezahlt, d. h. in 9 Monaten mehr als in 12 Monaten des verflossenen Berichtsjahres, wo wir nur 70 000 Mark bezahlt haben. Auch auf dem Gebiete der Darlehnsgewährung für den Ausbau von Parteigeschäften haben wir ganz erhebliche Summen ausgegeben. Während wir 1911/12 nur 225 600 Mk. an solchen Darlehen ausgegeben haben, haben wir in den neun Monaten des Berichtsjahres 396 543,53 Mk. solcher Darlehen gewährt. Und ich kann darauf hinweisen, daß wir gerade für diesen Zweck schon in den ersten fünf Monaten des laufenden Geschäftsjahres fast ebensoviel aufgewandt haben wie in den ganzen neun Monaten des vorhergehenden Jahres, so daß im Laufe dieses Jahres dieser Ausgabeposten noch erheblich steigen wird. Trotz dieser hohen Aufwendungen für den Ausbau der Presse wird uns von verschiedenen Parteigenossen der Vorwurf gemacht, daß wir auf diesem Gebiete noch nicht genügend getan hätten. So hat auf dem Bezirksparteitag für die Pfalz, der in der letzten Woche tagte und

wo der Parteivorstand sich infolge wichtiger Geschäfte vor dem Parteitage leider nicht vertreten lassen konnte, der Vertreter des bayerischen Landesvorstandes erklärt, daß auf dem Gebiete des Ausbaues der Presse von dem Parteivorstand zu wenig geschehe, mit der Aengstlichkeit in bezug auf Neueinrichtungen müsse gebrochen werden. Angesichts der erwähnten Zahlen ist dieser Vorwurf zweifellos unberechtigt. Es ist nicht Aengstlichkeit, die uns davon abgehalten hat, gewissen Neugründungen von Geschäften zuzustimmen, sondern Gewissenhaftigkeit, zu der wir der Gesamtpartei gegenüber verpflichtet sind. (Sehr richtig!) Worum handelte es sich dort in der Pfalz? Es war der Antrag gestellt, für Kaiserslautern ein selbständiges Blatt mit selbständigem Druckereiunternehmen zu schaffen. Nach Würdigung aller Verhältnisse kamen wir zu dem Schluß, daß die Voraussetzungen für ein selbständiges Blatt noch nicht beständen. Wir haben deshalb den Genossen geraten, erst durch ein Kopfblatt von Ludwigshafen den Weg zu einem selbständigen Blatt zu ebnen. Die Genossen glauben aber, daß die Voraussetzungen gegeben sind, und bestehen noch bis heute darauf, ein selbständiges Blatt zu haben. Mit ihnen werden wir uns kaum einigen können, wie mit vielen anderen Genossen, die ähnliche Anträge gestellt haben, die wir gleichfalls ablehnen mußten, weil schließlich nicht die ganzen Einnahmen der Partei zu Geschäftsdarlehen ausgegeben werden können. Gerade die Genossen in Bayern haben am allerwenigsten Grund, über mangelhaftes Entgegenkommen des Parteivorstandes zu klagen. Wir haben 1911/12 über 151 000 Mk. für Bayern gegeben, wovon allerdings 123 000 Mk. für die Wahlen waren. Wir haben aber auch im Berichtsjahre 76 020,30 Mk. nach Bayern gegeben, darunter 57 000 Mk. Darlehen zum Ausbau der Presse. Also die Genossen in Bayern sollten wahrlich uns nicht den Vorwurf machen, daß wir zu ängstlich Neugründungen gegenübergestanden hätten. Auf dem Gebiete der Presse geht es genau wie auf allen anderen. Wollten wir alle Wünsche, die von Parteischriftstellern, von Redakteuren, von Jugendbildnern und Bildungsförderern erhoben werden, deren Durchführung vielleicht erwünscht wäre im Interesse der Partei, erfüllen, dann würden nicht nur unsere ganzen Einnahmen, sondern auch die ganzen Reserven dabei draufgehen, und Sie müßten sich dann zum Kassierer ein wahres Pumpgenie wählen. Die „Bureaukraten" im Parteivorstand haben eben die undankbare Aufgabe, all diese hochfliegenden Wünsche auf das vernünftige oder sagen wir höflicher auf das realisierbare Maß zurückzuführen. (Sehr gut!) Wenn wir überhaupt auf diesem Gebiete von Aengstlichkeit reden wollen, dann können wir es mit mehr Recht tun. Zum Beispiel besteht bei verschiedenen Geschäftsführern von Parteigeschäften, die erhebliche Darlehen von uns haben oder früher durch erhebliche Darlehen des Parteivorstandes erst hochgekommen sind, eine übergroße Aengstlichkeit in bezug auf die Verzinsung und die Rückzahlung dieser Darlehen. (Heiterkeit.) Ueber diese Aengstlichkeit haben wir in der Tat sehr zu klagen. Was bekommt man da alles für Antworten, wenn man Geld verlangt. Die Verzinsung, das sei eine ganz bureaukratische Einrichtung, wie kommt der Parteivorstand dazu, so etwas von den Geschäften zu verlangen! Und die Rückzahlung gar, wie kann der Parteivorstand Rückzahlung verlangen! Darunter waren oft Parteigeschäfte, die das Geld, das zur Rückzahlung notwendig war, bereits auf die hohe Kante gelegt hatten und sich einfach sagten, wir zahlen keine Zinsen und lassen das Geld lieber auf unserer Bank, wo es uns Zinsen trägt. Sie werden mir zugeben, daß ein derartiges Verfahren ganz unzulässig ist. Ein Geschäft schrieb uns z. B., als wir Rückzahlung verlangten, wir sollten uns doch freuen, daß unser Geschäft sich so vorzüglich entwickelt hat, und nun verlangen Sie noch das Geld zurück. (Heiterkeit.) Ja, Parteigenossen, wir freuen uns ja, wenn sich

die Geschäfte durch diese Hilfe vorzüglich entwickeln, aber die in Frage kommenden Geschäfte sollten auch der Amme gedenken, an deren Brüsten sie in der Säuglingszeit ihres Betriebes gelegen haben (Heiterkeit), und sollten auch etwas von dem zurückgeben, was sie bekommen haben. Ja, es wäre ihre moralische Pflicht, darüber hinaus etwas der Parteikasse zuzuführen. Solange der Gebärstreik noch nicht auf die Gründung von Geschäften übergegriffen hat (Heiterkeit), werden wir damit rechnen müssen, daß die Genossen noch immer weiter selbständige Parteigeschäfte in die Welt setzen und es dann schließlich der Hauptkasse überlassen, sie zu ernähren. Es ist zu natürlich, daß, wo die genügenden Voraussetzungen für die Existenz eines Blattes nicht gegeben sind, diese Geschäfte mangels genügender Nahrung sofort wieder gierig zu den Brüsten der altbewährten Amme, der Hauptkasse, greifen und da die Nahrung suchen, die ihnen mangelt. Da ist es selbstverständlich, daß die Hauptkasse entsprechende Auffüllung verlangen muß, wenn sie diesen Anforderungen gerecht werden soll. Wir werden über kurz oder lang einmal ganz ernstlich zu erwägen haben, ob nicht gut prosperierende Parteigeschäfte, die oft erst durch die tatkräftige Hilfe der Gesamtpartei auf den jetzigen Stand gebracht worden sind, ob man denen nicht wenigstens die moralische Pflicht auferlegen sollte, einen Teil ihrer Ueberschüsse der Hauptkasse zuzuführen. Denn es wird immer weniger möglich, mit den laufenden Beitragseinnahmen die fortgesetzt steigenden Anforderungen an die Hauptkasse zu befriedigen. Im übrigen werden wir bei der Gesundung unserer Finanzen das Hauptaugenmerk zweifellos darauf verlegen müssen, die regelmäßigen Beitragseinnahmen zu erhöhen. Diese können wir nur erhöhen, wenn es uns gelingt, die Mitgliederzahl zu vermehren. Deshalb ist es notwendig, mit aller Kraft an dem Ausbau der Organisation, an der Werbung neuer Mitglieder zu arbeiten. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir weit über 2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder haben, denen kaum 1 Million Parteimitglieder gegenüberstehen. Da ist noch ein großes, dankbares Feld für die Werbung von Parteimitgliedern vorhanden. Wird dies Feld entsprechend beackert, dann, glaube ich, werden wir die Scharte vom Berichtsjahre auswetzen. Dazu ist aber notwendig, wie bereits Kollege Scheidemann betonte, daß die werbende Kraft, die den Erfolgen unserer Genossen im Parlament innewohnt, nicht verkleinert, nicht herabgesetzt, sondern in den Dienst der Mitgliedergewinnung gestellt wird. Wir sollten uns deswegen vor Aeußerungen hüten, aus denen nicht nur die Organisierten, sondern auch die Unorganisierten leicht eine Herabsetzung des Wertes der Organisation herauslesen können. Der Fortbestand und die Entwickelung unserer Organisation sind nur gesichert durch die Arbeit der Tausende von Parteigenossen, die als Funktionäre tagaus tagein, jahraus jahrein, durchdrungen von der Siegessicherheit des Sozialismus, die mühsame Kleinarbeit leisten, ihre kärglichen Mittel, die wenigen Mußestunden, die ihnen die kapitalistische Fron läßt, ja einen großen Teil ihres Familienglücks opfern, um die so wichtige Kleinarbeit zu leisten, um die Organisation auszubauen und vorwärts zu bringen. Gerade dieser großen Zahl von Mitarbeitern sind wir Dank schuldig, dadurch, daß wir ihre Arbeit ins rechte Licht stellen, daß wir sie nicht in ihrem Werte irgendwie herabmindern. Diese große Zahl der kleinen Funktionäre, der Tag für Tag in zäher Arbeit für den Ausbau der Organisation tätigen Genossen, beweist mindestens ebensoviel Idealismus, ebensoviel Opferfreudigkeit, ebensoviel Begeisterung für unsere Sache, wie jene Parteigenossen, die in großen Massenversammlungen, umbraust von jubelndem Beifall, die Massen gegen die Führer aufrufen oder in wohlstilisierten Artikeln den Wert der Organisationsarbeit herabmindern und Hoffnungen auf den revolutionären Tatendrang der Unorganisierten und der gegnerisch Organisierten wecken, denen bittere Enttäuschungen folgen müssen. (Sehr wahr!) Wir wollen uns nicht durch Ungeduld von den alten Bahnen ablenken lassen. Wir wollen unsere Organisation weiter ausbauen und die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse durch doppelte Kraftanstrengung wettmachen. Die Parole für das laufende Jahr muß heißen: Auf! Der ersten Million Parteimitglieder entgegen! (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag Eberts wird mit dem Geschäftsbericht des Parteivorstandes auch zugleich der Bericht der Kontrollkommission erstattet.

Referent ist Genosse

Brühne: Parteigenossen und -genossinnen! Die Kontrollkommission hat im letzten Jahre einen sehr schweren Verlust erlitten. (Der Parteitag erhebt sich von den Sitzen.) Am 21. Juni starb im Krankenhause in Dresden unser Genosse August Kaden. Die Reihen unserer alten Genossen lichten sich immer mehr. Kaden gehörte zu den Genossen, die von der Pike auf gedient haben. Er hat die schweren Zeiten des Sozialistengesetzes mitgemacht und allen Anfeindungen und Verfolgungen getrotzt. Kaden war seit 1890 Mitglied der Kontrollkommission und seit dem Tode Meisters deren Vorsitzender. Alle, die Kaden gekannt haben, liebten ihn wegen seiner geraden, offenen Ansichten. Seine Freunde wußten, daß er schon lange krank war. Sein goldener Humor hat ihn viele Leiden und Schmerzen vergessen lassen. Kaden war in der Hütte der Armut geboren, er hat arm gelebt und ist arm gestorben. Unsere Parteigenossen in Dresden können das Andenken Kadens nicht besser ehren als dadurch, daß sie seinen alten Wahlkreis mit großer Mehrheit bei der nächsten Nachwahl zum Reichstage wieder erobern. Wir werden unserem verstorbenen Mitkämpfer ein treues Andenken bewahren. Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben, ich danke Ihnen.

Die Kontrollkommission hat auch im letzten Jahre ihre Tätigkeit gemäß den Bestimmungen des Organisationsstatuts ausgeübt. Dieses entspricht den Grundsätzen, welche Genosse Kaden in einer Erklärung in Jena 1911 im Namen der Kontrollkommission abgegeben hat. Die Kontrolle erstreckt sich selbstverständlich auf die gesamte Tätigkeit des Parteivorstandes. In gemeinschaftlicher Sitzung der Kontrollkommission und des Parteivorstandes hat der Parteivorstand der Kontrollkommission bei jeder vierteljährlichen Tagung einen Bericht gegeben über die wichtigsten Vorgänge und Entscheidungen seiner Tätigkeit. In gemeinsamer Aussprache haben die Mitglieder der Kontrollkommission ihre Wünsche und Anregungen begründet. Die Kontrollkommission hat im letzten Jahre die Kassengeschäfte des Parteivorstandes, des „Vorwärts" (Zeitungsverlag und Buchhandlung), des Pressebureaus, der Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz, des Archivs, des Bildungsausschusses, der Parteischule und der Jugendzentrale vierteljährlich geprüft. Verlag und Druckerei J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart, sowie das Rheinisch-Westfälische Bureau sind im Laufe des Jahres einmal durch einige Mitglieder der Kontrollkommission revidiert worden. Zu Beanstandungen lag kein Grund vor. Die Geschäfte sind alle in guter Ordnung gefunden worden. Die Kontrollkommission hat sich bei ihrer Revision selbstverständlich nicht darauf beschränkt, nur die finanzielle Seite der Parteigeschäfte zu prüfen. Sie hat vielmehr der gesamten Tätigkeit der Parteiinstitute und Einrichtungen ihre Aufmerksamkeit zugewendet, und der dadurch gewonnene Einblick hat Anlaß zu eingehendem Meinungsaustausch mit dem Parteivorstand und zu mancherlei Anregungen der Kontrollkommission gegeben.

Das Versicherungsgesetz für Privatangestellte, das am 1. Januar 1913 in Kraft trat, hat die Fürsorge für diese Berufsschichten und ihre Angehörigen

nur äußerst mangelhaft im Vergleich zu den zu leistenden Beiträgen geregelt. In Verbindung mit dem Parteivorstand wurde von der Kontrollkommission die Frage beraten, wie für unsere an der oberen Grenze der Versicherungspflicht befindlichen Angestellten im Parteivorstande eine bessere Regelung geschaffen werden könne. Zu erwägen war dabei auch, daß mehrere der in Frage kommenden Genossen bereits das versicherungspflichtige Alter überschritten hatten. Man kam zu dem Entschluß, alle gleich zu behandeln und diesen Genossen durch eine entsprechende Zulage eine bessere Fürsorge anderer Art zu ermöglichen. Den Genossen wurde zur Pflicht gemacht, durch den Abschluß einer privaten Versicherung für sich und ihre Angehörigen entsprechend zu sorgen.

Die Kontrollkommission hatte sich im Laufe des Jahres mit zwei Beschwerden gegen den Parteivorstand zu beschäftigen. Die erste war die des Genossen Mehring-Berlin-Steglitz, die sich gegen den Parteivorstand richtete, und die er in seiner schriftlichen Begründung auch auf den Genossen Kautsky ausdehnte. Genosse Mehring versandte am 10. Februar dieses Jahres durch das Pressebureau drei Artikel, die den wesentlichen Inhalt eines von der Genossin Luxemburg im Verlage des Vorwärts veröffentlichten wissenschaftlichen Werkes zusammenfaßten.

Der Parteivorstand erklärte in einem Rundschreiben an die Redaktionen der Parteiblätter die Veröffentlichung dieser Artikel durch das Pressebureau als eine unzulässige mißbräuchliche Benutzung des Pressebureaus. Gegen diese Erklärung des Parteivorstandes erhob Genosse Mehring Beschwerde bei der Kontrollkommission. Mehring begründete seine Beschwerde damit, daß er sich für berechtigt hielt, seine Artikel durch das Pressebureau zu veröffentlichen, da der Parteivorstand im vorigen Frühjahr sogar genehmigt hatte, daß persönliche Angriffe Kautskys gegen ihn durch das Pressebureau verbreitet wurden. Dann beschwerte sich Genosse Mehring darüber, daß der Parteivorstand nicht gemäß der ihm vom Jenaer Parteitag im Jahre 1905 auferlegten Pflicht gegen den Artikel eingeschritten ist, den Genosse Kautsky in Nummer 23 der „Neuen Zeit" unter dem Titel „Parteipolemik" veröffentlicht hatte.

Die Kontrollkommission hat, um Klarheit in dieser Angelegenheit zu haben, Kläger, Angeklagte und Zeugen vernommen. Sie hatte über folgende Fragen zu entscheiden.

I. Mehring verlangt von der Kontrollkommission

1. den Vertrieb seiner Artikel über das Buch der Genossin Rosa Luxemburg für zulässig zu erklären;

2. für den Fall, daß die Kontrollkommission in dem Vertrieb der Artikel eine mißbräuchliche Benutzung des Pressebureaus erblicken sollte, dem Parteivorstande einen Tadel auszusprechen, weil er im vorigen Jahre die Verbreitung der Kautskyschen Erklärung und der Mehringschen Erwiderung durch das Pressebureau genehmigt hat.

II. Mehring ersucht die Kontrollkommission, den Parteivorstand zu einer unzweideutigen Erklärung darüber zu veranlassen, ob er es gebilligt hat, daß Kautsky, nachdem Mehring einige dem Parteivorstand mißfällige Artikel veröffentlicht hat, von Mehring eine Einschränkung der publizistischen Befugnisse beanspruchte.

III. Mehring beschwert sich darüber, daß der Parteivorstand nicht gemäß dem Jenaer Beschluß gegen den Artikel Kautskys: „Parteipolemik", eingeschritten ist.

In der Beschwerdesache des Genossen Mehring gegen den Parteivorstand, die er in seiner schriftlichen Begründung auch auf den Genossen Kautsky ausgedehnt hat, hat die Kontrollkommission folgende Entscheidung getroffen:

I. Der § 5 Abs. 2 der Bestimmungen über die Einrichtungen des Pressebureaus der Partei lautet nach dem Essener Parteitagsprotokoll 1907: „Ausgeschlossen von der Tätigkeit des Pressebureaus ist die Lieferung politischer Leitartikel, sowie die Behandlung parteitaktischer und partei-theoretischer Fragen."

Die Kontrollkommission verurteilt auf Grund dieser Bestimmungen jede Benutzung des Pressebureaus zur Versendung der oben gekennzeichneten Artikel. Somit hält die Kontrollkommission sowohl die Versendung der Artikel der Genossen Kautsky und Mehring im vorigen Jahre als derjenigen Mehrings in diesem Jahre für unzulässig.

Aus den vorliegenden Feststellungen ergab sich, daß Genosse Mehring die Versendung seiner Artikel über das Buch der Genossin Rosa Luxemburg durch den Leiter des Pressebureaus nicht als eine mißbräuchliche Benutzung dieser Institution betrachtet hatte. Diese Auffassung wird auch dadurch bestätigt, daß der Parteivorstand seinen Tadel nicht gegen Genossen Mehring gerichtet hat.

Die Kontrollkommission bedauert im übrigen, daß die Redaktion des „Vorwärts" in dieser Sache ohne Wissen des Parteivorstandes ein Zirkular des Parteivorstandes zum Abdruck gebracht hat, das nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war, denn dadurch verschärfte sie den an sich geringfügigen Streit ganz erheblich.

II. Die Kontrollkommission hat von der Erklärung des Genossen Haase als Vorsitzenden des Parteivorstandes Kenntnis genommen, daß der Parteivorstand seinerseits nicht daran gedacht hat, die publizistische Befugnis des Genossen Mehring in der „Neuen Zeit" einzuschränken, daß er aber auch in der vom Genossen Kautsky vorgeschlagenen Neuregelung des Redaktionsverhältnisses betreffend Mitarbeit des Genossen Mehring, keine solche Einschränkung erblicken konnte.

Die entgegenstehende Auffassung des Genossen Mehring darüber erklärt sich wesentlich dadurch, daß seine Stellung, die bisher auf „freundschaftlichem Verstehen" mit der Redaktion beruhte, eine Aenderung erfahren sollte, die er als eine Beeinträchtigung seiner bisherigen Stellung betrachtete, wie sie sich durch ein langjähriges, niemals beanstandetes Gewohnheitsrecht gebildet hatte.

Nachdem der Parteivorstand auf Grund der geschehenen Aussprache erklärt hat, eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Genossen Mehring und der „Neuen Zeit" in Aussicht zu nehmen, kann die Kontrollkommission der Entscheidung des Parteivorstandes nicht vorgreifen.

III. Die Kontrollkommission ist der Anschauung, daß die Beschlüsse des Jenaer Parteitages 1905 dem Parteivorstand nicht das Recht gaben, gegen den Genossen Kautsky wegen seines in Nummer 23 veröffentlichten Artikels „Parteipolemik" einzuschreiten. Diese Beschwerde ist daher unbegründet.

Eine weitere Beschwerde lag vor von dem Genossen Julian Borchardt in Groß-Lichterfelde. Er führte Beschwerde gegen den Parteivorstand, weil dieser in dem gegen Borchardt schwebenden Schiedsgerichtsverfahren den dritten Berliner Wahlkreis mit der Ernennung der drei Beisitzer zum Schiedsgericht beauftragt hat. Borchardt verlangt in seiner Beschwerde, die Kontrollkommission solle den Beschluß des Parteivorstandes aufheben und die Ernennung der Beisitzer durch die beiden beteiligten Kreise, den dritten und vierten Wahlkreis, vornehmen lassen.

Nach unserem Organisationsstatut kann jede Parteiorganisation die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen. Im Falle Borchardt hatte der dritte Berliner Wahlkreis am 28. Mai, der vierte am 11. Juni ein Schiedsgerichtsverfahren gegen den Genossen Borchardt beantragt. Der Parteivorstand be-

antragte, den dritten Wahlkreis als denjenigen, welcher zuerst die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragt hatte, die drei Beisitzer zu ernennen. Die Kontrollkommission schloß sich einstimmig diesem Beschluß an und wies die Beschwerde des Genossen Borchardt als unbegründet ab.

Nach dem Tode unseres unvergeßlichen Genossen August Bebel hätte nach § 15 unseres Organisationsstatuts die Kontrollkommission nach Anhörung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses das Recht gehabt, eine Ersatzwahl zum Parteivorstand an Stelle des Genossen Bebel vorzunehmen. Wegen der kurzen Zeit, die uns noch von dem Parteitage trennte, hat die Kontrollkommission einstimmig von einer Ersatzwahl Abstand genommen und überläßt die Wahl dem Parteitage.

Die Kontrollkommission beantragt einstimmig, der Parteitag wolle beschließen, daß dem Parteivorstand für das abgelaufene Geschäftsjahr die Entlastung erteilt werde. (Beifall.)

Vorsitzender **Ebert** schlägt vor, beim Geschäftsbericht des Parteivorstandes auch alle Anträge zu behandeln, die sich beziehen auf Agitation, Bildungsbestrebungen, Jugendbewegung, Agrarfrage, Presse und Literatur. Damit ist der Parteitag einverstanden. Genügend unterstützt werden die Anträge 13, 14, 15, 16, 17, 47, 51, 52, 53, 54, 55, 57, 77 und 96. Antrag 56 wird zurückgezogen. Die Anträge 18, 19, 48, 49, 50, 91 finden nicht die genügende Unterstützung.

Von den Anträgen zum Massenstreik werden die Anträge 7, 11, 12 und 88 genügend unterstützt. Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 8, 9, 10 und 90. Zu dem Antrage 96 ist folgender Abänderungsantrag eingegangen:

Im ersten Satz soll für die ersten sieben Worte gesetzt werden: „Der Parteitag beschließt . . ."

Dann wird in die Diskussion eingetreten und zwar zunächst über den allgemeinen Teil des Geschäftsberichts.

Sollmann-Köln: Scheidemann hat in seinem Bericht die Hauptursache des Stillstandes in der Organisation auf die Krisis zurückgeführt. Ich kann diesen Grund nicht vollständig unterschreiben. Ich weise darauf hin, daß in der Zeit, in der die hauptsächlichste Agitation gefallen ist, zahlreiche Industrien noch voll beschäftigt waren und daß in den Krisenzeiten 1908 und 1909 unsere Organisationen bedeutende Fortschritte erzielt haben. Ich warne davor, daß man den Stillstand lediglich auf die Krisis zurückzuführen sucht. Ich glaube, der Parteivorstand hat in seinem Geschäftsbericht mit erfreulicher Deutlichkeit eine der Ursachen genannt, die uns nicht mehr so leicht in die indifferenten Massen eindringen läßt, indem er darauf hinweist, daß unsere Parteipresse sündigt und nicht allgemeinverständliche Propaganda treibt. Ich habe in Arbeiterkreisen im Rheinland Ermittelungen angestellt und überall Zustimmung gefunden, wenn auf die unverständliche Schreibweise zahlreicher Parteiblätter hingewiesen wurde. Ein Teil unserer Parteizeitungen scheint anzunehmen, daß das Feuilleton überhaupt nicht mehr der Unterhaltung zu dienen hat. Gerade die Frauen bestellen die Zeitung ab, weil das Feuilleton mancher unserer Zeitungen für weite Arbeiterkreise ungenießbar ist. Diese Zeitungen glauben, daß jeder Arbeiter ein Theaterabonnement in der Tasche hat und sämtliche Klassiker gelesen hat. So sehr wir dafür eintreten müssen, daß unsere Genossen zum Kunst- und Literaturverständnis erzogen werden, so unverständig ist es, anzunehmen, daß die großen Massen tief in diese Frage eingedrungen sind. Ich habe das Gefühl, daß viele Redakteure unter den Journalisten glänzen wollen und nicht bedenken, daß es darauf ankommt, daß die Massen den Inhalt der Zeitung verstehen. Der Parteivorstand wird

gut tun, dieses wichtige Problem recht bald einer Redakteurkonferenz vorzulegen.

Nun die Jugendbewegung. Der Bericht des Parteivorstandes behauptet, daß unsere Jugendbewegung sich den Angriffen der Gegner gegenüber glänzend behauptet hat und daß wir gute Fortschritte gemacht hätten. Ich halte es für meine Pflicht, gegen diese Schönfärberei ganz entschieden zro protestieren. (Rufe: Oho!) Es ist nicht wahr, daß unsere Jugendbewegung im vergangenen Jahre gute Fortschritte gemacht hat. Gerade in hervorragenden Parteiorten ist sie zurückgegangen; z. B. in Braunschweig, Bremen, Breslau, Burg b. Magdeburg, Köln, Dresden, Elberfeld, Frankfurt, Hannover, Leipzig und in zahlreichen anderen Orten. Das sind Dinge, die wir nicht mit der Krisis erklären können, sondern wir müssen uns selber an die Brust klopfen und fragen, ob wir wirklich unsere Pflicht getan haben. Ich habe den Eindruck, daß in weiten Parteikreisen die bedeutende Gefahr der bürgerlichen Jugendbewegung unterschätzt wird. Sie dürfen nicht vergessen, daß die bürgerliche Jugendbewegung in den letzten Jahren ganz andere Formen angenommen hat und zu einer gewissen Gefahr für unsere Bewegung geworden ist. Die Agitation, das Werbematerial, das uns geboten wird, entspricht in bedauerlicher Weise nicht dem Empfinden der Jugend. Wir schicken eine Unmenge von Schriften ins Land, die die Jugend gar nicht fesseln können, weil die Jugend nicht versteht, was darin steht. Bis auf den heutigen Tag haben wir noch keine Agitationsbroschüre, die wir innerhalb der weiblichen Jugend verbreiten können. Es ist eine Schrift herausgegeben worden, aber so glänzend sie geschrieben ist, damit kann man nicht die heranwachsende weibliche Arbeiterjugend gewinnen. Wie redet man da zu 14jährigen Arbeiterinnen. Auf der ersten Seite heißt es da z. B.: „Weder die gewaltigen Errungenschaften der modernen Naturforschung, wie sie von Charles Darwin eingeleitet wurden, die dich befähigen würden, in dem großen, prächtigen Buche der Natur zu lesen, noch jene grandiosen Ergebnisse der Chemie, der Physik, ja nicht einmal die der Technik, wie sie im modernen Arbeitsprozeß Anwendung finden, sind im einzelnen wie in ihrem Zusammenwirken in einem großen übersichtlichen Bilde dir vermittelt worden. Noch weniger aber wurde dir die Entwickelung der Menschheit, ihrer Kultur geschildert oder gar die Kämpfe um Freiheit, um wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg, wie sie von den Unterdrückten immer und immer wieder in heldenhafter Weise geführt wurden. Nichts hast du erfahren von den großen, herrlichen Idealen, die, dem Polarsterne gleich, der Menschheit bei ihrem Aufwärtsstreben voranleuchteten und glühende Sehnsucht nach Freude und Freiheit in ihre Herzen gossen."

Das sind wunderbare Worte, aber wenn sie jungen, unaufgeklärten Arbeiterinnen in die Hand gegeben werden, dann laufen diese davon wie vor einer aufgescheuchten Maus. Keine Werbebroschüre hat auch nur entfernt bei der arbeitenden Jugend die Beliebtheit gefunden wie die, die ein junger Arbeiter, Peters, herausgegeben hat. Unsere „Arbeiter-Jugend", so glänzend sie als Bildungsorgan geschrieben ist, vermodert in den Schränken. Sie wird von der Jugend nicht gelesen, weil sie zu schwer ist für junge Leute von 14 bis 16 Jahren. Müssen wir nicht unsere Jugendagitation teilen? Wollen wir vielleicht eine besondere Zeitung schaffen für die Jugend von 17 bis 21 Jahren und für die jungen Leute, für die Kinder von 14 Jahren, die zu uns kommen? Wir müssen dazu kommen, daß wir, wenn nicht eine besondere Organisation, so doch eine besondere Beilage für die weibliche Jugend schaffen. Ich warne Sie vor der Anregung der „Neuen Zeit", eine besondere sozialdemokratische Organisation für die jugendlichen Arbeiter von 18 bis 22 Jahren zu schaffen, weil wir ja bei der Jugend von 14 bis 18 Jahren noch nicht

aus dem Experimentieren herausgekommen sind. Solange wir nicht auf sicherem Boden stehen, warne ich davor, neue Dinge zu schaffen, die neue Kräfte erfordern, die wir zunächst bei der Jugend von 14 bis 18 Jahren anzuwenden haben. Wir müssen unser Augenmerk darauf richten, die jungen Leute von 14 bis 18 Jahren zusammenzubringen. Sie sind in höchster Gefahr, von der mächtig anschwellenden Jugendbewegung des Bürgertums ergriffen zu werden. Hier muß unsere Arbeit einsetzen. (Beifall.)

Strengle-Hamburg: Einwendungen gegen den Vorstandsbericht vorzubringen, erscheint mir im großen und ganzen nicht notwendig. Die Tätigkeit des Parteivorstandes war sicherlich vollständig anzuerkennen. Was den Parteivorstand als Verwaltungskörperschaft anbetrifft, so kann ihm das Zeugnis ausgestellt werden, daß er ganz ausgezeichnet gearbeitet hat. Das beweist die Gewissenhaftigkeit der statistischen Denkschrift. Aber auch in Beziehung auf Initiative, die das Jahr hindurch zu entwickeln war, darf ihm kein Vorwurf gemacht werden. Natürlich ist die Initiative mitunter nach einer anderen Richtung gegangen, als der eine oder andere vielleicht gern gesehen hätte. (Heiterkeit.) Vielfach hat es einen gewissen Pessimismus erregt, daß die Mitgliedschaft teilweise stabil geblieben ist und die Abonnentenzahl da und dort zurückgegangen ist. Das wurde von manchem Genossen so aufgefaßt, als sei eine Periode des Unglücks und des Niederganges über die Sozialdemokratie hereingebrochen. Ich bin nicht derart pessimistisch gerichtet, ich glaube vielmehr, daß sich bei solchen Klagen derselbe Ueberschwang der Gefühle geäußert hat, der sich seinerzeit nach anderer Richtung hin äußerte, als unsere Wählerstimmen bedeutend zunahmen. In dem großen Zuwachs der Wählerstimmen sahen einzelne eine Weltenwende und in einem kleinen Rückgang der Organisation sehen sie wieder die Weltkatastrophe, sozusagen die Götterdämmerung der Sozialdemokratie. Wir sind wahrscheinlich, weil wir eine verhältnismäßig junge Partei sind, diesem Ueberschwang unterworfen, wir sind den einen Tag himmelhoch jauchzend, den anderen zu Tode betrübt. Bei diesen Klagen kommt aber auch etwas zum Ausdruck, was ich in der Partei auch auf anderen Gebieten schon bemerkt habe, und was Caprivi nannte „Le rage des nombres". Wir operieren immer mit den Zahlen als mit etwas Absolutem und ihr Aufstieg oder Rückgang macht uns optimistisch oder pessimistisch. Man darf nicht so viel Gewicht darauf legen, ob hier oder dort aus bestimmten Gründen die Organisation stärker geworden ist oder etwas abgenommen hat. Da kommen mehr oder minder Zufälligkeiten in Betracht und die Hauptrolle spielt dabei die allgemeine wirtschaftliche Lage. Worüber wir aber ein Recht haben, etwas pessimistisch zu sein, das ist der Umstand, daß das innere Leben der Partei unbefriedigend geworden ist. Das ist meiner Ansicht nach der Kernpunkt des Ganzen. Wenn man hört, wie sich die Parteiversammlungen mit Quisquilien befassen, wie im größten Parteiort, in Berlin, über die Frage des Gebärstreiks, die wirklich alles andere, nur nicht eine sozialdemokratische Angelegenheit ist (Sehr richtig!), große Versammlungen abgehalten werden und wie unsere Genossinnen, die den sozialdemokratischen Standpunkt ganz richtig vertraten, von einer nun einmal für irgendeine Phantasie fanatisierte Menge sozusagen niedergebrüllt werden, dann muß man sich allerdings die Frage vorlegen: Sind wir in unserer ganzen Organisation, sind wir im Parteileben auf der richtigen Bahn? Es ist dies ein Symptom, daß wir in den letzten Jahren es allzu sehr unterlassen haben, die Bewegung zu vertiefen. Ich messe die Schuld nicht einzelnen Körperschaften und nicht einzelnen Menschen zu, wir werden wohl ziemlich alle etwas schuld daran sein. Man wird sich aber über diese Sachen offen aussprechen müssen. In der „Neuen Zeit" hat ja dankenswerterweise in den letzten Wochen eine Diskussion über

Organisations- und Parteiverhältnisse stattgefunden, auf die ich nicht eingehen will. Ich möchte aber meine eigenen Gedanken darüber wiedergeben, weswegen wir gewissermaßen oberflächlich geworden sind. Sie werden auf Widerspruch stoßen, aber das ist man ja gewöhnt. Ich glaube nämlich, daß für unser Parteileben gefährlich ist die Mechanisierung der Partei, wie sie mehr und mehr stattgefunden hat, das Bestreben, alles nach bestimmten Regeln und Schablonen einzurichten in dem einen Ort genau wie in dem anderen, in Schlesien wie an der Wasserkante, in Schleswig-Holstein wie in Oberbayern. Dieses Streben des Schablonisierens, diesen hierarchischen Aufbau der Partei halte ich in der Tat für eine Gefahr für das innere Leben der Partei. Selbstverständlich muß bei einem derartigen Aufbau die Bureaukratie eine bedeutende Macht erlangen ohne die Schuld der betreffenden Personen. Verwaltungsbeamte brauchen wir selbstverständlich in unserer Organisation, aber man soll wohl erwägen, ob man mit der Vermehrung dieser Verwaltungsbeamten in demselben Tempo fortfahren soll wie bisher. Durch das Zusammenfassen der Organisation, durch die Zentralisierung, die wir den Gewerkschaften abgesehen haben, geht naturgemäß für den einzelnen Genossen die Uebersicht verloren und mehr und mehr wird der angestellte Beamte und Sekretär derjenige sein, der allein den ganzen Mechanismus beherrscht; dadurch wird er eine autoritäre Person. Er gelangt zu großem Einfluß und weil er notwendigerweise in der Organisationstätigkeit seine Hauptaufgabe sieht, so unterbleibt vielfach das tiefere Eindringen der Parteigenossen in die sozialdemokratische Prinzipien. Dazu kommt noch, daß die einzelnen Genossen sich darauf verlassen, daß ihr Beamter schon alles zum Besten leiten wird und daß sie sich nicht zu sehr um die Dinge bekümmern brauchen. Man wartet die Ordre des Bezirkskommandos ab, und wenn die erfolgt ist, wird mobil gemacht, vorher nicht. Durch das Verlassen auf die Initiative der Verwaltungsbeamten und des Parteivorstandes wird die Initiative der einzelnen Organisationen und der einzelnen Mitglieder beschränkt. Ich gebe dies zu bedenken, ohne bestimmte Anträge zu stellen. (Die Redezeit ist abgelaufen. — Vorsitzender Ebert bittet die folgenden Redner, die Redezeit besser einzuhalten.)

Kirschbaum-Bonn: Ich möchte das Wort nehmen zu dem Bericht des Vorstandes über die Jugendbewegung. Es häufen sich immer mehr die Klagen, daß zu wenig getan wird zur pädagogischen Schulung der Funktionäre. Ich will die Anträge unterstützen, in denen gefordert wird, das Rundschreiben der Zentralstelle sollte sich die Aufgabe stellen, die Funktionäre fortgesetzt über ihre Aufgaben als Erzieher zu unterrichten. Die Jugend bilden und schulen kann nur derjenige, der zu erziehen versteht. Unsere Mitarbeiter sind aber fast ausschließlich Laien, die von der Zentralstelle sich selber überlassen werden. Wir werden als Jugendhelfer wohl belehrt, wie wir agitieren sollen; durch die Agitation jedoch können wir Jugendliche zwar gewinnen, aber sie nicht festhalten. Das vermögen wir nur, wenn wir sie richtig zu behandeln verstehen. Dazu gehört, daß wir die Mittel der Erziehung beherrschen und die Erkenntnisse und Erfahrungen der modernen Pädagogik zu verwerten verstehen. Es ist notwendig, daß das Rundschreiben der Zentralstelle für die Funktionäre redigiert wird von einem pädagogisch geschulten Redakteur oder daß wenigstens solche Mitarbeiter dafür gewonnen werden. Ich glaube nicht, daß die Kosten das vom Genossen Braun gewünschte realisierbare Maß überschreiten werden. Jetzt säen und pflanzen wir, ohne genügend zu wissen, wie wir das Wachstum fördern und Früchte gewinnen können. Hier muß etwas geschehen. Die paar pädagogischen Vorträge auf den Jugendleiterkursen genügen nicht. Das Rundschreiben muß ausgebaut werden zum Ratgeber auf erzieherischem Gebiete. Ich hoffe, daß der nächste Geschäftsbericht des Vor-

standes sich einmal über diesen wunden Punkt aussprechen und daß er feststellen wird, daß etwas auf diesem wichtigen Gebiete geschehen ist.

Heilmann-Chemnitz: Genosse Scheidemann hat die Freundlichkeit gehabt, einen Artikel, den ich für die „Neue Zeit" geschrieben habe, von dieser Stelle aus zu kritisieren. Ich hätte gedacht, daß dieser Artikel, der sich mit der Haltung der Fraktion zur Heeresvorlage beschäftigt, besser dann zu erörtern sei, wenn wir über dieses Thema sprechen; aber da Scheidemann mit seiner Kritik nicht hat warten können, so muß ich auch an dieser Stelle darauf antworten. Scheidemann hat zunächst angeknüpft an meine Bemerkung, daß die Parteipresse im Kampfe gegen die Militärvorlage vielfach versagt habe. Ich habe das so gemeint und meine es auch heute noch so, daß wir nicht wie früher beim Kampf um große Vorlagen — ich denke z. B. an die Zuchthausvorlage — Tag für Tag die Parteipresse mit nichts anderem angefüllt haben, als mit diesem einen Thema und alle Energie der Parteigenossen auf diesen einen Punkt konzentriert haben. Ich glaube, wir haben während des Kampfes um die Militärvorlage unsere Kräfte viel zu sehr zersplittert, um eine große Bewegung der Massen gerade gegen dieses eine Gesetz herbeiführen zu können. Noch mehr hat dem Genossen Scheidemann mißfallen meine Bemerkung, daß der Parteivorstand wahrscheinlich auch versagt habe. Auf diesem Wort „wahrscheinlich" ist er herumgeritten, wie jeder geschickte Redner auf seinem Steckenpferd. Das Wort „wahrscheinlich" bedeutet einfach, daß ich nicht in der Lage war, es mit aller Sicherheit zu behaupten. (Heiterkeit.) Es ist Sitte, daß den Parteiredaktionen die Flugblätter zugestellt werden, die der Parteivorstand herausgibt, irgendein Flugblatt über den Liebknecht-Skandal (Heiterkeit), ich meine die Liebknechtschen Enthüllungen über den Krupp-Skandal, haben wir vom Parteivorstand nicht bekommen. Ich habe aber die Möglichkeit in Betracht gezogen, daß diese Flugblätter erschienen sein könnten und daß es bloß an irgendeinem technischen Versehen liege, daß sie uns nicht zugestellt worden sind. Weil ich diese Möglichkeit dem Parteivorstand zugute hielt, darum habe ich das mildernde „wahrscheinlich" hinzugefügt. Wenn diese Flugblätter erschienen sind, so haben nicht nur die Redaktionen, sondern eine ganze Anzahl der Wahlvereine unseres Bezirks, selbst in großen Orten, es nicht gewußt. Mir ist es sehr zweifelhaft, ob sie die Wirkung gehabt haben, die sie bei rechtzeitigem Erscheinen und bei größter Verbreitung auf Anregung der Zentralstelle hin hätten haben müssen. Ich glaube, es liegt hier das vor, was eben Genosse Stengele berührt hat. Wir sind wohl in der Zentralisation etwas zu weit gegangen. Die Flugblätter bekommen bloß noch die Bezirksvorstände, von denen werden sie weiter geleitet an die Kreisvorstände und ehe die Genossen in den einzelnen Orten erfahren, daß die Flugblätter erschienen sind, ehe sie ihre Verbreitung beschließen und ausführen können, ist soviel Zeit vergangen, daß die Flugblätter längst ihre Wirkung eingebüßt haben.

Dann zu etwas anderem. Genosse Braun hat gemeint, wenn alle Vorschläge der Enthusiasten für Neugründungen von Preßunternehmungen erfüllt würden, so müßte man ein Pumpgenie zum Parteikassierer machen. Es handelt sich aber bei den Vorschlägen zur Verbesserung der Parteipresse vielfach nicht um Aufgaben, die Mittel erfordern, sondern nur um Unternehmungen, die kühnen Wagemut erfordern und dann in absehbarer Zeit sogar Ueberschüsse einzubringen geeignet sein sollen. Scheidemann hat die Familienzeitschrift angekündigt. Wie wäre es, wenn der Parteivorstand daran dächte, die große Anschaffung neuer Maschinen gleichzeitig dazu auszunutzen, um eine Zehnpfennigzeitschrift nicht nach dem Muster der „Berliner Illustrierten Zeitung", aber in diesem Stile als eine aktuelle Illustrationszeitung herauszugeben, und wenn er mit diesem Unternehmen eine Illustrationszentrale für die Parteipresse verbinden würde. Es ist schon von mehreren anderen Seiten darauf hingewiesen worden, daß eine ganze Reihe von Möglichkeiten für die Zentrale vorhanden sind, das Zeitungswesen besser zu fördern, als es bisher durch das Pressebureau geschehen ist. (Sehr richtig!) Ich halte es nicht für angängig, an dieser Stelle in eine Kritik der Parteipresse einzutreten, zumal ein Mitglied des Parteiausschusses gesagt hat, daß demnächst dort diese Frage angeschnitten werden solle. Ich muß doch sagen, daß auf dem Gebiete des Zeitungswesens der Parteivorstand einmal ein Gesamtprogramm aufstellen sollte, was von der Zentrale aus unternommen werden kann. Ich denke z. B. an eine gemeinsame Inseratenzentrale, die sehr gut durchführbar ist.

Dann noch eine kurze Anfrage an den Parteivorstand: Es ist unangenehm aufgefallen, daß in den Anträgen zum Parteitag, die in der Presse veröffentlicht wurden, die Anträge des Parteivorstandes gefehlt haben. Nicht nur die zum Massenstreik, bei denen möglicherweise erst noch Vereinbarungen mit anderen Instanzen abzuwarten waren, sondern auch die zum Fall Radek, die sehr wohl rechtzeitig den Parteigenossen hätten unterbreitet werden können. Welche unangenehmen Aktionen diese späte Veröffentlichung nach sich gezogen hat, ist Ihnen allen bekannt. Gern ist es jedenfalls von keiner Seite geschehen, daß man in außerorganisatorischer Form vor die Partei getreten ist. Im Hinblick auf den Fall Radek wird man Scheidemann nicht zu warnen brauchen: „Sei nicht allzu gerecht, damit du nichts verderbest!" Aber er sollte sich hüten, die Debatten dadurch zu verderben, daß er allzu witzig sein will.

Lüth-Hamburg: Als wir vor zwei Jahren uns an dieser Stelle über Organisations- und Agitationsfragen unterhielten, da wurde die Notwendigkeit betont, daß dem Parteivorstand neues Blut zugeführt werden müsse. Wir haben das getan, indem wir Scheidemann und Braun hinzugewählt haben, wir haben auch den Parteiausschuß geschaffen, der ausschließlich aus Praktikern der Organisation und Agitation besteht und der ja auch nach dem Bericht Scheidemanns in vielen Fällen gemeinschaftlich mit dem Vorstand getagt hat. Trotz alledem ist das Resultat der Entwickelung unserer Organisation so, daß es eigentlich einer Stagnation der Organisation gleichkommt. Die Kritiker suchen die Gründe dafür in der Handhabung des Organisationswesens. Bei dem jetzigen Ausbau der Organisation muß man aber zugeben, daß alles getan worden ist, was geschehen konnte und daß auch Parteivorstand und Parteiausschuß ihre Schuldigkeit getan haben. In Nr. 47 der „Neuen Zeit" führt ein Berliner Genosse die Schuld auf die Gliederung der ganzen Organisation und auf den Bureaukratismus in der Partei zurück. Er meint, die Massen fühlten sich nur als Statisten. Ja, was hat denn der gute Mann eigentlich für eine Ahnung vom Aufbau der Organisation? (Sehr wahr!) Ich weiß, daß die Berliner Organisation ebenso demokratisch aufgebaut ist wie die Parteiorganisation überhaupt. Ich habe mich gewundert, daß dieser Artikel nicht rechtzeitig in der „Neuen Zeit" zurückgewiesen und widerlegt worden ist. Mein Genosse Stengele hat ja auch etwas vom Bureaukratismus gesprochen, aber doch in seiner bescheidenen Weise, wie das seinem Naturell entspricht. Der Rückgang der Organisation ist zurückzuführen auf wirtschaftliche Verhältnisse, speziell auf die ungeheuer große Arbeitslosigkeit in der Baubranche. Andere Faktoren haben dabei nicht mitgewirkt, nicht der Bureaukratismus und nicht die angebliche Verknöcherung der Beamten. Die Gegner haben ja schon 1907 derartiges behauptet, aber in der eigenen Partei sollte man solcher Kritik entschieden entgegentreten.

Gehrmann-Zeitz: Wenn dem Parteivorstand der Vorwurf gemacht wird, daß er daran etwas mitschuldig ist, daß unsere Organisation nicht die nötige

Fortschritte gemacht hat, so kann dieser Vorwurf nicht ganz von der Hand gewiesen werden. Der Vorstand hat aber nicht darin gesündigt, daß er nicht genügend Massenaktionen inszeniert oder die Initiative verloren hätte, sondern es sind bei der Bearbeitung der Jahresberichte vom Parteivorstand Fehler gemacht worden, die nachher zum Schaden für die Organisation wenigstens nach außen hin ausgeschlagen sind. So wird nach dem Bericht des Vorstandes festgestellt, daß im Kreis Zeitz-Weißenfels ein Mitgliederrückgang von 19 Proz. zu verzeichnen ist. Zahlenmäßig sei die Mitgliederzahl von 6805 auf 5501 gefallen. Tatsächlich ist aber im vorjährigen Bericht die Mitgliederzahl mit 6805 zu hoch angegeben worden, man hat nämlich die Mitgliederzahl der Frauen noch einmal zu der Gesamtmitgliederzahl hinzugerechnet. Wir haben gleich gebeten, daß dieser Irrtum im Chemnitzer Parteitagsprotokoll berechtigt werde, das ist aber nicht geschehen und auch in dem diesjährigen Jahresbericht ist leider die Richtigstellung nicht erfolgt. In Wirklichkeit hatten wir 1912: 5668 Mitglieder, in diesem Jahre haben wir 5501, der Rückgang an Mitgliedern beträgt also nur 167 oder 9,76 und nicht 19 Proz., wie der Geschäftsbericht angibt. Dieser Rückgang ist nicht darauf zurückzuführen, daß bei uns der Klassenkampf nicht gepflegt wird. Daß der nicht erlahmt, dafür sorgt schon bei uns die ungeheure Entwickelung des Kapitalismus. Es handelt sich bei uns nur darum, daß viele Mitglieder und gerade die ältesten die Arbeit verlieren und durch Kroaten und Polen ersetzt werden, die für die Organisation schwer zu haben sind. Wir haben auf diese Weise über 2700 Abgänge zu verzeichnen. Die Anregung Scheidemanns, ein neues Familienblatt zu begründen, ist an sich zu begrüßen, aber der Preis von 25 Pf. ist viel zu hoch. Wir müssen ein Familienblatt zu einem solchen Preise herausgeben, daß es auch von den Arbeiterfamilien bezahlt werden kann.

Clajus-Berlin: Dem Rückgang in der Organisation müssen wir dadurch entgegenwirken, daß wir uns mehr auf den eigentlichen Grund und Boden jeder Organisation zurückbegeben und das ist die Familie. Wir müssen in erster Linie die Frauen und die Jugend zum Sozialismus erziehen. Bei uns in Berlin haben sich die Frauen-Leseabende als ausgezeichnetes Mittel zur Erziehung der Proletarierfrauen zum Sozialismus bewährt. Wenn der Mann im Kampfe für die Ziele der Partei Verständnis und Unterstützung in seiner Familie und bei seiner Frau findet, so wird das der Organisation zu großem Vorteil gereichen. Dann werden solche Fälle nicht vorkommen können, wie ich sie in Leipzig erlebte, wo bei einem Buchbinderstreik zwei Mädchen von 18 und 20 Jahren Streikbruch gegen ihren eigenen gemaßregelten 60jährigen Vater begingen. Ich möchte bitten, alles daran zu setzen, daß die Frauen besser aufgeklärt werden als es heute der Fall ist. Dazu ist freilich die Popularisierung der Parteipresse vor allem notwendig. Unsere Zeitungen müssen so gemeinverständlich sein, daß sie auch von den Arbeiterfrauen verstanden werden. Was die Jugendbewegung betrifft, so braucht uns nicht bange zu sein um die jungen Leute von 14 bis 18 Jahren. Sie sind schon in anderer Form organisiert durch den Fortbildungsschulzwang usw. Aber wenn die Leute von 18 Jahren in das öffentliche Leben treten, dann kommen sie in das gefährliche Alter, wo ihnen jede Organisation fehlt. Da müssen wir mit unserer Organisationsarbeit ganz energisch eingreifen und darum sind die Anträge, die die Jugend von 18 bis 20 Jahren organisieren wollen, durchaus berechtigt. Das ist unsere heiligste Pflicht, gerade die Militärpflichtigen aufzuklären, und ich verlange vom Parteivorstand, daß er mehr Propaganda treibt unter den Militärpflichtigen vor der Einziehung zum Militär und nach der Entlassung vom Militär. Gerade diese Leute müssen wir gewinnen, wenn

wir einmal einen Kampf durchführen wollen, bei dem es aufs Ganze geht. Nehmt Euch der Frauen, nehmt Euch der Jugend an und folgt nicht den Spuren des Kassierers, der meint, man könne nicht allen Wünschen Rechnung tragen. Für diese Zwecke wird der Parteivorstand seinen gutgespickten Geldbeutel schon offen halten können.

Dürr-München: In bezug auf das Wochenblatt für die Frauen soll eine Neueinrichtung geschaffen werden. Nachdem wir die Modenzeitung, wie sie zum Teil gewünscht wurde, aus den angeführten Gründen nicht erhalten können, möchte ich dazu etwas sagen. Es ist betont worden, daß dies Blatt mit den neuesten technischen Hilfsmitteln durchgeführt werden soll. Man hat vom Tiefdruckverfahren gesprochen. Ich bin der Auffassung, daß, wenn wir die Illustrationen haben wollen, man dabei sachkundige Männer zu Rate ziehen sollte. Gerade in letzter Zeit ist ein Blatt erschienen, von dem ich fast sagen möchte, daß es beleidigend für den wirkte, zu dessen Gedenken es erschienen ist, ich meine die Bebel-Extranummer, die im Verlage des „Vorwärts" erschienen ist, die in einer Weise ausgestattet war, daß man sie mit Beschämung zurücklegen mußte. (Sehr richtig!) So jämmerliche Illustrationen, wie die von dem Leichenbegängnis in Zürich, finden wir in dem kleinsten Winkelpresse-Verlag Deutschlands nicht. (Sehr richtig!) Ich möchte also die Parteiinstanzen ersuchen, sich in solchen Fällen mit sachkundigen Leuten in Verbindung zu setzen. Ueber die neuesten graphischen Verfahren ist man sich auch in graphischen Kreisen noch nicht klar. Auf dem letzten Verbandstag der Lithographen ist z. B. die Frage verhandelt worden, ob das Tiefdruckverfahren oder das Offsetverfahren den Vorzug verdient. In bezug auf die Ausstattung der „Neuen Welt" hätte schon längst eine Aenderung herbeigeführt werden können. So ist das Papier, auf dem die dem Parteitag vorliegende Nummer der „Neuen Welt" gedruckt ist, recht teuer und dazu nicht haltbar.

In der Frage der Jugendbewegung darf keine Schönfärberei getrieben werden. Wir sollten uns nicht selbst täuschen. Der Grund des Auf- und Abgehens der Jugendbewegung liegt in erster Linie darin, daß wir nicht genug Parteigenossen und -genossinnen haben, die das nötige pädagogische Geschick haben, mit der Jugend umzugehen. (Sehr richtig!) In Berlin werden jetzt zwar zentrale Jugendleiterkurse abgehalten. Aber das genügt nicht. In Großstädten wie Berlin, Hamburg, München usw. müssen wir einen Stab von über hundert Jugendleitern haben, wenn wir praktisch wirklich etwas erreichen wollen. Es muß also dafür gesorgt werden, daß in den einzelnen Orten sowie Bezirken Jugendleiterkurse abgehalten werden, damit den Parteigenossen, die der Jugendbewegung Interesse entgegenbringen, die dazu nötigen pädagogischen Kenntnisse beigebracht und das dazu gehörige Material zur Verfügung gestellt wird. Dazu ist im weiteren Sinne die Jugendfrage eine Geldfrage. Wenn wir diesen Unterbau haben, werden wir mehr und mehr die Jugend für uns gewinnen und sie bei uns halten können. (Bravo!)

Stubbe, Heinrich, Hamburg: Genosse Braun hat nicht mit Unrecht betont, daß der Parteivorstand unter den gegebenen Umständen der Parteipresse höhere Zuschüsse nicht zuweisen konnte, aber vielleicht hätte nach einer anderen Richtung mehr getan werden können. Tatsache ist doch, daß wir einen Rückgang von 12 000 Abonnenten zu verzeichnen haben und nur rund 1½ Millionen Leser der Parteipresse haben. Das sind nur etwa 35 Proz. unserer Wähler, zweifellos ein ungünstiges Resultat. Keiner wird behaupten wollen, daß die anderen 65 Proz. keine Zeitung lesen. Es ist Tatsache, daß ein großer Teil davon bürgerliche Blätter liest. Das beweist uns, daß unsere Parteipresse nicht ihre Aufgaben voll erfüllt, daß die Einrichtungen nicht den Ver-

hältnissen angepaßt sind. Es ist unmöglich, jetzt in der Diskussion auf die einzelnen Dinge einzugehen. Ich verweise nur darauf, daß wir in Hamburg bei den letzten Reichstagswahlen rund 58 000 Abonnenten hatten, Stimmen haben wir erhalten rund 138 000. Dabei ist das prozentuale Verhältnis in Hamburg noch am günstigsten. Bei den bürgerlichen Parteien ist es umgekehrt. Wir haben in Hamburg rund 200 000 Abonnenten bürgerlicher Blätter, denen nur etwa 87 000 bürgerliche Stimmen gegenüberstehen. Daraus ergibt sich die große Zahl sozialdemokratischer Wähler, die bürgerliche Zeitungen lesen. Wie können wir nun erreichen, daß unsere Presse mehr Eingang findet, zunächst bei unseren eigenen Wählern? Da glaube ich, daß für eine ganze Reihe von Organen das Verbreitungsgebiet mit der Zeit zu groß geworden ist. Es ist Tatsache, daß mit der wachsenden Entfernung vom Erscheinungsort die Zahl der Abonnenten geringer wird. Deshalb muß versucht werden, nachdem die Ausdehnung der Großstädte immer mehr Fortschritte macht, ob hier nicht eine Teilung eintreten kann, um den Lesern in den entfernt liegenden Orten mehr Rechnung tragen zu können. Die Ausgaben für die Presse werden dadurch kaum merklich steigen; bei einer gewissen Höhe der Auflage tritt ein Stillstand ein und es werden bei einer Teilung der Verbreitungsgebiete die Kosten kaum wesentlich steigen. Die kleinen Orte haben das Bedürfnis, auch ihre lokalen Angelegenheiten in der Presse behandelt zu finden. Dem kann aber die Presse der Großstädte gar nicht Rechnung tragen; die kleinen Notizen über lokale Angelegenheiten genügen nicht. Die großen Verbreitungsgebiete sollten also verkleinert werden durch Gründung von neuen Organen. Was die geringe Mitgliederziffer anbelangt, so muß ernstlich geprüft werden, ob unsere Organisationseinrichtungen vollständig genügen. Wenn gesagt worden ist, daß wir zu viel zentralisieren, so glaube ich, daß das Gegenteil der Fall ist. Doch darauf kommt es nicht allein an, sondern auf die inneren Einrichtungen. Da finden wir, daß dort, wo die Abholung der Beiträge eingeführt wurde, der Stand der Organisation am besten ist. Gewiß kann diese Einrichtung nicht auf alle Wahlkreise übertragen werden, jedenfalls aber müssen die Parteigenossen sich in den einzelnen Orten eingehend mit dieser Frage beschäftigen. Gerade mit dieser Einrichtung wird es zweifellos möglich sein, in der schweren Zeit der Krise uns einen großen Teil der Mitglieder zu erhalten. Wenn wir gerade in der bevorstehenden Zeit nicht einen noch weiteren Rückgang erleiden wollen, müssen wir darauf sehen, unsere Einrichtungen auszubauen. Vor allem werden wir auch dafür sorgen müssen, daß sich die Mitgliederversammlungen auch wirklich mit sozialdemokratischen Angelegenheiten beschäftigen. Gehen wir so vor, dann werden wir treue Kämpfer für die Organisation gewinnen und werden erreichen, daß wir uns auf unsere Mitgliedschaft im gegebenen Falle vollständig verlassen können. (Bravo!)

Hierauf tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Ebert** eröffnet die Verhandlungen.

Dißmann-Frankfurt a. M.: Wenn der Bericht des Parteivorstandes erscheint, dann ist es nur zu begrüßen, wenn ein lebhaftes Echo im Lande geweckt wird. Es wäre traurig für die Millionenpartei, wenn es nicht so wäre. Es ist selbstverständlich, daß die Genossen im Lande bei dem Bericht die Frage erörtern, ob der Erfolg das gebracht hat, was der Aufwand der Kräfte versprach, ob die Situation richtig ausgenutzt worden ist. Diese Aussprache

im Lande ist nur zu begrüßen. Wenn bei dieser notwendigen Kritik in Einzelfällen über das Ziel geschossen wird, darf das nicht so tragisch genommen werden. Darum hätte ich gewünscht, daß heute morgen Genosse Scheidemann gegenüber der angeblichen Kritik mit etwas weniger Aufwand an Kraft und Witz vorgegangen wäre. Wer in der Partei erkennt wohl nicht die Kleinarbeit an, die von uns allen tagtäglich geleistet wird. Wer erkennt nicht die Bedeutung der Organisation an, und wer wollte etwa ihre Erfolge schmälern, die wir im Tageskampfe, in mühseliger Arbeit zu verzeichnen haben. Darin sind wir uns wohl alle einig, die mit ihrem ganzen Selbst jahraus, jahrein schaffen. Wir würden uns mit einer abfälligen Kritik doch selbst ins Gesicht schlagen. Es ist durchaus am Platze, wenn man hier die Stagnation der Mitgliedschaft behandelt. Hier wurde die wirtschaftliche Krise als die Hauptursache des gegenwärtigen Stillstandes der Mitgliederbewegung bezeichnet. Das trifft nur ganz bedingt zu. Ich fürchte vielmehr, daß uns die wirtschaftliche Krise erst in den nächsten Jahren in den Organisationen zu schaffen machen wird. Ich bestreite nicht, daß ein Teil der Städte bereits in der Krise steht. Aber das letzte Geschäftsjahr, das am 1. April abgeschlossen ist, hat nur bedingt eine Einwirkung der Krise auf die Mitgliederbewegung zu verzeichnen. Es kommt ein ganzer Komplex von Fragen zur Erläuterung dieses Zustandes in Betracht. Die Tatsache, daß nach den gewaltigen Anstrengungen der letzten Jahre, besonders nach den Reichstagswahlen, die Mitgliedschaft in der fortgesetzten Anspannung der Kräfte etwas erschlafft ist, hat zweifellos etwas mitgewirkt. Nach den jahrelangen fortgesetzten Arbeiten der Kleinagitation, der ungeheuren Werbung neuer Mitglieder, der Massen von Hunderttausenden ist es begreiflich, wenn diese Massenaufnahme nicht mehr so rasch erfolgen kann wie im Laufe der letzten vier, fünf Jahre. Das Reservoir, wo wir in leichterer Form gewaltige Massen von Mitgliedern gewonnen haben, ist zwar nicht erschöpft, aber die Gewinnung neuer Mitglieder ist schwieriger geworden. Die Anstrengungen müssen größer werden. Wir haben ja noch Reservoire, wo Hunderttausende, ja Millionen von Arbeitern in Frage kommen, aber in schwierigeren Gegenden. Dort wird der Aufstieg langsamer sein als in den Großstädten, wo die Massen in der Idee längst für uns gewonnen waren. In diesen schwierigen Gebieten müssen die einzelnen Zweige der Arbeiterbewegung mit gemeinsamer Kraft alles versuchen, neue Erfolge zu gewinnen. Niemandem kann es einfallen, irgendwie das gemeinsame Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft zu trüben. Im Gegenteil, je enger und besser dieses Verhältnis ist, desto erfreulicher sind für die Arbeiterbewegung die Erfolge. Und wenn von einer Beamtenhetze gesprochen wurde, so ist das eine Frage, die ernsteste Beachtung verdient. Einer solchen Stimmung in der Masse hätten wir uns mit aller Kraft entgegenzustemmen, wenn diese Stimmung dahin gehen sollte, die Beamten in der Achtung und im Vertrauen herunterzusetzen. (Sehr richtig!) Das ist selbstverständlich und kann nicht anders sein. Das hindert uns nicht, wenn bei der gewaltigen Entwickelung sich einzelne Mißstände in der Organisation gezeigt haben, diese in der Organisation selbst sachlich zu besprechen und auf Abhilfe zu bringen. Das haben wir den einzelnen Gewerkschaften zu sagen, das sagen wir auch der Partei.

In der Frage der Ausnutzung der Situation müssen wir in Zukunft ein Stück weiter kommen. Scheidemann sagte, die Begeisterung der Massen flaute im Kampfe gegen die Militärvorlage bald ab, die Massen hätten das Empfinden gehabt, daß die Militärvorlage gesichert sei, und daß, nachdem der Besitz die Deckung zahlen müßte, das Schlimmste überwunden wäre. Das

ist das Schlimmste, was in der Agitation vorkommen kann. Die Massen dürfen nicht erlahmen, indem sie glauben, die neuen Lasten treffen sie nicht, denn sie übersehen, daß es das Schlimmste ist, daß der Militarismus weiter gestärkt wird. Bei Aktionen wie im Kampfe gegen die Militärvorlage müssen wir in Zukunft die Zentrale mit den Organisationen und der Presse etwas näher zusammenbringen. Es wäre durchaus notwendig gewesen, daß Fraktion, Parteivorstand und Organisationskörper mit den Vertretern der Presse sich von vornherein zusammengefunden und verständigt hätten über den Rahmen des Kampfes, der einzusetzen hat, damit mit dem Moment, wo im Parlament selbst der Kampf einsetzte, nicht nur sofort das Echo der Massen gefunden wurde, sondern auch die Organisationen auf dem Sprunge standen, um sofort die gewaltigsten Massenbewegungen in Szene zu setzen. Ich hoffe, daß wir darüber in den nächsten Sitzungen des Parteiausschusses sprechen können. Das gilt auch besonders für die Frage der Gelben. Ich bitte Sie vor allen Dingen, daß wir in Zukunft den parlamentarischen Kampf, den Kampf, den uns der Parteivorstand und die Generalkommission vorschlagen, stets in der engsten Verbindung halten mit den Massen im Lande, damit wir im gemeinsamen Zusammenstehen unseren Kämpfen den größten Nachdruck verleihen können. (Beifall.)

Klara Zetkin: Genossinnen und Genossen! Ich will einige Ausführungen machen zu den Anträgen, die sich auf die Ausgestaltung der „Gleichheit" beziehen. Nicht nur in diesen Anträgen, sondern auch sonst ist der Wunsch laut geworden nach einer populäreren Ausgestaltung dieser Zeitschrift. In diesem Ruf vereinigen sich verschiedene Strömungen, von denen mir die eine volle Beachtung zu verdienen scheint. Niemand weiß besser als ich, daß der Ruf nach Popularität bei einigen auf ganz falscher Einschätzung des Populären, des Volkstümlichen beruht. Als volkstümlich stellt man sich verworrene, seichte Gedankengänge vor, die in einem mangelhaften Deutsch vorgetragen werden. (Lebhafter Widerspruch.) Warten Sie doch erst ab. Ich sage, es gibt einige, die sich Populärsein so vorstellen. Als Redaktrice habe ich die Beweise dafür und bekomme sie oft genug zugeschickt. Jeder Redakteur wird mir bestätigen, daß die gekennzeichnete schiefe Auffassung vorhanden ist. Aber es liegt auch heutigentags bei dem Ruf nach Popularität ein sehr tief begründetes und wichtiges Bedürfnis vor. Die Verhältnisse haben sich gegen früher geändert. Früher war die „Gleichheit" ausschließlich das Organ der Genossinnen, die von vornherein eine Elite des weiblichen Proletariats darstellten, die zum Teil schon in der allgemeinen Bewegung eine größere Schulung erhalten hatte. Diese geschulte Elite zusammenzuhalten und noch weiter zu erziehen, war die vornehmste Aufgabe der „Gleichheit". Aber gerade das opferfreudige und verständnisvolle Wirken dieser Hunderte, die zu Tausenden von Genossinnen geworden sind, hat dazu geführt, daß unsere proletarische Frauenbewegung verhältnismäßig rasch einen sehr großen Umfang erreicht hat. Wir erhalten heute in unseren Organisationen einen Zustrom von proletarischen Frauen, die zwar mit ihrem ganzen Herzen instinktiv mit uns fühlen, die aber infolge ihrer ganzen Lebensumstände, infolge des Erbteils, das sie als Angehörige des weiblichen Geschlechts für ihre geistige Physiognomie mit sich bringen, und das durch soziale und politische Minderberechtigung erhalten wird, noch nicht das ABC unserer Auffassungen kennen und nun das ganz berechtigte Bedürfnis danach haben, daß ihnen dies ABC beigebracht wird. (Sehr richtig!) Man hätte vielleicht denken können, daß die Tagespresse der geeignetste Platz wäre, um diesem täglichen Bedürfnis zu genügen. Es ist aber nicht so, und vielleicht kann es gar nicht so sein. In dem Maße, als das Gebiet

der Betätigungen der Partei nach den verschiedensten Richtungen hin sich verbreitert und bereichert, wird unsere Tagespresse von den Tagesaufgaben in wachsendem Umfang in Anspruch genommen. Dazu kommt, daß unsere Tagespresse in erster Linie, wie Scheidemann ganz richtig betonte, vielleicht zu viel das Organ der bereits geschulten Genossen ist und zu wenig werbendes Organ für die Ideen der Sozialdemokratie außerhalb dieses Kreises. Hier liegt meiner Ansicht nach eine Aufgabe vor, die die „Gleichheit" künftig erfüllen muß. Sie muß sich in einem Teil wenden an die Genossinnen, die ganz ungeschult zu uns kommen, die zuerst die Elemente unserer Auffassungen, unserer Ueberzeugungen lernen müssen. Ich meine, die Genossinnen müssen zugunsten dieser Nachrückenden, die morgen oder übermorgen an unserem eigenen Platz stehen werden, auf einen Teil des Raumes der „Gleichheit" verzichten, damit für entsprechende Artikel Raum geschaffen wird. An dem Gehalt und dem Charakter des übrigen Teiles wird nichts geändert. Uebrigens will ich dieses bemerken: Was Sie an der „Gleichheit" meinen tadeln zu müssen, die angeblich unpopuläre Schreibweise, unterscheidet sich im allgemeinen in nichts von der Schreibweise unserer übrigen Parteipresse. Es sind die nämlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die auch dort das Wort führen, und ich kann hinzufügen, daß wir vielleicht kein Organ in unserer Partei haben, daß daneben in so großer Zahl Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus den erwachenden Schichten des Proletariats zählt, wie gerade die „Gleichheit". Meinen Sie, ich würde in ausgesuchter Bosheit und Dummheit gute, populäre Artikel über unsere sozialistischen Ideen nicht annehmen, wenn ich sie bekäme? Nicht mit einer, nein mit zwei Fußhänden würde ich sie veröffentlichen. (Große Heiterkeit.) Aber das Pech ist eben, ich warte und warte, jedoch solche Artikel gehen mir äußerst selten einmal zu. Wenn wir den Genossinnen, die erst anfangen, sich für unsere Theorien zu begeistern und zu interessieren, unsere Ideen nahebringen wollen, so darf das meines Erachtens zunächst gar nicht in Artikeln über die sozialistischen Theorien selbst geschehen. Nach langer Ueberlegung scheint es mir weit zweckmäßiger, mit einer Artikelserie über die Geschichte der Sozialdemokratie zu beginnen. Ich habe mich nämlich überzeugt — und gerade das 40jährige Jubiläum der Partei vor einigen Monaten hat es mir bestätigt —, daß breitesten Schichten der jüngeren Genossen unsere Parteigeschichte noch ziemlich fremd ist und den Genossinnen erst recht. Ich habe mir gesagt, wenn ich in einzelnen Artikeln die Parteigeschichte behandele — selbstverständlich in einfacher Weise —, so gibt das Gelegenheit, in konkreter, leicht faßlicher Art gerade die lernbedürftigen Anfänger auch in wichtige Grundfragen unserer Ideenwelt einzuführen. Ich meine, durch eine Einführung in die Geschichte der Sozialdemokratie wird auch das Interesse an dem geistigen Leben, an dem Handeln unserer Partei gerade in den Kreisen von neuen Bekennerinnen erweckt werden. Das, was letzten Endes jenen einfachen proletarischen Frauen fremd ist, ist viel weniger die Schreibweise unserer Presse als die Dinge, um die es geht. Und ich glaube, daß sie durch eine geschichtliche Darstellung in konkreter Form ihnen zuerst nahegebracht werden können. Wenn ich aber diesen Plan durchführen will, so werden sich die Genossinnen damit bescheiden müssen, daß der Raum, der ihnen jetzt für Agitationsberichte usw. zur Verfügung steht, ein wenig geschmälert wird. Ich meine die landläufigen Agitationsberichte, wie sie jetzt überall in unserer Tagespresse erscheinen. Ich begreife darunter nicht eine Einschränkung der Berichte, die von der Tätigkeit unserer Genossinnen in den Kinderschutzkommissionen, von ihrer Mitarbeit in Gemeindeinstitutionen usw. handeln, mit einem Worte, Berichte, die ein Bild geben

von der ganzen großen praktischen Betätigung unserer Genossinnen auf so vielen Gebieten und Anregungen dafür. Es kann auch notwendig werden, daß ich gelegentlich den einen oder anderen Artikel ausfallen lasse, wie sie in der „Gleichheit" jetzt erscheinen. Zumal Artikel sozialpolitischer Materie, da ja dieses Gebiet in umfangreicher Weise in unserer Tagespresse bearbeitet wird und das in einer Weise, die für die vorgeschrittenen Genossinnen durchaus verständlich ist, die als Lehrerinnen, Agitatorinnen unter die breiten Massen hinausgehen. Ich hoffe, daß Sie mit dieser Art und Weise, dem Bedürfnis entgegenzukommen, wohl einverstanden sein werden. Ich habe für später auch andere Artikelserien in Aussicht genommen, die vielleicht zusammengefaßt auch als Broschüren erscheinen können. Ich will in Verbindung mit meinen sonstigen Ausführungen sagen, daß unseren Genossen und Genossinnen die erste Schulung dadurch erschwert wird, daß wir im allgemeinen keine in die breitesten Massen dringende einfache Agitationsliteratur über unsere Grundsätze haben. Die alten Broschüren, wie „Unsere Ziele", „Nieder mit der Sozialdemokratie", „Zu Schutz und Trutz" usw. sind gewiß volkstümlich, knüpfen aber zum Teil an Verhältnisse und Fragen an, die heute längst für das Proletariat in den Hintergrund des Interesses getreten sind. Deshalb wirken diese Broschüren nicht mehr aktuell und packend.

Nun zu dem Wunsch, die Kinderbeilage der „Gleichheit" möge als Buch erscheinen. Soweit es auf die Redaktion ankommt, die würde ihn sofort erfüllen. Die Redaktion der „Gleichheit" kann sich das Zeugnis ausstellen, daß sie noch nie mit ihrer Arbeit gespart hat, wenn es das Interesse der Partei erforderte. Aber hinter mir steht der Verlag, und Genosse Dietz erklärt, er hätte mit der Herausgabe des früheren Kinderbuchs der „Gleichheit" gar keine guten Erfahrungen gemacht. Es hätte so lange gedauert, bis er die Auflage abgesetzt hatte, daß ihm die Lust nach einer neuen Auflage vergangen sei, auf die ich — ich bin ja nun einmal ein unruhiger Drängler — seit Jahren hingedrängt habe. Genosse Dietz meint, der Wunsch sei dadurch erfüllt, daß Einbanddecken für die Kinderbeilage — wie für das Hauptblatt — zu einem ganz mäßigen Preise vom Verlag herausgegeben werden. Jede Mutter kann sich die Blätter sammeln, in den Einband legen und hat auf diese Weise ein hübsches Buch für ihre Kinder. Ich muß mich mit diesen Ausführungen begnügen, so gern ich noch auf eines hingewiesen hätte, nämlich auf die Notwendigkeit, an unsere Frauenbewegung mehr und mehr unsere Jugendbewegung anzugliedern. Das ist die beste Lösung der Wünsche, die heute morgen hier laut geworden sind. (Großer Beifall.)

Braun-Nürnberg: Genossin Zetkin hat eine wichtige Frage der Parteipresse erörtert. Aber dort, wo sie kritisiert hat, ist gar nicht der wichtigste Anlaß zur Kritik. Gerade in der Parteipresse haben wir leider vielfach Veranlassung zur Unzufriedenheit. Ein großer Teil unserer Parteipresse hat eine überaus bedauerliche Uniformität, und diese Uniformität hat im letzten Jahrzehnt Formen angenommen, daß wir es als einen Mangel an Sparsamkeit des Parteivorstandes bezeichnen müssen, daß er keine Plattenfabrik eingerichtet hat. Eine Plattenfabrik würde — es ist ja sehr traurig, daß ich das als Redakteur sagen muß — eine große Menge Kosten ersparen, namentlich an Redakteurgehältern. (Heiterkeit.) Eine solche Fabrik würde an dem Zustand einer großen Anzahl unserer Blätter auch außerordentlich wenig ändern. Die Genossen würden die Unterschiede gar nicht bemerken. (Sehr gut.) Von den 90 täglich erscheinenden Parteizeitungen sind sich heute 78 ungeheuer ähnlich, es macht gar keinen Unterschied, ob sie im äußersten Nordosten oder im äußersten Nordwesten erscheinen. Es ist genau der gleiche Inhalt, nur

durch den Kopf und den lokalen Teil unterscheiden sich viele Parteizeitungen. Es ist leider noch kein ingeniöser Mann aufgetreten, der auch eine Korrespondenz für den lokalen Teil macht, der dann in Königsberg in Ostpreußen und in Straßburg im Elsaß der gleiche sein könnte. Dann hätten wir die vollendete gleichmäßige Zeitung. (Heiterkeit.) Heute sich über die Stimmungen in der Partei klar zu werden, ist außerordentlich schwierig, weil die Parteizeitungen eine uniforme Meinung zum Ausdruck bringen, die man eventuell auf telephonische Anfrage in Berlin schon am Abend vorher erfahren kann. Aber die Korrespondenzen unterstehen nicht der Aufsicht des Parteivorstandes und des Parteitages, mit Ausnahme des Pressebureaus und des Rheinisch-westfälischen Bureaus.

Zu meinem größten Bedauern muß ich sagen, daß das Pressebureau in keiner Weise den Anforderungen der Redakteure und der Leser entspricht. (Sehr richtig!) Es ist eine außerordentlich peinliche Sache für einen Mann wie mich, der kollegiale Gefühle hat, das sagen zu müssen, aber ich bin hier nicht als Kollege, sondern als Delegierter, als Parteigenosse und ich glaube, die Verpflichtung zu haben, das einmal offen auszusprechen. Wenn wir uns das immer wieder verhehlen, dann ist keine Aussicht, Besserung zu schaffen. Der Nachrichtendienst des Pressebureaus ist vollkommen unzulänglich. (Sehr richtig!) Die Möglichkeit, auf telephonischem Wege Auskunft zu bekommen, schafft nur dem Reiche Geld in Form von Telephongebühren, aber den Redaktionen keine Nachrichten. Das Material selbst der Berliner Zeitungen wird von dem Pressebureau leider fast gar nicht richtig ausgenutzt. Es sind das sehr bedauerliche Verhältnisse, und ich glaube, daß das Geld, das das Pressebureau kostet, in ganz anderer Weise nutzbringend verwendet werden könnte. (Sehr gut!) Das Pressebureau leidet an Haupt und Gliedern, an Inhalt wie an Form. Nicht viel besser ist es mit dem Rheinisch-westfälischen Bureau. Das, was das Rheinisch-westfälische Bureau bringt, entspricht auch nicht den Bedürfnissen der Partei.

Auf der einen Seite haben wir zu viele Korrespondenzen und auf der anderen Seite haben wir zu wenig Redakteure. Eine ganze Reihe unserer Kollegen wollen in Berlin wohnen, wollen nicht in der Provinz als Parteiredakteure wirken, sie glauben, wenn sie für 90 Zeitungen das gleiche schreiben, sich mit wenig Arbeit ein leichtes Leben schaffen zu können. (Sehr richtig!)

Wir Redakteure sind vollständig machtlos dem Pressebureau gegenüber, die Kosten des Bureaus werden einfach auf unsere Verlage umgelegt. Wenn uns eine andere Korrespondenz nicht paßt, kündigen wir sie, dem Pressebureau können wir nicht kündigen, da ist uns eine Kopfsteuer aufgelegt (Heiterkeit), da müssen wir bezahlen, gleichviel, ob wir die Mitteilungen des Bureaus benutzen oder nicht. Würde der Parteitag beschließen, daß wir kündigen dürfen, dann könnten wir sofort Besserung schaffen, dann würden wir sofort einen Gebärstreik machen, der sehr gut wirken wird. (Große Heiterkeit und Sehr gut!) Wir können das Bureau nicht boykottieren. Ich betone übrigens ausdrücklich, daß ich das, was ich hier gesagt habe, auch den Kollegen vom Pressebureau telephonisch und mündlich, telephonisch sogar in der gründlichsten Weise gesagt habe. (Heiterkeit.) Ich bin sehr gern bereit, dem Parteivorstand Einzelheiten mitzuteilen, aus denen er ersieht, wie das Pressebureau arbeitet.

Der erste Redner in dieser Diskussion hat gesagt, daß wir den Ton nicht treffen, wie wir uns an die Jugend zu wenden haben; er hat ein glänzendes Beispiel angeführt, indem er aus einer Broschüre eine für junge Mädchen völlig unverständliche Stelle zitiert hat. Wir treffen aber häufig den Ton der Jugend auch dann nicht, wenn wir zu der Jugend sprechen. Wir begreifen die

Jugend nicht, wir sind eben leider alle alte Knaben geworden. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir reden uns ein, daß die Jugend ebenso verständig, klug und nüchtern sein soll, wie wir nun leider schon geworden sind. (Große Heiterkeit.) Ich habe unlängst einmal Gelegenheit gehabt, einen alten Berliner Freund zu sprechen über die Berliner Jugendbewegung, und der sagte, Liebknecht ist an allem schuld. Ich sagte: Was fällt Ihnen ein, in Nürnberg ist Helene Grünberg an allem schuld. (Heiterkeit.) Der Liebknecht und die Helene Grünberg sind zwei ganz verschiedene Leute (Große Heiterkeit), es ist nicht die Helene Grünberg und es ist nicht der Liebknecht schuld, daß unsere Jugendbewegung nicht vorwärtsgeht. Wir wollen uns doch nicht täuschen lassen durch den offiziellen Bericht; es geht nicht vorwärts, die bürgerliche Jugendbewegung dagegen geht vorwärts. Die Jungen in der bürgerlichen Jugendbewegung haben das Gefühl viel größerer Freiheit und Selbständigkeit, viel geringerer Bevormundung als bei uns. Sie werden vielleicht dort mehr bevormundet und gegängelt als bei uns, aber sie merken es nicht so. Bei uns aber merken sie, daß sie so abgeklärt und diszipliniert gemacht werden sollen; nicht so gescheit, wie der Frank war, sondern so gescheit, wie er jetzt ist, will man bei uns die Jungen machen. (Heiterkeit.) Wir verstehen nicht, die Jugend zu behandeln, weil wir sie ebenso machen wollen, wie wir sind, weil wir vergessen haben, wie wir im Alter von 18 Jahren waren. Mancher von uns wäre wohl dankbar, wenn er heute ein Viertel so gescheit wäre, wie er sich mit 18 Jahren eingebildet hat, es zu sein. Wir müssen uns in das Denken und Fühlen der Jugend hineinversetzen können, wenn wir die Jugend erziehen und mit ihr Erfolge erreichen wollen, die nicht nur gedruckt zu lesen sind. (Beifall.)

Heinrich Schulz: Es gehört erfreulicherweise zu den regelmäßigen Erscheinungen unserer Parteitage, daß wir beim Vorstandsbericht eine Bildungs- und Jugenddebatte haben. Wir begrüßen diese Entwickelung der Dinge, wir halten eine solche Debatte nicht nur für notwendig, sondern auch für selbstverständlich. Selbst solche Kapuzinerpredigt, wie wir sie eben gehört haben (Rufe: „Rabbinerpredigt"! — Heiterkeit) ist durchaus erfrischend und erfüllt zu ihrem Teile auch ihren Zweck. Braun hat durchaus recht, wenn er einem großen Teil der Genossen Vorwürfe gemacht hat, aber glücklicherweise treffen sie allgemein nicht mehr zu, denn das, was Braun bei der Behandlung der Jugend wünscht, das haben wir auch schon früher als Wunsch des Parteitages einmütig festgestellt, und in diesem Sinne werden auch die Jugendleiterkurse gehalten. Wir wünschen, daß die Jugendleiter sich in die Stimmung der jungen Leute hineinfinden. Ich unterstütze deshalb auch durchaus die ernste Mahnung, die Genosse Sollmann gegenüber der bürgerlichen Jugendbewegung ausgesprochen hat. Sie ist groß und stark und wächst überall und fortgesetzt. Alle Mittel des herrschenden Staates, von der Schule bis zur Kaserne, stehen ihr zur Verfügung. Gerade in diesen Tagen ist vom Kriegsministerium eine Kundgebung herausgegeben worden, in der alle die Vergünstigungen zusammengefaßt werden, die der Jugendbewegung vom Kriegsministerium eingeräumt worden sind. Alles ist genau geregelt, selbst Kleinigkeiten sind genau erwogen bis auf die wollenen Schlafdecken, die die Jugendlichen beim Uebernachten in den Kasernen erhalten sollen. Ich will dabei gar nicht auf die Unterstützungen eingehen, die der bürgerlichen Jugendbewegung von den Kommunal- und Landesbehörden zuteil werden. Gerade, weil der bürgerlichen Jugend alle Mittel zur Verfügung stehen, auch alle persönlichen Mittel, gerade weil die Autoritäten der bürgerlichen Gesellschaft sich nicht scheuen, in dem Kampfe um die Jugend praktisch mitzuarbeiten, darum haben wir um so mehr Ursache, unsererseits

alles zu tun, was nur für die Jugend zu tun möglich ist. Und da geschieht leider noch nicht alles, was geschehen könnte.

Allerdings sind auch wir an Grenzen gebunden. Schon früher ist die Klage erhoben worden, daß es an Kräften fehlt. Wir können die geeigneten Kräfte nicht an den Haaren von irgendwoher heranziehen, sie müssen erst allmählich heranwachsen. Diejenigen jungen Leute, die durch unsere Jugendbewegung hindurchgegangen sind, werden später auch die geeigneten Pfleger für unsere Jugend sein. So kann erst langsam bei uns die Führerschaft heranwachsen, die in der bürgerlichen Jugendbewegung schon da ist in den Lehrern und anderen Persönlichkeiten, die sich ihr zur Verfügung stellen. Wenn wir sagen: Nehmt euch der Jugend an!, so heißt das nicht, daß wir die Jugend umschmeicheln und sie durch weichliche pädagogische Mittel aufpäppeln wollen. Es wäre ganz falsch, wenn wir den jungen Leuten die Meinung beibringen wollten, sie seien die Blüte der ganzen Gesellschaft, um sie müsse sich alles drehen. Das geschieht aber auch bei uns nicht. Andererseits besteht aber die Notwendigkeit, daß wir für die Jugendpflege alles aufwenden müssen, was möglich ist. Es ist durchaus falsch, wenn manchmal noch die Ausrede gebraucht wird, wir haben es ja auch nicht so gut gehabt, wie die Jungen von heute, und wir sind trotzdem auch etwas geworden! Die Zeiten haben sich geändert. Wir sind jetzt verpflichtet, Aufgaben zu erfüllen, die früher von uns nicht geleistet worden sind. Unsere Bewegung ist gewachsen an moralischer Kraft, an materiellen Mitteln, und die müssen wir in den Dienst unserer Jugendbewegung stellen.

Die Kritik an der Jugendbewegung begrüßt die Zentralstelle durchaus, wir wünschen, daß Mängel der Zentralstelle kritisiert werden. Wir haben das ehrliche Bestreben, zu verhindern, daß unsere Jugendarbeit zur Schablone erstarrt. Aber es ist natürlich auch nicht alles richtig, was zur Kritik der Jugendbewegung gesagt wird. Wenn Sollmann einige unserer Schriften herausgegriffen und sie vor dem Parteitag kritisiert hat, so kann ich ihm auf diesem Wege nicht folgen. Aus einer Schrift von 32 Seiten einige Sätzlein herauszugreifen, die vielleicht zufällig nicht so populär gehalten sind wie die übrigen, das ist keine richtige Methode. Wenn Sollmann ernste Bedenken gegen diese oder jene Schrift der Zentralstelle hat, dann soll er das der Zentralstelle mitteilen, und es wird für Abhilfe gesorgt werden, wenn seine Beschwerden berechtigt sind. Ebenso falsch ist es, wenn er mit einer Handbewegung zu verstehen gab, die „Arbeiter-Jugend" sei nicht das, was sie sein sollte. Dagegen möchte ich mich mit größter Entschiedenheit wenden. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß sie ein Blatt ist, auf das die Arbeiterbewegung stolz sein kann (lebhafte Zustimmung), daß sie das bisher noch nicht vorhandene Familienblatt in denkbar bester Weise ersetzt hat. Es ist ein Blatt, in das ruhig auch die erwachsenen Arbeiter ihre Nasen stecken können. Ein solches Blatt, das für die 14- bis 20jährigen jungen Leute redigiert wird, kann natürlich nicht in jeder Zeile dem geistigen Niveau des 14jährigen angepaßt sein. Ich glaube aber, daß bisher die „Arbeiter-Jugend" die richtige Mischung gefunden hat. Daß sie ein vortreffliches Blatt ist, geht auch aus der Tatsache hervor, daß sie es bisher schon auf beinahe 100 000 Abonnenten gebracht hat.

Es ist auf M.-Gladbach verwiesen worden. Ich unterschätze die Jugendarbeit der Gegner, besonders der Katholiken, gar nicht. Ich weiß, daß es unter den katholischen Jugendpflegern eine Reihe vorzüglicher Pädagogen gibt. Wir können auch manche pädagogische Erfahrungen dieser Leute für uns nutzbar machen. Es ist jedoch keineswegs alles richtig, was die München-

Glabbacher machen. Ihre Methode können wir nicht einfach übernehmen, sondern wir können sie nur prüfen, um das daraus für uns zu verwenden, was geeignet ist.

Im Antrag 15 werden Wanderlehrer für die Bildungsarbeit verlangt. Der Antrag rennt offene Türen ein, denn der Zentralbildungsausschuß stellt Wanderlehrer nach dem Bedürfnis und nach der Möglichkeit an, sie zu bekommen. Antrag 16 verlangt mehr Tätigkeit für die weibliche Jugend. Ich empfehle, ihn der Zentralstelle zu überweisen, obwohl diese auch bisher in der Aufklärung für die weibliche Jugend nichts unterlassen hat. Es kommt dabei auch noch der Wunsch zum Ausdruck, die weiblichen Jugendlichen für ihre spätere Wirksamkeit als Hausfrauen und Mütter vorzubereiten. Ich unterstütze diese Anregung und möchte die Gelegenheit benutzen, um die Aufmerksamkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen auf die wachsende Verpflichtung hinzuweisen, für die schulpflichtigen Kinder durch Ferienspiele und auf andere geeignete Weise etwas zu tun. Wir müssen uns dieser jüngsten Generation annehmen. Diese Forderung erhebe ich hier auf einem sozialdemokratischen Parteitag. Aber nicht um sie zu Sozialdemokraten zu machen, sondern um unsere erzieherischen Pflichten in gemeinsamer Arbeit gegenüber den Kindern noch besser und wirkungsvoller zu erfüllen als bisher. Die Anträge 43 und 44 verlangen ein pädagogisches Zentralblatt für die Jugendpfleger. Ueberweisen Sie auch diese Anträge der Zentralstelle, wir sind Anregungen zugänglich und greifen zur richtigen Zeit ein, besonders, wenn erst die richtigen Personen da sind. Es ist angeregt worden, den Jugendleiterkursus nicht nur in Berlin abzuhalten, sondern auch in der Provinz. Die Zentralstelle wird das ernstlich erwägen.

Die Pflicht den Achtzehn- bis Einundzwanzigjährigen gegenüber lege ich Ihnen dringend ans Herz. Wir haben ein Zirkular entworfen, das inzwischen wohl schon in die Hände der Bildungsausschüsse und Parteibeamten gelangt ist. Aber entgegen einem Diskussionsredner bin ich nicht der Meinung, daß diese Maßnahmen für die Achtzehn- bis Einundzwanzigjährigen in erster Linie zu einer antimilitaristischen Propaganda benutzt werden sollen, sondern um aus ihnen klare, bewußte Sozialdemokraten zu machen. Dann ergibt sich ihre Stellung zum Militarismus und als spätere Soldaten von selbst. (Sehr richtig!) Wie wichtig diese Frage ist, beweist ein Artikel Erzbergers „Jungzentrum". Er will für das Zentrum das schaffen, womit wir uns schon seit längerer Zeit beschäftigt haben, er will eine junge Generation der Zentrumsanhänger für die politischen Zwecke des Zentrums ins Leben rufen. Wir sollen vom Gegner lernen, auch vom Zentrum. Schönfärberei wollen wir nicht treiben, aber wir haben auch keinen Grund zum Pessimismus. Die Jugendbewegung wächst mit unserer Bewegung. Je mehr die jungen Leute aus der Jugendbewegung in die maßgebenden Körperschaften der Partei hineinkommen, desto mehr wird die Partei für die Jugendbewegung tun. (Beifall.)

Davidsohn-Berlin: Der leitende Redakteur eines kleineren Blattes als das des Genossen Braun hat mich gebeten, hier auch eine Angelegenheit, die die mittlere und kleinere Parteipresse betrifft, zur Sprache zu bringen: Es ist nicht möglich gewesen, trotz mehrfacher eifriger Anregungen, für die mittlere und kleine Presse über eine Sache von so ungeheurer Bedeutung wie die Dubliner Angelegenheit aus dem Pressebureau irgendwelche eigene Notizen, Artikel oder Depeschen zu bekommen. Eine Institution der Partei, die mit einem Soll und Haben von rund 90 000 Mk. jährlich arbeitet, sollte wirklich solchen berechtigten Wünschen nachkommen können.

Antrag 47 (Frankfurt a. M.) will nicht die Ausmerzung der Fremdwörter überhaupt aus der Parteipresse, er will die Beschränkung der Fremdwörter auf das Mindestmaß. Das ist ein ungeheurer Unterschied. Vielleicht kommt einmal eine Zeit, in der man von einer Feier wie von der gestrigen, einer Feier, in deren Vordergrund die Erinnerung an unseren Bebel stand, nicht mehr als von einem „Kommers" redet. Ich hoffe, daß Sie den Antrag annehmen werden. Es kommt in der Parteipresse nicht auf die Popularität an, wie die Genossin Zetkin in den Vordergrund gestellt hat, sondern auf die Verständlichkeit. Was in den Parteiblättern steht, kann, ja muß unter Umständen sehr wenig „populär", aber es muß verständlich, begreiflich sein. Wenn nur eine von unseren 90 Redaktionen den Antrag berücksichtigen würde, dann hätte es sich gelohnt, ihn anzunehmen.

Das Familienblatt ist von Gehrmann und Heilmann erwähnt worden. Diesen zwei „Männern" schließe ich mich als „Sohn" an. (Heiterkeit.) Ein solches Familienblatt zum Preise von 25 Pf. hat von vornherein nicht übermäßige Aussichten, Eingang in die breiten Massen zu finden. Wir hofften auf ein Organ, das in einer Massenauflage ins Volk gebracht werden kann. Das ist aber ausgeschlossen bei einem Blatte, das alle 14 Tage erscheint und 25 Pf. kostet. Das wird wieder ein Eliteblatt mit einer derartig geringen Auflage, daß die Institutionen der Partei, die sich mit der Schaffung des Blattes befassen, nicht auf die Kosten kommen werden, wenn sie nicht etwa eine Art Scherlscher Inseratenplantage daraus machen möchten, was wir nicht hoffen wollen. Heilmann schlug vor, man solle neben der 25-Pf.-Ausgabe eine gute 10-Pf.-Wochen-Ausgabe machen. Warum beides? Man sollte sich auf die 10-Pf.-Ausgabe beschränken oder höchstens 15 Pf. fordern. Die billigere Ausgabe würde der teuren Ausgabe ja ohnehin den Garaus machen. Bedenken Sie, wie es schon in ruhigen Zeiten aussieht mit unseren Abonnementsverhältnissen. Wie soll das erst in Krisenzeiten sein? Und doch muß auch solchen Anstürmen standgehalten werden. Der „Wahre Jakob", der 10 Pf. kostet, ist im letzten Jahre um 9500 Stück in der Auflage zurückgegangen! Bedenken Sie, wie groß der Rückgang bei dem 25-Pf.-Blatt gewesen wäre. Heilmann sagte, wir wollen keine „Berliner Illustrierte Zeitung". Sehr richtig, aber die Auflage der „Berliner Illustrierten" könnten wir durchaus gebrauchen. Ullstein hätte sie mit 25 Pf. nie und nimmer erzielt. Bedenken Sie, daß die Groß-Berliner Genossen eben daran sind, alle Parteiinstitutionen zu bestürmen, daß der „Vorwärts" bei siebenmaliger Ausgabe in der Woche nur 25 Pf. kosten soll, während er jetzt 1,10 Mk. den Monat kostet. Da wollen Sie der Provinz mit diesem 25-Pf.-Blatt kommen? Das kann unter Umständen 75 Pf. den Monat ausmachen, da zweimal im Jahre im Monat drei Nummern erscheinen würden. Aus dem Berichte geht hervor, daß 216 Kreise mit 200 570 Mitgliedern, also beinahe 25 Proz. unserer sämtlichen organisierten Genossen, noch mit 30 Pf. Monatsbeitrag arbeiten. Und nun wollen Sie mit einem Blatte kommen, das mit jeder Nummer fast diesen selben Monatsbeitrag noch einmal erheischt? Die Berechnung muß noch einmal überprüft werden. Das Lehrgeld, das die Partei sonst zahlen könnte, würde unter Umständen sehr teuer sein. (Sehr richtig!)

Ryneck-Berlin: Genossin Zetkin hat den Wünschen, die ich im Namen meiner Genossinnen vorbringen sollte, schon Rechnung getragen. Sie sagte, das populäre Schreiben sei nicht so einfach. Ich hatte Gelegenheit, einige Nummern der österreichischen Arbeiterinnenzeitung durchzublättern und ich hatte das Gefühl, als wenn eine liebevolle Freundin unsere Frauen an die Hand nimmt, um sie so in die sozialistische Zukunftsgesellschaft einzuführen.

Wir vermissen in unserer Zeitung auch die Angabe und Besprechung der populären Broschüren für die Frauen. Seit einigen Jahren wird vom Vorstande die Sozialdemokratische Frauenbibliothek herausgegeben, die in einzelnen Broschüren wertvolles Material enthält. Die „Gleichheit" hat nicht eine einzige dieser Broschüren empfohlen und besprochen. (Hört! hört!) Die Worte der Genossin Zetkin haben bestätigt, daß unsere Wünsche berechtigt waren und hoffentlich auch berücksichtigt werden. (Sehr richtig!)

Dittmann-Solingen: Scheidemann hat heute morgen gegen den Genossen Heilmann polemisiert und es ihm übel genommen, daß Heilmann behauptet hatte, der Parteivorstand hat seinerzeit gegen die Militärvorlage anscheinend nichts unternommen und habe keinerlei Flugblätter herausgegeben. Scheidemann hat demgegenüber festgestellt, daß der Parteivorstand, als diese Kritik erfolgte, tatsächlich bereits vier Flugblätter herausgegeben hatte. Der Fall ist mir ein Symptom dafür, daß es in der Partei für das Gros unserer Vertreter in den Gesetzgebungs- und Verwaltungskörperschaften und für unsere Vertrauensmänner an einem laufenden Mittel der Orientierung und Informierung fehlt. Wenn wir plötzlich auf dem Parteitage mit jedem von uns ein Examen vornehmen würden, darüber, ob der einzelne informiert ist, was gegenwärtig eingeleitet worden ist von der Gesamtpartei, vom Bildungsausschuß, von der Jugendbewegung, der Frauenbewegung usw., unter hundert würden 95, 96 die Prüfung nicht bestehen. Das sagt nichts gegen den einzelnen. Es ist gar nicht möglich, wie die Dinge heute beschaffen sind, orientiert zu sein über alles. Die Bewegung ist derartig vielseitig geworden, daß der einzelne sich notgedrungen auf ein einzelnes Arbeitsgebiet beschränken muß. Das bringt die Gefahr der Einseitigkeit mit sich. Der einzelne verliert den Ueberblick über die Gesamtbewegung. Es gibt eine Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß dem einzelnen, selbst wenn er sich vornehmlich nur auf einem Arbeitsgebiet betätigt, der Gesamtüberblick im allgemeinen erhalten bleiben kann. Wir haben auch in unserer deutschen Partei ein Beispiel dafür, auf welche Weise eine derartige laufende Orientierung und Informierung der in Frage kommenden Funktionäre in der Partei möglich ist. Unsere Parteigenossen in Groß-Berlin haben für ihre Organisationen seit 8 Jahren ein Mitteilungs- und Verwaltungsblatt. Die letzte Ausgabe vom 10. September ist 12 Seiten stark und bringt eine Reihe von interessanten Artikeln und Mitteilungen all der verschiedenen Organisationsinstanzen Groß-Berlins. Das ist natürlich zugeschnitten auf Groß-Berlin. Aber denken Sie sich die Sache einmal übertragen auf das Reich, auf unsere gesamte Parteiorganisation, stellen Sie sich vor, daß wir ein vielleicht 14tägig erscheinendes ähnlich gehaltenes Mitteilungs- und Verwaltungsblatt erhalten, in dem der Parteivorstand die Aktionen der nächsten Zeit, soweit sie nicht dringender und vertraulicher Natur sind, den Vertrauensleuten draußen im Lande zur Kenntnis bringen würde, in dem von der Jugendzentrale, von dem Bildungsausschuß, von der Zentrale der Frauen usw. Mitteilungen gemacht würden über das, was in der nächsten Zeit erfolgen wird, dann wären die Funktionäre im Reich informiert und es wäre auch möglich, daß die heute so vielfach vorkommenden Kollisionen zwischen den einzelnen Arbeitsgebieten vermieden werden. Ich sehe davon ab, hier einen formellen Antrag zu stellen, sondern begnüge mich mit der Anregung, bin aber gern bereit, mit den Mitgliedern des Parteivorstandes einmal die Sache in allen Konsequenzen durchzusprechen. Vielleicht genügt das schon, um sie zu verwirklichen, und es bedarf nicht erst eines Beschlusses eines späteren Parteitages.

Dann zu einer Sache, bei der ich besonders die vornehmlich in unseren Gewerkschaften an führender Stelle stehenden Parteigenossen einen Augenblick um ihr geneigtes Ohr bitten möchte. Es ist viel geredet worden von dem Rückgang unserer Parteipresse. Man hat nach Gründen dafür gesucht. Nun scheint es mir angebracht, auf einen Grund dafür hinzuweisen, der als eine Rückwirkung gewerkschaftlicher Taktik anzusehen ist. Wie lagen die Dinge vor 10 und mehr Jahren? Da waren wir Redakteure der Parteiblätter die Berater und Helfer der gewerkschaftlichen Filialleitungen in den einzelnen Orten in den gewerkschaftlichen Nöten, bei Lohnbewegungen usw. Das alles hat sich gewandelt im Laufe der Zeit. Die Gewerkschaften haben sich konsolidiert, haben einen großen Beamtenapparat geschaffen, die Art der Verhandlungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen hat sich geändert. Es geht — darüber ist sich jeder, der die Dinge kennt, einig — nicht mehr an, daß etwa die Gewerkschaftsleitungen ihre Taktik auf offenem Markte auskramen können. Aber das hat leider dahin geführt, daß heute weit über das Ziel hineingeschossen wird. Heute gehen die großen Gewerkschaften bei großen Lohnbewegungen so weit, daß sie so gut wie keine einzige Zeile in die Parteipresse hineingeben. Das hat zur Folge, daß die Generalanzeigerpresse sich der Dinge bemächtigt, überall versucht, herumzuhorchen, und in den meisten Fällen sowohl auf Unternehmer- wie auf Arbeiterseite von dem Stand der Dinge etwas erfährt und daß dann unsere gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus der parteilosen Generalanzeigerpresse ihre Informationen über den Stand der Bewegung schöpfen müssen. Das ist in vielen Fällen eingetreten und die weitere Folge ist, daß sich eine Mißstimmung gegen die Parteipresse in den Kreisen der gewerkschaftlichen Mitglieder festgesetzt hat und daß gerade diejenigen, die für die Ausbreitung unserer Parteipresse in den Gewerkschaften arbeiten sollten, die aufgeklärten gewerkschaftlichen Arbeiter, auf unsere Parteipresse schimpfen, anstatt daß sie die Kollegen, die unser Blatt noch nicht lesen, ermuntern, es zu abonnieren. Dadurch wird unserer Parteipresse zu einem guten Teil der Boden abgegraben, und es ist nicht möglich, dann in den Kreisen der Gewerkschaften Abonnenten zu werben. Es liegt mir fern, hier zu verallgemeinern, oder gegen irgend jemand einen persönlichen Vorwurf erheben zu wollen. Aber die Dinge liegen tatsächlich so, daß es dringend notwendig ist, zwischen den leitenden Kreisen unserer Partei und den großen Gewerkschaften über diese Frage einmal eine Rücksprache vorzunehmen, ob diesem Uebermaße von Zurückhaltung nicht ein Ende gemacht und dafür gesorgt werden kann, daß unsere Parteipresse auch bei großen Bewegungen die Mitglieder auf dem laufenden hält über die Dinge, die sich vielleicht im geheimen Zirkel abspielen. Ich möchte deshalb bitten, daß man in der Parteiausschußsitzung, in der man, wie vorher mitgeteilt wurde, über die Parteipresse reden will, auch dieser Frage die ernsteste Beachtung entgegenbringt. Das ist dringend notwendig, sowohl für das gute Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, wie auch für die Ausbreitung der Parteipresse und das Gedeihen unserer Gesamtbewegung. (Bravo!)

Westkamp-Düsseldorf: Dem vorjährigen Parteitag hat von Düsseldorf ein Antrag vorgelegen, der von dem Parteigenossen verlangte, daß er eine besondere Literatur für die taubstummen Parteigenossen schreiben solle. Damals versprach der Parteivorstand, diesem Antrage gerecht zu werden und im Laufe des Jahres eine solche Literatur erscheinen zu lassen. Wir haben aber weder im Laufe der verflossenen Zeit noch aus den Ausführungen des Genossen Scheidemann heute morgen gehört, daß der Parteivorstand seinem Versprechen nachgekommen wäre. Da ich wohl annehmen darf, daß einmal gegebene

Versprechungen seitens des Parteivorstandes nicht nur Geltung haben für die Zeit von einem Parteitage zum anderen, sondern auch noch darüber hinaus, so dürfen wir wohl den berechtigten Wunsch hegen, daß der Parteivorstand in allernächster Zeit diesem seinem Versprechen nachkommen wird. Es erübrigt sich wohl, einen besonderen Antrag nach dieser Richtung zu stellen, weil ja auch das notwendige Material dem Parteivorstand übermittelt worden ist. In letzter Zeit sind besonders von der Parteisektion der taubstummen Parteigenossen in Hannover an den Sektionsleiter in unserem Wahlkreise wiederholt Anfragen gestellt worden, ob nicht die beiden Sektionen unter Hinzuziehung der von Hagen selbständig dazu übergehen sollten, Flugblätter zur Agitation unter den taubstummen Parteigenossen herauszugeben. Es mag sonderbar erscheinen, wenn man einer solchen besonderen Literatur das Wort redet. Wenn wir aber sehen, wie von seiten der Protestanten sowohl wie der Katholiken, von seiten der Nationalliberalen wie anderer Parteien die regsten Anstrengungen gemacht werden, unter diesen Kreisen Anhänger für ihre Ideen zu finden, dürfen wir ebenfalls nicht tatenlos dem zusehen, sondern haben alle Veranlassung, auf diesem Gebiete tätig zu sein.

Zu der allgemeinen Agitation ist schon viel gesagt worden. Fest steht, daß ein großer Teil der Parteigenossen von dem Ausfall der preußischen Landtagswahlen nicht allzusehr erbaut, sondern vielmehr enttäuscht war, und ich glaube auch, daß es diese Parteigenossen zum größten Teil sind, die in der letzten Zeit besondere Vorschläge gemacht haben, wie die Agitation im allgemeinen gefördert werden soll. Mit Recht hat Scheidemann heute morgen die verschiedenen Artikel, die in letzter Zeit in der „Neuen Zeit" erschienen sind und sich mit der Organisationsfrage beschäftigt haben, kritisiert. Es kann jedenfalls nicht angehen, daß solche Artikel unwidersprochen in die Oeffentlichkeit gelangen. Aber ich meine auch, daß die Redaktion der „Neuen Zeit" alle Ursache hätte, wenn solche Artikel an sie gelangen, sie einmal kritisch unter die Lupe zu nehmen. Jeder Redakteur würde sich dafür bedanken, einen Artikel, wie den heute morgen erwähnten, in einem Parteiblatt aufzunehmen. Nun könnte gesagt werden, daß die „Neue Zeit" nicht für die Allgemeinheit bestimmt ist, daß ihr Leserkreis ein kleiner ist und aus Parteigenossen besteht, von denen man annehmen muß, daß sie mit unseren Organisationsverhältnissen vertraut sind. Aber man sagt doch auch immer, daß die „Neue Zeit" in weiteren Kreisen verbreitet werden soll. Die Redaktion hätte es sich also zweimal überlegen müssen, ehe sie einen solchen Artikel aufnahm. Bei dieser Gelegenheit noch ein paar Worte zum Antrag 55, der verlangt, daß die „Neue Zeit" mehr ausgebaut werde und leichter verständliche Artikel bringen soll. Es kann jedenfalls nicht dazu dienen, der „Neuen Zeit" neue Abonnenten zuzuführen, wenn Polemiken in diesem unseren wissenschaftlichen Organ geführt werden, wie in der letzten Zeit zwischen zwei unserer hervorragendsten Schriftsteller. Solche Polemiken dienen nicht dazu, dem Gedanken des Sozialismus zur weiteren Ausbreitung zu verhelfen. Ueber den Antrag 51 brauche ich nichts weiter zu sagen, nachdem wir gehört haben, daß die Genossin Zetkin sich eines besseren hat belehren lassen und daß sie von ihrem früheren Standpunkt, nur die wissenschaftliche Seite in der „Gleichheit" zu behandeln und immer zu betonen, daß wir nicht zu den Massen heruntersteigen können, sondern daß wir die Massen durch den Inhalt der „Gleichheit" heraufziehen müssen, abgekommen ist. (Genossin Zetkin: Absolut nicht!) Das soll kein Vorwurf sein, Genossin Zetkin, aber Sie haben bisher immer gesagt, es sei nicht möglich, die „Gleichheit" populärer zu gestalten, heute haben Sie zugestanden, daß Sie eines besseren belehrt werden. Ich hoffe also, daß in Zukunft eine Besserung in dieser Hinsicht in die Erscheinung tritt.

Dann noch einiges zu dem Familienblatt. Man hat gesagt, es sei nicht möglich, ein solches Blatt erscheinen zu lassen, weil der Preis von 25 Pf. dafür zu hoch sei. Ich bin der Ansicht, daß der Gedanke, ein besonderes Familienblatt, das in unserem Geiste redigiert wird, herauszugeben, schon früher hätte kommen müssen, um den bürgerlichen Familienblättern den Boden abzugraben. Ist doch ein großer Teil von Parteiverlagen dazu übergegangen, Literatur unter den Genossen zu verbreiten, deren Inhalt dem Geist des Sozialismus nicht entspricht. Daß der genannte Preis für unsere Genossen unerschwinglich sei, kann ich nicht zugeben. Gewiß gibt es viele Parteigenossen, denen es äußerst schwierig werden wird, noch das Geld für ein solches Blatt aufzubringen. Aber mit diesen Kreisen dürfen wir nicht unbedingt rechnen, sondern müssen dem Rechnung tragen, was von dem größten Teil der Parteigenossen verlangt wird, und das ist die Schaffung eines besonderen Familienblattes, welches von sozialistischem Geiste durchweht ist.

Dr. **Rosenfeld**-Berlin: In bezug auf die Jugendbewegung möchte ich gegenüber den pessimistischen Ausführungen einiger Vorredner meiner Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß gar kein Grund vorliegt, die Ansicht der Zentralstelle zu bekämpfen, daß wir mit den Erfolgen unserer Jugendbewegung recht zufrieden sein können. Zahlen beweisen, und man kann doch nicht von Schönfärberei sprechen, wenn die Tatsache vorliegt, daß die Zahl der Leser der „Arbeiter-Jugend" gestiegen ist, noch dazu in einer Zeit, wo die Parteiorganisation einen Stillstand erlebt hat, und wo die Arbeiterjugendbewegung verfolgt wird, fast wie die Partei zur Zeit des Sozialistengesetzes. An der Erstarkung der proletarischen Jugendbewegung zweifeln nicht einmal unsere Gegner. Sie sind von Befürchtungen erfüllt über das Wachstum unserer Jugendbewegung. Herr Oertel schrieb in der „Deutschen Tageszeitung" gerade im Anschluß an den diesjährigen Bericht der Zentralstelle: „Auch im letzten Berichtsjahr hat die sozialdemokratische Jugendbewegung sehr erhebliche und sehr bedenkliche Fortschritte gemacht", und er sagte weiter: „Das äußere und innere Anwachsen der sozialdemokratischen Jugendbewegung birgt große und bedenkliche Gefahren." Ich glaube, wir können uns in dieser Beziehung auf Herrn Oertel schon verlassen. Seine Aeußerung beweist uns doch, daß wir auf dem richtigen Wege sind, und daß der Weg bergan führt. Nun verkenne ich nicht, daß durch die Zentralstelle die Arbeiterjugendbewegung eine reiche Förderung erfahren hat, insbesondere durch das ausgezeichnete Organ „Arbeiter-Jugend". Aber ich glaube, daß die Zentralstelle noch viel mehr tun kann, besonders, um mehr Verständnis für die Notwendigkeit der Jugendbewegung unter der Parteigenossenschaft zu verbreiten. Da bedaure ich sehr, daß der Bericht der Zentralstelle nur in der Weise den Parteigenossen gegeben wird, daß er gedruckt den Delegierten der Partei vorgelegt wird. Ich würde wünschen, daß unsere Parteitage in der Lage sind, durch einen ausführlichen, auf dem Parteitag vorgetragenen Bericht eingehender als bisher sich über die Jugendbewegung zu informieren. Ich möchte weiter wünschen, daß die Zentralstelle mehr als bisher auch durch materielle Beihilfe die Jugendbewegung insbesondere in kleineren Städten unterstützt. Darüber ist schon in Chemnitz geklagt worden, und auch heute müssen wir sehen, daß die Ausgaben der Zentralstelle doch nur verhältnismäßig gering sind im Vergleich zu den in die Zehntausende gehenden Summen, die einzelne Städte schon jetzt für die Jugendbewegung aufbringen. Was will es besagen, daß die Zentralstelle in diesem Jahre noch nicht einmal 14 000 Mk. für die Jugendbewegung ausgegeben hat. Auf einer Konferenz der Jugendausschüsse in Thüringen z. B. ist darüber geklagt worden, daß die

Zentralstelle kein Geld dafür hat, in Thüringen einen Jugendsekretär anzustellen. Hoffentlich ermöglicht die Zentralstelle bald, daß dies Jugendsekretariat eingerichtet werden kann. Auch das Rundschreiben, das die Zentralstelle herausgibt, müßte mehr ausgestaltet werden. Dann würde mancher Fehler in der Jugendbewegung vermieden werden. Freilich die Bekämpfung der Jugendbewegung durch unsere Behörden würde auch dann bleiben. Davon können wir gerade in Berlin ein Lied singen, wo wir das Vergnügen haben, unter Herrn v. Jagow für die Berliner Arbeiterjugend zu arbeiten. Wir halten von der Jugendbewegung streng die Politik fern, teils weil wir aus pädagogischen Gründen es nicht für richtig halten, der Jugend die Tagespolitik zu bringen, dann aber auch, weil das Reichsvereinsgesetz, und zwar der Jugendparagraph, den wir dem Block der Konservativen und Liberalen verdanken, jede politische Betätigung der Jugendlichen unmöglich macht, ganz abgesehen von all den übrigen Schlingen, die unsere Behörden für die Jugendbewegung bereit halten. Darüber, daß unsere Jugendbewegung unpolitisch sein muß, besteht heute keine Meinungsverschiedenheit mehr. Ich möchte es aber doch auf unserem Parteitag besonders betonen, weil die Behörden immer der Ansicht sind, wir meinen es gar nicht ernst mit dem Fernhalten der Tagespolitik von der Jugendbewegung. Aber anders als die Jugendlichen unter 18 Jahren sind diejenigen über 18 Jahre zu behandeln. Gegen ihre politische Erziehung bestehen keine pädagogischen und keine juristischen Bedenken. Schon der letzte Parteitag hat besondere Maßnahmen zur Aufklärung der Jugend über 18 Jahre gefordert. Auch Genosse Scheidemann hat heute die Notwendigkeit solcher Maßnahmen anerkannt, und Genosse Schulz von der Zentralstelle hat eine ähnliche Erklärung abgegeben. Aber ich muß sagen, es hat reichlich lange gedauert, bis unsere leitenden Genossen sich auf diesen Standpunkt gestellt haben. Seit dem vorigen Parteitag ist fast ein Jahr verflossen, und erst jetzt hören wir, daß besondere Maßnahmen für diese Jugendlichen getroffen werden sollen. Sie reichen auch nicht aus und sind dem Parteitag ausführlich gar nicht mitgeteilt worden. Ich halte das eigentlich für keine Erledigung des Parteitagsbeschlusses vom vorigen Jahre, daß lediglich ein Zirkular herausgegeben wird mit gewissen Anregungen. Dadurch ist dem Parteitag die Möglichkeit genommen, die Pläne zu verändern, die der Parteivorstand ausgearbeite hat. Nach dem Zirkular soll den über 18 Jahren Alten lediglich Gelegenheit gegeben werden zur geistigen Fortbildung und zum gelegentlichen Zusammentreffen mit ihren Altersgenossen. Das reicht nicht aus. Mindestens muß die Möglichkeit gegeben werden, daß Jugendsektionen der Wahlvereine für die über 18 Jahre Alten gegründet werden. Es ist ein Bedürfnis für diese jungen Leute, gesondert zusammenzukommen und Diskussionen zu pflegen, und ich bedaure, daß diesem Bedürfnis in den Anregungen des Parteivorstandes nicht hinreichend Rechnung getragen worden ist. Freilich wünscht niemand, daß den Parteiorganisationen irgendwelche Schwierigkeiten damit bereitet werden. Der politischen Organisation, was der politischen Organisation gebührt. Aber deren Gebiet kann respektiert werden, und doch bleibt den Jugendsektionen noch Spielraum genug. Sie müssen geschaffen werden, wenn wir nicht unsere ganze bisherige Jugendarbeit geradezu herabdrücken wollen bis zu einem gewissen Grade zu einer Sisyphusarbeit. Erst lockern wir mit großen Schwierigkeiten das Terrain, auf dem wir die Jugendbewegung unpolitisch treiben können, und wenn die Jugend herangewachsen ist, dann versagen die Einrichtungen der Partei. Darum sollte, schon um unsere unpolitische Jugendbewegung zu fördern, die Möglichkeit geschaffen werden, in Form von Jugendsektionen die Aelteren nun auch politisch aufzuklären und an uns heranzuziehen. Ich möchte deshalb wünschen, daß der

Parteivorstand im folgenden Jahre mehr noch sein Augenmerk auf die Agitationsarbeit unter den über 18 Jahre Alten richtet. Das wird zur Stärkung der gesamten Jugendbewegung und damit zur Stärkung unserer Partei dienen. (Bravo!)

Birckholtz-Hamburg: Ich will mich in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit auf ein paar Worte beschränken. Es scheint mir aber notwendig zu sein, gegen die Forderungen, die mein Vorredner zuletzt vertreten hat, Stellung zu nehmen. Ich freue mich, daß der Bildungsausschuß in Verbindung mit dem Parteivorstand eine Resolution vorschlägt, die die Organisationen verpflichtet, für die Achtzehnjährigen etwas zu schaffen, aber Forderungen, die darüber hinausgehen, die z. B. bezwecken, innerhalb der politischen Organisationen besondere Jugendsektionen zu gründen, sind entschieden verfehlt. Jedenfalls muß diese Frage noch gründlich erörtert werden. Dringend notwendig aber ist es, daß den Achtzehnjährigen die Möglichkeit gegeben wird, in einer ihrem Verständnis angepaßten Weise sich wissenschaftlich zu betätigen und wissenschaftlich zu schulen. Braun meinte, es fehle den jungen Leuten in der Jugendorganisation das Gefühl, daß sie in ihrer persönlichen Freiheit nicht beschränkt seien. In der bürgerlichen Jugendbewegung dagegen habe die Jugend in viel höherem Grade das Gefühl, daß ihren persönlichen Wünschen Rechnung getragen werde. Tatsächlich sind unsere Leute auch in kleinen Städten so weit, den Jugendlichen das Selbstbetätigungsrecht zu gewährleisten. Darin liegt ja die Technik der proletarischen Jugendorganisation, daß sie die jungen Leute in die Lage versetzt, klar zu überlegen und nachzudenken, und ihr Organisationsinteresse zu vertreten. Aber der Fehler liegt auf einem anderen Gebiet. Fast so alt wie die Zentralstelle für die arbeitende Jugend ist, so alt sind schon die Forderungen, ein Blatt herauszugeben, das den Jugendhelfern die Möglichkeit einer besseren Schulung bietet. Es fehlt namentlich in den kleinen Städten an pädagogisch vorgebildeten Jugenderziehern und es freut mich, daß Genosse Schulz auch in der Provinz eventuell solche Kurse veranstalten will. Aber vor allem möchte ich die Herausgabe einer Zeitung empfehlen. Deshalb bitte ich dringend um die Annahme der Anträge 53 und 54, die sich darauf beziehen. Das Allerwichtigste aber, was die Jugendzentrale tun könnte, ist die Anstellung von Kräften für die Jugendbewegung. Wir können nicht lange darauf warten, daß sich Kräfte finden, die ehrenamtlich die Bewegung in den größeren Städten leiten können. Dazu gehört viel Zeit und auch die Möglichkeit, sich für die pädagogische Praxis zu schulen. In der bürgerlichen Jugendbewegung versteht man es ja gar nicht, daß so große Vereine von mehreren tausend Mitgliedern ohne angestellte Beamte geleitet werden können. Jedenfalls ist es ein unhaltbarer Zustand, daß in Großstädten wie Leipzig, Hannover, Dresden, Köln u. a. noch nicht Kräfte angestellt sind, die dasselbe leisten können, wie die bestorganisierten bürgerlichen Jugendvereine.

Wittig-Leipzig: Nach dem Verlauf der bisherigen Diskussion wird es mir leicht, die Anträge 53 und 54 von Leipzig zu begründen. Es besteht wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, wie notwendig es ist, daß die Partei die notwendigen Mittel ausgibt für einen Zweck, der sich schon in wenigen Jahren hundert- und tausendfach bezahlt machen dürfte. Bisher konnte gegen einen solchen Antrag eingewendet werden, es seien die geeigneten Persönlichkeiten dafür nicht vorhanden. Die Personenfrage dürfte aber jetzt wohl als gelöst zu betrachten sein, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß, wenn ein derartiges Blatt erscheint, es auch aus den Reihen solcher Lehrer bereitwillige Unterstützung findet, die jetzt öffentlich ihre Meinung nicht sagen dürfen, obwohl sie mit unserer Bewegung sympathisieren. Darüber sind wir uns klar, daß es notwendig ist, größere Mittel bereitzustellen, wenn unsere Jugend-

bewegung sich weiter entwickeln soll. Wir müssen eine größere Zahl von Jugendheimen schaffen und für die Entschädigung derjenigen sorgen, die als Jugendhelfer und Beiräte in Frage kommen. Viele sind in dieser Frage berufen, aber wenige sind auserwählt. In vielen ist Lust und Liebe für die Sache vorhanden, aber es muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, sich auszubilden und vertraut zu machen mit den Fragen, die auf dem Gebiete der allgemeinen Erziehung liegen. Wenn so schnell wie möglich an die Einführung der Zeitung gegangen wird, dann wird auch manche Klage der Jugendbeiräte verschwinden. Wir werden dann erfolgreicher für die Jugend arbeiten können und ich bitte deshalb um einstimmige Annahme des Antrages.

Gottschalk-Königsberg: Ich habe nur zu den Anträgen zu sprechen, welche sich mit der Einsetzung einer Agrarstudienkommission beschäftigen. Diese Anträge sind im wesentlichen alle gleich. Ein Unterschied besteht nur insofern, als der Antrag des Parteivorstandes wünscht, daß die Kommission von Parteivorstand und Parteiausschuß gewählt werden soll, während die Anträge 14 und 101, die ich vertrete, die Wahl der Kommission durch den Parteitag fordern. Die Kommission muß von dem Vertrauen der Gesamtpartei und ihrer berufenen Vertretung, d. h. vom Vertrauen des Parteitages, getragen werden, ebenso wie sie auch dem Parteitag Rechenschaft abzulegen hat. Es liegt kein Grund vor, in diesem Falle nicht ebenso zu handeln, wie bisher in zahlreichen ähnlichen Fällen und wie 1894 in Frankfurt bei der Einsetzung der Agrarkommission, die bekanntlich auch vom Parteitag gewählt wurde. Unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet die Wahl durch den Parteitag nicht. Wird sie heute beschlossen, so können wir die Wahl selbst ja auf einen der letzten Tage der Parteitagswoche zurückstellen und inzwischen haben wir reichlich Zeit zu sorgfältiger Vorbereitung der Wahl. Der Parteitag würde ohne Not ein ihm zustehendes Recht preisgeben, wenn er die Wahl der Kommission dem Parteivorstand und -ausschuß überließe. Bei allem Vertrauen, das beide Körperschaften für sich in Anspruch nehmen mögen, hat doch der Parteitag ein noch größeres Vertrauen zu sich selbst zu hegen. Ich bitte daher, dem Antrag 96 in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen, sondern seine einleitenden Worte zu ändern. Ich bringe das Amendement ein, daß im ersten Satz die ersten Worte lauten sollen: „Der Parteitag beschließt". Gleichzeitig ziehe ich die Anträge 14 und 101 zurück.

Panzer-Bayreuth: Wenn unsere Jugendbewegung nicht die erwünschten Fortschritte macht, so muß man auch beachten, daß die Maßnahmen, die gegen die Arbeiterjugend getroffen werden, geradezu ins Ungeheuerliche steigen. In unserem Wahlkreise Bayreuth bestehen rein russische Verhältnisse in bezug auf die Arbeiterjugendbewegung. Man hat auf Grund einer Schulordnung den Jugendlichen überhaupt verboten, das Arbeiterjugendheim zu besuchen und sich an den Veranstaltungen zu beteiligen. Man hat ihnen auch verboten unter Androhung von Strafen, an dem Stenographieunterricht teilzunehmen, den unser Jugendausschuß veranstaltet hat. Die Jugendlichen, die dennoch so mutig waren, den Unterricht zu benutzen, erhielten Karzerstrafen und wurden von Schutzleuten aus den Betrieben in den Karzer weggeführt, wenn sie sich nicht freiwillig einfanden. Diese Treibereien sind ausschließlich zurückzuführen auf die geradezu infame Agitationsweise und Hetze unserer Liberalen in Oberfranken, mit denen wir noch dazu in wilder Ehe zu leben gezwungen sind. Ebenso wird auch im allgemeinen gegen die Arbeiterschaft die Hetze bei uns betrieben. Es wurde vorhin gesagt, der Parteivorstand habe nicht genug Massenaktionen entfaltet. In solchen Fällen nützen aber Massenaktionen nichts. Hier gilt zunächst zu beachten, welche neuen Mittel und Wege unsere Gegner einschlagen, um uns die Arbeiterschaft abtrünnig zu machen. Hier

sind wiederum die reichsverbändlerischen Liberalen bahnbrechend vorgegangen. Sie haben versucht, sich in die Betriebe einzudrängen und die Arbeiter zu zwingen, in ihre Unterstützungsvereine einzutreten. Diese haben sich zu einer wahren Landplage entwickelt. Man hat die Kühnheit, selbst Sektionsleiter in die Kontore zu holen und von ihnen zu verlangen, daß sie sich in den liberalen Unterstützungsverein eintragen lassen, falls sie nicht bei passender Gelegenheit aufs Pflaster geworfen werden wollen. Die Liberalen haben bei ihrer Agitation den Unternehmern versprochen, daß sie ihnen möglichst zu Diensten sein wollen, wenn diese den liberalen Wahlkreissekretär, der aus Bochum in unseren Wahlkreis importiert wurde, bezahlten. Man hat auch versucht, die Arbeiterschaft zu knebeln und besonders den gewerkschaftlichen Kampf zu erschweren. Dafür müssen die Unternehmer ihre Beiträge zur Erhaltung der liberalen Arbeitersekretariate bezahlen. In einem Rundschreiben, das weit über die bayrischen Grenzen hinaus großes Aufsehen erregt hat, haben die Liberalen bei Handel, Industrie und Gewerbe um Geld gebettelt und versprochen, daß dieses Geld in eine rentable Kapitalsanlage umgewandelt werde. Mit anderen Worten, sie verpflichten sich, die Arbeiter niederzuknebeln, die der Sozialdemokratie angehören. Diese Ausnahmegesetze und Treibereien werden noch ergänzt durch ein Vorkommnis der letzten Tage. Der maßlosen Hetze unserer Liberalen ist es gelungen, daß unsere Parteizeitung in den letzten Tagen vom Staatsanwalt konfisziert wurde, weil wir ein Klischee vom „Vorwärts" über die Jubelfeier in Kelheim abdruckten. Dieses Bild wurde in Preußen nicht beanstandet, in Bayern aber auf Grund der liberalen Hetze konfisziert!

Wenn unter solchen Umständen die Organisationsarbeit und die Agitation erschwert wird, so wissen wir wenigstens die Gründe, warum es nicht immer möglich ist, in Oberfranken das zu erreichen, was wünschenswert wäre. Es werden naturgemäß alle Anstrengungen gemacht, in der Kleinarbeit das wieder gut zu machen, was durch die Ruppigkeit der Liberalen uns abzujagen versucht wird. Noch ein Wort zu dem illustrierten Wochenblatt, das herausgegeben werden soll. Ich bezweifle, daß es eine Zukunft hat, wenn der Preis von 25 Pf. bestehen bleiben soll. Wir haben in der Partei eine ganze Reihe illustrierter Zeitschriften, die sehr gut wirken könnten, aber sie haben alle den Fehler, daß sie zu teuer sind. Wenn unser Blatt auch in die ärmsten Arbeiterfamilien hineindringen soll, dann muß in erster Linie Wert darauf gelegt werden, auf einen billigen Preis, der durch die Massenauflage leicht wieder ausgeglichen werden kann. Das Zentrum hat in Bayern gerade durch seine billigen Familienblätter großen Erfolg. Wenn nach meinem Vorschlag der Preis unseres Blattes billiger gesetzt wird, dann wird die Partei auf ihre Rechnung kommen und das neue Unternehmen wird seinen Zweck erfüllen, den es eigentlich erfüllen soll und muß.

Stahl-Spandau: Ich hatte die Absicht, den Antrag 16 eingehend zu begründen, nachdem aber Genosse Schulz in liebenswürdiger Weise beantragt hat, den Antrag zur Berücksichtigung zu überweisen, nehme ich davon Abstand. Ich hoffe aber, daß der Zentralausschuß in weitgehendster Weise dem Antrag Rechnung tragen wird, weil wir alle Ursache haben, auch die weibliche Jugend aufzuklären über ihren Naturberuf als Erzieherin der Kinder und als Mutter. Ich bitte Sie, dem Antrag Schulz Rechnung zu tragen.

Schrader-Hannover begründet den Antrag 17. Nehmen Sie den Antrag an oder überweisen sie ihn wenigstens dem Parteivorstand zur Berücksichtigung. Veranlassung zu dem Antrag haben die mancherlei Erörterungen in der Parteipresse und in Versammlungen aus Anlaß der Militär- und Deckungsvorlagen gegeben. Wenn über die Gründe der Stellungnahme der Fraktion gleich nach Abschluß der Verhandlungen Bericht erstattet wird, dann wird manchen zu

weitgehenden Kritiken der Boden entzogen werden. Anläßlich der Militärvorlage hat ja der Parteivorstand eine kleine Broschüre nachträglich herausgegeben, es wäre zweckmäßig gewesen, sie auch auszudehnen auf die Stellungnahme der Fraktion zur Deckungsvorlage, bezw. die Gründe anzugeben, die die Fraktion zu dieser Stellungnahme veranlaßt haben. Eine weitgehende Kritik innerhalb der Partei soll stattfinden. Es soll aber auch ein Rahmen gezogen werden, über den nicht hinausgegangen werden sollte. Wenn man Aeußerungen hört wie heute von Heilmann, der sagte: Ja, ich bin darüber nicht informiert gewesen!, so beweist das einen Mangel an Verantwortungsgefühl. Es geht zu weit, wenn in dem Maße Kritik geübt wird, wie es verschiedentlich der Fall gewesen ist. Damit wird uns die Agitation im Lande unendlich erschwert. (Sehr richtig!)

Ein Antrag Wuschick-Berlin, die Aussprache über den ersten Punkt der Tagesordnung zu schließen, wird, nachdem Auer-München dagegen gesprochen hat, abgelehnt.

Jungnickel-Annaberg: Schulz sagte, der Antrag 15 renne offene Türen ein, Lehrer für die Unterrichtskurse würden nach Bedürfnis eingestellt. Wir haben aber einen gewissen Mangel an Lehrern bemerkt. Es ist uns beinahe unmöglich, in entlegenen Orten Kurse abzuhalten. Der Zentralbildungsausschuß kommt uns in der Ermäßigung der Kosten weitgehend entgegen. Der Ausschuß sollte aber versuchen, innerhalb der einzelnen Provinzen Lehrer zu gewinnen, die noch billiger arbeiten. Im Erzgebirge z. B., wo wir mittellos sind, sollten diese Lehrer etwas reduzierte Kurse von vier bis sechs Abenden ganz umsonst abhalten, dann würden wir besser für die Verbreitung des Sozialismus auch in den entlegensten Dörfern sorgen können.

Fries-Köln: Nachdem soviele „Kulturpioniere" gesprochen haben, sei es auch einmal einem einfachen Arbeiter gestattet, das Wort zu nehmen. Was mir an den Worten Scheidemanns am meisten mißfallen hat, war, daß er glaubte betonen zu müssen, daß sämtliche Angestellte Kulturpioniere seien. Ich möchte das stark bezweifeln. Ich protestiere dagegen, daß die Genossen, die an den Angestellten Kritik üben, von Scheidemann und anderen als Beamtenhetzer hingestellt werden. Die Genossen, die sich eine Kritik der einzelnen Angestellten gestattet haben, haben die hauptsächlichste Parteiarbeit geleistet. Darunter sind nicht wenige Kulturpioniere. Wenn sie das Verhalten einzelner Angestellten kritisiert haben, die oft ein Hemmnis sind und nicht Pioniere, dann werden sie als Hetzer hingestellt. Das ist verkehrt. Die Genossen im Lande werden diese Redewendung Scheidemanns nicht verstehen. Durch diese Kritik wird das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei nicht getrübt. Wollten wir diese Trübung, dann brauchten wir diese Angestellten, die manchmal nicht vom sozialistischen Geiste erfüllt sind, nicht hinüberziehen, sondern ließen sie abseits beiseite stehen. Dadurch, daß wir Kritik üben, zeigen wir, daß wir Partei und Gewerkschaft immer fester zusammenschmieden wollen. Bei der Maifeierfrage wird noch genug Gelegenheit sein für die Angestellten, zu beweisen, daß sie wirklich Kulturpioniere des Sozialismus sind. Beweisen sie es, dann treffen Scheidemanns Ausführungen zu. Sonst weise ich sie als übertrieben zurück.

Auer-München: »Braun hat in seinen Ausführungen auch der Bayern gedacht. Er hat angegeben, welche großen Summen unsere Parteizentrale in diesem Jahre nach Bayern geschickt hat, hat es allerdings unterlassen, die Gründe anzugeben, die das notwendig gemacht haben. Was die Gründung des Parteiblattes in Kaiserslautern angeht, so nehme ich an, daß er nur seiner persönlichen Meinung Ausdruck gegeben hat, daß er aber nicht den Parteivorstand binden wollte, denn die Verhandlungen über diese Sache sind noch nicht abgeschlossen und über nicht abgeschlossene Verhandlungen sollte nicht in dieser Weise gesprochen werden. Nach unserer Meinung dürfen bei Pressefragen nicht lediglich fiskalische Gründe für den Vorstand entscheidend sein, sondern er muß sich bei der Frage, ob eine Zeitung gegründet werden soll, auch von anderen Momenten leiten lassen, von dem agitatorischen Wert und der politischen Notwendigkeit. Wenn ich auch erkenne, daß der Vorstand die Pflicht hat, genau zu prüfen, wie Gelder verwendet werden, und obgleich ich gerne zugebe, daß der Göppinger Fall ihn zur Vorsicht veranlassen müßte, so warne ich doch auf der anderen Seite davor, in den Fehler zu verfallen, nach rein fiskalischen Gesichtspunkten zu entscheiden und die politischen Notwendigkeiten zu übersehen.

Im Bericht des Parteivorstandes heißt es auf Seite 10:

„Danach haben wir im letzten Geschäftsjahr, das sich allerdings nur auf 9 Monate erstreckt, eine so geringe Mitgliederzunahme zu verzeichnen, wie nie zuvor, eine Zunahme, die in ihrer Geringfügigkeit an Stagnation grenzt."

Ich verstehe es wohl, daß der Vorstand in seinem Bericht die Genossen anzufeuern sucht und daß er sich bemüht, wenn er glaubt, daß hier und da ein Mangel ist, diesen Mangel zu beheben. Aber das Ergebnis dieser Feststellung des Vorstandes ist ein anderes. Es kümmert mich nicht, wenn die bürgerliche Presse auf Grund dieser Feststellung des Vorstandes die Sozialdemokratie wieder einmal totsagt. Bedenklicher ist die Wirkung auf die eigenen Parteigenossen, und wenn derartige Feststellungen gemacht werden, dann muß man doch auch die Ursachen berücksichtigen und sie erwähnen. Für jeden, der unsere Organisation kennt, steht doch fest, daß wir heute bei Zählung unserer Mitglieder einen viel strengeren Maßstab anlegen als früher. Unsere Organisation ist eine viel straffere geworden, die Uebersicht ist viel besser. Früher haben wir Tausende von Mitgliedern geführt, die keine Beiträge gezahlt haben, während jetzt eine viel größere Durchsiebung, eine viel größere Uebersicht auf Grund unserer straffen Organisation gegeben ist. Dieses Moment müssen wir berücksichtigen, wir dürfen nicht nur flau machen. Was für die Organisation im allgemeinen gilt, gilt auch für die Jugendorganisation und die Jugendbewegung. Es geht vorwärts. Wir haben doch mit unserer Jugendbewegung viel größere Schwierigkeiten zu überwinden und mit viel größeren Hemmungen zu kämpfen, als die Bürgerlichen. Schon bei der Frage der Jugendleiter fällt es schwer, die geeigneten Leute zu finden. Die Arbeiter, die diese Jugendleitung übernehmen, müssen sich ihre Zeit stehlen, um tätig sein zu können, während den bürgerlichen Kreisen eine ganze Reihe von Leuten zur Verfügung steht. Wir wissen ja, daß sogar Offiziere dazu verwendet werden. Ein weiteres Hemmnis für uns bildet die Frauen- und Kinderarbeit. Und auch die von Tag zu Tag stärker werdenden behördlichen Schikanen bereiten uns Schwierigkeiten. Alles das muß berücksichtigt werden, wenn wir über diese Fragen sprechen. Die unermüdliche Kleinarbeit, das harmonische Zusammenarbeiten und der unerschütterliche Glaube an den Sieg unserer Sache sind die Dinge, die uns zum Ziel führen. Den Kopf hängen zu lassen, dazu haben wir aber gar keine Ursache. (Bravo!)

Helene **Grünberg**-Nürnberg: Die Jugend wird heute von vielen Vereinigungen umgarnt, nicht nur von bürgerlichen, sondern auch von sehr vielen Vereinen aus unseren eigenen Reihen. Da sind die Arbeiterturnvereine, die Arbeiterschwimmvereine, die Arbeitergesangvereine, die Arbeiterstenographenklubs, kurz, alles bemüht sich um die Jugendlichen, und dadurch kommt die freie Jugendbewegung, der doch vor allem die Jugend zugeführt werden soll, in eine

schwierige Lage. Auch die Geldfrage spielt eine Rolle, die Arbeiterbewegung braucht viel Geld und da bleibt für die Jugend nicht allzuviel übrig. Mit dem wenigen Geld, was den einzelnen Orten heute zur Verfügung steht, wird gearbeitet, wie es nur möglich ist. Der Bericht über die Jugendbewegung hat uns doch gezeigt, daß es nicht nur in größeren, sondern auch in kleineren Orten vorwärts geht. Wenn es nicht so geht, wie es gewünscht wird, so liegt das an den geschilderten Umständen. Es kommt nicht darauf an, daß man recht radikal vorgeht und immer Tamtam schlägt, sondern es spielen hier andere Fragen mit. In Nürnberg haben wir im verflossenen Jahre einen Zuwachs von 800 Jugendlichen gehabt, und so wird es auch in anderen Städten sein. Man darf aber nicht vergessen, daß die Jugendbewegung nur eine Durchgangsstation ist. Nun soll die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" maßgebend sein. Wenn das der Fall sein soll, dann müßten wir auch darauf schauen, daß die „Arbeiter-Jugend" so ist, daß die jungen Leute sie auch lesen. Die 80 000 Exemplare werden heute zum großen Teil nicht gelesen. Wir haben die Jugend von 14 bis 18 Jahren, aber die „Arbeiter-Jugend" ist geschrieben für junge Leute von 18 bis 21 Jahren. Wenn wir uns bemühen, durch leicht verständliche Vorträge die Jugend zu gewinnen, und wenn wir uns freuen, daß die Jugend dazu so zahlreich erscheint, so können wir doch aber dadurch allein die Führung nicht übernehmen. Wir wollen doch die jungen Leute zu selbständig denkenden Menschen erziehen. Das ist unsere Hauptaufgabe mit, und wenn uns da die „Arbeiter-Jugend" etwas mehr zur Seite steht, wäre das nur zu begrüßen. Aber die Artikel in der „Arbeiter-Jugend" sind sehr schwer verständlich, und dazu kommt, daß der kleine Druck auch nicht zur Lektüre anfeuert. Lieber halb soviel Stoff und das, was im Blatt steht, mit größerer Schrift und mehr dem Verständnis der Jugend angepaßt! Dann wird die „Arbeiter-Jugend" das bewerkstelligen, was sie bewerkstelligen soll, d. h. mit zur Bildung der Jugendlichen beitragen. Alle Anträge betreffend Unterstützung der Jugendbewegung in finanzieller Hinsicht kann man zustimmen. In einer Stadt wie Nürnberg stehen uns für die Jugendbewegung gerade 2000 Mk. zur Verfügung. Davon muß das Jugendheim bezahlt und die ganze Agitation bestritten werden. Kleine Orte haben sogar nur ein paar Pfennige übrig. Wie soll man davon auch noch die „Arbeiter-Jugend" bezahlen? Die Jugendzentrale kann die Jugendausschüsse am besten unterstützen durch Verbilligung der „Arbeiter-Jugend". Könnten wir die Nummer für 3 Pf. anstatt für 5 Pf. erhalten, dann könnten wir besser arbeiten. Etwas populärer und weniger Inhalt, aber das Wenige so geschrieben, daß die Jugend es liest! Dann werden die jungen Leute auch die „Arbeiter-Jugend" lesen und dann wird es auch mit der Jugendbewegung besser vorwärts gehen.

Stücklen-Berlin: Ich gebe dem Genossen Braun darin recht, daß man, wenn man drei oder vier Parteiblätter gelesen hat, annähernd alles weiß, was in der Parteipresse steht. Das liegt aber wesentlich daran, daß das Nachrichtenwesen mehr und mehr zentralisiert wird und daß immer mehr Korrespondenzen entstehen. Teilweise mag es vielleicht auch daran liegen, daß die Redaktionen nicht so besetzt sind, wie es wünschenswert wäre. Wenn aber Braun sich so sehr aufgehalten hat über die Uniformierung der Parteipresse, so möchte ich schon sagen, so ganz sündenfrei ist er auch nicht. (Hört! hört!) Ich weiß, daß die „Fränkische Tagespost" auch ziemlich viel aus dem verpönten Pressebureau bringt, genau wie andere Blätter auch. Alle schimpfen, alle drucken ab, aber keiner sagt, wie man es besser machen soll. Wir wären sehr froh, wenn uns einmal brauchbare Vorschläge gemacht würden. Es ist aber nicht angebracht, fortwährend auf das Pressebureau loszuschlagen. Die Tätigkeit der Kollegen im Pressebureau ist keineswegs eine beneidenswerte, es ist

nicht angenehm, für die ganze Parteipresse den Prügelknaben abzugeben und für alles mögliche verantwortlich gemacht zu werden. (Sehr richtig!) Daß das Pressebureau mangelhaft ist, das wissen wir vielleicht am allerbesten, und wenn uns ein gangbarer Weg gezeigt würde, würden wir keinen Augenblick zögern, ihn zu beschreiten. Auch Braun hat nicht gesagt, wie man es anders machen soll, und ich hoffe, daß er dem Parteivorstand vielleicht demnächst einmal einen Vorschlag unterbreitet, der eine Besserung herbeiführen soll. Bei der Gründung entstand der Gedanke, das Pressebureau solle „politisch geschlechtslos" sein (Heiterkeit), es solle eine eigene Meinung überhaupt nicht haben. Nun ist das an sich sehr schwer. Wir haben radikale und nicht radikale Blätter, und so zu schreiben, daß es allen paßt, ist doch auch eine Leistung, die man nicht allzu gering anschlagen sollte. (Heiterkeit.) Kurz, ich konstatiere, daß radikale und nicht radikale Blätter gemeinsam sündigen. Ich habe schon, als das Pressebureau geschaffen wurde, in das ich gegen meinen Willen hineinkam — ich wurde dazu gedrängt und werde mit Vergnügen wieder herausgehen —, darauf hingewiesen: Wo sollen wir denn die Nachrichten hernehmen? Wir können doch nicht in den einzelnen Ministerien und Reichsämtern vorsprechen. Vielleicht würden wir dort Nachrichten bekommen, aber jedenfalls doch nur solche, an deren Verbreitung die Regierung ein großes Interesse hat, und sobald wir eine ablehnende Kritik daran knüpften, würde man uns die Tür von draußen zumachen. Also wir können unmöglich in der Weise uns Nachrichten besorgen wie die bürgerlichen Blätter. Nun sind wir auf die bürgerliche Presse angewiesen und wir müssen das, was sie bringt, mit entsprechenden Bemerkungen begleiten. Man hat uns vorgeworfen, daß die Schwänze zu lang sind, die wir den Nachrichten anhängen (Heiterkeit), wir haben dafür gesorgt, daß sie kürzer werden (Erneute Heiterkeit), und ich bedaure nur, daß wir immer noch nicht das Vergnügen haben, uns allen Wünschen anpassen zu können. Wir haben einmal einen Genossen, der als Schriftsteller einen guten Ruf genießt, gebeten, in das Pressebureau zu kommen und zu zeigen, wie es zu machen ist. Er hat sich den Betrieb angesehen und gegen 8 Uhr vormittags meinte er: Jetzt müssen doch eigentlich die Nachrichten kommen! Ja, was nicht kam, das waren die Nachrichten. Wenn das Bureau nicht so funktioniert, wie es sein sollte, dann tragen die Genossen an der Parteipresse schuld daran; entweder sie geben uns überhaupt keine Nachrichten oder Nachrichten, die bereits in ihrem Blatt erschienen sind. Wenn wir etwas, was am Dienstag im „Hamburger Echo" stand, am Mittwoch bekommen und hinausgeben und die Parteipresse bekommt es am Donnerstag von uns, dann schreibt man uns: Was fällt Euch denn ein, das stand ja schon vorgestern im „Echo". Es war vorgesehen, daß die politischen Redakteure der Parteipresse das Pressebureau bedienen sollen, aber statt dessen haben die Redaktionen der Parteipresse die Mitarbeiter vielfach ausgewählt nach dem Gesichtspunkt: Wer kann am notwendigsten das Honorar gebrauchen! (Zuruf: Das können alle gebrauchen! Heiterkeit.) So kommt es, daß wir Mitarbeiter haben, die uns erst ein bis zwei Stunden, nachdem das Blatt erschienen ist, bedienen. Darunter leidet die Berichterstattung. Wir haben alles getan, was wir tun konnten, wir haben höfliche Briefe geschrieben, wir haben Briefe geschrieben, die das Gegenteil von Höflichkeit waren. (Heiterkeit.) Gerade aus dem Wirkungskreis von Braun-Nürnberg kriegen wir gar nichts, wir werden mangelhaft bedient aus München, aus Hamburg, trotz aller Mühe, die wir uns gegeben haben. Soll das Pressebureau besser funktionieren, dann müssen in allen politischen Zentren im Inland und Ausland fest besoldete Berichterstatter angestellt werden. Aber das würde mit enormen Kosten verknüpft sein, und vor allem wird ja immer verlangt, daß es möglichst wenig kosten soll. Davidsohn hat bemängelt, daß wir

über Dublin so wenig berichtet haben. Soviel mir bekannt ist, hat die Generalkommission sich um Nachrichten bemüht, aber es ist ihr nicht gelungen und wir haben uns damit geholfen, daß wir Auszüge aus den Berichten des „Vorwärts“ telephonierten. Was geschehen konnte, ist im Pressebureau tatsächlich geschehen. Aber wir können keine Nachrichten geben, die wir uns selber gar nicht beschaffen können. Die Berichte über die Kommissionsberatungen im Reichstage will das eine Blatt ausführlich haben, das andere nur ganz kurze Auszüge. (Die Redezeit wird verlängert.) Nun könnte man sagen, es sollen zwei oder drei verschieden umfangreiche Berichte hergestellt werden. Im Pressebureau sitzen aber nur drei politische Redakteure. Die Arbeitszeit im Pressebureau, die in zwei Schichten geteilt ist, beträgt 13 Stunden, wir haben auch Sonntags zu arbeiten und im Sommer, in der Ferienzeit, haben die Redakteure nur alle 15 Tage einen Tag frei! Es kann also nicht der Vorwurf gemacht werden, daß wir nicht mit dem nötigen Eifer bei der Sache sind. Es ist eine glatte Unmöglichkeit, mit drei politischen Redakteuren Berichte von verschiedener Länge herzustellen. Es wäre uns sehr angenehm gewesen, wenn positive Vorschläge für den weiteren Ausbau des Pressebureaus gemacht worden wären. Wir haben einen Beirat für das Pressebüreau, in dem fünf leitende Redakteure sitzen. Diese werden bestätigen, daß wir uns seit Jahren um den weiteren Ausbau bemühen, um eine Verbesserung des Nachrichtendienstes, damit die Berichterstattung prompter wird. Bisher ist alles fehlgeschlagen. Wir konnten es nicht erreichen, daß wir von den Parteigenossen besser unterrichtet wurden. Und was wir nicht haben, können wir nicht herausgeben. Die einzige Möglichkeit wäre, in den größeren Orten festangestellte Korrespondenten zu beschäftigen, die uns über alles Wichtige aus ihrem Bezirk rasch berichten. Wenn man aber meint, daß das Pressebureau in keiner Weise seine Aufgaben erfüllt, dann wäre die einfachste Lösung die, daß man eine solche Institution, wenn sie sich als vollkommen verfehlt erwiesen hat, beseitigt. Ich weise die Vorwürfe gegen das Pressebureau zurück, wenn nicht nachgewiesen wird, daß die Redakteure nicht ihre Pflicht erfüllt haben, und solange nicht ein anderer Weg gezeigt wird, auf dem eine Behebung der Uebelstände zu erreichen ist.

Bromme-Lübeck: Wir begrüßen es, daß die Agrarfrage endlich wieder in den Kreis der Erörterung gezogen wird. Hängen doch mit ihr die Lebensmittelpreise, Getreidezölle, Gewinnung der Landarbeitermassen, die Frage der inneren Kolonisation und andere Dinge, die demnächst im Brennspiegel der Tagespolitik stehen werden, zusammen. Trotzdem bitte ich Sie, den Zusatzantrag Gottschalk auf Einsetzung einer Studienkommission durch den Parteitag abzulehnen. Bei der Hast, mit der der Parteitag die Tagesordnung erledigen muß, würde die richtige Zusammensetzung aus Fachmännern, Theoretikern und Praktikern, vielleicht nicht getroffen werden. Schon die Absicht, daß besoldete Mitarbeiter von der Kommission angestellt werden sollen, rechtfertigt es, daß die Zusammensetzung der Kommission ernsthaft vom Parteivorstand und Parteiausschuß geprüft wird. Nun noch eine Bemerkung zu dem angekündigten Familienblatt, mit dem wir uns auch in Lübeck beschäftigt haben, wie der — allerdings nicht unterstützte — Antrag 48 beweist. Den Preis von 25 Pf. für das Familienblatt halte auch ich für zu hoch. Selbst wenn es noch so gut ausgestattet ist, wird es große Schwierigkeiten machen, eine nennenswerte Auflage zu erzielen. Wir sollten uns da das Schicksal der „Hütte“ zur Warnung dienen lassen. 15 Pf. ist meines Erachtens das Höchste. Dafür kann schließlich auch etwas Gediegenes geschaffen werden. Schaffen müssen wir etwas, denn mit den „Freien Stunden“ können wir wahrlich keinen Staat mehr machen. Nun ist gesagt worden, wir wollen keine zweite „Berliner Illustrierte Zeitung“ haben. Um eine ähnliche Aufmachung wird man aber

nicht gut herumkommen, denn es wird wohl niemand bestreiten, daß in den breiten Volksschichten — namentlich bei den Arbeiterfrauen — ein gewisses Sensationsbedürfnis vorhanden ist. Es wird natürlich von der Geschicklichkeit der Redaktion abhängen, wie das Blatt aufgemacht wird. Im übrigen kommen wir mit dem Unternehmen reichlich spät. Ullstein hätte nicht so hohe Abonnentenzahlen und so hohe Gewinne aus der Arbeiterschaft herausgeholt, wenn wir damit früher auf dem Plane erschienen wären.

Vorsitzender **Ebert**: Redner sind nicht mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen. (Beifall.) Die Schlußworte der beiden Referenten für den jetzt abgeschlossenen Teil des Vorstandsberichtes schlage ich vor morgen entgegenzunehmen. Damit ist der Parteitag einverstanden.

Genosse Haase dankt herzlich für die ihm übermittelten Wünsche. Er bedauert, daß er noch nicht imstande ist, an den Geschäften des Parteitages teilzunehmen. Er wünscht den Verhandlungen einen erfolgreichen Verlauf. (Beifall.)

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Hollands hat den Genossen Ravenstein als Vertreter entsandt. Glückwunschtelegramme sind eingegangen von der britischen sozialdemokratischen Partei, von dem Landeskomitee des jüdischen Arbeiterbundes in Rußland, vom Auslandskomitee der Sozialdemokratie Lettlands, von der polnischen sozialdemokratischen Partei Rußlands, ferner von den Frauen Halberstadts.

Dann vertagt sich der Parteitag um 6 Uhr auf 9 Uhr vormittags.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 16. September 1913. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Ebert** eröffnet die Verhandlungen um 9 Uhr. Begrüßungstelegramme sind eingegangen vom Exekutivkomitee der rumänischen sozialdemokratischen Partei und von der sozialdemokratischen Partei Finnlands.

Das Schlußwort zum allgemeinen Geschäftsbericht erhält

Scheidemann: Ich muß mit einigen Worten auf den Bericht unseres Genossen Brühne zurückkommen, den er im Namen der Kontrollkommission erstattet hat. Brühne hat eine Sachdarstellung in der Beschwerde des Genossen Mehring gegeben und dann gesagt: „Nachdem der Parteivorstand auf Grund der geschehenen Aussprache erklärt hat, eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Genossen Mehring und der „Neuen Zeit“ in Aussicht zu nehmen, kann die Kontrollkommission der Entscheidung des Parteivorstandes nicht vorgreifen.“ Diese Annahme der Kontrollkommission stützt sich auf eine mißverstandene Aeußerung des Genossen Haase. Der Parteivorstand hat dann auch sofort die Kontrollkommission darauf aufmerksam gemacht und Einspruch erhoben. Damit die Angelegenheit klar im Parteitagsprotokoll zum Ausdruck kommt, verlese ich aus einem Briefe vom 20. Juni 1913, den der Parteivorstand an die Kontrollkommission geschrieben hat, nur einen Satz: „Der Parteivorstand hat nicht erklärt, eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Genossen Mehring und der „Neuen Zeit“ in Aussicht zu nehmen, nachdem im vorigen Jahre die Regelung entsprechend dem Wunsche des Genossen Mehring vorgenommen worden ist.“

Den breitesten Rahmen in der gestrigen Debatte hat wohl die Aussprache über die Parteipresse eingenommen. Meine Einwendungen der Presse gegenüber und die Befürchtungen, daß die Presse nicht in dem Maße, wie es notwendig ist, ihre propagandistischen Aufgaben erfüllt, um die breiten Massen

zu gewinnen, sind mehrfach unterstrichen worden. Es ist über den Nachrichtendienst und über die Berichterstattung geklagt worden. Da will ich feststellen, daß auch ich, gestützt auf einen mangelhaften Zeitungsbericht, mich auf eine Aeußerung eines Genossen in Sachsen bezogen habe, die nach dem „Vorwärts" vom 10. August folgendermaßen lautete: „Der Mißerfolg in der Agitation und Organisation des letzten Jahres sei dem Schwinden des Vertrauens der Massen zur Leitung geschuldet." Der betreffende Genosse, der nach dem „Vorwärts"bericht diese Aeußerung getan haben soll, hat mir versichert, daß davon keine Rede sei. Er hätte sich so, wie es da steht, nicht ausgesprochen. Ich freue mich, feststellen zu können, daß keine Rede davon sein kann, daß ein Genosse sich so geäußert hat. Diese Richtigstellung zeigt, wie gut es war, daß ich von der Nennung von Namen gestern ausdrücklich Abstand genommen habe.

Der erste Redner in der gestrigen Debatte, Genosse Sollmann, hat meine Ausführungen über die Parteipresse als richtig anerkannt. Ich will des Näheren darauf nicht eingehen, auch nicht auf die Einwendungen gegen das Pressebureau. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich ausdrücklich feststelle, daß der Parteivorstand mit den Leistungen des Pressebureaus auch nicht ganz einverstanden ist, und daß auch er wünscht, daß die Leistungen besser wären. Ich will nicht näher auf die Debatte eingehen, ich weise nur hin auf Ausführungen Stücklens von gestern und gebe Ihnen von neuem die Versicherung, daß wir alles versuchen werden, um auch das Pressebureau etwas leistungsfähiger zu gestalten. Ob es gelingen wird, ist eine andere Frage.

Es sind gestern harte Worte gefallen über verschiedene unserer Parteiunternehmungen und verschiedene Erzeugnisse unserer Literatur. Es ist unter anderem hingewiesen worden auf die „Arbeiter-Jugend", die nicht so redigiert sein soll, wie es gewünscht wird. Ich glaube, daß ich es dem hier nicht anwesenden Genossen, der sie redigiert, wirklich schuldig bin, festzustellen, daß die „Arbeiter-Jugend" tatsächlich eine der besten unserer Zeitungen ist. (Sehr richtig!) Wenn hier und da Artikel abgedruckt worden sein sollten, die nicht allen Wünschen entsprechen, so ist das ganz begreiflich. Eine Zeitung, die es allen recht macht, gibt es nicht. Auch von der „Arbeiter-Jugend" kann man Unmögliches nicht verlangen. Im allgemeinen darf ich wohl mit Ihrer Zustimmung feststellen, daß sie sich allgemeiner Sympathie erfreut und ein sehr gut redigiertes Blatt ist. (Sehr richtig!) Es sind nun verschiedene Anregungen gegeben worden, wie man die Parteipresse reformieren müsse. So ist z. B. die Abgrenzung der Gebiete angeregt worden. Stubbe hat angeregt, daß man die Verbreitungsgebiete größerer Blätter teilen und mit eigenen Blättern versehen könne. Das ist ein Plan, der sehr alt ist und von dem ich wünschen möchte, daß er realisierbar wäre. Ich glaube aber nicht, daß es möglich ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß eine Anzahl großer, sehr leistungsfähiger Blätter besteht. Die Parteigenossen auch in den entfernteren Orten lesen diese Zeitungen und würden sich kaum mit einem Blatt abfinden, das im Umfang auf die Hälfte oder ein Drittel reduziert wird. Das Ideal wäre, daß wir statt der größten Zeitungen eine vier- oder fünffache Anzahl weniger umfangreicher Blätter über das ganze Land verteilt hätten. Das würde der Agitation wesentlich bessere Dienste leisten können, als es jetzt die großen Zeitungen vermögen. Ich will es feststellen, daß man bis zu einem gewissen Grade den geäußerten Wünschen Rechnung tragen kann dadurch, daß man Kopfblätter einführt.

Nun zu einem anderen Abschnitt. Da verlangt der Antrag 17 von Hannover jedesmal nach Schluß einer Reichstagssession eine Agitationsbroschüre. Ich bitte Sie, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Antrag 52 verlangt statistisches Material über Volkswirtschaft in Broschürenform. Ich bitte, auch

diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Ebenso den Antrag 55, der vom Ausbau der „Neuen Zeit" handelt. Wir haben alle die Ausführungen der Genossin Zetkin mit Freuden begrüßt, die darin gipfelten, daß sie in Aussicht gestellt hat, in populärer Darstellung in der „Gleichheit" eine Geschichte der Parteibewegung zu geben, wobei sie allerdings gleich darauf aufmerksam machte, daß dann die Agitationsberichte wesentlich gekürzt werden müssen. Ich glaube, die Partei wird es vertragen, wenn diese Berichte gekürzt werden. Ich habe den Eindruck, daß vielleicht nur die betreffenden Berichterstatter das schmerzlich empfinden werden. (Sehr gut!) Es ist dann geklagt worden über die aufgestellte Kalkulation in bezug auf das angekündigte illustrierte Familienblatt; der Preis von 25 Pf. sei zu hoch. Es liegt ein Antrag vor, wonach das geplante Blatt zum Preise von höchstens 15 Pf. herausgebracht werden soll. Das geplante Familienblatt ist natürlich zu einem so niedrigen Preise nicht herauszubringen. Nach den aufgestellten genauen Berechnungen ist es ganz unmöglich, ein wirklich gutes Blatt mit Illustrationen auf anständigem Papier zum Preise von 15 oder gar 10 Pf. zu liefern. Dann würde ein Blatt herauskommen, auf das nachher allgemein geschimpft wird. (Sehr richtig!) Es kommt vor, daß etwas Gutes auch billig sein kann. Aber gerade auf dem Gebiete der Druckerzeugnisse im Preise knickern zu wollen, ist sehr unangebracht. Mit einem Blatt, das wir für 15 Pf. herausbringen, würde kein Mensch zufrieden sein. Man sagt, warum können es denn andere und weist auf die „Berliner Illustrierte" hin. Aber andererseits hat man gestern ausdrücklich gesagt, wir wollen keine Inseratenplantage machen (Sehr richtig!), wie das jene Zeitungen sind. Wir wollen ein gut geleitetes illustriertes Familienblatt, das das Unterhaltungsbedürfnis befriedigt und die Wünsche der Proletarier, die unterrichtet sein wollen über neue Errungenschaften der Wissenschaft usw., erfüllen. Diese Zeitung hat ganz andere Aufgaben, als die heute noch vielfach in den Massen verbreiteten Blätter. Ich bitte also diesen Antrag glatt abzulehnen. Wenn Sie eine gute Zeitung haben wollen, muß man auch etwas dafür ausgeben. Die Befürchtungen, daß die Arbeiter 25 Pf. für ein wirklich gutes Blatt alle 14 Tage nicht opfern würden, sind nach unseren Erfahrungen unbegründet.

Es ist dann über die Jugendbewegung Klage geführt worden, man hat von Schönfärberei gesprochen; es ginge nicht so voran, wie es dargestellt würde. Auf mein Referat trifft dieser Vorwurf jedenfalls in keiner Weise zu. Ich habe lediglich gesagt, eine wie große Bedeutung wir der Jugendbewegung zumessen und daß wir es für ganz selbstverständlich halten, alles zu tun, was die Jugendbewegung vorwärts bringen kann. Aber die Schönfärberei, von der man sprach, ist auch gar nicht vorhanden. Wir haben aus den Ausführungen Sachverständiger, die einen großen Teil ihrer Arbeitskraft der Jugendbewegung widmen, der Genossen Schulz und Rosenfeld, gehört, daß es vorangeht. — Im engen Zusammenhang mit diesen Ausführungen standen die Ausführungen über die Bildungsveranstaltungen. Da ist geklagt worden über die Höhe der Kosten, die Preise sollten ermäßigt werden. Das geschieht jetzt schon. Für die finanzschwachen Kreise wird der sonst allgemein festgesetzte Preis bis zur Hälfte nachgelassen. Noch weiter heruntergehen kann der Bildungsausschuß nicht. Hier ist es einfach Pflicht der betreffenden Wahlkreise, einzutreten. Diese sollen nicht vergessen, daß die Bildungsvorträge in der Hauptsache doch konzentrierte Parteiarbeit sind.

Sehr erhebliche Auseinandersetzungen hat es dann gegeben über die Fragen, die sich auf die Organisation und Agitation beziehen. Genosse Heilmann hat sich sehr aufgeregt über die von mir gegebenen Zitate aus einem Artikel, den er in der „Neuen Zeit" veröffentlicht hat. Er hat dann zu seiner

Rechtfertigung gesagt, er hätte keine Kenntnis gehabt von den Flugblättern, und er führte das darauf zurück, daß der Parteiapparat zu schwerfällig arbeite. Die Sachen kämen an die Redaktionen gar nicht oder zu spät. Wir schickten die Flugblätter erst an die Bezirke, die sie dann erst wieder an die Kreise abgeben usw. Das sei ein zu schwerfälliger Apparat. In dasselbe Horn hat auch Genosse Stengele von Hamburg geblasen. Er meinte, es gehe alles schablonenmäßig. Genau das Gegenteil davon hat dann Stubbe vorgetragen, der noch eine schärfere und straffere Zentralisation wünschte, meines Erachtens mit Recht. Die Mängel liegen in der Tat nicht an der Art unserer Organisation. Es kommt auf die Menschen an, die in unserem Organisationsapparat arbeiten. Wenn der eine oder andere Sekretär die Sachen liegen lassen sollte, so ist das ein Verschulden, für das man die Organisation als solche unter keinen Umständen verantwortlich machen darf. — Dißmann hat, unter Hinweis auf Erfahrungen bei der Agitation im Kampf gegen die Militärvorlage, ein besseres Zusammenarbeiten der Fraktion und des Parteivorstandes mit dem Parteiausschuß vermißt. Mir ist nicht recht verständlich, was er damit meint. Meines Wissens hat es an engster Fühlung zwischen diesen drei Körperschaften in keinem Stadium der Bewegung gemangelt. Wir haben fortwährend in innigster Fühlung miteinander gestanden. Die Vorstandsmitglieder sind ja zum großen Teil Mitglieder der Reichstagsfraktion, sind über alles unterrichtet und der Ausschuß ist auch unterrichtet gewesen. So war es auch bei sämtlichen Verhandlungen über die Militärvorlage. Dißmann gehört ja selbst dem Ausschuß an, und es wird ihm bekannt sein, daß Haase als Vorsitzender ausdrücklich in der Ausschußsitzung, als wir uns beschäftigt haben mit den Maßnahmen, die eventuell noch getroffen werden könnten . . . (Zuruf: Da war es zu spät!) . . . vorher ist doch die Bewegung im besten Gange gewesen, niemand wird bestreiten, daß zunächst mit großem Elan, mit erfreulicher Schneidigkeit der Kampf geführt worden ist. Dann hat Haase einen ausführlichen Bericht gegeben, das Verhalten der Fraktion hat er bis aufs kleinste geschildert und hat dann die Frage gestellt: Was soll nun geschehen? Uebrigens hatte Dißmann als Ausschußmitglied Gelegenheit genug, uns rechtzeitig Anregungen zu geben, wenn er meinte, daß etwas versäumt worden sei. Sein Vorwurf ist also unberechtigt.

Dittmann hat einige Anregungen gegeben in bezug auf bessere Ausgestaltung unseres inneren Nachrichtendienstes. Er wies hin auf das Berliner Mitteilungsblatt und wünschte etwas ähnliches für die Gesamtpartei. Da er keinen bestimmten Antrag gestellt hat, will ich hier auf seine Anregung nicht näher eingehen, wir werden uns aber im Parteivorstand damit beschäftigen.

Heilmann beklagte sich darüber, daß wir die Anträge des Parteivorstandes zu spät veröffentlicht hätten. Das erklärt sich ganz natürlich. Wir wollten unsere Anträge erst dem Parteiausschuß vorlegen, und als der zusammentrat, waren natürlich die übrigen Anträge längst veröffentlicht. So löst sich auch diese Angelegenheit in Wohlgefallen auf.

Einer der gestrigen Diskussionsredner glaubte meine Inschutznahme der Partei- und Gewerkschaftsangestellten zurückweisen zu sollen. Er meinte, nicht alle Angestellten verdienten, daß ich sie in so energischer Weise verteidigt habe, und er wies dabei hin auf Angestellte der Gewerkschaften. Ich habe nicht übertrieben in bezug auf die Angriffe, die gegen die angestellten Genossen gerichtet worden sind. Wenn ich gestern dafür keine Beispiele brachte, so muß ich das heute doch tun, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob ich übertrieben hätte. Darum will ich einen einzigen Satz aus einer Rede vorlesen, die von den Gegnern schon weidlich ausgeschlachtet worden ist. In einer Berliner Versammlung sagte ein Genosse: „Unsere Angestellten sind eben nur Geschäftsmenschen, sie besitzen keinen Idealismus mehr!" Wenn man so etwas liest, so muß man in so energischer Weise dagegen Stellung nehmen, wie ich es gestern getan habe. Ich habe mich noch bei Genossen, die jener Versammlung beiwohnten, hier auf dem Parteitag erkundigt, und sie haben mir bestätigt, daß der Redner leider wirklich diesen Satz ausgesprochen hat. Die Leute, die so sprechen, bringen das, was andere, redegewandtere und schreibgewandtere Genossen in feinerer Form und weniger deutlich ausführen, nachher nur in „populärerer" Form so in den Versammlungen vor, wie sie es verstanden haben und wahrscheinlich auch verstehen sollten. (Sehr richtig!) Man muß die angestellten Genossen, die schwer zu arbeiten haben, gegen solche Angriffe in Schutz nehmen, die nur unsern Gegnern Material liefern. Die gehen damit hausieren und verschweigen natürlich, daß die Angriffe von ganz unbekannten Genossen stammen und daß diese Genossen von allen wirklich gut Unterrichteten stets energisch abgeschüttelt worden sind.

Ich kann feststellen, daß die Kritik am Parteivorstand sehr sachlich gewesen ist. Sie haben uns Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ich danke für die Anregungen, die wir genau prüfen werden, wie wir gewöhnt sind, alle guten Lehren, die Sie uns auf den Weg mitgeben, immer zu beachten. (Beifall.)

Braun: Heilmann meinte gestern, die Anregungen, deren Verwirklichung nach meiner Meinung zu viel Geld kosten würde, könnten im Gegenteil bei ihrer Ausführung der Partei Ueberschüsse liefern. Solche Anregungen hatte ich natürlich bei meinen Ausführungen nicht im Auge, denn Einrichtungen, die Ueberschüsse bringen, sind einem Kassierer meist willkommen. Er sprach von einer Inseratenzentrale. Die würde doch aber nicht direkt dem inhaltlichen und agitatorischen Ausbau unserer Presse dienen, sondern lediglich eine Geschäftsmaßnahme sein. Wir haben uns damit schon vor längerer Zeit im Parteivorstand beschäftigt. Es haben sich der Sache aber soviel Schwierigkeiten persönlicher Natur in den Weg gestellt, daß wir bisher nicht zur Verwirklichung dieser Einrichtung gekommen sind. Wir behalten die Angelegenheit aber im Auge, und wenn die Schwierigkeiten sich überwinden lassen, werden wir auch über kurz oder lang eine solche Einrichtung schaffen können.

Auer erblickte in meinen Ausführungen über Bayern einen Vorwurf gegen die Bayern. Ich habe aber ausdrücklich erklärt, daß ich die Aufwendungen für Bayern nur erwähnt habe in Abwehr von Ausführungen, die von einem Mitglied des bayerischen Landesvorstandes auf dem Pfälzer Parteitag gemacht worden sind. Dort wurde dem Parteivorstand vorgeworfen, daß er nicht genügend Mittel für den Ausbau der Presse zur Verfügung stelle und eine gewisse Aengstlichkeit bei Neugründungen an den Tag lege. Demgegenüber habe ich betont, daß wir für den Ausbau der bayerischen Presse 57 000 Mk. an Darlehen im letzten Jahre gegeben haben. Ich habe also nicht die Gründe verschwiegen, die uns dazu veranlaßt haben. Auer meinte, die Kaiserslauterner Angelegenheit sei noch nicht erledigt. Für uns ist die Sache vorläufig erledigt. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß in Kaiserslautern die Voraussetzung für ein selbständiges Blatt noch nicht gegeben sei, und daß man sich mit einem Kopfblatt vorläufig begnügen müsse. Wenn die Sache aber wieder an den Parteivorstand kommt und neue Momente ins Feld geführt werden, dann werden wir erneut die Sache ernstlich prüfen. Ich möchte Auer bemerken, daß uns in solchen Dingen nicht rein fiskalische Gründe leiten, sondern daß wir auch die agitatorische Bedeutung solcher Gründungen berücksichtigen. Freilich muß auch darauf geachtet werden, daß die Ausgaben, die der Hauptkasse zugemutet werden, mit den Einnahmen in Einklang stehen.

Noch einige Worte zu der Anregung von Dittmann. Man soll sich von derartigen schematischen Einrichtungen doch nicht gar zuviel für den Ausbau der Organisation versprechen. Ob wirklich eine solche Art Mitteilungs- oder Verwaltungsblatt oder so eine Art Partei-Reichsanzeiger unsere Organisation wesentlich vorwärts bringen wird, das möchte ich bezweifeln. Die Mitteilungen werden doch meist in Form von Zirkularen an die Stellen herausgegeben, die die Aktionen auszuführen haben, und wer sich dafür interessiert, kann es stets von den Bezirks- und Kreisvorständen erfahren. Genossen, die nicht mitarbeiten, die sich um die Ausführungen solcher Aktionen nicht kümmern, die sich lediglich hinterher auf die Hosen setzen und Artikel schreiben, wie es hätte gemacht werden sollen, ohne sich an den zuständigen Stellen zu erkundigen, denen alles in einem Mitteilungsblatt klarzulegen, dazu liegt keine Veranlassung vor. Dazu kommt, daß wir oft Mitteilungen herausgeben — und das sind die wichtigsten —, die wir der Oeffentlichkeit nicht unterbreiten wollen. Es kommt lediglich darauf an, daß die Funktionäre Kenntnis davon erlangen.

Dann hat Auer bemängelt, daß wir im Bericht gesagt haben, daß die geringe Mitgliederzunahme an Stagnation grenzt. Er meint, man hätte den Eindruck nach außen bedenken sollen. Wir haben es bisher stets so gehalten, daß wir vor offenbaren Tatsachen die Augen nicht verschließen, und daß wir auch den Mut haben, Ungünstiges in bezug auf unsere Organisation festzustellen und auszusprechen. Wir haben ja gehört, daß einzelne Diskussionsredner dem ersten Referenten den Vorwurf machten, er habe in bezug auf die Fortschritte der Jugendbewegung Schönfärberei getrieben. Stellen wir auf der anderen Seite fest, daß die Mitgliederzunahme an Stagnation grenzt, dann heißt es wieder, wir haben schwarz gemalt. Ich bin überzeugt, wir haben das richtige getroffen; eine solche Feststellung kann auf die Genossen nicht entmutigend wirken, eher tritt das Gegenteil ein. 1907 haben wir offen konstatiert, daß der Erfolg der Wahlen unseren Erwartungen nicht entspricht. Und das hat die Genossen erst recht angefeuert zur intensiven Agitationsarbeit, die vorbereitet hat den großen Sieg von 1912. Ich bin überzeugt, auch jetzt wird unsere Feststellung die Genossen anfeuern zu neuer Agitations- und Organisationsarbeit. (Sehr richtig!)

Noch einige Worte zum Antrag 96. Ueber die Notwendigkeit der Einsetzung einer Studienkommission zu Agrarzwecken besteht kein Zweifel. Darüber sind wir alle einig. Auch die Bestimmungen über die Art der Zusammensetzung, sowie der Vorschlag, daß die Kommission das Recht erhalten soll, gemeinsam mit dem Vorstand besoldete Mitarbeiter zur Ausführung der umfangreichen Studienarbeiten anzustellen, sind nicht angefochten worden. Eine Differenz besteht nur insofern, als Gottschalk gestern den Vorschlag gemacht hat, den Antrag 96 dahin abzuändern, daß nicht der Parteivorstand und der Parteiausschuß die Kommission einsetzt, sondern daß die Mitglieder sofort vom Parteitag gewählt werden. Gottschalk meint, es komme darauf an, daß die Kommission vom Vertrauen der Gesamtpartei getragen wird. Ich halte die Art, wie und wo die Kommission gewählt wird, nicht für so außerordentlich wichtig. Auch wenn sie der Parteivorstand und der Parteiausschuß wählt, besitzt sie doch zweifellos das Vertrauen der Parteigenossen, denn diese Körperschaften haben doch auch das Vertrauen der Partei. (Sehr richtig!) Es handelt sich weniger um eine Vertrauensfrage, als um eine Frage der Zweckmäßigkeit. Es kommt darauf an, sachkundige Genossen in die Kommission zu bringen, und ich glaube, das gelingt dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß besser als dem Parteitag, wo leicht eine Zufallswahl zustande kommen kann. (Sehr richtig!) Zur Ausführung der Arbeiten wird man ja doch besoldete Arbeiter zuziehen müssen. Es kommt aber darauf an, daß die Kommission die Grenzen für das Studium absteckt, die Dispositionen trifft, und dazu ist eine gewisse Sachkunde notwendig.

Sie können das Vertrauen zum Parteivorstand und Parteiausschuß haben, daß er die geeigneten Personen wählt, um so mehr, da ja diese Kommission nicht wie die frühere vor Breslau gewählte ein Agrarprogramm auszuarbeiten, sondern lediglich Material zu sammeln hat, damit die Partei später die Richtlinien für ein Agrarprogramm, oder, wenn ein solches als überflüssig erachtet wird, die Grundlagen für die Tätigkeit unserer Genossen in den Parlamenten und bei der Agitation schaffen kann. Ich bitte deshalb den Antrag Gottschalk abzulehnen und den Antrag 96 unverändert anzunehmen.

Brühne: Wie gut die Kontrollkommission im letzten Jahre gearbeitet hat, ergibt sich am besten daraus, daß nicht ein einziger Delegierter ihre Tätigkeit angefochten hat. (Heiterkeit.) Zu der Erklärung von Scheidemann betreffend die Entscheidung der Kontrollkommission im Fall Mehring muß ich im Namen der Kontrollkommission erklären, daß wir nach der bestimmten Erklärung von Haase in der betreffenden Sitzung zu dem Entschluß kommen mußten. An unserem Urteil wird dadurch nichts geändert; die Sache ist durch die beiderseitigen Erklärungen vom Parteivorstand und von der Kontrollkommission erledigt.

Hierauf wird dem Parteivorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Vorsitzender **Ebert:** Ich darf wohl annehmen, daß der Parteitag dem Bericht der Kontrollkommission auch im übrigen seine Zustimmung gibt.

Antrag 14 ist zurückgezogen.

Antrag 17 wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Antrag 96 wird unter Ablehnung des Abänderungsantrages Gottschalk unverändert angenommen. Dadurch erledigt sich der Antrag 13.

Die Anträge 15, 16, 53, 54 und 77, die die Jugendbewegung und das Bildungswesen betreffen, werden dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Der Antrag 47 wird abgelehnt.

Weiter werden dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen die Anträge 51, 52, 55, 57.

Antrag 103 wird abgelehnt.

Es folgt die

Diskussion über den Massenstreik.

Hierzu liegen vor die Anträge 7, 11, 12, 88, 94, 100.

Ein genügend unterstützter Geschäftsordnungsantrag wünscht, daß dem ersten Redner für die Resolution 100 eine Redezeit von einer halben Stunde gewährt wird.

Gottschalk-Königsberg: Scheidemann hat in seinem Referat die Gegner der Auffassung des Parteivorstandes in der Massenstreikfrage ausführlich und scharf zugespitzt bekämpft. Es entspricht daher wohl ebenso der Billigkeit, als der hohen Bedeutung dieses Beratungsgegenstandes, auch der Gegenseite Gelegenheit zu geben, im Zusammenhange und mit gebührender Gründlichkeit ihren Standpunkt vor dem Parteitage zu vertreten. Diese Parteigenossen stehen trotz Meinungsverschiedenheiten in untergeordneten Einzelfragen auf dem Boden des Antrags 100. Ich bitte, unserem Geschäftsordnungsantrage zuzustimmen.

Noske-Chemnitz: Es handelt sich bei dem Antrag, für den Gottschalk eine halbstündige Redezeit zur Begründung beantragt, um ein Amendement zur Resolution des Parteivorstandes. Die meisten Redner, die auf dem Parteitag das Wort nehmen, haben es in der Regel sehr unangenehm empfunden, daß sie nur 10 Minuten sprechen dürfen. In der Regel haben die Parteigenossen, die eine Frage zu erörtern haben, das Gefühl, daß sie noch eine Menge sehr

Wichtiges, Unaufschiebbares zu sagen haben, und immer empfinden sie die Störung durch den Großglockner in der unangenehmsten Weise. (Heiterkeit.) Wir haben es schon auf mehreren Parteitagen ausgesprochen, daß wir es für unzulässig halten, einzelnen Rednern Extrawürste zu braten. (Sehr richtig!) Wenn Gottschalk und die Unterzeichner des Antrages der Ueberzeugung sind, daß es sich bei der Diskussion über die Massenstreikfrage um ein Problem von ganz besonderer Bedeutung für die Partei handelt, dann sollten sie konsequent sein und gleiches Recht für alle und unbeschränkte Redezeit verlangen, oder für alle Redner eine halbstündige Redezeit. (Sehr richtig!) Redner der Gewerkschaften, die sich bei dieser Diskussion bisher in charakteristischer Weise stark im Hintergrund gehalten haben, werden ein lebhaftes Bedürfnis haben, ebensolange zu reden. (Sehr richtig!) Gottschalk begründet seinen Antrag damit, daß die Gegner der Vorstandsresolution von Scheidemann scharf angegriffen seien. Das heißt doch die Dinge auf den Kopf stellen. Der Vorstand hat eine Resolution vorgelegt, die in der Presse in schärfster Weise kritisiert worden ist. Es war selbstverständlich, daß sich der Vorstand mit Nachdruck dagegen zur Wehr setzt. Wenn zur Begründung des Abänderungsantrages die üblichen 10 Minuten Redezeit nicht genügen, dann müssen die Unterzeichner sich damit trösten, daß es ihnen nicht anders geht wie vielen anderen Antragstellern, und daß die Möglichkeit besteht, daß das, was der eine nicht sagen kann, von anderen Mitunterzeichnern des Antrages gesagt wird, oder das einer sich zweimal zum Worte meldet. Wenn Sie nicht Extrawürste braten wollen, müssen Sie den Antrag Gottschalk ablehnen. (Beifall.)

Katzenstein: Ich begreife nicht, wie man den Antrag Gottschalk bekämpfen kann. Es handelt sich um zwei Auffassungen, die in einer aktuellen Frage einander gegenüberstehen. Da ist, abgesehen von persönlichen Angriffen, ein sachliches Bedürfnis vorhanden, die Sache gründlich zu erörtern. In vielen Parlamenten werden Generalredner mit längerer Redezeit gestellt. So sollen wir es auch hier machen.

Dr. **David:** Gottschalk hat bei der Begründung seines Antrages den Namen des betreffenden Redners nicht genannt. Der Sinn des Antrages ist, der Genossin Rosa Luxemburg eine halbstündige Redezeit zu bewilligen. Ich empfinde diesen Antrag als eine Ungerechtigkeit. (Zuruf: Aus Angst!) Ach nein, nicht aus Angst! Aber wenn einem Redner gestattet wird, die dreifache Redezeit in Anspruch zu nehmen, so ist das ungerecht. Die Dinge werden auf den Kopf gestellt, wenn gesagt wird, Scheidemann sei der Angreifer. Der Angriff in dieser ganzen Sache geht von den Begründern des Antrags 100 und von der Genossin Luxemburg aus. (Sehr richtig!) Genossin Luxemburg hat ausgiebig Gelegenheit gefunden, ihren Standpunkt in den schärfsten Angriffen in der Presse zu vertreten. Es kann also gar nicht die Rede davon sein, daß hier ein Angriff vom Vorstand aus erfolgt ist, und daß man nun nicht die Möglichkeit habe, sich zu verteidigen. Wenn es sich um persönliche Angelegenheiten handelte, haben wir die Redezeit verlängert. Hier handelt es sich um eine sachliche Frage. Da müssen für beide Seiten die Waffen gut und gleich sein.

Hoch-Hanau: Wenn wir dem Antrag Gottschalk Rechnung getragen hätten, dann wäre das, was wir verlangt hatten, schon erledigt, dann hätten wir die halbe Stunde schon der Förderung der sachlichen Aussprache gewidmet. Es ist ständige Praxis gewesen, daß, wenn zwei Meinungen einander gegenüberstanden, ein Referent und ein Korreferent aufgestellt waren. Weiter nichts wird hier verlangt. Wir haben das in der allerbescheidensten Form verlangt. Das ist nichts Außergewöhnliches, nichts Unberechtigtes. Es entspricht der Natur der Sache. Aber nicht der Natur der Sache entspricht es, daß Genosse

David die Frage aufwirft: wer ist es denn, der zum Worte kommen sollte. (Sehr richtig!) Ob das die Genossin Luxemburg oder David ist, ist ganz gleichgültig. Wir sind hier gleichberechtigte Parteigenossen und was wir verlangen, ist kein Vorrecht für die Parteigenossin Luxemburg, sondern nur die einfache Gerechtigkeit, die verlangt, nachdem die Vertreter der Vorstandsresolution im Zusammenhang ihre Ansicht eingehend dargelegt haben, auch der anderen Seite Gelegenheit zu geben, wenigstens im engsten Rahmen ihre Ansicht im Zusammenhang dem Parteitag vorzutragen. Darüber beschweren wir uns selbstverständlich nicht, daß Scheidemann in seinem Referat sich gegen die der Vorstandsresolution entgegengesetzte Anschauung gewendet hat. Das war seine Pflicht, das mußte er als Referent tun. Aber dann muß auch uns auf der anderen Seite Gelegenheit gegeben werden, unsere Ansicht entsprechend darzulegen. (Sehr richtig!) Wenn gesagt wird: der und der hat schon in der Presse darüber geschrieben, so kommt es gar nicht in Betracht. Hier ist das Parlament, in dem beide Parteien ihre Ansichten vertreten sollen. Wir sollten uns doch nicht über solche — da muß ich Katzenstein recht geben — wenn wir ruhig urteilen, ganz selbstverständliche Forderungen herumstreiten. Man kann stehen, auf welchem Standpunkt man will, man braucht doch nicht der einen Seite das Wort abzuschneiden in dem Sinne, wie es der Sache nicht entspricht. (Große Unruhe.) Seien Sie doch nicht so aufgeregt, ich habe nur gesagt in dem Sinne, in dem es der Sache nicht entspricht. Daß wir zum Worte kommen sollen, ist selbstverständlich, das steht nicht in Frage. Es handelt sich aber darum, den Genossen des Antrages 100 die Möglichkeit zu geben, im Zusammenhang auf die Sache einzugehen. Deshalb bitte ich, nehmen Sie den Antrag an.

Gottschalk-Königsberg: Genosse David sagte, wenn es sich um persönliche Auseinandersetzungen handeln würde, würde er eher dafür zu haben sein, eine verlängerte Redezeit zu bewilligen. Diesen Standpunkt kann ich nicht teilen. Gerade wenn es sich um persönliche Auseinandersetzungen handeln würde, würde ich vorschlagen, unter keinen Umständen die kostbare Zeit des Parteitages mit solchen Auseinandersetzungen zu vertrödeln. Aber gerade weil es sich nicht um persönliche Auseinandersetzungen, sondern um tiefgreifende sachliche Meinungsverschiedenheiten handelt, deshalb muß auch die Gegenseite einigermaßen zu ihrem Recht kommen. Das erfordert ebenso die Billigkeit wie die hohe Bedeutung dieses Beratungsgegenstandes. Ich erwarte vom Gerechtigkeitsgefühl des Parteitages wie von dem Interesse, daß er diesem Beratungsgegenstand entgegenbringt, daß er unserem Antrag zustimmt.

Schumann-Berlin: Auch ich bin der Meinung, daß wir dem Antrag Gottschalk und Genossen nicht zustimmen dürfen. Sollte aber der Parteitag in seiner Mehrheit dafür sein, dann würde ich es für unbedingt notwendig halten, daß auch einem der Redner, der die gewerkschaftliche Auffassung (Lebh. Zustimmung) zu dieser Frage vertritt, dieselbe verlängerte Redezeit zugestanden wird. (Lebh. Sehr richtig! und Unruhe.)

Vorsitzender Ebert: Parteigenossen! Wir haben eine sehr lange Rednerliste zu dieser Frage und ich halte es für recht bedauerlich und recht zwecklos, daß wir die wertvolle Zeit nun mit einer so ausgesponnenen Geschäftsordnungsdebatte vergeuden. (Sehr richtig!) Es ist leider nach unserer Geschäftsordnung keine Handhabe gegeben, um eine solche Debatte in gewissen Grenzen halten zu können. Ich appelliere aber an die noch gemeldeten Redner, sich auf das allernotwendigste zu beschränken. Die Genossen auf dem Parteitage werden gewiß klar darüber sein, wie sie über diesen einfachen Antrag zu entscheiden haben.

Dr. David: Wenn der zuletzt gemachte Vorschlag, auch einen Vertreter des gewerkschaftlichen Standpunktes die gleiche Redezeit zuzubilligen, dem Mehrheitswillen des Parteitages entspricht, wie ich annehme, dann betrachten auch wir die Sache als erledigt.

Ledebour (zur Geschäftsordnung): Ich hatte mich nur gemeldet, um diesen Antrag zu stellen, daß nämlich außer dem ersten Befürworter der Resolution 100 auch einem Vertreter der Gewerkschaften — welchem ist uns selbstverständlich gleichgültig — die gleiche Redezeit bewilligt wird.

Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte. Die Anträge Gottschalk und Ledebour werden angenommen.

Jaffke-Niederbarnim (Zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, daß für die fernere Tagung des Parteitages die Geschäftsordnung so gehandhabt wird, daß wir erst den Begründern der gestellten Anträge das Wort erteilen und dann erst in eine allgemeine Diskussion eintreten. Nach der bis jetzt geübten Praxis ist es sehr fraglich, ob die Antragsteller überhaupt ihren Antrag begründen können. Auf diese Weise kommen wir nicht zu unserem Recht, und die Diskussionsredner können auch gar nicht auf die Anträge so eingehen, wenn sie noch nicht begründet sind.

Vorsitzender **Ebert:** Nach der Praxis der Parteitage ist immer so verfahren worden, daß, wenn Anträge in größeren Gruppen zur Verhandlung kamen, die eingezeichneten Redner der Reihe nach sprachen. Wenn einer der Redner einen selbständigen Antrag zu begründen hatte, so bekam er die in der Geschäftsordnung vorgesehene verlängerte Redezeit. Es handelt sich doch hier nicht um spezifische Wahlkreisfragen, sondern um Fragen, die die Gesamtpartei gleichmäßig interessieren. Es wäre wirklich unverständlich, wenn wir nun einer Reihe Vertreter der Wahlkreise 20 Minuten Redezeit geben und dann erst in die Diskussion eintreten wollten. (Sehr richtig!) Ich bitte den Genossen Jaffke, sich auch mit dieser Praxis einverstanden erklären zu wollen. Wenn er keinen Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß er einverstanden ist. (Große Heiterkeit.)

Als erster Redner in der Debatte erhält das Wort

Bernstein: Ich bin einer der ersten gewesen, der in der deutschen Partei den Standpunkt vertrat, daß es zweckmäßig und unter Umständen sogar unabweisbar für uns sein werde, die Waffe des Massenstreiks zu ergreifen. Der Meinung bin ich noch, und ich werde in dieser Ueberzeugung für die Resolution des Parteivorstandes stimmen. Weiter zu gehen bin ich mit Rücksicht auf die Verhältnisse, wie sie sich in Deutschland entwickelt haben, nicht in der Lage, Verhältnisse, die sehr davor warnen, uns in romantische Anschauungen über die Möglichkeit des Massenstreiks hineinzurennen. Es ist in Berliner Versammlungen viel davon gesprochen worden: wir wollen „belgisch" reden. Wir alle sind erfüllt von Bewunderung für das, was unsere belgischen Genossen in ihrem großen politischen Streik geleistet haben. Wir haben auch einen außerordentlich instruktiven Bericht gehört über ihre Organisation zu diesem Zweck. Was aber den meisten Parteigenossen unbekannt ist und was sehr wichtig ist, gewürdigt zu werden, das sind die ganz anderen politischen Verhältnisse, die diesen Streik möglich gemacht haben, und die es möglich gemacht haben, daß er zu einem wenigstens relativen Erfolg vorläufig geführt hat, zu dem ich unseren belgischen Genossen von ganzem Herzen gratuliere.

Was haben unsere belgischen Genossen erreicht? — Daß ihnen die vorläufige Erklärung vom Ministerium abgegeben worden ist, daß eine Kommission, welche die Wahlrechtsfrage prüfen soll, auch die Frage des Kammerwahlrechts beraten und Vorschläge machen darf. Die belgische Verfassung

schreibt vor, daß eine Revision des Wahlrechts nur dann erfolgen darf, wenn zunächst die Kammer prinzipiell einen Beschluß dafür gefaßt hat, daß dann eine Neuwahl stattfinden muß und erst das neue Parlament das Recht hat, die Revision vorzunehmen. Nur um dieses Recht zu erkämpfen, haben unsere Genossen diesmal gestreikt, und sie haben die Erklärung erwirkt. Bei uns liegt das ganz anders. In Preußen, um das es sich hier ganz besonders handelt, wird die Frage, ob eine Wahlrevision stattfinden soll, eigentlich von niemand als den Konservativen verneint. Die Regierung hat sie bejaht, und die übrigen Parteien haben sie bejaht. In Belgien stehen sich zwei Parteien gegenüber. Die Mehrheit aus Konservativen und Klerikalen, die die Wahlreform verneinen, und auf der anderen Seite die Sozialdemokraten und Liberalen, die sie erreichen wollen. Wie stellt man sich denn aber bei uns die Sache vor, oder will man ins Blaue hinein einen Massenstreik inszenieren, ohne zu wissen, womit er enden soll? Wie man ihn anfängt, das wissen wir, aber wie er enden soll, darauf kommt es an, und ich möchte von der Genossin Rosa Luxemburg hören, wie sie sich das vorstellt. In Belgien haben an dem Streik, der lange vorbereitet war, 370 000 bis 450 000 Arbeiter teilgenommen. Wenn wir eine entsprechende Beteiligung in Preußen haben wollen, so müssen wir 2½ bis 3 Millionen Arbeiter zum Streik bewegen. Ich möchte fragen, ob (zu Rosa Luxemburg gewandt) Sie glauben, daß das so ohne weiteres geht, und wie es durchgeführt werden soll ohne gewaltsame Zusammenstöße und ohne ein nach kurzer Zeit eintretendes Abflauen eines großen Teils der Streikenden? Wenn aber ein solcher Streik abflaut, dann ist er verloren. Heute liegen hierüber Erfahrungen vor. Wir wissen, wie verschieden von Land zu Land je nach den Traditionen des Landes und nach dem Stande der Parteiorganisationen die Aussichten eines solchen Streiks sind. Liebknecht hat in der „Neuen Welt" in Berlin hingewiesen auf Schweden. Auch dort sei gezeigt worden, wie ein Streik zu machen sei. (Liebknecht widerspricht.) Im „Vorwärts"bericht stand es so. Wir haben in Schweden den Großstreik von 1909 gehabt, der zwar kein politischer, aber doch ein Massenstreik der schwedischen Arbeiter war. Da wollen wir fragen, mit welchem Resultat er ausgegangen ist, und ich könnte auch fragen, was ihm vorausgegangen ist, welche Illusionen, namentlich bei der schwedischen Jugendbewegung in bezug auf Streiks bestanden haben. 1907 und 1908 hatte der schwedische Gewerkschaftsbund 180 000 Mitglieder. Das entspricht für Deutschland einer Zahl von über 2 Millionen. Dann kam der Großstreik, und Ende 1909 und heute hat der schwedische Gewerkschaftsbund nur noch zwischen 80 000 und 90 000 Mitglieder. (Hört! hört!) Ich bedauere sehr, daß wir keinen schwedischen Genossen hier haben, der uns von den Wirkungen erzählen könnte, die der Streik gehabt hat für die Organisation der Arbeiter. Wenn wir solche Erfahrungen vor uns sehen, dann nötigt uns das, sehr sorgfältig mit uns zu Rate zu gehen, ehe wir in eine Bewegung eintreten, von der wir zwar wissen, wie wir hineinkommen, aber nicht wissen, wie wir aus ihr herauskommen. Unser Land hat ganz besondere Verhältnisse mit den starken Organisationen des Unternehmertums und den Gegenorganisationen gegen diejenigen Gewerkschaften, die mit uns auf gleichem Boden kämpfen. Damit müssen wir rechnen. Und dann — wann wollen Sie, wiederhole ich, mit dem Generalstreik aufhören, vielleicht erst, wenn uns das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht bewilligt wird? Dann könnt Ihr gleich sagen: Wir hören erst auf, wenn die rote Fahne über dem Schloß von Berlin weht. (Ströbel: „Schwarzseher werden nicht geduldet!") Ein Schwarzseher bin ich nicht, aber der preußische Staat gibt uns nicht mit einem Hieb das gleiche Wahlrecht. (Sehr richtig!)

Wegen einer Teilreform, von der wir gar nicht wissen, wie sie ausfällt, möchte ich es aber auf eine so schwere Sache nicht ankommen lassen. Ich verstehe vollständig die Stimmung, die sich eines großen Teils unserer Genossen bemächtigt hat nach dem Ausfall der Landtagswahlen. Ich habe sie selbst empfunden und würde gern die Hand bieten zu irgendeiner Aktion, die dem Willen der Arbeiterschaft für eine Wahlreform in entschiedenerer Weise als bisher Ausdruck gibt. Es werden sich dazu vielleicht auch Mittel und Wege finden lassen. Aber die Anträge, die heute gestellt werden, sind geeignet, bei einem Teil der Arbeiter falsche Auffassungen über die Situation und Illusionen über unsere Möglichkeiten zu wecken, die uns den Kampf schwer machen, der heute zu führen ist. Man muß sich in jedem Lande an das halten, was den Traditionen und dem Geist der Bewegung des Landes entspricht. Wir haben keine großen Revolutionen bei uns zu verzeichnen, aber wir haben doch auf Großes zu verweisen. Die deutsche Sozialdemokratie darf für sich in Anspruch nehmen, daß sie die erste gewesen ist, die die internationale Arbeiterbewegung durch die Ausnutzung des Wahlrechts den Kampf im Parlament und in der Gesetzgebung gelehrt hat. Wir haben auf den verschiedensten Gebieten Organisationen aufgebaut und vervollkommnet, die in langsamer Arbeit unsere Bewegung zu einem Staat im Staate gemacht haben (Sehr richtig!), der unseren Gegnern viel unbequemer ist, als wenn wir es auf ein Glücksspiel ankommen lassen dürfen. Wir dürfen nicht mit der Bewegung Spiel treiben, wir haben zu viel gebaut und das, was gebaut worden ist, ist zu wertvoll dazu. Genossen, ich rufe Ihnen ein Wort zu, das in schwerer Situation einmal Auer uns zugerufen hat: „Bleiben wir uns selbst treu!" Wir haben nicht alles erreicht, was wir wollten, aber wir haben Großes geschaffen. Halten wir daran fest, bauen wir darauf weiter und lassen wir uns nicht in eine Situation, wie die gegenwärtige, in eine Bewegung hineindrängen, die, wenn sie einen Sinn haben soll, uns davon abbringt, unseren Feinden zur Freude, zum Schaden des Ganzen. (Beifall.)

Clajus-Berlin: Ich will mich nur mit den Ausführungen Scheidemanns über den Massenstreik beschäftigen, auf die Vorstandsresolution und auf den Antrag 100 brauche ich nicht einzugehen. Scheidemann hat ebenso wie Bernstein ausgeführt, daß der Massenstreik eine sehr scharfe, aber auch sehr zweischneidige Waffe ist. Das ist richtig, es ist auch richtig, wenn Scheidemann ausführte, daß im jetzigen Moment das deutsche Proletariat für einen Massenstreik nicht reif genug ist. Anders ist es aber, wenn er sagte, es wäre falsch, daß man jetzt wieder die Massenstreikfrage auf dem Parteitag und in der Organisation erörtere. Diese Erörterung ist eine unbedingte Notwendigkeit. Ueber die Waffen, mit denen man event. zuschlagen will, muß man sich rechtzeitig unterhalten. Die Krieger müssen mit ihren Waffen vertraut sein, und aus diesem Grunde begrüßen wir es alle, daß die Massenstreikfrage hier zur Sprache kommt. Es ist ferner falsch — und ich möchte das feststellen, weil ich nicht als Angestellter oder Theoretiker dastehe, sondern aus der Werkstatt komme —, daß die Propagierung des Massenstreiks die Schuld der Akademiker und Literaten sei. (Hört! hört!) Wenn man in den Werkstätten sitzt, Tag für Tag, so hört man, wie die Arbeiter bei den Agitationsversuchen immer sagen: Was nützen alle die Resolutionen und Versammlungen! Es ist ein der Tat so. Die Genossen in den Werkstätten begrüßen die Anregungen zur Frage des Massenstreiks. Die Debatte darüber ist nicht das Werk der Literaten, sondern sie entspringt der wachsenden Unzufriedenheit der Massen. (Hört! hört!) Unsere Bewegung ist in die Größe und Breite gewachsen, und sie fängt an, jetzt still zu stehen. Wenn aber ein großer Teich keinen Abfluß hat, so fängt er an zu gären und zu brodeln. Bei uns zeigt sich das in der Unzufriedenheit der Massen. Ich betrachte die Führer und Angestellten nicht als Kopanze oder Bremsklötze. Aber in den Werkstätten und Fabriken da heißt es: unsere Führer haben sich den bürgerlichen Idealen schon zu sehr genähert, sie versuchen zu bremsen. Ich teile diese Ansicht nicht, aber ich bringe damit die Meinung der meisten Genossen zum Ausdruck. (Unruhe und Widerspruch.) Es ist nicht der böse Wille der Massen, sondern es ist einfach ein Naturgesetz, das Verlangen, daß die Entwickelung immer weiter fortschreitet. Ich will nicht auf alles eingehen, weil ja noch kenntnisreichere Genossen zu Worte kommen werden. Aber darauf möchte ich hinweisen, daß schon Bebel an dieser Stelle 1905 gesagt hat, daß es nichts Schlimmeres gibt, als eine Stagnation, daß es nichts Schlimmeres gibt, als wenn man zuviel Rücksicht auf die Gegner nimmt. Scheidemann sagte gestern: Trari, trara, bald hier, bald da. Das sage ich auch. Es ist verkehrt, immer zu fragen, was sagt der und was sagt jener. Nein, wir müssen geradeaus vorwärts schreiten. Das verstehen die Massen, aber dieses bange Umsichsehen, das verstehen sie nicht. Auch die Arbeiter in Fabriken und Werkstätten sind überzeugt, daß es noch ganz anderer und festerer Organisationen bedarf, um einmal die Waffe des Massenstreiks und vielleicht noch ganz andere Waffen zur Anwendung zu bringen. (Zuruf: Aha!) Das stelle ich ausdrücklich fest. Wir haben noch große Massen zu bearbeiten, aber das schließt nicht aus, daß wir heute schon den Massen sagen, daß wir sie dazu nehmen. Wir wollen den Massen keine paradiesischen Friedenszustände schildern, sondern ihnen sagen, wir organisieren Euch zu dem großen Befreiungskampf. Das allerschlimmste ist eine Stagnation. Der 10. März 1910, wo Jagow durch die kluge Taktik des Berliner Zentralvorstandes vor aller Welt blamiert wurde, das war ein Zeichen des Aufschwungs für uns. Da hätten Sie einmal sehen sollen, als die Polizei herumgejagt wurde, wie froh und lustig die Stimmung der Massen war. Ich begrüße es, daß die Frage des Massenstreiks jetzt ausgiebig diskutiert wird. (Bravo!)

Henke-Hamburg: Nachdem wir bei den Reichstagswahlen 1912 nicht nur eine so große Anzahl von Stimmen, sondern auch von Mandaten bekommen hatten, hat eine große Anzahl von Genossen erwartet, der Reichstag würde nunmehr im Interesse des Proletariats etwas zustande bringen, was unter den gegenwärtigen Umständen einfach nicht möglich ist, denn unsere Fraktion bildet noch die Minderheit, und wir sind nicht nur eine solche im Reichstage, sondern auch im deutschen Volke. Der Umstand, daß unsere Fraktion nicht das erreicht hat, was viele von ihr erwarteten, ist auch der Grund dafür, daß die Frage des Massen- oder Generalstreiks wieder in die Debatte geworfen wird. Es sind nicht die Massen der deutschen Parteigenossen, die diese Frage wieder angeschnitten haben, sondern es sind einige Literaten und Akademiker (Lachen), die meiner Ansicht nach nichts Besseres zu tun haben, als derartige Fragen aufzuwerfen. (Große Unruhe.) Nun wird immer gesagt, wenn wir sehen, daß auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung nicht mehr soviel erreicht wird wie früher, dann müssen wir nach neuen Kampfmitteln suchen, und eines dieser neuen Kampfmittel ist der Massenstreik. Man sagt dann weiter, wenn er inszeniert wird, dann werden die Regierung und die bürgerlichen Parteien sagen: was wollen denn diese Leute; und wenn man hört, sie wollen keine Lohnerhöhung, sondern nur das allgemeine Wahlrecht, dann wird man sagen: warum macht man ihnen denn keine Konzessionen? So hat Pannekoek in Hamburg geredet. Glauben Sie, daß die Kreise, die uns keine wirtschaftlichen Zugeständnisse machen, politische Zugeständnisse machen werden, daß sie Preußen, den Hort der Reaktion aufgeben werden? (Sehr richtig!) Um

das allgemeine Wahlrecht in Preußen zu erlangen, wird es eine Reihe von schweren Kämpfen geben, bei denen alle Glieder der Arbeiterbewegung mitwirken müssen. Sie ist nicht abgetan damit, daß man sagt: das macht die politische Organisation. Genossin Zetkin hat erklärt, daß die Frage der Unterstützung gar nicht in Betracht kommen könne, daß eine Kette von Streiks stattfinden müsse. Es wird Ihnen einmal gelingen, die Massen in einen Streik hineinzubekommen, vielleicht auch noch das zweite Mal, aber beim dritten Mal locken Sie keinen Hund hinter dem Ofen hinweg, wenn Sie nicht für die Folgen und Opfer dieses Massenstreiks aufkommen wollen. Die Reden dieser Genossen stimmen wirklich nicht mit der Wirklichkeit überein. Nun sagen die Genossen, daß der Massenstreik heute zwar nicht in Anwendung kommen kann, daß man ihn aber diskutieren muß, um die Massen vorzubereiten. Ich bedaure die ganze deutsche Sozialdemokratie, die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung, wenn wir eine Frage jahrelang vorher diskutieren müssen, um sie eventuell einmal in Szene zu setzen. (Sehr richtig!) Wenn die Zeit gekommen ist, eine solche Sache durchzuführen, dann müssen wir dazu in der Lage sein, ohne jahrelange Vorbereitung. Ich bestreite, daß die Erörterung dieser Frage aus den großen Massen herausgekommen ist. Ich stehe auch unter den Massen und verurteile es entschieden, wenn von einzelnen Personen versucht wird, eine Disharmonie zwischen denen, die im Dienste der Partei und der Gewerkschaften arbeiten, und den Massen zu schaffen. Dadurch untergräbt man das Gefühl der Zusammengehörigkeit zum Schaden der Partei. (Beifall.)

Rosa Luxemburg: Als ich gestern die große Rede des Genossen Scheidemann hörte, da beschlich mich ein wehmütiger Gedanke an unsere Eröffnungsfeier am Sonntag und an die dort gehaltenen Begrüßungsreden unserer ausländischen Gäste. Da sind die Vertreter unserer Bruderparteien aus Holland, aus Belgien, aus der Schweiz gekommen, und sie haben uns einer nach dem anderen erklärt: Was uns als das wichtigste in Eurer Tagung erscheint, ist die Debatte über den Massenstreik; für uns alle in Holland, Belgien, der Schweiz und anderen Ländern war diese Frage schon brennend. Aber wir sind eingedenk dessen — obwohl bei uns die Massenstreikfrage schon praktisch geworden ist —: dort, wo es gilt, eine tiefgründige, ernste theoretische Behandlung dieser Frage zu erreichen, da muß man zur deutschen Sozialdemokratie gehen, die die Vorhut der Internationale ist. — Dann kam die Rede Scheidemanns über den Massenstreik. Ich befürchte, wenn unsere auswärtigen Gäste von der obersten Leitung unserer Partei eine großzügige, tiefeindringende sachliche Behandlung dieses hochwichtigen Problems erwartet haben, wenn sie sich der Hoffnung hingaben, von dem Vertreter des Parteivorstandes eine weitblickende Analyse der politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland und innerhalb der Partei zu hören, die im Zusammenhang mit dem Massenstreik in Betracht gezogen werden muß, wenn sie erwarteten, feste, klare Richtlinien in bezug auf die nächste Zukunft, über unsere taktischen Aufgaben gezogen zu sehen, so fürchte ich, sie sind nicht auf ihre Kosten gekommen. Denn die Rede Scheidemanns in bezug auf den Massenstreik war alles andere, als eine ernste sachliche Betrachtung dieses Problems. Diese ganze Rede war gestimmt auf zwei Noten, erstens auf den Ton des Faustschen Famulus Wagner: Seht, wie herrlich weit wir es auf allen Gebieten gebracht haben, und zweitens auf einen Kampf gegen die Nörgler, gegen die unzufriedenen Kritiker in der eigenen Partei. Wenn man die Ausführungen Scheidemanns hörte, so ist ja der Parteivorstand mit allem in der Partei höchst zufrieden, er findet alles im höchsten Glanze. Ich glaube, die erste Voraussetzung für ernste politische Führer, die dieses Namens wert sind, die Führer einer Millionenpartei, einer Massenpartei wie die unsrige sind, ist ein überaus empfindliches Ohr für alles, was sich regt in der Seele der Massen. (Sehr richtig!) Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß wir jetzt eine tiefgreifende Unzufriedenheit in den Reihen der organisierten Parteigenossen haben. (Sehr richtig!) Sie brauchen nur in die Versammlungen zu gehen, um das zu hören. Man braucht auch nur die Berichte von den Parteiversammlungen vor dem Parteitag in allen Gegenden Deutschlands zu verfolgen, um zu sehen, daß Redner aus der Masse hier heraustreten und bekunden, daß die Massen der Organisierten förmlich nach einem frischen Luftzug im Parteileben lechzen, daß sie einen frischen scharfen Ton in unseren Kampf hineingetragen haben wollen, daß sie es satt haben, den Nichts-als-Parlamentarismus als das alleinseligmachende Mittel immer angepriesen zu sehen. Aber der Parteivorstand weiß von alledem nichts, und Scheidemann sagt: Ihr sprecht von Unzufriedenheit? Wo sind die Beweise des fehlenden Vertrauens der Massen zu ihren Führern? Solche Unzufriedenheit können ja nur Schwarzseher erblicken, und Schwarzseher duldet der Parteivorstand nicht. (Heiterkeit.) Der Parteivorstand war selbst gezwungen, in seinem offiziellen Bericht und in der Rede Scheidemanns eine ganze Reihe von betrübenden Tatsachen festzustellen. Es wird festgestellt, daß unsere Mitgliederzahl nicht in dem gewünschten Maße wächst, daß wir einen teilweisen Stillstand und sogar stellenweise einen Rückgang der Abonnentenzahl unserer Blätter haben. Scheidemann sagte uns, daß jeder verständige Mensch angesichts der Zustände in Preußen, des preußischen Wahlrechts und des schmählichen Ausfalls der letzten preußischen Landtagswahlen erwarten mußte, die Massen würden nun in gewaltigem Zorne sich aufbäumen und zum Kampfe herausrücken. Und Scheidemann sagte: man muß sich wundern, daß die Massen das nicht tun. Und schließlich hat Scheidemann selbst feststellen müssen ein bedauerliches Abflauen der Bewegung in unserer Partei gegen die Militärvorlage. Auf alle diese Tatsachen, die jedem ernsten Parteiführer ein Anlaß sein mußten zur ernsten Analyse der Zustände, zur Erörterung, wie und wo man die eigentlichen Wurzeln dieser Erscheinungen suchen muß und wie Remedur zu schaffen ist — auf alle diese Tatsachen findet der Parteivorstand nur die leichteste und bequemste Erklärung: Stillstand der Organisation und der Presse? Ei, die Krise ist es, die schuld ist! Und dabei sollen wir uns beruhigen, daß jede Krise wieder die Mauern erschüttert, die wir in der Zeit der Prosperität mit solcher Mühe aufgebaut haben. Der preußische Wahlrechtskampf ist nicht aufgebraust, wie Scheidemann es für selbstverständlich hielt nach dem schmählichen Ausfall der Wahlen. Aber das einzige, was der Vorstand, unsere oberste Behörde, zu sagen hat, ist, daß Scheidemann sich wundern muß darüber. Es würde näher liegen, zu fragen, ob denn nicht unsere Taktik selbst ein bißchen dazu beigetragen hat und ob wir keinen Grund hätten, uns nicht zu wundern, sondern uns zu fragen, was zu tun wäre, um solche Erscheinungen abzuwehren. Und endlich das Abflauen der Massenbewegung gegen die Militärvorlage, gegen die unerhörteste Zumutung des Imperialismus, die wir erlebt haben. Auch dafür hat unsere oberste Behörde sehr ausreichende Erklärungsgründe: erstens war ja die Annahme der Militärvorlage sicher, und zweitens: nachdem die Besitzsteuern schon feststanden, da mußten sich die Massen sagen, so hat Scheidemann wörtlich gesagt: nun war das schlimmste überwunden! Ich mußte mich wundern, daß unsere höchste Parteibehörde eine solche Auffassung hier zum Ausdruck bringen konnte. Wenn es zuträfe, wenn die Massen sich sagen konnten, daß nach der Annahme von Besitzsteuern das schlimmste bei der Militärvorlage überwunden war, so haben wir uns damit ein Armutszeugnis für die

Resultate unserer Agitation und unserer Erziehungsarbeit ausgestellt. (Sehr richtig!) Wenn das zutrifft, so war der Parteivorstand als erster verpflichtet, zu alarmieren, die ganze Partei mit der Frage zu beunruhigen; wenn wir so wenig erreicht haben, dann ist es höchste Zeit, daß wir nach Mitteln und Wegen suchen, um die Massen endlich zur sozialistischen Auffassung zu erziehen. (Sehr richtig!) Statt dessen haben wir Beruhigungsgründe auf allen Gebieten. Soweit die Zustände innerhalb der Partei. Nun gibt es aber eine ganze Reihe von Momenten in der politischen und wirtschaftlichen Situation, die wirklich dazu angetan sind, Führer einer 4-Millionen-Partei zum ernsten Nachdenken über die Taktik und zur Nachprüfung unserer bisherigen Taktik zu veranlassen. Da macht der Imperialismus einen gewaltigen Vorstoß mit der letzten Militärvorlage, wie wir ihn seit Jahrzehnten nicht gehabt haben. Da ist das Verhalten der bürgerlichen Parteien — eine neue Konstellation — gegen uns zu verzeichnen. Denn was haben wir erlebt? Während der Kämpfe gegen die Wehr- und die Deckungsvorlagen haben sich diejenigen Liberalen, auf die viele Hoffnungen während der letzten Reichstagswahlen in unseren Reihen wachgerufen wurden, nicht etwa unserem Kampfe angeschlossen, um eine gründliche Finanzreform durchzusetzen und den schwarzblauen Block zu bekämpfen, sondern sie haben sich mit dem famosen schwarzblauen Block zusammengefunden. Sie sind uns in den Rücken gefallen und haben sich mit dem Zentrum verbunden. Ernste Politiker mußten diese neue Situation in der Kombination der Parteien verfolgen. Ich weise darauf hin, daß in den letzten Tagen ein Leitartikel der „Vossischen Zeitung" über die preußische Wahlreform gesagt hat: Die einzige Hoffnung auf die Wahlreform — das schreibt ein freisinniges Blatt — liege jetzt beim Zentrum. Mit diesem zusammen sollten die Liberalen jetzt eine Wahlreform machen. Und was für eine Wahlreform? Nicht etwa die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, sondern eine bessere Verteilung der Abteilungen in diesem Dreiklassenwahlrecht. Was bedeutet denn diese neue Kombination? Sie zeigt, daß der Liberalismus, nachdem er sich vor einigen Jahren durch die Paarung mit den Konservativen bis auf die Knochen blamiert hat, jetzt die letzte von der Geschichte gebotene Möglichkeit, noch mehr in der Gesinnung zu verlumpen, ergreifen will, um mit dem Zentrum eine Paarung gegen uns einzugehen. (Sehr richtig!) Was ist das anderes, Genosse Scheidemann, als der schmähliche Zusammenbruch Eurer ganzen Dämpfungstaktik seit den letzten Reichstagswahlen. (Zuruf vom Parteivorstand: Ach, Unsinn!) Parteigenossen, wenn unsere oberste Parteibehörde aus solchen Tatsachen nicht Anlaß nimmt, eine ernste Prüfung der bisherigen Richtlinien der Taktik vorzunehmen, dann sieht es traurig um die Sicherheit in der Vorzeichnung der Linien, auf denen die Politik geführt werden soll. — Dazu kommen ja noch höchst beunruhigende wirtschaftliche Momente. Wir stehen am Anfang einer Krise, die Arbeitslosigkeit wird immer größer, und da haben wir allen Anlaß, als weitblickende Politiker uns zu sagen, daß unsere Politik, unsere Taktik so gestaltet werden muß, daß wir die unvermeidliche Entmutigung und Verzweiflung, die in den Massen immer in den Zeiten der Krise Platz greift, daß wir diese Gärung, diese Unzufriedenheit in das Bett einer zielklaren Kampfstimmung leiten und nicht in eine dumpfe Stagnation ausarten lassen. Parteigenossen, nur durch eine zielklare, scharfe, revolutionäre Taktik kann man den Mut der Massen stählen (Sehr richtig!), die durch die Krise niedergedrückt werden. Anstatt alles dessen hielt es Genosse Scheidemann für die dringendste Aufgabe auf diesem Parteitag, den Kampf gegen die Nörgler in den eigenen Reihen, gegen die Kritiker, die angeblich künstlich die Unzufriedenheit schüren und an die

Wand malen, zu führen. Und diesen Kampf gegen den inneren Feind hat sich Genosse Scheidemann wahrhaftig leicht gemacht. Er hat nicht etwa in Wirklichkeit gegen die vorgebrachten Kritiken und Ansichten gekämpft, er hat es vorgezogen, als ein zweiter Ritter St. Georg den Drachen siegreich zu erlegen, den er selbst erst ausgebrütet hatte. (Große Heiterkeit.) Das, wogegen Genosse Scheidemann hier als gegen die angebliche Auffassung der Verteidiger des Massenstreiks sich gewandt hat, war ein Zerrbild der wirklichen Ansichten, die wir vertreten. (Sehr richtig!) Speziell was meine Wenigkeit anbetrifft, wenn Genosse Scheidemann auch ohne Namensnennung vielfach mich zu treffen wähnte mit seiner Kritik, so kann ich ihm mit Goethe zurufen: Du gleichst dem Geist, den Du begreifst, nicht mir. (Große Heiterkeit, Unruhe und teilweise Zustimmung.)

Parteigenossen, einige Beispiele für die Verzerrung der Ansichten, die man bekämpft hat. Wenn wir in der Presse und in Versammlungen auf Unterlassungen in unserer jüngsten Politik hinwiesen, wenn wir betonen, daß z. B. eine Partei von unserer Stärke und unserer oppositionellen, revolutionären Stellung bei solchen erstklassigen politischen Begebenheiten wie das Kaiser-Regierungsjubiläum, wie den Zarenbesuch in Deutschland nicht ruhig zusehen durfte, sondern irgendeine Protestaktion ins Leben rufen mußte, da kommt Genosse Scheidemann und sagt: Was, Ihr wollt die Leute auf die Straße treiben, Ihr wollt Tausende von Menschenleben gefährden, und man sah förmlich eine rote Blutlache auf den Straßen Berlins entstehen, bei der bloßen Anregung gegen den Zarenbesuch eine Demonstration zu machen, wie es der Sozialdemokratie gebührt. Als wenn wir nicht schon in Berlin selbst und in Deutschland vor drei Jahren gewaltige Straßendemonstrationen erlebt hätten, bei denen nicht Tausende von Menschenleben zum Opfer gefallen sind, als wenn wir nicht schon in verschiedenen Ländern und zuletzt auch in Belgien, wie das Genosse Scheidemann 10 Minuten später so schön ausmalte, einen völlig friedlichen Massenstreik hätten entstehen sehen! Parteigenossen! Wenn Sie sich auf die Weise die Entschuldigung dafür leicht machen wollen, daß überhaupt nichts getan wurde, nicht einmal gewöhnliche Versammlungen zum Zarenbesuch, nicht einmal ein anständiger Leitartikel im Zentralorgan, dem „Vorwärts" (Heiterkeit), so steht es schlimm um Ihre Gründe.

Ein zweites Beispiel: wenn wir davon sprechen, daß wir in Deutschland wie in allen anderen Ländern mit der eventl. Anwendung des Massenstreiks durchaus nicht darauf zu warten brauchen, bis der letzte Mann und die letzte Frau ihren Beitrag als organisierte Mitglieder eines Wahlvereins gezahlt haben, wenn wir darauf hinweisen, daß, wo die revolutionäre Situation da ist, wo große historische Aufgaben vor uns stehen, die Organisation der Partei wohl die Kraft und den geistigen Einfluß besitzen wird, um auch unorganisierte Massen mitzureißen, wenn wir darauf hinweisen, daß es verkehrt und falsch ist, das Mitgliedsbüchlein als die ausreichende Legitimation für Klassenkämpfer, für eine revolutionäre Aktion des Proletariats zu betrachten, wenn wir erklären: Die Politik, die Taktik der Partei muß danach angetan sein, um die nötige Begeisterung und Opferfreudigkeit in den großen Volksmassen auch außerhalb der Organisierten zu wecken, denn nur auf diese Weise können wir die gewaltige Schar der Unorganisierten mitreißen und für die Organisation gewinnen, — dann kommt Genosse Scheidemann und sagt: das heißt ja die Organisation herunterreißen. (Sehr richtig!) Das heißt ja die Disziplinlosigkeit, das heißt das Mißtrauen gegen die Funktionäre hervorrufen. Genosse Scheidemann hat in seinen Attacken gegen uns ein paarmal von mangelndem Verantwortlichkeitsgefühl und von Skrupellosigkeit gesprochen. (Sehr wahr!) Ich will solche Ausdrücke nicht gebrauchen, aber ich erlaube mir

zu sagen, daß eine solche Art und Weise der Bekämpfung der Ansichten des Gegners haarscharf an Demagogie grenzt. (Müller [Parteivorstand]: Und das sagen Sie!) — Ein drittes Beispiel für die völlige Verständnislosigkeit unserer obersten Behörde gegenüber dem, was wir wirklich anstreben und fordern. Man sagt uns: wenn Ihr hier mit Gewalt eine Diskussion über den Massenstreik und die Bedingungen seiner Anwendung in Deutschland heraufbeschwört und durchsetzt, so zwingt Ihr ja uns nur sozusagen, daß wir heutzutage noch nicht imstande dazu sind, so zwingt Ihr uns, die Schwäche unserer Position vor den Gegnern preiszugeben (Sehr wahr!) und wie verkehrt ist die Politik eines Menschen, der da sagt: Ich habe ein mächtiges Schwert gegen Dich in der Tasche, aber ich kann es heute noch nicht gebrauchen. Ei, Parteigenossen, das sind Gesichtspunkte, mit denen man die größte Volksbewegung der Weltgeschichte meistern will! Redet ja nicht zu laut, ich bitte Euch, daß wir noch eine gewaltige Schar Unorganisierter haben, sonst könnten es unsere Gegner erfahren, redet ja nicht laut, daß wir gelbe Gewerkschaften haben, denn das ist ja unser Geheimnis. (Heiterkeit und Lachen.) Parteigenossen! Die Schwächen unserer Position sind kein Geheimnis für unsere Gegner (Sehr richtig!) und es ist lächerlich, sich einzubilden, daß man das Für und Wider, daß man die gesamte Situation, wie sie vom Standpunkt des Massenstreiks besprochen und erwogen werden muß, im geschlossenen Stübchen unter Instanzen geheim behandeln soll. Man wirft uns vor, sowohl in der „Neuen Zeit" wie auch hier in der Rede des Genossen Scheidemann, wir seien ja beinahe Putschisten (Sehr richtig!), wir seien Verschwörer. Das sagen Leute, die die typische Verschwörertaktik auf den modernen Massenstreik anwenden wollen, indem sie sich einbilden, der Ausbruch des Massenstreiks muß eine Ueberraschung sein, er muß im geheimen, im geschlossenen Stübchen von einer Handvoll Mitglieder der Instanzen ausgeklügelt werden. (Lachen.) Diese Frage ist bereits hier auf derselben Tribüne im Jahre 1905 mit aller erwünschten Klarheit festgelegt worden. Ich zitiere die entsprechenden Worte des Referenten für den Massenstreik auf dem Parteitag in Jena, des Genossen Bebel. Er sagte: „Hier ist nun der Vorschlag des politischen Massenstreiks gemacht worden. Da sagt man uns, den politischen Massenstreik macht man, aber man spricht nicht davon!" Und darauf antwortet Bebel: „Es ist eine Torheit, zu glauben, eine solche Diskussion dadurch beseitigen zu können, daß man so tut, als höre man sie nicht. Das ist Vogel-Strauß-Politik. Wenn diese Frage uns an allen Ecken und Enden entgegentritt, muß, gleichviel ob es nun in richtiger oder verkehrter Weise geschieht, sich jeder aufmerksame Mann, besonders aber jeder Führer einer Partei, der diesen Namen verdient, sich fragen, ob es nicht an der Zeit sei, daß die Partei den Vorschlag einmal diskutiert." (Sehr richtig!) „Lebhafte Zustimmung" heißt es im Protokoll. (Scheidemann: Das ist auch damals geschehen!) „Wenn große Massen in Frage kommen, kann man die Maßregeln, bei denen die Massen eine Rolle zu spielen haben, vor den Massen nicht unbesprochen lassen. (Sehr richtig!) Wollen die Massen mit Begeisterung für eine bestimmte Handlung eintreten, dann verlangen sie auch die Wirkung und den Zweck der Maßregel zu erkennen. (Sehr richtig!) Das ist ihr gutes Recht. Außerdem folgen aufgeklärte Massen nicht blind einem gegebenen Befehl. Das wäre eine erbärmliche Partei, die sich durch den Staatsanwalt und durch die Strafgesetze einschüchtern ließe, ihre Menschen- und Bürgerrechte zu verteidigen." Natürlich, zu den Worten, die Bebel gesprochen hat, müssen Sie rufen: „Sehr richtig". (Unruhe.)

Vorsitzender Ebert: Ich kann nicht zulassen, daß den Mitgliedern des Parteitages eine solche Unterstellung gemacht wird. (Zuruf: Es kommt auf eine Handvoll nicht an! — Rosa Luxemburg: Das war gar keine Unterstellung.)

Wer zu den Worten von Bebel „Sehr richtig" ruft, der tut das aus voller Ueberzeugung. (Lebhafte Zustimmung.)

Rosa Luxemburg (fortfahrend): Ich glaube ja, daß Sie die Worte von Bebel unterschreiben. Sie vergessen bloß — und hier haben Sie mich unterbrochen —, daß diese Worte auch heute noch genau die Bedeutung haben wie 1905. Denn es ist eine völlig verkehrte Auffassung, zu glauben, nachdem nun einmal auf einem Parteitag prinzipiell der Massenstreik angenommen worden ist, sei es für die Massen draußen auch schon erledigt. Ja, wie stellen Sie sich die Sache vor? Sie rufen „Sehr richtig", wenn ich lese, daß Bebel sagte, wenn der Massenstreik zustande kommen soll, müssen sich die Massen damit befassen. Ja, glauben Sie, daß es für die Massen, für die Millionen schon erledigt ist, wenn Sie 1905 auf dem Parteitag mal eine Resolution angenommen haben? (Sehr gut!) Verstehen Sie denn nicht, daß die Massen sich als solche in Massenversammlungen damit befassen müssen? (Sehr richtig!) Denn wir sprechen hier nicht zu den Massen, wir formulieren hier nur Dinge, die von den Genossen draußen durchdacht, verdaut und akzeptiert werden müssen. Also, wenn Sie „Sehr richtig" rufen zu dem, was Bebel 1905 gesagt hat, dann ist es eine Inkonsequenz und eine verkehrte Auffassung von der Taktik des Massenstreiks, wenn Sie glauben: Roma locuta causa finita! Ein Parteitag hat gesprochen, damit ist die Sache erledigt. Gewiß, der Massenstreik in Deutschland, wie überall, wenn er Aussicht auf Erfolg haben soll, muß aus den Massen heraus kommen, und deshalb sagen wir in unserer Resolution, der Massenstreik kann nicht, wie es sich manche Instanzen heute einbilden, auf Kommando von den Führern der Gewerkschaften und der Partei von heute auf morgen bestellt werden. (Sehr richtig!) Er kann aber ebensowenig von den Führern abkommandiert werden, wenn er historisch reif geworden ist. (Sehr richtig!) Aber mit dieser Erkenntnis ist doch unsere Aufgabe nicht erschöpft, wenn wir wollen, daß der Massenstreik, wenn er zustande kommt, auch erfolgreich verläuft, daß er uns das Maximum an positiven Erfolgen und Vorteilen, an politischer und sozialistischer Erziehung und Aufrüttelung der Massen einbringt. Dazu ist es notwendig, daß die Massen auf der Höhe stehen und daß die Partei auf der Höhe steht, wenn die historische Situation kommt; d. h., daß wir uns auf diese historischen Ereignisse bewußt vorbereiten und die Massen erziehen müssen. Gewiß, die Partei muß an der Spitze der Bewegung stehen, aber damit sie an der Spitze steht, darf sie nicht ruhig abwarten die revolutionäre Situation, um von den Massen geschleift zu werden, sondern sie muß durch die Gestaltung der ganzen Taktik und Kampfesweise nach der revolutionären Seite hin in scharfer Offensive die Massen darauf vorbereiten, daß sie uns in vollem Vertrauen folgen. Und wenn Scheidemann seine Resolution mit gehobener Stimme damit empfahl, daß dahinter Instanzen stehen, so glaube ich, der Parteitag ist nicht dazu da, um zu dem Willen und den Ansichten der Instanzen Hurra zu rufen, sondern er ist dazu da, damit die Instanzen lernen, was die Massen wollen. (Sehr richtig!) Und was diese wollen, läßt sich in das eine Wort zusammenfassen: Wir antworten auf alle Uebergriffe der Reaktion damit, daß wir klar und offen auf dem Parteitag sagen: Wir schärfen unsere Waffen, und wir sind bereit! (Stürmischer Beifall.)

Bauer-Berlin: Ich glaube, die Rede der Genossin Luxemburg hat den besten Beweis dafür erbracht, wie unnötig es war, die Redezeit zur Begründung der Resolution 100 auf eine halbe Stunde zu verlängern. (Sehr richtig!) Ich habe vergeblich gewartet, ob sie auch nur einen Satz zur Begründung bringen würde. Sie ist darauf gar nicht eingegangen, sondern hat sich weitschweifig mit dem Parteivorstand über die Taktik der Partei auseinandergesetzt. Das ist doch aber nur eine Nebenfrage. Wir wollen uns heute

doch darüber unterhalten, unter welchen Voraussetzungen der Massenstreik durchgeführt werden kann. Genossin Luxemburg ist es ja, die mit großer Emphase darauf hinwies, daß wir eine tiefe Analyse dieses Problems vornehmen müßten. Wo ist denn in ihren Ausführungen die tiefe Analyse geblieben? (Sehr gut!) Ich habe begierig darauf gewartet, endlich aus diesem berufenen Munde belehrt zu werden, wie der Massenstreik analysiert und durchgeführt werden soll, das ist aber ein Geheimnis, das diese guten Genossinnen und Genossen nicht von sich geben. (Sehr richtig!) Sie behalten das in ihrem Herzen und jeder denkt sich die Analyse und Durchführung auf eine andere Art. Soviele Reden wir darüber gehört haben, soviele verschiedene Ansichten über die Art und Möglichkeit der Durchführung sind schon laut geworden. Da wäre es allerdings sehr verständig gewesen, wenn uns Genossin Luxemburg eine authentische Interpretation gegeben hätte. Sie ist dazu nicht gekommen, und wir müssen uns damit abfinden. Es wird fortgesetzt betont, und auch Genossin Luxemburg hat es wieder betont, daß gegenüber den Versumpfungstendenzen in der Partei und in den Gewerkschaften eine eingehende Diskussion des Massenstreikproblems notwendig sei. Ich habe mein Urteil über den Wert dieser Diskussion schon in wenigen Worten geäußert, aber ich möchte die Frage aufwerfen: Was kommt denn nur heraus bei dieser Diskussion, was haben wir bisher an positiven Ergebnissen zu verzeichnen? Eine große Menge von Redereien, allgemeine Redewendungen und Gemeinplätze, revolutionäre Phrasen, an denen einige Genossen sich gern berauschen, aber sonst nichts. (Sehr richtig!) Der Massenstreik wird durch diese Diskussion, das unterstreiche ich besonders, lediglich diskreditiert. (Sehr wahr!) Wenn wir einmal die Waffe des Massenstreiks brauchen und unsere Massen soweit sind, dann garantiere ich Ihnen, geht der Streik auch ohne diese lange Diskussion vonstatten. Die jetzt geübte Art der Strategie widerspricht der gewerkschaftlichen Taktik und Erfahrung auf das allergröblichste. Ich glaube, die Gewerkschaftsführer haben auch ein klein wenig Verständnis von Streiks und Massenaktionen. Dort bereitet man den Streik nicht vor, indem man auf den Markt tritt und fortgesetzt schreit, demnächst werden wir etwas machen! Man arbeitet in den Gewerkschaften vielmehr in aller Stille und wenn die Zeit gekommen ist und die Karrees geschlossen sind, dann geht man zum Angriff vor auf den unvorbereiteten Gegner. Sonst verliert der Gegner allmählich die Angst und er sagt sich, die brüllen zwar viel, aber es steckt nichts dahinter. (Lebhafte Zustimmung.) Die Gegner wissen aus der Diskussion vor und auf dem Parteitag, daß einstweilen an einen Massenstreik in Deutschland nicht zu denken ist. Das ist das ganze Ergebnis. Deshalb glaube ich mit Recht sagen zu können, der Massenstreik wird durch diese Diskussion nur diskreditiert.

Es ist hervorgehoben worden, daß die Gewerkschaften sich charakteristischerweise an dieser Diskussion bisher gar nicht beteiligt haben. Die ganze Frage ist ja auch keine Gewerkschaftsfrage. Auch ich spreche hier nicht als Gewerkschaftler, sondern ich sage meine Meinung als Parteigenosse. Die Gewerkschaften hatten keine Veranlassung, sich mit dieser Diskussion zu beschäftigen. (Hört! hört!) Wenn einige Genossen, die ewig unzufrieden sind mit der Entwicklung der Partei und der Tätigkeit der leitenden Instanzen, wenn es denen gefällt, irgendein neues Mittel zu entdecken, mit dem endlich die Taktik in wirklich revolutionäre Bahnen geführt werden soll, dann soll natürlich sofort alles hinterher sein und sich an der Diskussion beteiligen. Genossin Luxemburg war ja sehr enttäuscht darüber, daß in ihrer Versammlung in Berlin IV keine anderen Gegner auftraten als schlichte Arbeiter. Wenn die Genossin sich einbildet, daß die Gewerkschaftsführer in die Luxemburg-Versammlung gehen und dort mit ihr über ihre Theorien streiten, dann kann sie lange warten. (Sehr

richtig!) Die Gewerkschaften haben ein bestimmtes Signum für solche Redner: „R. S.“ — Laßt schwätzen! — (Heiterkeit.) Solche Debatten fortgesetzt zu treiben, bedeutet nicht eine Förderung, sondern eine Schädigung der Organisation, und dazu haben natürlich die verantwortlichen Leiter der Organisationen nicht die geringste Veranlassung. Ich glaube, daß die Gewerkschaften dabei getragen werden von dem Gefühl der Stärke. Wei sie sich ihrer Macht bewußt sind und die Führenden ihre Verantwortung kennen, deshalb machen sie derartige allgemeine Redereien nicht mit, bei denen nichts Positives herauskommen kann. Genossin Luxemburg gibt ja selbst zu, daß die Möglichkeit, den Massenstreik zu machen, jetzt nicht vorliegt. Wenn wir zur Frage des Massenstreiks Stellung nehmen, so fragt es sich, ob denn für absehbare Zeit das Objekt des Kampfes die Opfer, auf die wir mit Bestimmtheit dabei rechnen müssen, wert ist. Es soll der Kampf geführt werden, wie jetzt allgemein betont wird, zur Erringung des preußischen Wahlrechts. Das preußische Wahlrecht ist zweifellos eine außerordentlich wichtige politische Frage, aber ist sie denn jetzt wirklich so brennend geworden, daß es zu einem Stillstand der Bewegung kommen würde, wenn es uns nicht gelingt, das freie Wahlrecht für Preußen zu erringen? Ich sage nein. Und da halte ich auch ein wenig fest an der Erziehung, die wir erhalten haben, als wir als junge Leute in die Partei traten. (Sehr richtig!) Damals war es ja ein Verbrechen, wenn wir nur für die Beteiligung an den Landtagswahlen eintraten. Viele der Genossen und Genossinnen, die damals diejenigen als Parteiverräter brandmarkten, die für eine Landtagswahlbeteiligung eintraten, die sind es, die jetzt nicht stürmisch genug den Massenstreik zur Erringung des gleichen Wahlrechts für Preußen fordern. (Sehr gut!) Das zeigt, wie wenig gefestigt die Ansichten dieser Kreise sind.

Ich gehe den Mittelweg. Ich sage, das Wahlrecht ist zwar außerordentlich wichtig, aber bei uns in Deutschland ist es keine Frage, die zu einer Lebensfrage des Proletariats in der Gegenwart geworden ist. Wir haben durchaus die Möglichkeit, uns organisatorisch zu stärken, unsere wirtschaftlichen und politischen Kämpfe zu führen. Das Reichstagswahlrecht bietet auch ein ausreichendes Ventil und ermöglicht dem Proletariat, seine Kräfte zu zählen und sich politisch zu betätigen. Wir haben in einer ganzen Reihe von Einzellandtagen doch ein einigermaßen freies Wahlrecht. Es liegt deshalb kein Grund vor, alles auf eine Karte zu setzen, geradezu va banque zu spielen, um mit dem Massenstreik das freie Wahlrecht für Preußen zu erkämpfen. Wenn wir der bisherigen Taktik weiter folgen, am Ausbau der Organisation arbeiten, Schritt für Schritt den Feind zurückdrängen, dann kommt der Zeitpunkt, an dem die Erfüllung unserer Wünsche einfach unausbleiblich ist. Darin werden wir wohl alle übereinstimmen mit Ausnahme derjenigen, die gern schöne revolutionäre Reden halten. Arbeiten wir doch zunächst erst an der Stärkung unserer Vertretung in den Landtagen, die ein freies Wahlrecht haben, sorgen wir dafür, daß eine viel stärkere Vertretung der Partei in den Reichstag einzieht. Dann erst werden andere politische Vorbedingungen geschaffen sein, dann erst wird man zu der Frage Stellung nehmen können, ob man bei der offenkundigen Machtstellung der Arbeiterklasse auf politischem Gebiet nicht irgendwelche Schritte unternehmen kann, um den Widerstand der herrschenden Klassen zu brechen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Einfluß der organisierten Arbeiterschaft wächst von Tag zu Tag. Wir haben gar keinen Grund, verzweifelt zu sein. Rosa Luxemburg machte sich allerdings darüber lustig, daß der Parteivorstand alles so rosig gefärbt hätte. Sie sieht alles mit einer anderen Brille an, aber diese Brille paßt nicht für deutsche Verhältnisse. Wir können zufrieden sein mit den bisherigen Erfolgen unserer Arbeit. Die Organisationen haben eine glänzende

Entwickelung genommen, und wer die Lage der deutschen Arbeiterschaft ohne Voreingenommenheit betrachtet, wird zugeben müssen, daß wir überall gute Fortschritte gemacht haben, daß die deutsche Arbeiterklasse heute einen großen wirtschaftlichen Einfluß ausübt durch ihre Gewerkschaften und sich eine Erhöhung der Lebenshaltung erkämpft hat, die man früher nicht für möglich gehalten hätte. Daß auch der politische Einfluß der Arbeiterklasse dank der organisatorischen Tätigkeit ständig im Wachsen begriffen ist, kann niemand mehr bestreiten. Um so weniger brauchen wir uns in Klagen zu ergehen, wenn einmal in der Organisation ein Rückschlag eintritt. Rosa Luxemburg sagt, wir dürften uns nicht damit zufrieden geben, daß die Krisen fortgesetzt unsere Organisation schwächen. Sie hätte uns lieber sagen sollen, was wir zu tun haben, um diese Schwächung unserer Organisation durch die Krisen zu verhüten. (Lebhafte Zustimmung.) Solange wir aber in der kapitalistischen Gesellschaft leben, wird es immer unausbleiblich sein, daß durch die Krisen auch die Organisationen der Arbeiterklasse geschwächt werden. Wenn Genossin Luxemburg etwas tiefer in unsere Gewerkschaftsverhältnisse hineinblicken könnte, dann würde sie wissen, daß gerade die festgefügten zentralistischen Gewerkschaften die Krise von 1907 bis 1909 verhältnismäßig günstig überstanden haben, und daß kaum eine Erschütterung eingetreten ist. (Sehr richtig!) Das war nur möglich durch gute organisatorische Arbeit und vor allem durch die Unterstützungseinrichtungen in den Organisationen. Dadurch, daß man die Massen mit schönen Worten begeistert, bekommt man allerdings Beifall in den Versammlungen, aber wenn am nächsten Tage das graue Elend wieder an sie herantritt, dann laufen sie auseinander. Das wichtigste ist, daß ihnen materielle Hilfe zuteil wird. (Sehr richtig!) Da steht in erster Linie die Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit. Das ist eine viel dringendere Aufgabe, als alle Diskussionen über Massenstreiks. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn wir die Möglichkeit des Massenstreiks und seine Wirkungen untersuchen wollen, dann müssen wir die Erfahrungen aus denjenigen Ländern betrachten, in denen der Massenstreik bereits zur Tatsache geworden ist. Aus diesen Erfahrungen müssen wir lernen. Der erste Massenstreik von größerer Bedeutung wurde in Holland geführt. In der „Frankfurter Volksstimme" haben sich eine Reihe von Kennern über seine Wirkung ausgesprochen und Ankersmith-Amsterdam erklärt ausdrücklich, daß der Streik keine andere Wirkung gehabt hat, als eine verstärkte Hetze gegen die Arbeiter herbeizuführen. Der Streik wurde geführt zur Abwehr der Verschlechterung des Koalitionsrechtes der Eisenbahner und Staatsarbeiter; er blieb erfolglos, und die Folge war, daß 1906 in die Gewerbeordnung außerordentlich reaktionäre Bestimmungen gegen die Arbeiter aufgenommen wurden, u. a. auch ein Verbot des Streikpostenstehens. (Hört! hört!) Eine weitere große Massenstreikbewegung hatten wir in Schweden. Die schwedischen Gewerkschaften, die durch das Unternehmertum in den Kampf hineingedrängt wurden, verfügten damals über ausgezeichnete organisatorische Einrichtungen. Es war ein heroischer Kampf, der dort geführt wurde, der aber nur geführt werden konnte, weil diesem kleinen Lande die Solidarität des Auslandes zur Seite stand, vor allem die Solidarität der deutschen Arbeiter. Ohne die Millionen ausländischer Unterstützung wäre der Streik längst zusammengebrochen und geradezu zu einem Debakel für die schwedischen Arbeiter geworden. Wie wird es nun aber in Deutschland in gleicher Situation gehen, von wem haben wir Unterstützung zu erwarten? Deutschland ist das Land, das in der gewerkschaftlichen Internationale an praktischer Solidarität an der Spitze steht. Außer von Oesterreich und Skandinavien hätten wir in einem solchen Kampf keine weitere Unterstützung zu erwarten, als die berühmte Depesche aus Frankreich, die alle

Sympathien ausdrückt und dann noch 20 Frank beifügt. (Heiterkeit.) In Schweden war die Folge des Massenstreiks die Dezimierung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahl um mehr als die Hälfte. Auf Jahre hinaus ist dadurch jede größere gewerkschaftliche Aktion unmöglich gemacht und die besten Kräfte der schwedischen Arbeiter sind zur Auswanderung gezwungen worden. Wenn wir diese Verhältnisse uns zur Lehre dienen lassen, dann werden wir nur mit aller Vorsicht daran gehen können, ein solches Kampfmittel in ernsthafte Erwägung zu ziehen. In Belgien ist der Generalstreik verhältnismäßig günstig verlaufen. Er ist auch keineswegs über die Köpfe der Führer beschlossen, sondern sorgfältig vorbereitet worden. Er war eine wohldisziplinierte Bewegung, die dem belgischen Proletariat nur zur Ehre gereichen kann. Die Genossen, die im Vordertreffen der Partei in Belgien stehen, bezeichnen den Erfolg im allgemeinen als günstig. Die Meinungen darüber gehen aber auseinander. Wir haben von einem Dutzend der hervorragendsten belgischen Gewerkschaftsführer Informationen eingeholt, und die urteilen ganz anders als die Parteiführer. Der Genosse Schneider vom Deutschen Fabrikarbeiterverband, der in Belgien selbst den Streik beobachtet hat, kommt zu einem noch ungünstigeren Urteil, als die belgischen Gewerkschaftsführer. Diese Gewerkschaftsführer erklären, daß die Zahl der Maßregelungen noch jetzt eine so große ist, daß der Zweck der gewerkschaftlichen Organisationen auf lange Zeit hinaus lediglich die Unterstützung der Gemaßregelten sein kann und daß durch den Massenstreik für die Gewerkschaften ein Rückschlag auf viele Jahre hinaus eingetreten ist. (Hört! hört!) Zu bezweifeln ist, daß der Erfolg eines Massenstreiks in Deutschland irgendwie in Einklang zu bringen sein würde mit den Riesenopfern, die er fordern würde. Die Erfahrungen in anderen Ländern sprechen nicht dafür, daß wir in Deutschland ohne weiteres dieses Experiment nachmachen können. Rosa Luxemburg und andere Genossen operieren gern mit dem Hinweis auf Rußland. Ja wenn wir russische Zustände, nichts zu verlieren und alles zu gewinnen hätten, dann würde es wohl keinen unter uns geben, der nicht für einen Massenstreik wäre, auch wenn er nur einen Schein von Erfolg versprechen würde. Aber in Deutschland liegen die Dinge doch wesentlich anders. Wir haben ungeheuer viel zu verlieren, eine Arbeit von Jahrzehnten, in der eine Menge von Werten steckt. (Sehr richtig!) Da wäre es geradezu verbrecherisch, wenn man fortgesetzt die Arbeiter in eine Stimmung hineinreden wollte, die den Verhältnissen nicht angepaßt ist, wenn man Wünsche erweckt, die gegenwärtig nicht erfüllbar sind. Die fortgesetzte Organisationsverachtung, die aus den Reden der Genossin Luxemburg herauszuhören ist, schädigt unsere organisatorische Tätigkeit außerordentlich. Damit wird nur die Unzufriedenheit der Massen mit den Führern gefördert. (Sehr richtig!)

Da wird gesagt: wenn Ihr etwas erreichen wollt, dann laßt diese Bremser nicht weiter wirken, dann überrennt sie einfach, der Massenwille muß zur Herrschaft kommen! Der kommt immer zur Herrschaft, nur in organisierter, demokratischer Form, nicht durch wilde Geschichten und dadurch, daß man die Empörung eines kleinen Häufleins als berechtigt anerkennt. Nein, innerhalb der Grenzen der Organisation wird das erledigt. (Hoch: Wer will etwas anderes?) Sie, der Sie die Resolution unterschrieben haben. (Hoch widerspricht.) Wenn Sie nichts anderes wissen wollen, dann nehmen Sie die Resolution des Parteivorstandes an, dort ist alles gesagt, was zu sagen ist. (Sehr richtig!) Ihre Resolution bringt nichts anderes zum Ausdruck als die Resolution des Parteivorstandes. Sie unterscheidet sich nur durch eine starke revolutionäre Phraseologie (Sehr richtig!), das ist alles. Der Schlußsatz ist interessant. Er stimmt mit einer Resolution überein, die die Genossin Luxem-

burg in einer Generalversammlung des Kreises Niederbarnim vorgelegt und zur Annahme gebracht hat. Dort steht aber noch ein anderer revolutionärer Satz darin, der hier weggeblieben ist. In diesem Satz wird eine Kampfestaktik gefordert, die vor „keiner Konsequenz zurückschreckt". (Hört, hört!) Das ist ja erschrecklich, diese Konsequenzen, die die Genossin Luxemburg ziehen wird. Was ist das anders als eine Wortspielerei? (Sehr richtig!) Damit machen wir keinen Eindruck. Unsere Arbeiter sind in ihrer Mehrheit viel zu vernünftig, um auf diese Phraseologie, auf dieses Phrasengeklingel Wert zu legen. Genossin Luxemburg sagte, der Parteivorstand wisse nichts von der Unzufriedenheit, die in zahllosen Parteiversammlungen zum Ausdruck gekommen sei. Wenn Genossin Luxemburg nicht bloß die Berichte lesen, sondern häufig solche Versammlungen auch besuchen würde, dann müßte sie wissen, daß diese „revolutionären" Versammlungen oft in Orten, wo mehrere tausend Organisierte vorhanden sind, nur von 100 Männern und Frauen besucht werden, und daß dort einige Phraseure, die von der Partei nicht ernst genommen werden, Reden halten. (Lebhafte Zustimmung.) Da stellt sich der eine dann hin und verlangt, daß fünf Jahre lang keine Kinder gemacht werden sollen. (Große Heiterkeit.) So ungefähr sehen diese Geister aus, die sich an der Luxemburgschen revolutionären Phraseologie berauschen. Es sind nicht die Massen. Daß die Massen in Deutschland diszipliniert sind, daß sie völliges Verständnis für einen organisierten Kampf haben, beweisen die Vorgänge beim Werftarbeiterstreik. Das hat auch ungeheure Erregung bei einzelnen Parteigenossen hervorgerufen, daß die Werftarbeiter die Unterstützung der Organisation nicht fanden. Aber die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit 600 000 organisierten Arbeitern hat nahezu einstimmig die Maßnahmen des Vorstandes gutgeheißen. Damit sind Organisationsgrundsätze festgelegt, die längst in unseren Organisationen verankert sind. Diese 40 000 Werftarbeiter sind nach demokratischen Grundsätzen verpflichtet, ihre 560 000 Kollegen zu fragen, die die Opfer für den Kampf aufzubringen haben. Die Gesamtlage des Berufs muß berücksichtigt werden. Solche wilden Kämpfe lehnen wir ab. Genossin Luxemburg propagiert den Syndikalismus, fortgesetzte Putsche, Aufregung, bald hier ein wilder Streik, bald dort. Diese Dinge sind in Deutschland unmöglich. Dafür haben die Gewerkschaften gesorgt. Wohin hat die syndikalistische Taktik in Italien geführt? Die gewerkschaftlichen Zentralverbände sind desorganisiert, die Arbeiter sind machtlos geworden und in Frankreich, wo man auch den Generalstreik propagiert und so oft als möglich anwendet, sind sie ganz unschädlich den Unternehmern gegenüber. Diese Putsche haben gar keinen praktischen Wert. Die führen nur eine Verschärfung der Gesetze gegen die Arbeiter herbei. Bleiben wir auf dem Boden, auf dem wir bisher gearbeitet haben. Wir halten fest an dem methodischen Ausbau der Organisationen. Wir lehnen jede revolutionäre Projektenmacherei ab. Lediglich die Disziplin und die Schulung der Massen in festgefügten Organisationen kann dazu führen, die Lage der Arbeiterklasse wirtschaftlich wie politisch zu verbessern, und den endgültigen Sieg herbeiführen. Von dieser alten Kampfmethode abzuweichen, liegt nicht die geringste Veranlassung vor. (Lebh. Beifall.)

Schreck-Bielefeld: Genosse Scheidemann hat sich nach seiner Erklärung: „Wir sind nicht hierher gekommen, um Selbstverständlichkeiten auszusprechen" selbst nicht gerichtet. Es muß ja auch gestattet sein, auszusprechen, was viele für selbstverständlich ansehen. Auf die Betonung einer Sache kommt es an. Ich kann nicht zugeben, daß das Aussprechen von dem, was wir im Augenblick nicht können, falsch ist und unsere Position schwächt. Wir haben seit den Anfängen unserer Bewegung das immer getan. Das Eingeständnis der augenblicklichen Schwäche hat noch immer dazu gedient, energischer vorwärts zu bringen und so unsere gesteigerte Stärke und Größe mit herbeizuführen. (Sehr richtig!) Die Ankündigung von anzuwendenden Mitteln, wenn das Proletariat zu größerer Macht gekommen ist, wirkt doch nicht nur erzieherisch auf die Massen, sondern auch auf unsere Gegner.

Die gesamten Verhältnisse verweisen auf den politischen Massenstreik als eines der Kampfmittel. Auf seine Anwendung — ob zum Angriff oder zur Abwehr — müssen wir die Massen vorbereiten. Der politische Massenstreik ist gegebenenfalls nicht nur nötig zur Abwehr seitens der Reaktion versuchter Attentate, er ist auch unter Umständen eines der wirksamsten Mittel zur Eroberung von politischen Rechten. Gerade unter Berücksichtigung unseres zunehmenden Einflusses auf den Reichstag und damit auf die Reichspolitik kann der Zustand der erbärmlichen politischen Rechtlosigkeit in den einzelnen Bundesstaaten, besonders aber in Preußen, unmöglich noch allzulange ertragen werden. (Sehr richtig!) Den Machthabern darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß das Proletariat letzten Endes bereit ist, alles einzusetzen, um der schmachvollen politischen Knechtschaft in Preußen ein Ende zu bereiten. (Sehr richtig!) Betrachten die Herrschenden Preußen als das festeste Bollwerk ihrer Macht, gut, dann gilt es auch für uns, hier alle unsere Kräfte einmal zu konzentrieren und den entscheidenden Schlag zu führen.

Das rückständige Preußen bildet tatsächlich durch seine Vormachtstellung im deutschen Staatenbunde den Hemmschuh für jede freiheitliche Entwickelung, auch im Reiche. In Preußen selbst muß darum nicht zuletzt um die Demokratie gerungen werden. Die Erringung des freien Wahlrechts bildet eine wichtige Voraussetzung hierfür, und es lohnen sich die Opfer in diesem Kampfe. Reichen Petitionen, Versammlungen, Straßendemonstrationen nicht hin, um die von den Junkern und Kapitalisten beeinflußte Regierung in der wichtigsten Frage der Gegenwart vorwärts in freiheitlichem Sinne zu treiben, dann bleibt doch nichts anderes übrig, als eben schärfere Mittel anzuwenden. (Sehr richtig!)

Wird so die Notwendigkeit des politischen Massenstreiks anerkannt, seine Möglichkeit zugegeben, dann muß er auch propagiert werden. Das bedeutet dann nicht eine Preisgabe unserer bisherigen Tätigkeit, sondern deren gesteigerte Fortsetzung. Die Anwendung des politischen Massenstreiks hat — abgesehen von der politischen Situation — gerade die Kleinarbeit, die Aufklärung und Erziehung, kurzum, die Organisation des Proletariats zur unbedingten Voraussetzung. Nicht nur von der Quantität, sondern auch von der Qualität der Massen hängt der Erfolg ab. Darum würde beispielsweise die konsequentere Durchführung des Schnapsboykotts eine gute Ouvertüre zur Erringung einer gesteigerten Energie für die kommenden Kämpfe bedeuten. (Sehr richtig!)

Falsch ist es, zu glauben, daß bei einem politischen Massenstreik etwa die „Christlichen" mitmachen würden. Ebenso aber auch, sich auf die Unorganisierten zu verlassen. Von dem in unseren Organisationen herangebildeten Heerbann hängt das Gelingen kommender revolutionärer Erhebungen ab. Alles Schildern und Hervorkehren der Schwierigkeiten, der Hinweis auf die uns sicher gegenüberstehende brutale polizeiliche und militärische Gewalt ist keineswegs dazu angetan, unsere Position zu schwächen; wohl aber die Behauptung, der Massenstreik sei unmöglich. Schwierigkeiten können und müssen durch gesteigerte Energie überwunden werden. Für den Sozialisten darf es ein Unmöglich nicht geben. (Sehr richtig!) Was uns ferner schädigt, ist die Herabsetzung unserer bisherigen Tätigkeit und unserer erzielten Erfolge. Bei aller Selbstkritik sollten wir die Tatsache unseres Fortschreitens zu betonen niemals unterlassen. Die

Arbeitsfreudigkeit, die Kampfeslust der Massen wird damit gesteigert und die Erfüllung schwerer Pflichten unseren tätigen Genossen nur erleichtert.

Die deutsche Arbeiterklasse verdankt die Besserung ihrer Lebenshaltung, ihren geistigen und kulturellen Aufstieg ihrer gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Organisation. Das waren die Wurzeln ihrer Kraft, in ihnen liegt auch die Gewähr für die Durchführung großer politischer Massenstreiks. Strategische Fragen haben wir heute nicht zu entscheiden. Darum sollte man das „fliegende Feuer" auch nicht mit einer Handbewegung abtun. Von der Disziplin hängt die Form mit ab. Hier muß betont werden, daß es gilt, in erweitertem Maße zu rüsten: mehr Zusammenschluß der Massen, strengste Selbsterziehung zur Tatbereitschaft, Opferwilligkeit und Disziplin! Schlägt dann die Schicksalsstunde in Preußen oder im ganzen Deutschland, dann ist das Proletariat kampfbereit, und es wird seine Mission erfüllen. (Bravo!)

Peus-Dessau: Es ist niemand unter uns, der nicht an die Möglichkeit der Notwendigkeit eines Massenstreiks in Zukunft glaubt. Etwas anderes aber ist es, ob wir selbst alles tun müssen, um einen solchen Massenstreik herbeizuführen, nicht etwa überhaupt in irgendwelcher Zukunft, sondern jetzt. Ich sehe einen Massenstreik unter allen Umständen, zumal bei uns im Deutschen Reich, wo es sich um Millionen Arbeiter handelt, als eine Katastrophe an. Wir können aus dieser Katastrophe genau so wie aus der Katastrophe eines Krieges auf die Dauer trotzdem als Sieger hervorgehen. Aber unter allen Umständen können wir durch eine solche Katastrophe auch auf Jahrzehnte ganz außerordentlich geschädigt werden. Ich erblicke in den Reden der Massenstreikenthusiasten eine schädliche Ungeduld und eine Ueberschätzung der Macht, über die wir schon verfügen. Es ist sehr charakteristisch, daß es vor allem auch solche Genossen sind, die in großen Städten in Massenversammlungen zu reden gewohnt sind, die aber nicht in die kleinen Orte gehen, die nicht die Verhältnisse draußen auf dem Lande kennen lernen. Diese Ueberschätzung der Macht ist schädlich, weil sie dazu führt, daß nicht die systematische Arbeit, die wir bisher geleistet haben, in aller Mühsamkeit fortgesetzt wird. Wir haben doch schon manche Beschlüsse gefaßt, die durchführbar wären, aber doch noch nicht durchgeführt sind, die viel weniger im einzelnen erfordern und doch noch an der Indifferenz der Massen scheitern. Sie werden vielleicht denken, wie kann man das in Zusammenhang bringen, wenn man daran erinnert, daß der Schnapsboykott tatsächlich heute schon vollkommen abgeflaut ist, und daß wir nicht davon reden können, daß wir in dieser verhältnismäßig unbedeutenden Frage einen wirklichen Erfolg erzielt hätten. Und dann sehen Sie sich die Massen an, wie sie in bezug auf die uns doch gewiß feindlich gegenüberstehende reaktionäre Macht der Kirchen stehen. Machen wir einen Massenstreik in möglichen Dingen! Machen wir einen Massenstreik wahrhaft mal gegen den Schnaps, aber nicht nur in Redensarten, sondern mit der Tat, und machen wir einen Massenstreik gegen die Kirche, soweit wir innerlich mit der Kirche zerfallen sind! (Sehr gut!) Unbedingt notwendig ist, daß wir unsere Taktik so einrichten, daß sie paßt für die Partei, für die Gewerkschaften und für die Genossenschaften. (Sehr richtig!) Wir haben in unzähligen Resolutionen unsere Solidarität mit den Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht, wir haben auf dem Magdeburger Parteitag auch zum Ausdruck gebracht, daß wir uns mit der Genossenschaftsbewegung solidarisch fühlen. Da ist eine Taktik erforderlich, die auch diese mitmachen können. Nun sehen Sie, wie die beiden Bewegungen sich verhalten haben. Die Gewerkschaften haben geschwiegen, und der Ausspruch von Bauer „Laßt schwatzen" deutet darauf hin, wie die Gewerkschaften urteilen. Die Genossenschaften sagen, wir gehen unsere Wege. Die Partei hätte aber Schaden, wollte sie eine Politik treiben, die mit der der Genossenschaft unvereinbar ist.

(Sehr richtig!) Ich habe mich gewundert, eines Tages hat jemand gemeint, man müsse mit den Gewerkschaften und Genossenschaften in Verbindung treten, um den Massenstreik recht erfolgreich zu gestalten. Kommen Sie zu den Genossenschaften, dann bekommen Sie heute eine Absage so kräftig wie nur möglich, die lachen Sie einfach aus. Der Massenstreik wäre das sicherste Mittel, viele Genossenschaften mit einem Schlage zum Bankerott zu bringen. Wenn Sie meinen, was hat das damit zu tun, wenn Sie dem immer noch die verächtliche, geringschätzige Auffassung über die Konsumvereine entgegensetzen wollen, dann schlagen Sie der Magdeburger Resolution ins Gesicht, dann erkennen Sie nicht die gewaltige Macht gerade dieser Bewegung an. (Sehr richtig!) Was an der ganzen Debatte das Schädliche ist, das ist, daß die Arbeit für die Gewerkschaften, für die Genossenschaften und auch die Kleinarbeit für die Partei selbst auf das allerschwerste gehemmt wird. Zwar wird in der Resolution, die als Amendement gestellt ist, gesagt, es muß das alles auch geschehen. Man will sich decken. Daß man aber immer wieder in den Massen den Gedanken hervorruft, ein Tag muß es bringen, das ist das falsche. Nie wird es ein Tag bringen. Wenn man sich aber sonst fragt, was steht denn in der Resolution? Nichts als starke Ausdrücke und Superlative: „Höchste Energie, entschlossene Taktik, konsequente Taktik, Kampfesmut, Idealismus." Ja, muß man uns das erst empfehlen? Ist das etwas Neues? Liegt das nicht ganz von selbst in allen unseren Bewegungen? Aber außerdem, ist es denn damit getan, daß man solche Worte gebraucht? Wir sollten vor allem dafür sorgen, daß hinter den Worten Taten stehen, wirtschaftliche Taten. Wir haben heute ein erhebliches Stück politischer Macht. Aber der schwerste Mißstand ist, daß dieser politischen Macht nicht entspricht ein gleiches Stück wirtschaftlicher Macht. Ich empfehle gegenüber dem Massenstreik, von dem wir hier reden, den Massenstreik der Konsumenten, mit dem man ja in Berlin z. B. auch bereits angefangen hat. Heute produziert man in Berlin für 3 Millionen Mark Brot, im nächsten Jahre werden es 6 Millionen sein, 100 Millionen aber können es werden. Das liegt in unserer Macht. Und welche Macht wird sich ergeben, wenn eine gleiche Entwickelung auch sonst Platz greift. Erst dann, wenn wir dafür sorgen, daß unserer politischen Macht auch eine entsprechende wirtschaftliche Macht zugrunde liegt, dürfen wir hoffen, daß auch der dauernde Erfolg sich an unsere Fahnen heften wird. Ich wundere mich, daß man das unter Sozialdemokraten noch so stark betonen muß. Wir haben doch immer gesagt, politische Macht ist eine Widerspiegelung der wirtschaftlichen Macht. Ich glaube, wenn wir den sukzessiven Weg der systematischen Organisation weitergehen und auf diesem Wege jeden Tag, jedes Jahr neue Macht erringen, und man wollte dann eines Tages diesen Weg organischer Entwickelung seitens der Gegner mit Gewalt hemmen, dann würde der Massenstreik angebracht sein, dann fehlt es auch nicht an dem durchschlagenden Motiv, dann stehen wir in diesem Kampfe auch nicht allein, dann wird der Kampf zugunsten der gesamten Bewegung erfolgreich sein. (Beifall.)

Liebknecht: Parteigenossen, ich rufe Erinnerungen wach. Nicht allen fällt es leicht, so rasch umzulernen. Im Jahre 1910, als der preußische Parteitag über die Wahlrechtsfrage beriet, da waren nicht nur die Delegierten, da war die ganze Partei der Auffassung: die Erringung eines freien Wahlrechts für Preußen ist kein Pappenstiel, ist keine Nebensächlichkeit, sondern ist und bleibt die brennendste, dringendste, die zentrale politische Frage in Deutschland. In diesem Sinne haben sich auch deutsche Parteitage festgelegt. Wer sich der Stimmung auf den Preußentagen erinnert, wer weiß, mit welcher Leidenschaftlichkeit der preußische Wahlrechtssturm propagiert worden ist, wer weiß wie im Jahre 1910 in einer glorreichen Epoche des proletarischen Kampfes die deutsche, die

preußische Sozialdemokratie auf die Straße gegangen ist und im Handumdrehen, was man für unmöglich gehalten hatte, sich das Recht auf die Straße eroberte, in der Ueberzeugung, es handle sich hier um eine Lebensfrage, um einen unausbleiblichen Kampf bis aufs letzte, wer sich dessen entsinnt und nun heute hier hört, daß das preußische Wahlrecht eigentlich gar nicht so wichtig ist, daß es eigentlich einen allzu ernsten Kampf gar nicht lohnt — ja, Parteigenossen, ich kann nicht so rasch umlernen, und ich weiß, daß draußen von den Genossen viele auch nicht so rasch umlernen können. (Sehr richtig.) Das ist der Grund, weshalb, nachdem die letzten Landtagswahlen alle Hoffnungen auf eine anderweitige Regelung der preußischen Wahlrechtsreform vernichtet haben, der Ruf nach dem Massenstreik spontan aus den Massen herausgekommen ist, aus den Massen trotz alledem. Es kommt wahrlich nicht darauf an, wer das erste Wort gesprochen hat in einer solchen Sache, es kommt auf die Resonanz an. Wenn manche Massenstreikversammlungen nicht so besucht gewesen sind, so beweist das nichts. Das Bedürfnis, sich über das Problem auszusprechen, war über das ganze Land verbreitet. Der Gedanke, daß man sich überlegen muß, daß man zu energischen Mitteln greifen muß, wenn es darauf ankommt, beherrscht die weitesten und gewiß nicht die schlechtesten Kreise der Arbeiterschaft. Es ist nicht gut, wenn man heute die Sache so hinstellt, als seien diejenigen, die nach dem Massenstreik rufen, Revolutionsphraseure. Die ganze Situation, wie sie sich nach dem resultatlosen Verlauf der letzten Landtagswahlen ergab, forderte geradezu eine ausführliche Diskussion über die nunmehr noch möglichen und nötigen Mittel heraus. Und nicht aus irgendeiner Laune irgendeines Akademikers, sondern aus dieser Gesamtsituation heraus ist der Ruf nach dem Massenstreik ertönt. Allerdings ist die Diskussion in eine unglückliche Zeit gefallen. (Sehr richtig!) Aber sie mußte kommen, ist mit Naturnotwendigkeit gekommen. Daß sie in die unglückliche Zeit der Krise gefallen ist, darf keinen Grund abgeben, diese aus den innersten Bedürfnissen des proletarischen Kampfes herausgewachsene Diskussion so zu verhöhnen, mit solcher Wollust geradezu zu diskreditieren, wie das systematisch geschehen ist und geschieht. Das muß ich auch den Genossen Scheidemann und Bauer zum Vorwurf machen. Ich weiß ganz genau, daß über die Schnur gehauen worden ist auch von solchen, die man hier als Massenstreikfanatiker verschrien hat. Ich unterschreibe gewiß nicht alles, was da geredet und geschrieben worden ist. Aber wie konnte Genosse Scheidemann in seiner gestrigen Rede in so unfreundlichen Tönen, um mich sehr zart auszudrücken, gegen die Anhänger einer Diskussion des Massenstreiks polemisieren! Wie ist es möglich, daß er die begeisterten Befürworter einer Fortführung und Steigerung des preußischen Wahlrechtskampfes, die in erster Linie das Wort geführt haben in der Diskussion über den Massenstreik, als Phraseure verspottet und nach allen Regeln heruntergerissen hat. (Scheidemann: Ist mir gar nicht eingefallen!) Schon diese Diskreditierung der Massenstreikanhänger durch die Genossen Scheidemann, Bauer und andere Diskussionsredner müßte dazu Veranlassung geben, sich die Parteivorstandsresolution genau anzusehen und mit einem gewissen Mißtrauen zu interpretieren. Die Parteivorstandsresolution soll angeblich das Bekenntnis zum Massenstreik erneuern. Dies Bekenntnis zum Massenstreik braucht an und für sich nicht erneuert zu werden. Das Bekenntnis zum Massenstreik ist abgelegt in Jena und in Mannheim. Die Resolution des Parteivorstandes enthält aber etwas, was sie durchaus ungenießbar macht, das ist der Hinweis auf die Notwendigkeit einer vollkommenen Einigung aller Organe der Arbeiterbewegung. (Hört! hört!) Eine solche vollkommene Einigung wird sich schwerlich jemals durchführen lassen. Wenn das Voraussetzung für den Massenstreik wäre, dann

hätte es noch niemals einen Massenstreik gegeben. Es liegt in dieser Formulierung erkennbar die Tendenz, den Massenstreikgedanken zu lähmen, nicht aber zu fördern. Ebenso verstehe ich nicht, wie in der Resolution des Parteivorstandes gerade hier besonders prononciert gefordert werden können „für die letzten Ziele der Sozialdemokratie begeisterte, zu jedem Opfer bereite Massen". Das muß gerade bei diesem Anlaß höchst verwunderlich erscheinen, wo es sich um eine demokratische, noch keine rein proletarische Forderung handelt, bei der in gewissem Umfange auf Sukkurs sogar von nicht proletarischer Seite zu rechnen ist. Diese beiden Stellen der Vorstandsresolution zeigen deutlich genug, daß man der Massenstreikdiskussion Handschellen anlegen will, nicht nur für heute, sondern auf die Dauer. Diese Tendenz ist in den Ausführungen von Scheidemann und Bauer deutlich hervorgetreten. Wenn diejenigen, die sagen, wir wollen den Massenstreik, andererseits sagen, wir wollen nicht Worte, sondern Taten, was wollt Ihr mit Euren Worten — nun ich behaupte, daß sowohl Genosse Scheidemann wie auch andere, die sich als angebliche Anhänger des Massenstreiks bezeichnen, nur mit dem Worte Anhänger, aber im tiefsten Innern Gegner des Massenstreiks sind. Ihre Polemik richtet sich durchaus gegen den Massenstreikgedanken an sich. Wenn die Bedenken, die Scheidemann und Bauer haben, alle zutreffen, und ebenso die Bedenken Bernsteins, den ich heute gar nicht wiedererkenne (Sehr wahr!), dann ist ein Massenstreik innerhalb der Gesamtentwickelung auf alle absehbare Zeit hinaus überhaupt ein Unsinn, ein Unding, und wir brauchen überhaupt keine Resolution zu fassen. Unsere Resolution ist keineswegs nur eine Zusammenstellung von klingenden Redensarten. Sie unterscheidet sich von der Parteivorstandsresolution einmal dadurch, daß jene bedauerlichen Wendungen der Parteivorstandsresolution fehlen, sodann dadurch, daß sie zu der Erörterung über den Massenstreik eine freundliche Haltung einnimmt, sie begrüßt, weil sie hervorgegangen ist aus dem revolutionären Bedürfnis der Massen, aus ihrem treuen Glauben an die Stetigkeit des taktischen Willens der Partei, der noch vor zwei Jahren heilig gehalten wurde innerhalb der ganzen Partei, aus dem Verlangen nach dieser Stetigkeit im rücksichtslosen Kampf — bis zur Niederzwingung des Feindes. Es wird die Popularität dieses Gedankens begrüßt, weil wir darin die Gewähr erblicken, daß der Massenstreik mehr und mehr lebendig wird. Resolutionen allein genügen nicht. Es ist ganz verkehrt, wenn Bauer sagt: wozu reden wir über dergleichen Sachen, der Massenstreik wird schon im rechten Moment von uns gemacht werden. Nein, damit der Massenstreik in diesem Sinne „gemacht" werden kann, und wenn er nicht als wilder Streik zum Ausbruch kommen soll, dann muß er vorher in den Massen in seiner ganzen Bedeutung mit der vollen Verantwortung verstanden werden. (Sehr richtig!) Deshalb bedarf es der Diskussion. Der Gedanke muß lebendig werden in den Massen, und er kann nur lebendig werden im lebendigen Fluß der Diskussion innerhalb der Massen selbst. Ob der heutige Zeitpunkt geeignet ist oder nicht, das kann dabei keine Rolle spielen. Der Vergleich Scheidemanns von der nicht anwendbaren Waffe paßt durchaus nicht. Niemand sagt ja, heute soll der Massenstreik angewandt werden. Die Gegner der Arbeiterbewegung wissen genau, daß die Arbeiterschaft auch in der Zeit der Krise Waffen genug in der Hand hat, um sich zu helfen, gegen die feindlichen Anschläge zu helfen und zu wehren. Aber auch in einer Zeit der Not wie gegenwärtig dürfen und müssen wir neue Waffen bereiten für die Zukunft, und diese neuen Waffen im Wahlrechtskampfe vor allem können nicht anders sein als schärfere Waffen. Denn die Waffen, die wir bisher angewandt haben, haben nicht genügt. Derjenige, dem es Ernst ist mit dem Massenstreik, kann nicht eine solche Hemmungsresolution annehmen, wie sie der Parteivorstand vorschlägt. Er muß eine Resolution annehmen, die

auf die Förderung des Massenstreikgedankens hinzielt. In der preußischen Wahlrechtsfrage gibt es für uns auch heute und für alle Zukunft kein Halt, auch kein Zurück, sondern nur ein Vorwärts. (Lebhafter Beifall.)

– Dr. Frank-Mannheim: Parteigenossen, da sind wir nun glücklich so weit, daß wir nicht die große Frage diskutieren, ob wir den Massenstreik zum Angriff benutzen wollen, sondern die kleine Frage, ob wir über den Massenstreik reden dürfen. Der Parteivorstand möchte am liebsten ein Schweigegebot haben. Das ist überraschend für mich. Es wäre recht belehrend, wenn wir für die Delegierten des Parteitages zusammenstellen wollten, was in den letzten drei Jahren im „Vorwärts", in allen Parteiblättern, in Flugblättern der Partei an offenen und versteckten Drohungen mit dem Wahlrechtsstreik geleistet worden ist. (Sehr richtig!) Es wäre sehr belehrend, wenn wir zusammenstellen wollten, was noch in diesem Jahre bei der Maifeier in tausenden Versammlungen in dieser Richtung gesagt worden ist, was auch im Reichstag darüber gesprochen worden ist, ohne daß ein einziges Mal der Parteivorstand die alte Weisheit ausgegraben hätte: „Lieber Ede, so was tut man, so was sagt man nicht." Ich will nicht prüfen, inwieweit diese Lebensregel, die seinerzeit unser alter Auer an Eduard Bernstein geschrieben hat, für das Verhalten des einzelnen eine richtige Lehre ist. Aber darüber ist doch kein Zweifel: Wenn wir wirklich ernstlich wollen, daß Millionen von Arbeitern und Angestellten einmal Opfer, schwere Opfer bringen, nicht für ein paar Pfennige Lohnerhöhung oder für Verkürzung der Arbeitszeit, sondern Opfer bringen für etwas, was ihnen keinen unmittelbaren persönlichen Vorteil bringt, dann kann man sich — darin stimme ich der Genossin Luxemburg bei — nicht darauf verlassen, daß die nötige Stimmung und Begeisterung über Nacht wie der Tau vom Himmel fällt, sondern dann ist notwendig — darüber war bis vor wenig Wochen in der Partei nur eine Meinung —, daß wir den Massen sagen, was wir wollen, daß wir die Millionen erziehen und begeistern für dieses große Ziel. Das heißt, lieber Genosse Scheidemann, nicht mit einer Waffe spielen, das heißt, die Waffe erst schärfen. (Sehr richtig!) Wenn also der eine oder der andere unserer Parteigenossen daran Aergernis genommen hat, daß ich in einer Versammlung in Berlin-Wilmersdorf offen ausgesprochen habe: Wir kommen in Preußen, wie die Dinge jetzt liegen, nicht weiter ohne die Waffe des Massenstreiks, so habe ich von dem, was ich dort gesagt habe, keine Silbe zu bedauern und kein Wort zurückzunehmen. (Bravo!) Damals war in den weitesten Kreisen der Partei tiefe Mißstimmung, eine trostlose Hoffnungslosigkeit über das Ergebnis der preußischen Wahlen. (Widerspruch und Sehr richtig!) Darüber wollen wir uns nicht täuschen. Ich sage Ihnen ganz rückhaltlos und scheue mich nicht, das auszusprechen: ich will jetzt dahingestellt sein lassen, ob nicht durch eine andere Taktik bei den preußischen Landtagswahlen vielleicht die Wahlreform auf einem anderen Wege hätte ein Stück vorwärts geschoben werden können. (Sehr richtig!) Ich habe darüber meine Meinung; aber darüber zu sprechen, ist jetzt nicht der Ort und die Zeit. Nachdem einmal dieser andere Weg nicht beschritten war, und nachdem dann die Wahlen das bekannte Ergebnis hatten, nachdem es also aussichtslos geworden war, innerhalb des Parlaments einen Schritt vorwärts zu kommen, da war es Sache der Partei, sich darüber klar zu werden, daß jetzt nur der andere Weg übrig blieb, das ist der Weg außerhalb des Parlaments, der Weg des Massenstreiks. Das damals zu sagen, hielt ich für mein Recht und für meine Pflicht, weil ich glaubte, es sei nicht gleichgültig, ob die Regierung und die gegnerischen Parteien sich einbilden, es hänge jetzt nur von ihrem Belieben, von ihrer Gnade ab, ob sie dem Proletariat in

Preußen das geforderte Recht geben wollen. Ich glaubte auch, es sei nicht ganz wertlos, wenn in jenem Augenblick in recht augenfälliger, deutlicher Weise allen klar gemacht würde, daß es in der Frage des preußischen Wahlrechts innerhalb unserer Partei kein Nord und Süd, kein Rechts und Links gibt, sondern eine einheitliche Schlachtlinie zur Erkämpfung unseres Rechtes. Das sagte ich damals, weil ich noch der Meinung war, daß in dieser Vorfrage zweierlei Ansichten bei Sozialdemokraten überhaupt nicht vorhanden sind. Ich scheue mich aber nicht auszusprechen, daß einzelne Wendungen, die heute dem Genossen Bauer unterlaufen sind, mit das Bedauerlichste sind, was ich auf einem sozialdemokratischen Parteitage je gehört habe. (Lebhafte Zustimmung.) Genosse Bauer hat, darin stimme ich ihm bei, gewarnt vor der Berauschung an revolutionärer Phraseologie. (Sehr richtig!) Noch gefährlicher aber wäre es, wenn die revolutionäre Phraseologie verdrängt würde durch eine konservative Phraseologie. (Bravo!) Daß wir in Preußen und in Deutschland solange keine Ruhe geben dürfen, solange nicht das jetzige Wahlrecht aus der Welt geschafft ist, daß das eine Ehrensache für uns ist, darüber dürfen wir nicht streiten, wir machen uns sonst lächerlich vor der ganzen Welt. (Bravo!) Wie der Massenstreik, wenn er zur Tat wird, aussehen soll, darüber gibt es ja zwei Gruppen von Meinungen. Ich kann mich da in allen wesentlichen Punkten dem anschließen, was Genosse Scheidemann erklärt hat. Ich bin allerdings der Meinung, wir müssen vom Ausland lernen in diesen Dingen. Aber wir sind gezwungen, bei der Ausführung so großer Aktionen uns der Kräfte zu bedienen, die wir nun einmal im Lande haben. Wir haben bei unseren Arbeitern nicht den revolutionären Schwung romanischer Länder, aber wir besitzen gewaltige Organisationen, die in der Welt vielleicht nicht ihresgleichen haben und um die wir beneidet werden. Wenn der Massenstreik kommt, muß er sich stützen auf diese großen Organisationen, er muß planmäßig vorbereitet sein und er kann und wird bei der Disziplin der deutschen Arbeiter friedlich durchgeführt werden. Der Genosse Scheidemann hat sich in ein paar Worten auch beschäftigt mit einer Anregung, die ich in der Versammlung zu Wilmersdorf in die Debatte geworfen habe. Ich habe dort gesagt, es wäre möglich, wenn der Massenstreik kommt, daß er nicht im ganzen Reich auf einen Schlag losbricht, sondern von Industriegebiet zu Industriegebiet sich fortpflanzt. Ich sagte das im Anschluß daran, daß ich zur Aufgabe stellte, wir dürften die herrschenden Gewalten nicht zur Ruhe kommen lassen (Sehr richtig!) und müßten deswegen die Aktion wie ein fliegendes Feuer von einem Industriegebiet zum anderen mit disziplinierten Massen, die dazu bereit sind, durchführen. Man kann darüber streiten, aber ich meine, daß man jedenfalls diesen guten Vorschlag nicht mit einem schlechten Scherz abtun kann, wie das Scheidemann versucht hat. Ich nehme an, daß er einen guten Witz nicht zur Verfügung hatte. (Heiterkeit.)

Was soll nun in diesem Augenblick geschehen? Wir haben die Resolution des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind viel zu kluge Politiker, um nicht zu wissen, daß an diesem Ding eigentlich kein Mensch eine rechte Freude hat. (Sehr richtig!) Ich glaube, nicht einmal der Parteivorstand selbst. Es ist eine merkwürdige Sache, wenn wir diese Resolution ansehen: es ist kaum ein unrichtiger Satz darin. (Heiterkeit.) Wer hat etwas dagegen einzuwenden, daß wir mit allen Mitteln die Organisation stärken? Wer ist nicht überzeugt, daß für eine solche Massenaktion all die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen gegeben sein müssen, von denen die Rede ist? Aber wenn ich sagen sollte, was darin fehlt, — ich kann es schwer in Worte fassen, ich habe das Gefühl, es fehlt darin der Ausdruck eines starken poli-

tischen Wollens. (Sehr richtig!) Es wird mir zugerufen, es habe drin gestanden, ich weiß nicht, wer stark genug ist, diesen diktatorischen Parteivorstand zum Verzicht auf das wichtigste zu bringen. (Zuruf: Die Instanzen!) Es ist dann noch eine Resolution da, die den Namen Luxemburg trägt. Es ist eine lange Resolution (Heiterkeit) und ich kann nicht finden, daß diese vielen Worte das, was der Parteivorstand mit wenigen Worten nicht sagt, besser ausdrücken. (Heiterkeit.) Ich habe aber ein Bedenken gegen diese Resolution. Genosse Bauer hat schon angedeutet, daß die Resolution in direkter Linie abstammt von der Resolution 12 aus Niederbarnim. Das wäre an sich kein Unglück, es kann auch aus Niederbarnim einmal was Gutes kommen. (Heiterkeit.) Aber die Resolution ist im wesentlichen wörtlich abgeschrieben von der Resolution Niederbarnim, es sind nur einige nicht bedeutungslose Aenderungen, seltsame Aenderungen vorgenommen worden. Es ist dort die Rede davon, man müsse eine „scharfe revolutionäre" Taktik anwenden. In der Resolution Luxemburg sind die Worte „scharfe revolutionäre" gestrichen. Die Niederbarnimer Resolution verlangt eine Taktik, „die vor keiner Konsequenz zurückschreckt". Auch diese Worte sind von Ihnen gestrichen. Ja, liebe Genossin Luxemburg, wenn auch Sie zu dämpfen anfangen! (Stürmische Heiterkeit.) Ich meine, wenn ich eine gedämpfte Resolution haben will, dann nehme ich lieber die des Parteivorstandes. Der versteht das Dämpfen besser als Sie. (Heiterkeit.)

Ich komme zu dem Ergebnis: die entscheidende politische Wirkung unserer heutigen Verhandlungen wird nicht davon abhängen, ob ein Wort mehr oder weniger in der Resolution steht, sondern sie wird davon abhängen, welchen Eindruck draußen die Massen und die Regierungen gewinnen, von dem Geist und dem Willen, der hinter unseren Beschlüssen steht. Da ist von allergrößter Wichtigkeit, was Sie auch beschließen mögen, daß draußen nicht der Irrtum entsteht, als wolle die Sozialdemokratie in dieser Frage bloß auf der Stelle treten oder sich gar rückwärts drängen lassen. Ich verstehe ganz gut, daß die Genossen vom Parteivorstand und von der Generalkommission von einem starken Verantwortlichkeitsgefühl beseelt sind und geneigt sind, zu bremsen. Aber es müssen auch Kräfte da sein, die vorwärtstreiben. Wenn alle bremsen, dann kommt eine Bewegung heraus, die nicht vorwärts führt. Wir müssen darüber Klarheit schaffen, dafür sorgen, daß darüber kein Zweifel besteht: es bleibt dabei, in Preußen kommt entweder eine Wahlreform oder es kommt ein Massenstreik. Das muß die Losung bleiben. (Stürmischer Beifall.)

Lebedour: Ich freue mich, zum größten Teil mit den Ausführungen des Genossen Frank durchaus einverstanden zu sein. In allem, was er zur Rechtfertigung der Notwendigkeit eines Vorwärtsschreitens zu Massenaktionen sagte, hat er durchaus meinen Anschauungen entsprochen. Auch darin, was er an kritischen Bemerkungen einflocht gegenüber den Vertretern der Anschauungen des Vorstandes und einer anderen Instanz, der Genossen Scheidemann und Bauer, hat er durchaus das richtige getroffen. Aber ich war doch höchst überrascht, als er, nachdem er die Vorstandsresolution in Grund und Boden kritisiert hatte, dann wider alles Erwarten erklärte: Ja, die andere Resolution taugt auch nichts. Die sei ja gedämpft, und das verstehe der Parteivorstand besser, daher sei es ratsamer, seine Resolution anzunehmen. (Scheidemann: Sehr richtig!) Dieses Sehr richtig! des Genossen Scheidemann bedauiert besser die Deduktionen des Genossen Frank, als ich es vermöchte. Ich möchte ihm gegenüber mich einer Wendung bedienen, die er selber gegenüber Scheidemann gebraucht hat: er wollte des Antragstellers wegen nicht gern der Resolution, die wir eingebracht haben, zustimmen, und war in tötlicher Verlegenheit nach seinen sonst trefflichen Ausführungen, einen Grund dafür zu finden. Er suchte nach einem Witz, um sich aus der peinlichen Situation zu retten, und da er keinen guten fand, griff er nach einem schlechten. (Große Heiterkeit.) Um seinen Quersprung zu motivieren, konstruierte er sich, daß unsere Resolution aus dem Niederbarnimer Embryo durch Dämpfung entwickelt sei. Das ist ein Irrtum. Es ist begreiflich, daß dieselben Personen in Niederbarnim, die hier mitgearbeitet haben, daß in beiden Resolutionen gleiche Wendungen wiederkehren. Es ist überhaupt sehr schwierig, über diese Frage sich so auszudrücken, daß man nicht Worte und Wendungen nimmt, die andere Leute, die im Grunde dasselbe wollen, auch schon gebraucht haben. Aber es ist nicht etwa die Niederbarnimer Resolution genommen und dann irgendwie gedämpft oder geändert, sondern nach einer Aussprache haben einige Genossen die Ausarbeitung dieses Dinges übernommen und die Genossin Luxemburg ist ganz unschuldig an dem, was sie eine Dämpfung nennen. Es ist gar keine Dämpfung beabsichtigt, es sind nur im Zusammenhang, im logischen Aufbau vielleicht andere Wendungen für denselben Gedanken gebraucht worden. Ich mußte darauf eingehen, da die ganzen Versuche des Genossen Frank, seine Ablehnung unserer Resolution zu motivieren, ausschließlich auf dieser völlig künstlich konstruierten Behauptung basieren.

Es ist in der Hauptsache meine Absicht, auf einen Gesichtspunkt Ihre Aufmerksamkeit zu lenken. Ich sehe ab von der Erörterung von Aeußerungen einzelner Personen in der Presse und Versammlungen; es läßt sich natürlich kritisch gegen einzelne solcher Aeußerungen immer etwas sagen. Aber das trifft nicht den Kern der Sache. Was ist denn letzten Endes der Grund, daß wir überhaupt jetzt in dieser Zeit, in diesem Jahre, dazu gedrängt werden, einen energischen Schritt vorwärts zu gehen zu dem Mittel des Massenstreiks? Parteigenossen, dazu drängt nur das kolossale Anwachsen unserer Bewegung, das zum Ausdruck gekommen ist in den enormen Erfolgen bei den Reichstagswahlen, die den Gegnern einen Schreck in die Glieder gejagt haben, nicht weil wir 110 Männer in den Reichstag gebracht haben, sondern weil wir 4¼ Millionen Männer aufgebracht haben auf dem Kampfplatz des öffentlichen Lebens, die für die sozialistischen Ziele eintreten. Die Wirkung dieser Tatsache auf die Gegner ist die, daß sie sich enger zusammenschließen, daß auch im Parlament eine Annäherung der bürgerlichen Parteien erfolgt ist, die zusammengescheucht sind durch das bedrohliche Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung. Gerade daraus resultiert der scheinbare Widerspruch, daß die starke sozialdemokratische Fraktion an positiven Erfolgen, um diesen oft zitierten Ausdruck zu gebrauchen, im Reichstag gegenwärtig weniger erreichen kann, als zu gewissen Zeiten, wo sie schwächer gewesen ist. Wir nähern uns der Zeit, in der in Wirklichkeit der Sozialdemokratie eine geschlossene Phalanx der bürgerlichen Parteien gegenübersteht. Bei dieser Entwickelung der Partei zu ihrer gewaltigen Stärke wird es eine Aufgabe von gebieterischer Notwendigkeit auch aus dem Grunde, daß wir mit Massenaktionen einsetzen, um dadurch erst in der gegenwärtigen Lage parlamentarisch erfolgreiche Tätigkeit für uns zu ermöglichen.

Parlamentarismus und Massenaktionen sind richtig verstanden keine Widersprüche, sondern sie müssen sich gegenseitig ergänzen. (Sehr richtig!) In den Jugendzeiten der Partei, solange die Bewegung schwach ist, kann man auf Massenaktionen verzichten. Da kann die parlamentarische Kritik allein die Wirkung ausüben, die Bewegung vorwärts zu treiben und zu festigen, was heute nur noch durch große Erfolge erreicht werden kann. Wir lassen es nicht fehlen an parlamentarischer Kritik, und Sie werden mir aufs Wort

glauben, wenn ich sage, daß ich der Allerletzte bin, der die parlamentarische Kritik unterschätzt. Es ist mir sogar von Parteigenossen schon vorgeworfen, daß ich die Gegner, Minister und Generäle, zu scharf angreife, indem ich sie behandle wie gewöhnliche Menschen. Gerade im Interesse der parlamentarischen Tätigkeit müssen wir zu Massenaktionen kommen. Die Zeit ist gekommen in der Partei, wo um ein Wort von Engels anzuwenden, die Quantität umschlagen muß in die Qualität. Je mehr wir der Durchsetzung unseres Endziels uns nähern, können wir nur noch durch Massenaktionen überhaupt etwas erreichen. Wenn die Gegner sich darauf verlassen können, daß die gegen die Massenaktionen gerichteten Worte von Bauer der Ansicht der Partei entsprechen, dann brauchen sie die Partei nicht zu fürchten (Sehr richtig!), dann könnten sie sich alles erlauben, dann würden wir die wunderbarsten Dinge erleben. Nur dadurch, daß den Gegnern durch unser Auftreten, durch unser Vorgehen die Ueberzeugung sich einprägt, daß es unter Umständen zu den gewaltigsten Massenaktionen, Massenstreiks und Massenkämpfen kommen wird im Fortlauf der Bewegung, nur dadurch können wir heutigentags noch einen Druck auf die gewaltig zusammengeballten Gegner ausüben. Nehmen Sie unsere Resolution an. Sie werden dadurch der Bewegung der sozialdemokratischen Partei den besten Dienst in der Gegenwart erweisen. (Lebhafter Beifall.)

Pannekoek-Bremen: Sie werden es verstehen, daß ich auf das, was Hense über meine Ausführungen in Hamburg gesagt hat, hier nicht eingehe. Ich kann um so leichter darüber hinweggehen, weil ich nächster Woche Gelegenheit habe, in Hamburg mich mit Hense darüber auseinanderzusetzen. Es ist von verschiedenen Seiten gesagt, daß die Diskussion, das Gerede über den Massenstreik zwecklos sei, er wird von selbst kommen, wenn die Verhältnisse da sind. Gewiß, er wird dann kommen, aber bei der festgegliederten Organisation, die gerade die deutsche Arbeiterklasse sich geschaffen hat und die ihre Kraft bildet, wird es ein starkes Hemmnis sein und die Bewegung erheblich schwächen, wenn innerhalb der Organisation nicht möglichste Klarheit über die Frage besteht. Und wie nötig eine Klärung über diese Frage ist, das zeigt gerade eine Aeußerung von Scheidemann, eine Aeußerung, die man zwar öfter in Versammlungen hört, aber über die man sich wundern muß, wenn man sie hier aus dem Munde eines Mitgliedes des Parteivorstandes erfährt. Scheidemann hat als Vorwurf gegen uns gesagt: Um die Massen für das allgemeine Wahlrecht zu begeistern, setzt man zuerst den Parlamentarismus herab. Das erscheint dem Genossen Scheidemann als Widerspruch, daß man die Unzulänglichkeit des vom allgemeinen Wahlrecht gewählten Reichstags betont und dennoch das allgemeine Wahlrecht für den preußischen Landtag erobern will. Dieser Widerspruch ist nur scheinbar. Die Macht des Reichstags wird beschränkt durch den Bundesrat, der als selbständige Macht neben ihm steht und über die Machtmittel des Staates verfügt. Der Bundesrat aber ist die preußische Regierung, und sie stützt sich auf das Dreiklassenhaus. Bestände für den preußischen Landtag das allgemeine Wahlrecht, dann wäre die Regierung viel machtloser gegenüber dem Reichstag. Der Kampf für das preußische Wahlrecht ist also ein Kampf für die Macht des Reichstags. Daraus ergibt sich, daß erst durch Massenaktionen, die imstande sind, für Preußen das Wahlrecht zu erobern, der Wert des Parlamentarismus verwirklicht werden kann.

Wichtiger ist noch eine andere Aeußerung Scheidemanns. Er hat betont, daß wir noch eine Minderheit sind und daß unser demokratisches Empfinden sich dagegen sträuben müsse, daß wir als Minderheit unseren Willen der Mehrheit aufdrängen. Damit wären wir wieder angelangt auf dem Standpunkt der Diskussion in 1903, als die Frage international diskutiert wurde: solange man eine Minderheit ist, ist der Massenstreik nicht möglich, und sobald man eine Mehrheit ist, ist er nicht mehr nötig.

Wie liegt die Sache? Ziele für Massenaktionen sind immer nur solche, die direktes Interesse für die Mehrheit der Bevölkerung haben; nicht in dem Sinne, wie auch der Sozialismus ein Interesse der Mehrheit ist, sondern in dem Sinne, daß die Massen selbst dieses Interesse empfinden. So etwas ist das allgemeine Wahlrecht, die Verhinderung eines Krieges, die Verhinderung neuer Wuchergölle. Das sozialdemokratische Proletariat kann in solchen Fällen ruhig zu Massenaktionen greifen in dem Bewußtsein, daß es sicher die Mehrheit der Bevölkerung mitbekommt, wenn diese nur erst genügend aufgerüttelt ist. Auch Scheidemann hat gesagt, daß wir bei einer solchen Aktion sicher drei Viertel des deutschen Volkes hinter uns haben. Damit hat Scheidemann den bündigsten Beweis geliefert, daß die Resolution des Parteivorstandes unhaltbar ist. Denn dort steht im Schlußsatz, daß der politische Massenstreik nur ausgeführt werden kann von klassenbewußten Massen, die für die letzten Ziele des Sozialismus begeistert sind. Das ist absolut unrichtig; wäre es richtig, dann könnte man bei einer solchen Massenaktion auch sofort den Sozialismus selbst als Ziel aufstellen. Das wäre nichts als die alte katastrophale Auffassung, daß wir mit einer großen Aktion den Sozialismus erobern müssen. Dieser Schlußsatz bedeutet, daß ein Massenstreik nur für das allgemeine Wahlrecht unmöglich ist. Wenn weiter gefordert wird die volle Uebereinstimmung aller Instanzen bei der Durchführung eines Massenstreiks, so bedeutet das, daß der Massenstreik nie stattfinden wird. Daher ist die Resolution des Parteivorstandes unannehmbar. Nehmen Sie also unseren Abänderungsantrag an. (Bravo!)

Dr. David: Die Diskussion hat durch die Ausführungen **Franks** eine Wendung bekommen, die sie vorher nicht hatte. Sie ist aus der Sphäre der prinzipiellen Diskussion in die Sphäre der aktuellen getreten. Die Frage lautet nicht mehr: sind wir im Prinzip dafür, daß unter gegebenen Umständen auch einmal das Mittel des Massenstreiks zur Anwendung zu bringen hätten. Sondern die Frage lautet jetzt: sind wir entschlossen, in der Frage des preußischen Landtagswahlrechts zum Massenstreik zu greifen? Damit hat die Frage ein ganz anderes Gesicht bekommen. In der prinzipiellen Frage waren wir einig. Auf dieser Einigung beruhen die Beschlüsse von Jena und Mannheim. Diese Einigung wurde wiederum durch die Resolution des Parteivorstandes dokumentiert. In der Frage der aktuellen Anwendung des Massenstreiks in Sachen des preußischen Wahlrechts sind wir nicht einig.

Auch ich teile nicht die Auffassung Bauers, daß die preußische Landtagswahlreform eine Frage sekundärer Bedeutung sei. (Sehr richtig!) Auch ich bin der Meinung, daß das die Zentralfrage der innerdeutschen Politik ist. (Sehr richtig!) Wenn ich nun der Meinung wäre, wie Frank, daß diese Zentralfrage nur durch das Mittel des Massenstreiks in unserem Sinne gelöst werden könnte, so würde ich an seine Seite treten und für den Massenstreik eintreten. Da ich aber die tiefe Ueberzeugung habe, daß das nicht der Fall ist, daß der Massenstreik in Preußen zu diesem Zweck in den nächsten Jahren — und wir müßten doch eine sichtbare Zeit stecken — nicht zur Eroberung des preußischen Wahlrechts, sondern zu einer furchtbaren Katastrophe für die moderne Arbeiterbewegung führen würde, deshalb erhebe ich die Stimme, um Sie vor diesem Wege zu warnen. Es ist ein Wahnglaube, daß man mit diesem Mittel den preußischen Militär- und Polizeistaat aus den

Angeln heben könne. Soweit sind wir noch nicht. Wir sind eine Minderheitspartei in Preußen wie in Deutschland. Nicht auf unserer Seite stehen die größeren Massen, die stehen noch drüben im gegnerischen Lager. (Hört! hört!) Wir sind stolz auf unsere 4¼ Millionen Stimmen. Gewiß, aber die Gegner haben 8 Millionen Stimmen. Meinen Sie, das wären lauter Kapitalisten? Davon sind Kapitalisten und kapitalistisch Interessierte sicherlich noch keine 2 Millionen. Ich greife hoch. Die anderen 6 Millionen, und das sind mehr wie wir, die gehören der arbeitenden Volksmasse an, und die stehen gegen uns. (Hört! hört!) Der Massenstreik ist unmöglich für absehbare Zeit, weil die Massen dagegen sind. Auch auf der Straße können wir als eine Minderheit gegen eine Mehrheit nichts ausrichten. Und die Mehrheit auf der anderen Seite ist besser organisiert als wir. Sie hat den Polizeiapparat und die Militärmaschinerie auf ihrer Seite. Ihr sind wir nicht gewachsen. Es sei denn, daß wir erst zur Mehrheitspartei im Deutschen Reiche und in Preußen würden. Dazu braucht es aber noch Zeit und viel Arbeit. Und darum ist die Aufrührung der aktuellen Frage, ob wir einen Massenstreik inszenieren sollen zur Eroberung des preußischen Wahlrechts, das Verkehrteste, was wir tun können.

Freilich, diejenigen, die auf dem Standpunkt der Taktik von Rosa Luxemburg stehen, können dem Gedanken einer solchen Massenbewegung mit Seelenruhe gegenüberstehen. Wer der Meinung ist, daß man unsere Armee durch blutige Niederlagen an einen zukünftigen Sieg gewöhnen müßte, der mag diese Taktik verfolgen. Das ist die Taktik, die den Massenstreik als Einleitung zu einer Kette von Revolten ansieht, die es als eine, wenn auch nicht beabsichtigte, so doch unvermeidliche Folge ansieht, daß die streikenden Arbeiter in Konflikte geraten. Und das wäre in der Tat die unvermeidliche Folge, solange wir nicht den Massen, die auf die Straße gehen, die nötige Munition mitgeben können, nicht eine Munition im Sinne des Militarismus, sondern den wirtschaftlichen Rückhalt, daß sie mindestens zwei bis drei Wochen ohne Arbeitsverdienst ihr Leben fristen können. Was für den Kampf im militärischen Sinne das Pulver ist, das ist für den Kampf in Sachen der Arbeitsverweigerung das Brot. (Sehr richtig!) Ehe wir die Brotfrage nicht gelöst haben, ehe Sie nicht die Garantie geschaffen haben, daß die Arbeiter in der Zeit des Ausstandes ruhig spazieren gehen können, solange ist unsere Armee nicht imstande, den Massenstreik siegreich durchzuführen. Zwei Gefahren würden mit dem Hunger auftauchen: die panikartige Flucht zurück zu den Werkstätten oder die Hungerrevolte. Und das ist es ja, worauf unsere schlimmsten Gegner, die Heydebrand und Genossen, warten, daß es bald einmal „hart auf hart geht".

Das ist die Taktik, die die Genossin Luxemburg auch beim Zarenbesuch empfohlen hat. Sie hat ihre in Niederbarnim gesprochenen Worte heute abzuschwächen gesucht, sie hat gemeint, man habe nicht einmal eine kleine Gegendemonstration, eine Protestversammlung, einen scharfen Leitartikel gewagt. Das ist eine Verschleierung. Sie sagte damals in der Versammlung folgendes: „Vor kurzer Zeit war aus Anlaß einer Familienfeier der Blutzar in Berlin. Nicht eine Hand hat sich gerührt. Der Blutzar konnte in den Straßen Berlins in viel größerer Ruhe fahren als in Petersburg. (Hört! hört!) Wäre es nicht Pflicht der sozialdemokratischen Partei gewesen, eine Demonstration zu veranlassen, daß der Zar an seinen Aufenthalt in Berlin zeitlebens zu denken hätte und es ihm nicht noch einmal gelüsten würde, nach Berlin zu kommen?" (Hört! hört!) Das wäre wohl dadurch erreicht worden, daß die Partei eine Protestversammlung in der Hasenheide abgehalten hätte? (Heiterkeit.) oder daß ein „Vorwärts"-Leitartikel im Sinne der Rosa Luxemburg gebracht wäre? (Heiterkeit.) Dann wäre der Zar wohl in den Straßen Berlins mit einer ungeheuren inneren Unruhe umher gefahren. (Heiterkeit.) Dann hätte er wohl gesagt: Nie mehr komme ich nach Berlin, denn da machen die Sozialdemokraten Demonstrationsversammlungen in allen größeren Lokalen der Stadt. (Große Heiterkeit.) Sollten die Worte der Genossin Luxemburg diesen Sinn nicht haben? Dann frage ich: Welchen Sinn hatten sie? Da, wo die Polizei in Haufen stand, wo das Militär Spalier bildete, wo die Hunderte von Geheimpolizisten im Publikum verteilt waren, wo die Massen auf dem Damme waren, die noch nicht in unserem Lager sind, wo diese Massen gegen die Massendemonstrationen von unserer Seite gewesen wären, was wäre dort die Folge unserer Demonstration gewesen? Ich will das nicht aussprechen. Jeder, der gesunde Sinne hat, weiß das! Und auch die Genossin Luxemburg weiß es! Wer diese Taktik im Auge hat, darf freilich aufs Blinde hinaus den Massenstreik propagieren. Denn das macht „Stimmung", wenn Arbeiterblut das Pflaster färbt. Dann kommen wir „vorwärts". Einmal nur in der Geschichte sind durch akustische Effekte Mauern umgestürzt worden, in alten Jericho; und auch das wird neuerdings von der Wissenschaft bestritten. (Große Heiterkeit.) Mit Mutgeheul erobern wir die Bastionen des preußischen Polizei- und Militärstaates nicht! Und auch mit Blut setzen wir die Regimenter in Berlin nicht außer Aktion. Ich dächte, das hätten wir eigentlich längst in der Bewegung gewußt und längst unsere Taktik auf die Revolutionierung der Köpfe eingerichtet (Sehr gut!) und nicht auf Demonstrationen, die den nicht ausgesprochenen Zweck zu Zusammenstößen haben, um dadurch die nötige Stimmung zu erzeugen.

Wenn wir einmal die Frage der Arbeitsverweigerung ins Auge fassen, dann müssen wir so gerüstet sein, daß ausreichende Munition vorhanden ist. Da werden die großen Glieder der Bewegung, die politischen und wirtschaftlichen Organisationen stark genug sein müssen, auch die genossenschaftlichen. Die Genossenschaften als solche können sich natürlich nicht an einer solchen Aktion beteiligen. Aber das genossenschaftliche Blatt hat mit Recht ausgeführt: so gut wie jede öffentliche Sparkasse den Einlegern, wenn sie es in der Not verlangen, die Groschen herausgeben muß, so gut muß die Genossenschaft bereit sein, jedem einzelnen ihrer Mitglieder, wenn er in wirtschaftliche Not kommt, die ihm zustehenden Ansprüche zu leisten. Der Anschluß an die Genossenschaft ist also eine gute Rüstung, und es steht dem nichts im Wege, daß jeder Arbeiter sich diese Munition in den Tornister packt. Für die ersten zwei bis drei Wochen eines Massenstreiks dürfen die Partei- und Gewerkschaftskassen gar nicht in Anspruch genommen werden. Nur mit solcher wirtschaftlichen Rüstung ist der Sieg an unsere Fahnen zu ketten.

Wir können die politische Macht nur erobern, wenn wir die Mehrheit des Volkes für uns gewinnen. Auf diesem Wege liegt auch die Eroberung des preußischen Wahlrechts. Wir haben hier einen Ruf von neuem aufgenommen, der vor 20 Jahren zum erstenmal in Köln erscholl: Hinaus aufs Land! Wir fassen von neuem die Agrarfrage an. Nur wenn wir die Massen auch auf dem Lande für uns gewinnen, in Preußen und im Reiche, kann uns politische Macht zufallen. Dann sind wir da, wo wir sein wollen. Die Arbeit in derselben Richtung wie seither mit aller Macht fortzusetzen, und uns nicht einzulassen auf eine Taktik, die zu schweren Niederlagen führen muß, das ist unsere Pflicht. Deshalb verzweifele ich durchaus nicht, sondern sage: Auch ohne Massenstreik vorwärts zum Sieg! (Lebhafter Beifall.)

Hierauf tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Ebert leitet die Verhandlungen.

Fortsetzung der Debatte über den Massenstreik.

Grumbach: Wenn wir kurz zusammenfassen, was in der bisherigen Diskussion gesagt wurde, so ist es vor allem folgendes: Niemand hat gesagt „sofort" und niemand hat gesagt „nie". Alle Redner, sowohl die, die man als Massenstreikfanatiker bezeichnet hat, wie die anderen, haben schließlich den Eindruck erweckt, daß sie sich der ungeheueren Schwierigkeiten, die gerade in Deutschland ein Massenstreik finden würde, vollauf bewußt sind. Ich habe bei keiner Rede die Empfindung gehabt, daß revolutionäre Phraseologie in allzu übertriebener Weise gebraucht wurde. Selbst dort, wo die Forderung ihre schärfste Formulierung fand, hatte ich das starke Gefühl, daß man sich sehr wohl bewußt blieb, daß es gilt, in Deutschland ungeheure Arbeit durchzuführen, ehe wir wirklich einen Massenstreik beginnen können mit der Ueberzeugung, daß irgendein Sieg moralischer oder praktischer Art dadurch errungen wird. Es gibt in dieser Frage noch so tausendfach Verschiedenes zu erörtern, daß es mir beinahe leid tut, daß dieser Parteitag schon wieder nach Mannheim und nach Jena einen neuen Beschluß fassen will. Wir müssen uns noch über gar viele Dinge klar werden, über die wir uns noch nicht klar geworden sind. Es gab eine Zeit, da wurde ein Artikel von Rudolf Hilferding, den auch die Genossin Roland-Holst in ihrem Buche über den Generalstreik zitiert, in Deutschland begrüßt, in dem erklärt wurde, daß in Deutschland der Massenstreik nur ein direkter Zusammenstoß und zwar der letzte entscheidende zwischen Bourgeoisie und Proletariat sein könne. Heute steht wohl niemand mehr auf diesem Standpunkt, denn ständen wir noch darauf, dann allerdings wäre es ein Verbrechen, jetzt schon in die aktive Propaganda für den Massenstreik eintreten zu wollen. Die ernsten Mahnungen Dr. Davids waren an sich tief berechtigt, wenn ich auch seinen allzuweit nach rechts gehenden Schlußfolgerungen nicht beipflichte. Diese ernsten Mahnungen tragen aber alle in sich, auch diejenigen, die in dieser Frage auf der äußersten Linken stehen. Wir sehen sicher alle ein, daß der Massenstreik eventuell ein Mittel sein kann, um Reformen durchzubringen. Hüten wir uns aber, zu rasch vorgehen zu wollen. Wir haben die Erfahrungen anderer Länder, die wir nicht vergessen dürfen. Nun klingt es zweifellos direkt ironisch, wenn man in Deutschland ruft: „Hüten wir uns, zu rasch vorzugehen!" Wir gelten in den Augen der Bruderparteien anderer Länder dafür, daß wir zu schwerfällig sind, daß unsere Partei einem gewaltigen Dynamo gleicht, dessen elektrischer Strom immer nur in sich selbst herumsurrt, statt nach außen zu gehen. Ich glaube, die Ansicht ist falsch. Wäre es aber so, so hätten wir bisher Veranlassung gehabt darüber glücklich zu sein. Wir müssen achtgeben, daß wir diesen Strom der Energie nicht zu früh und nicht zu stark loslassen, damit er keine wichtigen Leitungen verbrennt. Wir müssen darauf achten, daß wir eines der kostbarsten Güter, die wir haben, die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften, in keiner Weise schädigen. In Frankreich ist die Spaltung zwischen Gewerkschaften und Partei u. a. gerade auch im Zusammenhang mit der Frage des Generalstreiks entstanden. Nur war es dort umgekehrt. In Frankreich wollte die Partei den Generalstreik als Tageskampfmittel nicht, aber die Gewerkschaften waren unbedingt dafür. Diese Spaltung ist die Quelle für vieles Unseliges geworden. Jetzt ist sie im Schwinden begriffen und zwar in dem Augenblick, das ist symbolisch, in dem die syndikalistischen, die nicht sozialistischen, aber freien Gewerkschaften von ihrer alten Taktik des Repetiergeneralstreiks abkommen.

Unsere Verhältnisse in Deutschland lassen sich nicht vergleichen mit denen in Frankreich. Es gibt drei Faktoren in Deutschland, die wir in Betracht ziehen müssen. Erstens die allgemeinen politisch-konstitutionellen Verhältnisse: sie sind zu unseren Ungunsten. Zweitens der persönlich-politische Charakter des einzelnen deutschen Arbeiters. Er ist zu unseren Ungunsten, wenigstens heute noch, in dem Augenblick, in dem wir schon in die Aktion eintreten möchten. In Deutschland haben selbst die gewaltigen wirtschaftlichen Umwälzungen nicht vollbracht, was in anderen Ländern auf Grund von revolutionären Ereignissen und daraus entstandenen Traditionen gelungen ist: die Revolutionierung der einzelnen Geister, in dem Sinne, daß sie nicht zum Ausdruck kommt in dieser wunderbaren Organisation, sondern in einem persönlichen politischen Selbständigkeitsgefühl, das unbedingt die Basis abgeben muß, sowohl zur wahren bürgerlichen, als vor allem zur sozialistischen Demokratie. Wir haben zu unseren Gunsten den dritten Faktor: Unsere Organisation und ihre Disziplin. Man könnte eventuell wünschen, den Massenstreik zu benutzen — fälschlicherweise nach meiner Ansicht, um die Revolutionierung der Köpfe herbeizuführen, während er doch nur das Resultat der erfolgten Revolutionierung sein dürfte und sein kann. Deshalb müssen wir vorsichtig sein, gerade weil es im Grunde niemand gibt, der diese Waffe a priori ablehnt, und weil es unsere schärfste Waffe im Tageskampfe bei außerordentlichen Gelegenheiten werden kann. Zuerst heißt es, die notwendigen Vorbedingungen zu schaffen. Natürlich muß man den Wunsch haben, daß irgend etwas geschieht, damit die Lahmheit, in der die Massen Deutschlands stecken, auf irgendeine Weise beseitigt wird: nicht die Lahmheit des Parteivorstandes, der Führer oder der Gewerkschaftsleitungen ist an ihr schuld. Wenn die Massen wirklich den Generalstreik wünschten, dann würde kein Bremsen von oben helfen. Das hat das belgische Beispiel gezeigt. Es gilt daher, die Massen reif zu machen, um es zu ermöglichen, in Preußen möglichst bald eine Umwälzung herbeizuführen durch die Verwirklichung der preußischen Wahlreform. Wir müssen es uns hundertfach überlegen, ehe wir das Schwert des Massenstreiks ziehen, aber wenn wir es ziehen, dann müssen wir von der Ueberzeugung durchdrungen sein, daß wir den sicheren Sieg erringen können. (Beifall.)

Schumann-Berlin: Wer die bisherige Diskussion genau verfolgt hat, der ist sicherlich erstaunt über die völlige Verkennung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation, sowie des gesamten Kräfteverhältnisses der sich in Preußen-Deutschland gegenüberstehenden Parteigruppen, die in den Reden der Befürworter des Massenstreiks zum Ausdruck gekommen ist. Aus der Art, wie manche Genossen sich geäußert haben, geht hervor, daß sie sich recht wenig Mühe gegeben haben, den Arbeiter, auch den organisierten Arbeiter genau kennen zu lernen, daß sie recht wenig Kenntnis haben von den Schwierigkeiten, die sich unserer organisatorischen Arbeit entgegenstellen. Die Massenstreikdiskussion ist erst in die Massen hineingetragen worden. Frank versuchte die Notwendigkeit der Behandlung dieser Frage aus der Mutlosigkeit zu erklären, die sich der organisierten Arbeiterschaft nach seiner Ansicht bemächtigt habe. Ich habe von einer so umfassenden allgemeinen Mutlosigkeit nichts verspürt, obgleich ich mit den Arbeitern in engster Fühlung bei den wirtschaftlichen Kämpfen stehe. Es ist nur das in Erscheinung getreten, was bei jeder Krise in Erscheinung tritt, und zwar in verschärfter Form, weil unsere politischen Erfolge nicht die Wirkung gezeigt haben, die man sich versprochen hat. Wir haben das Richtige getan, indem wir den Massen auseinandersetzten, daß wir eben trotz dieser Erfolge noch nicht imstande sind, unseren Willen durchzusetzen, daß wir eben noch nicht die Macht haben,

weder auf wirtschaftlichem noch politischem Gebiete. Es ist tief bedauerlich, feststellen zu müssen, daß schon heute mit der ganzen Massenstreikdiskussion großes Unheil in den Organisationen angerichtet worden ist (Hört! hört!), weil den mißmutigen Arbeitern, die wenig verdienen, zum Teil arbeitslos sind, die Lust an der einzigen vernünftigen und Erfolg versprechenden Organisationsarbeit zum großen Teil genommen worden ist (Hört! hört!). Das sagen uns die Leute in den Versammlungen, wenn wir sie auffordern, die jetzt mehr denn je notwendige Kleinarbeit zu leisten, um unseren Organisationsgebildes über die Zeit der Krise ohne nennenswerte Opfer und ohne Rückgang hinwegzuhelfen.

Ich sage, es ist ein großer Erfolg unserer organisatorischen Arbeit, daß es uns gelungen ist, während der letzten beiden Krisen den Stand der Organisation aufrechtzuerhalten. Es verspricht das das beste für den Wiedereintritt der wirtschaftlichen Prosperitätsperiode. Was ist die Folge von Ausführungen, wie sie die Genossin Luxemburg gemacht hat, die darin gipfeln, nicht die organisierten, sondern die unorganisierten Massen würden uns gegebenenfalls zum Siege führen. Die ganz natürliche Folge muß sein, daß unsere werbenden Kräfte in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erlahmen und daß diejenigen, die noch nicht fest zu uns gehören, sagen, ja, wenn wir ein solches Allheilmittel haben, dann brauchen wir ja die ungeheure Kleinarbeit, diese Energievergeudung gar nicht, dann gehen wir eben bei und lösen die ganze Frage mit einem Schlage, hauen den Gordischen Knoten durch und brauchen uns nicht Tag für Tag von früh bis spät in den Werkstätten und auf den Arbeitsplätzen zu bemühen, die Indifferenten von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Daß Rosa Luxemburg der Meinung ist, daß die festgefügten Organisationen nicht unbedingtes Erfordernis zur Erringung von Erfolgen sind, geht aus ihrem Artikel in Nr. 49 der „Neuen Zeit" hervor, worin sie auf einen Kampf der Metallarbeiter in Hagen hinweist, wo von 20 000 kämpfenden Arbeitern rund 17 000 unorganisiert waren. Sie führt aus, daß der Kampf 17 Wochen tadellos geführt wurde und nicht nur Erfolge gebracht, sondern auch die Zahl der Organisierten verdoppelt hat. Sie spricht selbst von einer Aussperrung und ich hätte nicht geglaubt, daß sie auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes so wenig erfahren ist, um nicht zu wissen, daß die 17 000 unorganisierten Arbeiter sich wahrscheinlich gehütet hätten, in den Kampf zu treten, wenn sie nicht vom Unternehmertum durch die Aussperrung dazu gezwungen worden wären. (Sehr richtig!) Ueber solche Dummheiten der Unternehmer brauchen wir uns wirklich nicht zu ärgern. Das ist nicht nur in Hagen vorgekommen, sondern auch anderswo und manche Organisation ist eben auf Grund dieser ungeschickten Taktik der Unternehmer gewachsen. Wer den Arbeitern einzureden sucht, daß sie die festgefügten Organisationen im Kampf gegen das Unternehmertum nicht brauchen (Zuruf: Wer sagt denn das?), der versündigt sich schwer an der Arbeiterbewegung. Ob das nun wörtlich gesagt ist, darauf kommt es wenig an, es kommt darauf an, daß sich diese Tendenz wie ein roter Faden durch die Ausführungen mancher Befürworter des Massenstreiks zieht. Die Wirkungen der bisherigen Massenstreikdiskussion ist eine äußerst unangenehme und es wäre dringend zu wünschen, wenn mit diesem Parteitag der Sache ein Ende gemacht und wir uns wieder zusammenfinden würden auf der bisherigen bewährten Grundlage der unermüdlichen intensiven Agitations- und Organisationsarbeit.

Die Ausführungen von Bauer sind so gedeutet worden, als ob uns ein freies Wahlrecht in Preußen nicht des Kampfes wert erschiene. Ich möchte diese Ansicht nicht aufkommen lassen, weil wir alle wissen, wo der Widerstand gegen die freiheitliche Entwickelung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete in Deutschland liegt, weil wir alle wissen, daß Preußen der Hort der Reaktion ist. Es fragt sich nur, ob wir die preußische Wahlrechtsfrage als eine Lebensfrage betrachten müssen, und da bin ich der Meinung, wenn es auch eine wichtige Frage ist, eine Lebensfrage in dem Sinne, daß man Jahrzehnte lange Erfolge auf eine Karte setzt und einen Kampf führt, dessen Ausgang recht zweifelhaft ist, ist es nicht. Wir sind im Moment nicht so stark, um den Kampf gegen die preußische Reaktion wagen zu können, und deshalb bleibt uns nichts weiter übrig, als nach dem bisherigen Rezept dafür zu sorgen, daß die Zahl der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ständig gesteigert und dadurch die Phalanx für einen zukünftigen Kampf mehr und mehr geschlossen wird. Wenn wir diese Arbeit leisten, dann haben wir durch gleichzeitige Stärkung unserer Kassen und Entwickelung der Genossenschaften, um mit David zu reden, auch die Munition geschaffen, die wir gebrauchen, wenn es einen solchen entscheidenden Kampf gilt, dann haben wir den Erfolg vorbereitet. (Bravo!)

Klara Zetkin: Zu den Zöllnern und Sündern, die Genosse Scheidemann gestern wegen unberechtigter Kritik an den Schandpfahl angenagelt hat, gehöre auch ich. (Heiterkeit.) Zwei Aeußerungen, die er zitiert hat: die von der „greisenhaften Ermattungsstrategie" und von dem „Organisationshochmut" stammen von mir her. Ich halte sie durchaus aufrecht in dem Zusammenhang, in dem sie gefallen sind. Von der Ermattungsstrategie habe ich in einem Artikel gesprochen, und das im Zusammenhang mit der Tatsache, daß meines Erachtens die ganze geschichtliche Entwickelung in Deutschland uns allmählich zwingt, herauszugehen aus der Defensive, die nach dem Fall des Sozialistengesetzes erklärlich und vielleicht notwendig war, überzugehen zu einer kraftvollen, immer schärfer vorwärts drängenden Angriffspolitik auf der ganzen Linie, nach dem altbewährten Grundsatz: der Hieb ist die beste Verteidigung. Meines Erachtens zwingt uns die im Zeichen des Imperialismus stehende wirtschaftliche und politische Situation zu einer solchen scharfen Angriffstaktik. Nicht nur, um den Gegnern im Kampfe gewachsen zu sein, sondern auch um in immer größerem Maße die noch schlafenden Massen zu wecken, zu sammeln und zu organisieren und mit vollstem Vertrauen zu uns zu erfüllen. Es ist nicht das sanfte Säuseln einer nach Konzessionen lüsternen Politik und Taktik, das die schlafenden Massen weckt, vielmehr die schärfste proletarisch-revolutionäre Taktik, die wir anwenden müssen. (Sehr richtig!) Denn die weckt das Klassenbewußtsein und schult es dort, wo es bereits wach zu werden beginnt. Eine solche Taktik wendet die Massen immer mehr von allen bürgerlichen Parteien ab und sammelt sie um das eigene stolze Banner der Sozialdemokratie. In diesem Zusammenhang habe ich darauf hingewiesen, daß meines Erachtens sowohl der Kampf gegen Militär- und Deckungsvorlagen wie auch die preußische Wahlbewegung nicht den vollen Erfolg gebracht haben, den wir gerade auf Grund der mühe- und opferreichen Kleinarbeit erwarten durften. Von Organisationshochmut habe ich wortwörtlich so gesprochen: ich begreife nicht nur, sondern ich finde den Stolz der deutschen Arbeiterklasse auf ihre machtvollen Organisationen gerechtfertigt. Die Theorie ihres Befreiungskampfes hat sie zum größten Teil von Klassenfremden erhalten. Die Organisation dagegen ist ihr eigenes stolzes Werk. Und sie hat ihre Organisationen aufgebaut unter Mühen und Opfern, unter wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, wie sie vielleicht kaum das Proletariat anderer Länder kennt. Ich habe ferner erklärt: das Proletariat braucht notwendiger als jede andere Klasse, die empor ans Licht drängte, eine feste und umfassende Organisation. Dem Proletariat steht in seiner Gesamtheit in der bürgerlichen

Gesellschaft mit ihren Gewalten eine stärkere organisierte Macht gegenüber als anderen sozialen Klassen, die früher für ihre Befreiung kämpfen mußten. Der einzelne im Proletariat aber ist schwach. Diese Umstände bewirken, daß wir die Organisation nie genug schätzen können. Sie legen uns die Pflicht auf, bis zum letzten Atom unserer Kraft so zu arbeiten, als könnten wir den letzten Mann, als müßten wir die letzte Frau in die Organisation hineinziehen. Aber wir dürfen uns nicht entmutigen lassen, daß uns das nicht gelingt, und wir dürfen uns nicht hochmütig gegen die Unorganisierten draußen abschließen. (Unruhe.) Das dürfen wir um so weniger, weil die Krise uns immer daran erinnert, daß es nicht eine dicke Mauer ist, sondern gleichsam nur ein dünnes Blättchen Papier, was die Organisierten von den Unorganisierten trennt. Ich habe an diese Ausführungen die Mahnung geknüpft, unermüdlich an der Stärkung der Organisation zu arbeiten. Des weiteren betonte ich, trotz allem dürfe die Organisation sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß die organisierte Elite nicht allein die schweren bevorstehenden Kämpfe siegreich durchzuführen vermöge. Sie bedürfe der freudigen, vertrauensvollen Mitwirkung der Unorganisierten. Und ich sagte dazu dieses: Bei den künftigen Massenbewegungen wird die organisierte Elite das denkende, leitende Gehirn der Bewegung sein, das feste organisatorische Rückgrat. Heißt es, die Organisation in ihrer Bedeutung unterschätzen, wenn man so spricht? Wenn man so spricht, dann nutzt man meines Dafürhaltens der Organisation mehr, als wenn man ihr rechts und links Komplimente über das bereits Erzielte macht. (Lebhafte Zustimmung.) Ich stelle fest, daß in der geschlossenen Mitgliederversammlung, in der ich das Zitierte ausführte, mit einer einzigen Ausnahme anwesende Gewerkschafts- und Parteibeamte erklärt haben, daß sie meinen Standpunkt teilen. Was würde unser Freund Scheidemann sagen, wenn ich nach seiner Methode aus seinen verschiedenen Reden, gestützt auf unvollständige Berichte, Worte herausgreifen würde und sagte: hier hat Genosse Scheidemann gesprochen als ein Verfechter der allerplattesten Opportunitätspolitik! Und morgen würde ich urteilen: Genosse Scheidemann war nach seinen Ausführungen der feurigste Verfechter einer proletarisch aggressiven Klassenpolitik! Ein Dritter würde dann vielleicht erklären: der Genosse Scheidemann ist ein ganz Schlauer, ein ganz Geschickter. Seine Hand rührt weise die Trommel der Dämpfung, aber sein Mund bläst kräftig die Revolutionsfanfare. (Große Heiterkeit.) Gerade darin stimme ich Genossen Frank zu, m. E. gilt für die Schwäche und das Wesen der Resolution des Parteivorstandes diese Charakteristik. Da wird auch unter Hinweis auf die früheren Resolutionen von Parteitagen die Revolutionstrompete geblasen, aber gleichzeitig auch die Trommel der Dämpfung kräftig gerührt. Als Genosse Frank mit Recht bemängelte, in dieser Resolution finde er nicht den Geist der Sympathie für den Massenstreik, nicht den Willen zur Tat, da antwortete Genosse Scheidemann durch einen Zwischenruf: „Das ist eben herauszukommen!" Es heißt ja, die Frauen seien besonders neugierig. So wird man mir die bescheidene, diskrete, ganz leise Frage erlauben: wie ist es denn gekommen, Genosse Scheidemann, daß aus der Resolution das herauskam, was Frank darin vermißt hat? (Sehr gut!) Man vergesse nicht, daß es sich um die Resolution handelt, die das Werk des Parteivorstandes ist, die Frucht einer Verständigung mit allen führenden Instanzen der organisierten klassenbewußten Arbeiterschaft. Nun einige Worte zu den Ausführungen der Genossen Bauer und Schumann, die insofern große Bedeutung beanspruchen müssen, als beide der Generalkommission der Gewerkschaften angehören. Genosse Bauer hat begonnen mit einem Bekenntnis zu der Vorstandsresolution, d. h. zu den Resolutionen von Jena und Mannheim, er hat aber damit geendet, den Massenstreik überhaupt abzulehnen und ihn in das Altenstübchen

zu verweisen. (Sehr wahr!) Ich stelle fest, daß das, was er hier über die Folgen des Massenstreiks in Belgien erklärt hat, den lebhaften Widerspruch der belgischen Delegierten hervorgerufen hat. (Hört! hört!) Sie haben bereits eine offizielle Erklärung gegen seine Behauptungen beim Bureau eingereicht. (Hört! hört!) Wenn Sie ferner den Bericht über den Generalstreik in Holland nachlesen — in dem Dokument, das der Parteivorstand zu unserer Information verteilen ließ —, so steht dort etwas ganz anderes, als was Genosse Bauer uns hier erzählt hat. Dort heißt es, daß die politische Entwickelung des kämpfenden Proletariats nicht unter den Folgen des Generalstreiks gelitten habe. Dort lesen wir, daß die gewerkschaftliche Bewegung durch den Streik den Anstoß erhalten hat zu einer ersprießlichen Auseinandersetzung mit den Anarchisten und zur Bildung zentralisierter Gewerkschaften. Genosse Bauer hat auch nicht die gute gesetzgeberische Folge des Generalstreiks erwähnt, von der Ankersmith berichtet. Die Arbeitsbedingungen der Eisenbahnbediensteten — die Privatangestellte sind — werden gesetzlich festgelegt. Im ganzen lautet der vorliegende holländische Bericht durchaus nicht entmutigend über die Folgen des Streiks, und er hebt seinen guten Einfluß auf die Entwickelung des Klassenbewußtseins hervor. Genosse David hat beweglich von dem Hunger der Arbeiter gesprochen. Müssen die Arbeiter in der Krisenzeit nicht unfreiwillig hungern? (Sehr wahr!) Er malte auch Blutvergießen an die Wand. Eine gut disziplinierte Organisation wird wahrhaftig auch Massenbewegungen ohne Blutvergießen durchführen können. Allein wenn die schon es anders wollen, wenn sie befinden, dann denken Sie daran, daß in 26 Jahren reichlich 10% Millionen Proletarier auf dem Schlachtfelde der Arbeit verwundet worden und daß mehr als 190 000 gefallen sind. So komme ich zu dem Schluß, lehnen Sie die Resolution des Vorstandes ab, stellen Sie sich auf den Boden der Gegenresolution unter der Losung: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! (Lebhafter Beifall.)

Klingler-Berlin: Daß jetzt die Frage des Massenstreiks aktuell geworden ist, hat meiner Ueberzeugung nach seinen Grund darin, daß sich die Partei in den letzten Jahren viel zu sehr mit der sogenannten Gegenwartsarbeit beschäftigt hat. Die Gesamtagitation der Partei stand zu sehr unter dem Einfluß derjenigen, welche positive Arbeit verrichten und auch positive Erfolge erringen wollten. Aber diese positiven Erfolge sind leider ausgeblieben und darum der Ruf nach schärferen Kampfmitteln, nach dem Massenstreik. Was die Frage der Erringung des preußischen Wahlrechts durch den Massenstreik anlangt — Genossen, an diesen Massenstreik glaube ich einstweilen noch nicht. Jeder von Ihnen, der schon einmal in einem größeren Betriebe einen Streik vorbereitet und durchgeführt hat, wird wissen, was für Mühe, was für Arbeit notwendig ist, um die Mehrheit der Arbeiter von der Notwendigkeit einer Lohnerhöhung, einer Verkürzung der Arbeitszeit zu überzeugen. Aber viel schwerer ist es, eben diese Massen von der Notwendigkeit eines gerechten preußischen Wahlrechts zu überzeugen. (Liebknecht: Das ist falsch!) Sie dürfen versichert sein, die große Masse der Arbeiter wird, wenn wir an sie herantreten mit der Aufforderung: Ihr sollt streiken zur Erringung des Reichstagswahlrechts in Preußen, fragen: Sagt uns doch einmal, was hat denn das Reichstagswahlrecht schon gebracht, daß wir einen Kampf aufnehmen sollen, bei dem es sich um Sein oder Nichtsein handelt. So werden die Massen, die wir brauchen, um den Massenstreik zu führen, fragen. (Katzenstein: Wir können doch auch darauf antworten!) Gewiß, aber da muß gesagt werden, daß trotz des Reichstagswahlrechts dem Volke eine indirekte Steuerlast von 2 Milliarden und eine Wirtschaftspolitik aufgezwungen ist, die ihm jedes Jahr 2½ Milliarden kostet. Glauben Sie, daß für ein solches

Wahlrecht die Masse begeistert in den Kampf zieht? Ich glaube nicht daran. Man hat noch auf andere Kampfmittel hingewiesen: Austritt aus der Landeskirche, Steuerverweigerung. Nun, wie wäre es, wenn wir zur Erringung des Wahlrechts in Preußen in einen Mietestreik eintreten würden? Wenn wir einmal beschließen würden: von einem gewissen Zeitpunkt an bezahlen alle diejenigen, die ein anderes Wahlrecht wollen, keine Wohnungsmiete mehr. (Große anhauernde Heiterkeit.) Sie lachen darüber (erneute Heiterkeit), aber die Frage ist gar nicht so von der Hand zu weisen. Das wäre ein Streik, bei dem die Streikenden, je länger er dauert, um so stärker werden, und die Gegner werden immer schwächer. Ein Viertel, mindestens ein Fünftel des gesamten Arbeitsverdienstes muß für Wohnungsmiete ausgegeben werden. Wenn diese Summen dem Wirtschaftsleben entzogen werden (anhauernde Unruhe), wird das gewiß auch eine Wirkung ausüben. Es wäre das eine Frage, die einmal unsere Nationalökonomen untersuchen können. Ich bin der Meinung, daß gerade dieser Gedanke eines Mietestreiks bei dem künftigen Kampf um das Wahlrecht nicht außer acht gelassen werden darf.

Ebert: Ehe ich weiter das Wort erteile, habe ich eine Erklärung der belgischen Delegierten zur Kenntnis des Parteitags zu bringen. Sie lautet:

1. Die belgischen Gewerkschaften haben im allgemeinen an Mitgliedern infolge des Generalstreiks nichts verloren. (Hört! hört!) Die Zahlen der organisierten Arbeiter drei Monate vor und drei Monate nach dem Streik beweisen dies vollständig. Wenn man von Verlusten in gewissen Gegenden oder Organisationen spricht, so muß man auch die Gewinne in anderen Gegenden und anderen Organisationen nicht vergessen. (Hört! hört!) 100—10 ist 90, aber 90 + 10 ist wiederum 100. (Heiterkeit.)

2. Es ist unrichtig zu behaupten, daß heute die Gewerkschaften in Belgien den größten Teil ihrer finanziellen Kraft zur Unterstützung der Opfer des letzten Generalstreiks aufwenden müssen. (Hört! hört!) Die Rechnungen zur Unterstützung der Opfer sind seit mehr als zwei Monaten geschlossen. (Hört! hört!) Wie wir auch der klerikalen Presse gegenüber bewiesen haben, hat der Generalstreik die Gewerkschaften finanziell nicht gefährdet und noch weniger gelähmt. (Hört! hört!) In Brüssel allein brachte die vom „Peuple" Sonnabend abgedruckte Subskription für die ausgesperrten Wagenmacher (welche 6 Wochen ausschließlich aus der eigenen Kasse unterstützt wurden und seit mehr als drei Monaten ausgesperrt sind) mehr als 100 000 Frank an freiwilliger Unterstützung auf. Geschwächt sind also die belgischen Gewerkschaften keineswegs und sie bereiten sich zu neuen Kämpfen vor. (Hört! hört! und Bravo!)

3. Die Konflikte bei den Brüsseler ausgesperrten Wagenmachern, bei den Brüsseler ausgesperrten Hutmachern und bei den Antwerpener Metallarbeitern (deren 2000 ohne Arbeit sind, weil die Industrie schwer unter der Krise leidet) sind rein ökonomischer Natur. Die zwei ersten entstanden schon vor dem Generalstreik, und was die Metallarbeiter betrifft, so nahmen sie im Einverständnis der Arbeitgeber an dem Generalstreik teil. Es kann also von keiner Maßregelung die Rede sein.

Diese Berichtigung bedeutet keineswegs, daß die belgischen Delegierten zu deutschen Angelegenheiten irgendwie Stellung nehmen wollen. Jede Nation hat ihre eigene Taktik zu bestimmen, aber es war die Pflicht der hier anwesenden belgischen Delegierten, einer Legendenbildung über den belgischen Massenstreik entgegenzutreten. (Bravo!)

Rosde-Chemnitz: Parteigenossen, daß es noch als nützlich empfunden werden könnte, Kurse zur prinzipiellen Aufklärung von Parteitagsdelegierten

zu veranstalten, habe ich bis vor wenigen Minuten nicht geglaubt. In der Beziehung bin ich eines Besseren belehrt worden. — Die Genossin Luxemburg hat vorweg die Frage gestellt, weshalb wir in dem Kampf gegen die Militärvorlage so gar keine Erfolge davon getragen hätten, und hat uns dann versichert, daß sie gewöhnt sei, auf die feinen Regungen der Volksseele aufmerksamer zu achten, als diejenigen, die anderer Meinung sind, als sie. Wenn die Genossin Luxemburg so scharf auf die Regungen der Volksseele geachtet hätte, würde sie z. B. u. a. einen sehr wichtigen Grund für die Erfolglosigkeit unseres Kampfes gegen die Militärvorlage in den außerordentlich rückständigen russischen Verhältnissen erblicken, die dazu geführt haben, daß während der Balkankriege monatelang große Heere von russischen Soldaten nicht weit von der deutschen Grenze kriegsbereit gestanden haben, und daß die Folge davon förmliche Kriegspaniken in einem großen Teil der Grenzprovinzen gewesen sind und ein rasches Zusammenraffen von Geldern auch in den Arbeiterkreisen, weil man fürchtete, jeden Tag mit Krieg überzogen zu werden. (Zuruf.) Ich stelle Tatsachen fest und rede nicht etwa für die Militärvorlage. Der Hauptgrund ist im übrigen der gewesen, daß wir leider nur ein Drittel der Wählerschaft Deutschlands bei der letzten Reichstagswahl hinter uns hatten, in Preußen sogar nur 24 Proz. Die Genossin Zetkin meinte, es fließe soviel Arbeiterblut Jahr für Jahr, daß wir vor blutigen Zusammenstößen nicht zurückzuschrecken brauchen. Ich bin allerdings der Meinung, daß, wenn es an Kopf und Kragen geht, die Arbeiterklasse auch ihr Leben, wenn es notwendig ist, in die Schanze schlagen muß. Aber das soll nicht geschehen, wie es etwa der Fall gewesen wäre, wenn die Berliner Arbeiter Unter den Linden gegangen wären, um gegen den Zarenbesuch zu demonstrieren. Nämlich, daß sie dann ruhig den Buckel hätten hinhalten müssen, damit er von Schutzmannssäbeln zerfetzt wurde. Wenn Blut fließt, ist es der deutschen Arbeiterklasse unwürdig, daß sie sich nicht zur Wehr setzen kann, und daß diese Möglichkeit, gegen Schutzmannssäbel andere Waffen anzuwenden, vorläufig nicht vorhanden ist, darüber brauche ich hier nicht weitere Ausführungen zu machen. Ich möchte das Schauspiel nicht wiederholt sehen, daß ich bei Wahlrechtsdemonstrationen sehen mußte, daß sonst aufrechte deutsche Arbeiter wie eine Schar gescheuchter Hammel haben davon laufen müssen vor Schutzleuten, die den Säbel geschwungen haben. — Die Begründer der Resolution Luxemburg rennen im übrigen mit einer ganzen Anzahl ihrer Argumente offene Türen ein. Eine grundsätzliche Ablehnung des Massenstreiks als politisches Kampfmittel erfolgt durch die deutschen Parteigenossen schon seit einer ganzen Reihe von Jahren nicht mehr. Allgemeine Uebereinstimmung herrscht darüber, daß sie zur Abwehr von Angriffen auf Volksrechte — und wir haben erfreulicherweise in Deutschland einige Rechte nicht nur zu erkämpfen, sondern auch schon zu verteidigen (Sehr richtig!) — entschlossen sind, vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückzuschrecken. Das wissen auch unsere Gegner, zum Teil wenigstens. Der Haß gegen das Reichstagswahlrecht ist zweifellos bis weit in bürgerliche Kreise hinein außerordentlich groß, aber es war sehr charakteristisch, daß bei der Tagung des Verbandes der Industriellen ein Redner ganz offen aussprach, daß er deswegen von einem Angriff auf das Reichstagswahlrecht nichts wissen wolle, weil das die Entfesselung der Revolution in Deutschland bedeuten würde. Darüber wollen wir unsere Gegner nicht im Zweifel lassen, daß diese Auffassung des nationalliberalen Redners durchaus zutreffend ist und daß alles darangesetzt werden würde, wenn die Reaktionäre versuchen werden, eine solche Attacke zu unternehmen. (Bravo.) Die Genossin Zetkin will mehr Willen zur Tat in der deutschen Sozialdemokratie entfesseln. Andere Redner sprachen von Mangel an Offensive. Ich verstehe nicht, wie solche Vorwürfe gegen und unter deutschen

Sozialdemokraten erhoben werden können. Ist denn unsere ganze Parteibewegung etwas anderes gewesen, als eine fortgesetzte Offensive, ein fortgesetztes Vorgehen zur Tat selbst unter den allerschwierigsten Verhältnissen? Ein großer Teil der Aelteren unter uns hat diesen offensiven Geist mehr oder weniger schwer mit Nachteilen bezahlen müssen und uns da fortgesetzt damit zu öden, daß es uns an Offensive fehlt, ist eine Kränkung aller derjenigen, die bisher jahraus, jahrein ihre Kraft in den Dienst der Partei gestellt haben. — Daß die besonderen Befürworter des Massenstreiks oder diejenigen, die uns andere Bahnen in der Taktik weisen wollen, in ihren Reden gegenüber dem, was sie vorher in Versammlungen und Zeitungsartikeln zum Ausdruck gebracht haben, eine Dämpfung vorgenommen haben, darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Ich erinnere an die Artikel Liebknechts im „Vorwärts", aus denen gar nichts anderes gefolgert werden konnte, als die Propagierung der Idee, daß in sehr kurzer Zeit losgeschlagen werden könne. Dagegen Stellung zu nehmen, ist nach meiner Ueberzeugung eine Pflicht aller derjenigen, die auf Grund jahrzehntelanger Arbeit gründlich Gelegenheit gehabt haben, die deutschen Verhältnisse und auch die deutsche Volksseele kennen zu lernen. — Die Erfahrungen, die in anderen Ländern bisher mit dem Massenstreik gemacht worden sind, locken uns nicht. Ganz mit Recht haben die belgischen Genossen in ihrer Erklärung gesagt, daß sie es ablehnen, sich in deutsche Verhältnisse einzumischen. Daher vermeide ich es, mich mit der belgischen Erklärung zu beschäftigen. Ich will nur der Anschauung Ausdruck geben, daß sie reichlich vorsichtig abgetönt worden ist. Notwendig war, daß in der Debatte auch klargestellt wurde, um welche Dinge denn eigentlich ein Massenstreik in Deutschland propagiert werden soll. In einer ganzen Anzahl von Preßauslassungen ist nicht nur von dem Kampf um das preußische Wahlrecht die Rede gewesen, sondern auch darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, den Massenstreik zu propagieren, um rascher wirtschaftliche Vorteile für die Arbeiter herauszuholen. Der Vergleich zwischen den Massenstreiks anderer Länder und dem, den wir erstreben, ist nicht angebracht. In Belgien haben die Genossen gekämpft um die Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für ihr Land. Dies Wahlrecht haben wir. Es haften ihm noch eine Anzahl Mängel an, aber die Grundforderungen auf dem Gebiete des Wahlrechts sind in Deutschland durchgeführt. Das macht erklärlich, daß die ganze Stimmung des Volkes, daß die Voraussetzungen für die Führung eines politischen Massenstreiks zum Zweck der Erringung eines anderen Wahlrechts in einem Einzellandtag anders ist, anders sein muß als in anderen Ländern. Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß vorläufig noch das Reichstagswahlrecht für eine große Menge von Leuten das große Ventil ist, durch das die Unzufriedenheit, die Empörung abzieht, so daß die Stimmung für einen großen Massenstreik nicht vorhanden ist. Soviel wie die Genossin Luxemburg komme ich auch in Deutschland herum und nehme Gelegenheit, die Kenntnis der Volksseele, die ich als Proletarierjunge und Arbeiter jahrzehntelang habe sammeln können, immer wieder aufzufrischen. Ich kann mir nicht denken, daß ausgerechnet in den Versammlungen, in die ich komme, eine so ganz andere Stimmung sein soll, als sie Genossin Luxemburg beobachtet hat. Tatsache ist, daß das Interesse für die preußischen Landtagswahlen in breiten Bevölkerungskreisen außerordentlich gering ist, und daß noch sehr breite Kreise der Arbeiterschaft wenig Neigung zeigen, sich für eine Aenderung des Landtagswahlrechts Hals über Kopf in schwere Kämpfe zu begeben. Daß diese Stimmung, die wir beklagen, nicht anders ist, ist ja auch ganz erklärlich. Liebknecht sprach davon, daß er nicht rasch umlernen könne. Er ist ein hochgebildeter Mann von großer geistiger Regsamkeit. Die Millionen Arbeiter lernen natürlich viel schwerer um. Ein schärferes Umlernen kann ja

gar nicht von der deutschen Arbeiterklasse gefordert werden, der man noch vor gar nicht langer Zeit immer wieder die Neigung für die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen dämpfte, der man sagte, man solle den Landtag verfaulen lassen, während man ihr heute klarmachen will, daß sie sich unter Darbringung kolossaler Opfer für die Erringung eines anderen Wahlrechts ins Zeug legen muß. Darin sind wir absolut einig, daß wir es notwendig haben, einen weiteren Ausbau der Organisation und Agitation zu betreiben mit höchster Begeisterung und stärkster Willensanstrengung. Aber ich behaupte, das ist bisher schon geschehen. Wenn uns die Massenstreikanhänger nichts weiteres empfehlen wollen, dann haben sie, wie gesagt, im Grunde nur offene Türen eingerannt.

Berten-Düsseldorf: Der Parteitag für den Niederrheinischen Agitationsbezirk hat am 28. Juni d. J. eine Resolution zur Frage des politischen Massenstreiks angenommen, die die Erwartung ausspricht, daß der Parteivorstand mit der Generalkommission in Verbindung treten soll, um eine die Propagierung des Massenstreiks betreffende Entschließung dem allgemeinen deutschen Parteitage vorzulegen. Die erste Erwartung des niederrheinischen Parteitages ist ja nach den Ausführungen Scheidemanns in Erfüllung gegangen. Es ist hier erklärt worden, daß der Parteivorstand in dieser Frage in Uebereinstimmung mit allen in Betracht kommenden Faktoren handele. Aber die zweite Forderung, daß die Frage des politischen Massenstreiks propagiert werden soll, ist nicht erfüllt worden. Scheidemann hat ausdrücklich erklärt, daß er es für das beste halte, wenn diese Frage möglichst wenig diskutiert werde. Mit der Forderung der Propagierung des politischen Massenstreiks kann sich diese Erklärung Scheidemanns freilich nicht decken. Nach der Begründung Scheidemanns für die Resolution des Parteivorstandes ist der Parteivorstand praktisch auf dem Standpunkt angekommen, den der Kölner Gewerkschaftskongreß vertreten hat, der ebenfalls die Frage in dem Sinne behandlet hat, daß möglichst wenig von politischen Massenstreiks gesprochen werde und daß eine Propagierung des politischen Massenstreiks unterbleiben müsse. Wir sind aber der Meinung, daß, wenn man ein Kampfmittel verwenden will, das die Beteiligung der Massen zur Voraussetzung hat, die Diskussion darüber nicht unterbunden werden darf. Gerade auch vom Standpunkt derjenigen Genossen, die in dieser Frage eine zurückhaltende Stellung einnehmen, ist die Diskussion des politischen Massenstreiks erforderlich, da nur hierbei die Schwierigkeiten aufgezeigt werden können, die einer Anwendung dieses Kampfmittels im Wege stehen, und die Notwendigkeit der Stärkung der Organisation betont werden kann. — Man ist im Irrtum, wenn man glaubt, daß die neuerliche Diskussion über den Massenstreik das Werk einzelner Personen sei. Bei uns wurde gerade von den Fabrik- und Werkstättenarbeitern die Behandlung dieses Themas verlangt. Ich wurde überrascht von der Begeisterung für den Massenstreik bei Genossen, von denen ich es am wenigsten erwartet hätte. Wenn man diese Zeichen sieht, dann kann man sich diesem Verlangen nicht entgegenstellen. Die organisierten Arbeiter verlangen eine verschärfte Aktion. Dann darf man sie nicht mit nichtssagenden Resolutionen hinhalten. Für die Arbeiter handelt es sich dabei um mehr als das preußische Wahlrecht: um die Erringung der politischen Gleichberechtigung, der politischen Macht, um die Niederringung des Kapitalismus im allgemeinen. Wir müssen den Arbeitern zeigen, welch wichtige Etappe die Erringung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen auf dem Wege der Niederringung des Kapitals ist. Es ist schädlich, diese Aeußerungen der Parteigenossen zu unterbinden, ihnen den Mund verbieten zu wollen.

Eine solche Haltung wird nur verständlich, wenn man die Frage von dem Gesichtspunkt aus betrachtet, daß jede Aktion von den Führern sorg-

fältig vorbereitet werden muß. Es scheint, als ob der Parteivorstand von der Generalkommission beeinflußt worden ist. Es ist charakteristisch, daß hier aus dem Munde Scheidemanns als offizielle Meinung des Parteivorstandes dringend gewarnt worden ist, allzuviel im radikalen Sinne über den Massenstreik zu diskutieren, damit nicht das Vertrauen zu den Führern erschüttert werde. In Magdeburg wurde von einem Mitgliede des Parteivorstandes gesprochen von einem gesunden Mißtrauen der Massen gegen die Führer. Ich will mich weder für die eine noch für die andere Fassung wörtlich erklären. Ich möchte es aber als einen großen Unfug bezeichnen, wenn man jede Kritik, die an den Führern geübt wird, als einen Versuch hinstellt, die Massen gegen die Führer aufzuhetzen. Auch die Führer stehen nicht über der Kritik. Es ist eine Ueberempfindlichkeit, wenn bei jedem scharfen Worte derartige Unterstellungen gemacht werden. David hat in grellen Farben die Gefahren des Massenstreiks gemalt. Wenn man seinen Kassandrarufen folgen wollte, dann wären überhaupt keine wirtschaftlichen oder politischen Kämpfe mehr möglich. Ich erinnere an die Vorgänge in Moabit und im Ruhrrevier, wo bei wirtschaftlichen Kämpfen die militärische Macht aufgeboten worden ist. Nehmen Sie die Resolution Luxemburg an, sie ist die einzige, die Konsequenzen zieht. (Bravo!)

Silberschmidt-Berlin: Die Ausführungen meines Kollegen Bauer lassen den Schluß zu, als ob er und die Freunde, die ihm nahe stehen, die Erringung des Wahlrechts für Preußen nicht sehr hoch bewerten. Ich bin zu der Erklärung ermächtigt, daß Bauer diese Auffassung durchaus nicht hat, sondern daß er genau so, wie wir alle, die Erringung des Wahlrechts für Preußen als eine der wichtigsten und nächsten Aufgaben ansieht. Er steht allerdings nicht auf dem Standpunkt, daß man wegen dieser Frage in sehr zweifelhaften Fällen die ganze Arbeiterbewegung aufs Spiel setzen soll. Weiter geht aus den Ausführungen von Genossin Zetkin und aus der Erklärung der belgischen Genossen hervor, daß die Auffassung von Bauer, die sich auf Mitteilungen stützt, die ihm aus Belgien gekommen sind, nicht richtig ist. Es verbietet mir die Sympathie für unsere internationalen Freunde, an ihrer Erklärung Kritik zu üben, aber die Form der Erklärungen in Verbindung mit dem, was uns mitgeteilt ist, muß dem objektiven Beurteiler doch sagen, daß die Auffassungen über die Ergebnisse bei den Nächstbeteiligten recht verschieden sind. (Sehr richtig! — Anseele: Nein!) Auch über die Erfolge unserer Massenstreiks in Holland und in Schweden herrschen unter denen, die sich sehr eingehend um die Verhältnisse kümmern müssen, sehr verschiedene Ansichten, und wir können sehr wohl auch für die der Genossin Zetkin entgegengesetzte Ansicht Beweise bringen. Noch heute gibt es in Holland Organisationen, die für die Durchsetzung eines Massenstreiks in allererster Linie in Betracht kommen und die nach den vorhergehenden Streiks zur Machtlosigkeit verdammt sind. (Oho.) Bei der Kürze der Zeit kann ich nicht mehr darauf eingehen. Mit aller Entschiedenheit muß ich mich gegen die Darstellung der Genossin Zetkin wenden, es klinge aus den Worten der Redner der gewerkschaftlichen Richtung der Gedanke heraus, daß ihre Erklärungen für den politischen Massenstreik mehr platonischer Art seien. Nein, nachdem die Partei in Mannheim und Jena den Massenstreik diskutiert, und nachdem die Partei dieses Kampfmittel in ihr Waffenarsenal aufgenommen hat, ist der Parteitagsbeschluß für alle maßgebend, die dieser Partei angehören, und ich glaube, wir alle hier auf dem Parteitag stehen einmütig zu den Beschlüssen von Mannheim und Jena. Die deutsche Arbeiterschaft ist einig, daß im Falle der Not und Gefahr das Mittel des Massenstreiks nicht etwa ein Prunkstück im Silberschrank bleiben darf, sondern daß es zu gegebener Zeit auch seine Anwendung findet. (Bravo!) Worüber wir uns streiten, ist, ob die gegenwärtige Diskussion angebracht und notwendig war. Darüber dürfte wohl kein Zweifel mehr bestehen, daß es nichts unzeitgemäßeres gegeben hat, als in diesem Moment diese Frage so zu diskutieren, als ob sie im Mittelpunkt unserer politischen Aufgaben stände, als ob es sich im nächsten Moment darum handelte, den Massenstreik anzuwenden oder nicht. Wie verschiedene Auffassungen darüber herrschen, das sieht man, wenn man unsere Hohepriester und Schriftgelehrten gehört hat. Es gibt drei Richtungen. Die einen sagen aus dem Gefühl der Ohnmacht und Bangigkeit heraus: da der Mitgliederschwund eintritt, da uns das Ergebnis der preußischen Landtagswahlen nicht befriedigt hat, sind alle unsere Kampfmittel erschöpft; was sollen wir nun tun im Augenblick der Gefahr? Her mit dem Massenstreik als letztem Mittel, um die Menge zu begeistern und zusammenzuhalten! Die zweite Gruppe sagt: die Diskussion soll nur den Zweck haben, den Massenstreik vorzubereiten und die Massen zu erziehen. Aber dann kommt als dritte sofort unsere liebe Freundin Rosa Luxemburg und sagt: nein, die Diskussion darf nicht so aufgefaßt werden, als ob es sich darum dreht, jetzt die Massen zu erziehen, der Zweck muß vielmehr die Erziehung der Sozialdemokratie zur politischen Offensive sein. Nicht Vorbereitung des Massenstreiks ist die Aufgabe der Diskussion, sondern die Vorbereitung zur Tauglichkeit unserer Organisationen für die großen politischen Kämpfe überhaupt.

Die erste Ansicht, die geboren ist aus dem Gefühl der Schwäche und Ohnmacht, zu widerlegen, dazu glaube ich die Zeit des Parteitages nicht mehr benutzen zu dürfen. Die Ansicht aber, als ob wir die Massen mittels der Organisationen für den politischen Massenstreik zu erziehen haben, die erscheint mir aus der Praxis — ich habe im Leben doch auch schon mit Vorbereitungen von Bewegungen etwas zu tun gehabt — vollständig irrig. Wenn uns eine Frage jahrelang vorher beschäftigt hat, ohne daß wir vor konkrete Tatsachen gestellt waren, wenn uns nicht das eherne Maß zur Stellungnahme zwang, dann hat es bisher, solange der Augenblick zum Losschlagen nicht gekommen war, nur Streit und unangenehme Diskussionen gegeben. Solange wir keinen praktischen Untergrund hatten, führte das höchstens dazu, daß sich die leitenden Kollegen und Genossen Liebenswürdigkeiten oder vielmehr wenig Liebenswürdiges an den Kopf warfen. (Sehr richtig!)

Wäre unsere deutsche Arbeiterbewegung nicht imstande, in einem Zeitabschnitt von wenigen Monaten, sobald sie vor das eherne Muß gestellt sein wird, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, dann wäre es schlimm bestellt um diese Arbeiterbewegung. (Sehr richtig!) Im Augenblick der Gefahr haben wir in allen Lagen, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis, jedergeit den richtigen Weg gefunden, den wir einzuschlagen hatten. Wir sollen uns also vorher nicht mit unnützen Diskussionen aufhalten, die nicht an konkrete Tatsachen anknüpfen, sondern nur Verwirrung in die Menge tragen und von der unerläßlichen dauernden Aufklärungs- und Organisationsarbeit ablenken. Die Verwirrung können sie beobachten, wenn sie Arbeiter draußen fragen, was sie unter der Diskussion über den Massenstreik verstehen. Alle die Befürworter dieser Aktion reterieren jetzt mit Eleganz auf den bequemen Standpunkt, daß sie gar nicht daran dächten, jetzt schon einen solchen Kampf vorbereiten zu wollen. Fragen Sie aber einmal, ob die Massen das auch so verstanden haben. (Sehr gut!) Diese Massen sind durch die Diskussion verwirrt und beunruhigt worden. Den gewünschten Erfolg hat diese Diskussion durchaus nicht gehabt. Keiner von uns ist dagegen, daß nicht je nach Bedürfnissen in den Organisationen auch Vorträge über den Massenstreik gehalten werden können, wogegen man sich aber wenden muß, ist, daß

die Frage als die nächste politische Aufgabe in den Mittelpunkt der Bewegung gestellt wird. Zur Kennzeichnung unserer Stellung zum politischen Massenstreik reichen die Resolutionen von Mannheim und Jena vollkommen aus, wenn es aber nicht ohne eine neue Resolution abgeht, dann ist schon die Resolution des Parteivorstandes diejenige, die der gegebenen Situation am meisten entspricht. Sie hat noch das gute, daß sie klar ausspricht, daß wir einen Massenstreik im syndikalistischen Sinne nicht haben wollen und daß es organisierte Kämpfe sein sollen, die auch zu diesem Zwecke geführt werden. Bei der kurzen Redefrist ist es mir nicht möglich, noch ein Wort gegen die Art auszusprechen, wie im Laufe der Diskussion viele Hunderte treuer Arbeiter in der Stellung von Funktionären oder Gewerkschaftsbeamten auf das schmählichste angegriffen worden sind. (Unruhe.) Sie wurden angegriffen, nicht weil sie zuviel geredet hätten, sondern weil man ihnen das Wenigreden übelgenommen hat. Ich bitte Sie, lesen Sie Bebels Aussprüche, die er anläßlich eines großen Berliner Bauarbeiterstreiks über die Verantwortung der Führer gemacht hat, dann urteilen Sie darüber, ob die Personen mit Verantwortlichkeitsgefühl der Partei in diesem Falle nicht mehr gedient haben als die, welche diese unzeitgemäße Diskussion heraufbeschworen und geführt haben. (Beifall.)

Dr. **Laufenberg**-Hamburg: Es ist zweifellos, daß sich in der politischen Konstellation gewisse Verschiebungen vollziehen, daß vor allem zwischen den Liberalen und dem Zentrum sich eine nähere Waffenbrüderschaft anbahnt. Wenn dies im Sinne der Entwickelung des deutschen Liberalismus liegen mag, so liegt es allerdings nicht im Sinne der bisherigen Entwickelung des Zentrums, das groß geworden ist durch den scharfen Kampf gegen den Liberalismus. Andererseits fangen die Vertreter der sogenannten kartellierten Industrien, die bisher in der nationalliberalen Fraktion den Ton angegeben haben, an, sich von den Nationalliberalen abzuwenden, weil sie andere Wege der Beeinflussung der Regierung sich geschaffen haben, als den bisherigen parlamentarischen Weg. Die Verschiebung, die sich hier im deutschen Parteileben anbahnt, wird von tiefgreifenden Folgen sein. Inwieweit hieraus sich die Notwendigkeit ergibt, zu schärferen Massenaktionen zu kommen, zu einer agressiveren Politik, das kann ich in der kurzen Redezeit nicht darlegen. Aber wenn ich die Frage, ob wir zu einer aggressiveren Politik kommen müssen, mit einem offenen Ja beantworte, so kann ich mich auf der anderen Seite nicht dafür erklären, daß der Ausgangspunkt dieser schärferen Politik die Frage des preußischen Wahlrechts sein soll. Diese Frage wirft unmittelbar die Machtfrage im Reiche auf. Die Stellung des Bundesrats ist im wesentlichen bedingt durch die preußische Verfassung und wer die Wahlrechtsfrage in Preußen aufwirft, der wirft damit nach meiner Ueberzeugung die Frage der Reichsverfassung überhaupt auf. Die Forderung der preußischen Wahlrechtsänderung ist nichts anderes als die Forderung der Umwälzung der Reichsverfassung. Man spricht von der Unzufriedenheit der Massen. Sie ist zweifellos vorhanden, aber man wird bei der Frage, ob daran die Führer die Schuld tragen, zum mindesten vorsichtig urteilen müssen. Die Unzufriedenheit der Massen im gegenwärtigen Augenblick kommt daher, daß Not, Hunger und Elend unter den Massen im Wachstum begriffen sind. Gerade deshalb ist mir die Stellung der Vertreter der Gewerkschaften zur Massenstreikfrage nicht recht verständlich. Ihre Vertreter, die dazu gesprochen haben, fassen die Sache so auf, als ob der politische Streik in meilenweiter Ferne läge. Liegen denn die Dinge nicht so, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe in Deutschland mehr und mehr Kämpfe gegen geschlossene kartellierte Industrien werden? Bei der größeren Ausdehnung dieser Kämpfe gewinnen sie auch immer mehr politischen Charakter und bei vielen Gewerkschaftskämpfen der letzten Zeit konnte man doch förmlich von politischen Streiks reden. Die Bedrohungen des Koalitionsrechts nehmen ebenfalls fortgesetzt zu und es ist wirklich nicht leicht zu nehmen, wenn die Verkümmerung, die Vernichtung des Koalitionsrechts, wie sie von den Scharfmachern gefordert wird, in der künftigen Justiznovelle Aufnahme finden sollte. Die Verstaatlichung von Gewerben, mit der in der Kaliindustrie ein gewisser Anfang gemacht worden ist, berührt die Stellung der Gewerkschaften auf das allertiefste. Sie kann die Gewerkschaften förmlich zu Kämpfen zwingen auf Leben und Tod um den Einfluß auf die Arbeitsgelegenheit. Wir haben zu rechnen mit der Revision des Zolltarifs in diesem Reichstag. Die Belastung des Arbeiterhaushalts durch die gegenwärtige Zollpolitik ist enorm; ich brauche das nicht zu schildern. In irgendeiner Form müssen wir dazu kommen, daß die heutige Belastung, das heutige Zoll- und Steuersystem abgeschüttelt wird. Der Kampf um die kommende Revision des Zolltarifs ist in ähnlicher Weise wie 1902 im Parlament gar nicht mehr möglich. (Sehr richtig!) Täuschen wir uns doch nicht darüber, daß die parlamentarische Situation eine völlig andere geworden ist. Wenn aber die Dinge so liegen und wenn wir diesen Kampf notwendig in die Massen hinaustragen müssen, wenn weite Kreise des Bürgertums dabei das gleiche Interesse haben wie die Arbeiter, wenn weite Kreise der Fertigindustrie auf unserer Seite stehen, ist es dann so töricht, zu fragen, ob sich derartige Massenaktionen nicht auch zu förmlichen Streiks und politischen Pressionen ausbilden lassen! (Sehr richtig!) Es ist allerdings mit Recht gesagt worden, man kann derartige Bewegung nicht machen. Gewiß muß die politische Erregung gegeben sein. Aber wo wird der Schwerpunkt dieser Bewegungen liegen? Was sollen Generalstreiks etwa in Buxtehude und Polzin denn entscheiden? Der Schwerpunkt dieser Aktionen ist von vornherein gelegt in die großen Zentren unseres Wirtschaftslebens und Verkehrs. Da sind doch aber unsere Organisationen gefestigt und da haben wir nachhaltigen Einfluß auf die Arbeiterschaft. So ganz aussichtslos und so ganz in der Ferne, wie hier behauptet wird, liegt die Sache also keineswegs. Die Initiative dabei gebührt freilich unbedingt den Organisationen. Es wäre eine eigenartige Partei, eine eigenartige Gewerkschaftsbewegung, die, wenn wir zu derartigen Kämpfen kämen, sich die Führung dabei von vornherein nehmen ließe. Man hat mit Recht gesagt, daß Bebel der größte Taktiker der Sozialdemokratie gewesen sei. Der Grundzug Bebels war aber die ständige Selbstkritik, die bei ihm identisch war mit einer fortgesetzten Kritik der Machtmittel, die der Partei zur Verfügung standen. Da begreife ich nicht, wie man der Auffassung sein kann, als ob durch die Erörterung der Machtmittel, die wir anwenden könnten, die Bewegung geschädigt würde. Auch auf dem Gebiete unserer Taktik muß nach wie vor der revolutionäre Grundsatz Lassalles „Aussprechen was ist!" gelten. Der zweite Grundzug Bebels war das revolutionäre Vorwärtsdrängen; eben deshalb ja hat er das Ziel ständig in der nächsten Nähe gesehen. Wenn auch der große Marschall Vorwärts nicht mehr in unseren Reihen ist, in dem Geiste, in dem er hier 1905 seine Resolution vertreten hat, wollen wir die Frage ansehen und behandeln. Kühl wägen, aber wenn die Zeit gekommen ist, auch entschlossen handeln. (Beifall.)

Husemann-Bochum: Nach den trefflichen Ausführungen Silberschmidts hätte ich aufs Wort verzichtet, wenn es nicht notwendig wäre, daß eine Arbeitergruppe zu Worte kommt, die bei der Durchführung des politischen

Massenstreiks sicherlich eine große Rolle spielen wird. Das sind die Bergarbeiter. Wir haben ja einige Erfahrungen im Massenstreik auf wirtschaftlichem Gebiete hinter uns, so 1889, 1905 und 1912 im Ruhrgebiet. Dort kommen jetzt über 400 000 Bergarbeiter in Frage. In ganz Deutschland zählen wir über 900 000 Bergleute. Wenn diese Massen in Bewegung gesetzt werden, dann haben wir einen Massenstreik, der auf die wirtschaftlichen Verhältnisse einen ungeheuren Einfluß ausüben muß. Das ist aber nur möglich, wenn es gelingt, auch wirklich die Massen hineinzubekommen und Einmütigkeit auf der ganzen Linie zu erzielen. Zwei Arbeiterkategorien kommen bei einem solchen Massenstreik in erster Linie in Betracht, die Verkehrsarbeiter und die Bergarbeiter. Sind nun die Verhältnisse dem Massenstreik günstig? Da müssen wir gestehen, daß es nicht besonders gut aussieht. (Hört! hört!) Wenn man der Genossin Luxemburg und der Genossin Zetkin glauben könnte, dann hätten wir ja die Fühlung mit den Massen verloren. Das ist aber nicht richtig. Wir stehen täglich mit den Massen in Berührung und kennen ihre Leiden und da kann ich ruhig erklären, daß im Bergbau die Vorbedingungen für die Durchführung eines Massenstreiks nicht gegeben sind. (Sehr richtig!) Genossin Zetkin sagte, wir dürften uns von den Unorganisierten nicht abschließen, es trenne uns nur ein Blättchen Papier von ihnen. Schließen wir uns denn von ihnen ab? Gehen wir nicht täglich in ihre Reihen, um sie zu uns herüberzuziehen. Sie zu gewinnen, ist aber schwieriger, als hier über die Massenstreikfrage zu diskutieren. (Sehr richtig!) Da gehört etwas mehr Geduld und Ausdauer dazu. Ich bin seit 21 Jahren im Ruhrgebiet tätig. Ich glaube, meine Pflicht und Schuldigkeit stets getan zu haben, und weiß, wie schwer gerade die Agitationsarbeit bei uns im schwarzen Ruhrgebiet ist. Wenn man davon redet, daß es möglich sei, die Massen Unorganisierter einfach mitzureißen, so hätten diejenigen, die das behaupten, einmal vor 1½ Jahren im Ruhrgebiet beim Märzstreik Wohnung nehmen müssen, da hätten sie Studien sammeln können über das Verhalten der Massen und der Gegner. Damals stellte sich heraus, daß auch die Einmütigkeit eines größeren Teils der Bergarbeiter nicht vermochte, Einfluß zu gewinnen. Genossin Zetkin meinte, unsere gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter müßten die Truppe abgeben, die für Ruhe und Ordnung zu sorgen hat. Das sollte so sein, aber man muß doch bedenken, daß die Gegner bestrebt sein werden, es zu Putschen zu treiben und die Arbeiter zu reizen, damit dann die Flinten schießen und der Säbel hauen kann. So wird es beim politischen Massenstreik sein. Wenn die politischen Organisationen nicht stärker geworden sind, so werden die Gegner alles versuchen, den Kampf im Blute zu ersticken. Also im Bergbau, da fehlt es. Von den 900 000 Bergarbeitern sind 100 000 bis 120 000 bei uns organisiert, ein Teil der anderen gehört zu den Gegnern, den Christlichen, Hirsch-Dunckerschen, Polnischen und den Gelben. Der größere Teil gehört zu keiner Organisation. Diese Massen hätten wir gegen uns, und dazu die ganze Oeffentlichkeit. Dadurch würde unser Kampf von vornherein vergeblich. Auch diese Diskussion hier wird uns die Agitationsarbeit bei den Unorganisierten erschweren, wenn sie erfahren, daß sie eine große Rolle spielen. Nein, nicht ein Blättchen Papier trennt uns von den Unorganisierten, sondern die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des wirtschaftlichen und politischen Kampfes, daß man nicht nur in einem Augenblick mal einen Stimmzettel abgibt, sondern daß man durch zähe andauernde Arbeit dem Gegner etwas abzwingt. Lassen wir es bei der Resolution des Parteivorstandes. Darüber hinaus können wir als gewissenhafte Menschen nicht gehen. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, der von Vetters-Gießen empfohlen und von Ledebour bekämpft wird, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Bauer-Berlin bemerkt persönlich: Gegenüber den Erklärungen der belgischen Genossen stelle ich fest, daß das, was ich gesagt habe, den Mitteilungen einer Reihe belgischer Gewerkschaftsführer entspricht. Auch in Belgien gehen die Meinungen über die Wirkungen des Generalstreiks erheblich auseinander. Ich habe darüber nichts zurückzunehmen. Genossin Zetkin hat mir vorgeworfen, daß ich bezüglich des Ausgangs des Streiks in Holland nur das Ungünstige betont und das Günstige verschwiegen habe. Das Günstige besteht darin, daß die Verhältnisse der Eisenbahner gesetzlich geregelt sind. Ob das gegenüber dem Verbot des Koalitionsrechts als ein Erfolg anzusehen ist, möchte ich bezweifeln. Dann sind meine Ausführungen vielfach so verstanden, als ob ich gewissermaßen in der Frage des preußischen Wahlrechts eine abweichende Stellung einnehme. Wer meine Ausführungen objektiv prüft, wird diese Auffassung nicht haben können. Ich erklärte, die preußische Wahlrechtsfrage ist gegenwärtig keine Lebensfrage für die organisierte Arbeiterschaft in dem Sinne, daß sie in der jetzigen Situation zu Maßregeln greifen müßte, die schließlich Kopf und Kragen kosten könnten. Damit habe ich nicht andeuten wollen, daß die preußische Wahlrechtsfrage nicht eine der wichtigsten Fragen ist, die die preußische Arbeiterschaft zu lösen hat. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß alles, was in unseren Kräften steht, getan werden muß, um sobald als möglich die preußische Wahlrechtsschmach zu beseitigen. Darin sind alle organisierten Arbeiter einig. (Bravo!)

Das Schlußwort erhält

Scheidemann: Ich habe in meiner Rede gestern die Befürchtung ausgesprochen, daß die Aussprache über den Massenstreik in der jetzigen Zeit dem Massenstreikgedanken selbst nicht förderlich sein werde. Ich habe mit meiner Befürchtung recht gehabt. Einer meiner Freunde, der Genosse Liebknecht, der mich natürlich in dieser Frage für einen Bremser hält, hat mir nach meiner Auffassung ja durchaus zugestimmt in der Anschauung, daß die Debatte tatsächlich unzeitgemäß gewesen ist und das ist es, was der Kernpunkt meiner Ausführungen war. Die Debatte ist vom Zaun gebrochen worden in einer Zeit, wo sie nicht am Platze gewesen ist. (Sehr richtig!) Ich habe darauf hingewiesen, daß alle Redner, die sich mit der Frage des Massenstreiks beschäftigt haben, zu dem übereinstimmenden Ergebnis gekommen sind: jetzt können wir an einen Massenstreik nicht denken. Ich habe auf die Massen verwiesen, in denen die Empörung lebt, auf die Massen, die gewillt sind, aus der Dreiklassenschmach herauszukommen. Ich habe aber auch gesagt, daß die Massen, die die Gelben, die die Christlichen, die die Nichtorganisierten aus nächster Nähe kennen, zähneknirschend sagen: Noch ist es nicht Zeit! (Sehr wahr!) Klar und deutlich habe ich gesagt, daß der Parteivorstand und der Parteiausschuß auf dem Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim stehen. Ich habe gesagt: Ein Narr, der sich einbildet, wir würden niemals einen Massenstreik machen können; ein Narr, der sich einbildet, das Volk werde sich alles Unrecht auf die Dauer gefallen lassen. Ich habe gesagt und wiederhole es: Wir werden den Massenstreik haben, wenn die Stunde es gebietet. (Sehr richtig!) Trotz dieses klaren Bekenntnisses aber bin ich hier ganz gehörig gezupft worden. (Heiterkeit.) Genossin Luxemburg hat mich geschildert als roten Struwwelpeter, der einen Drachen ausgebrütet hat, um ihn dann zu töten. (Heiterkeit.) Ich kann beschwören, daß ich niemals einen Drachen aus-

gebrütet habe. (Erneute große Heiterkeit.) Sie wollte damit sagen, ich hätte mir den Drachen künstlich konstruiert, ich hätte mich also an Dinge geklammert, die nicht vorhanden sind. Das stimmt nicht. Rosa Luxemburg war natürlich heute die lilienweiße Unschuld und vor allem die große Weisheit, ich war die menschgewordene Unwissenheit. (Große Heiterkeit.) „Du gleichst dem Geist, den Du begreift, nicht mir." Genossin Luxemburg, das haben Sie mir gesagt. Ich will Ihnen antworten mit einem andern Wort von Goethe aus dem „Tasso": „Ich freue mich, wenn kluge Männer sprechen, daß ich verstehen kann, wie sie es meinen." Und daran will ich die Bemerkung knüpfen: Ich freue mich aber nicht, wenn kluge Frauen sprechen, und zwar so, daß man nicht verstehen kann, wie sie es meinen. (Große Heiterkeit und Sehr gut!) Und dann noch ein Wort über die Art der Rosa von oben herunter über alle diejenigen zu urteilen, die nicht mit ihr einer Meinung sind. (Sehr gut!) Ich mache gar kein Hehl daraus, daß ich immerhin klug genug bin, zu wissen, daß ich lange nicht so klug bin, wie Rosa Luxemburg. (Große Heiterkeit.) Ich kann auch gar nicht so klug sein, denn Ihr alle wißt, daß ich ein ganz einfacher Arbeiter gewesen bin, der sich sein bißchen Wissen, über das Genossin Luxemburg spottet, in durchwachten Nächten erst hat aneignen müssen. (Bravo.) Das wollte ich Ihnen sagen, Genossin Luxemburg, weil Sie nicht allein mir gegenüber in dieser Art operiert haben, sondern auch anderen Genossen, ja sogar ganzen Versammlungen gegenüber. Sie sagt, ich hätte meine ganze Rede auf zwei Töne gestimmt. Erstens: wie herrlich weit wir es in der Partei gebracht hätten, und zweitens hätte ich gekämpft gegen die Nörgler in der Partei. Wie liegt es in Wirklichkeit? Gegenüber den Klagen über den Stillstand in der Organisation, über die mangelhafte Agitation, die geringen Ergebnisse usw. und gegenüber den Angriffen, die im Zusammenhang damit gegen den Parteivorstand erhoben wurden, hielt ich es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß diese Schwarzseherei falsch und unangebracht ist, und deshalb habe ich nachgewiesen, was die Partei im letzten Jahre alles geleistet hat. Ich will allerdings nicht verhehlen, daß ich dabei eine gewisse Nebenabsicht hatte. Ich hatte die Nebenabsicht, den einen oder den anderen, der glaubt, daß der Parteivorstand wirklich das Schreckgebilde ist, als das er vielfach dargestellt wird, zu der Ueberzeugung zu bringen, daß der Parteivorstand einen bescheidenen Anteil an dieser geleisteten Arbeit doch für sich in Anspruch nehmen kann. Gegen die Nörgler soll ich den Kampf geführt haben. Natürlich habe ich den Kampf geführt, nicht gegen die Nörgler der Partei im allgemeinen, dazu würde die Zeit eines Parteitages nicht ausreichen (Große Heiterkeit), sondern gegen die Nörgler, die dem Parteivorstand und der Partei offenkundiges Unrecht getan haben, die bemüht sind, die Partei in andere Bahnen zu drängen (Sehr richtig!), die uns abbringen wollen von einer Taktik, die wir 40 Jahre lang mit glänzendem Erfolg beobachtet haben; gegen die Nörgler, die sich einbilden, die berufenen Schulmeister der ganzen deutschen Sozialdemokratie zu sein. (Lebhafte Zustimmung. — Ruf: Namen nennen!) Ich bin gern bereit dazu! das war speziell auf Rosa Luxemburg zugespitzt. (Sehr gut!) Was ich gesagt habe, war doch klar und deutlich genug. Ich meinte die Genossin Rosa Luxemburg, die alle Welt schulmeistert und damit der Partei schon erhebliche Schwierigkeiten bereitet hat. (Starker Beifall und Unruhe.) Genossin Luxemburg ist heute außerordentlich milde gewesen. Ganz anders ist es von ihren Lippen und aus ihrer Feder geflossen vor dem Parteitag. Was wir von ihr vor dem Parteitag gehört haben, mußte jeden empören, der da weiß, daß die Dinge anders sind, als sie sie darstellt. Heute hätte ich erwartet, daß Genossin Luxemburg z. B. mit etwas größerer Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hätte, was sie unter der „neuen Taktik",

unter der „kühnen Initiative" und wie die schönen Worte alle heißen, sich eigentlich vorstellt. Vor dem Parteitag haben wir hören und lesen können, wie die Partei und namentlich die Parteiorganisationen von ihr eingeschätzt werden, heute hat sie versucht, das alles abzuschwächen. Jetzt klingt es ganz anders, jetzt soll nichts gesagt worden sein, was irgendwie anfechtbar wäre. Ich will Ihnen einige Sätze vorlesen. Gestern bin ich darauf nicht eingegangen, denn ich hätte nicht geglaubt, daß Genossin Luxemburg — ich will nicht sagen: wie die Katze um den heißen Brei, aber doch immerhin um das herumgehen würde, was man ihr vorwirft. Sie schreibt:

„Je mehr unsere Organisationen wachsen, Hunderttausende und Millionen umfassen, um so mehr wächst notgedrungen der Zentralismus. Damit geht aber auch das geringe Maß an geistigem und politischem Inhalt, an Initiative und Entschluß, das im alltäglichen Leben der Partei von den Organisationen aufgebracht wird, gänzlich auf die kleinen Kollegien an der Spitze, auf Vereinsvorstände, Bezirksvorstände und Parlamentarier über. Was für die große Masse der Mitglieder übrig bleibt, sind die Pflichten zum Beitragzahlen (Lachen), zum Flugblätteraustragen, zum Wählen und zu Wahlschlepperdiensten, zur Hausagitation für das Zeitungsabonnement." (Hört! hört!)

Ist das die Art, wie man die Partei in neue Bahnen und zu neuer Taktik führt, wenn man das, was bisher das Rückgrat der Partei gewesen ist, in dieser Weise verspottet? (Sehr gut!) Weiter:

„Es ist aber eine wunderliche Idee, dauernd Millionen von Menschen nur mit Erfüllung laufender Pflichten, mit Erörterungen über eine Erhöhung der Beiträge, über die Anstellung neuer Zeitungsausträgerinnen, die Wahlen des ersten und zweiten Vorsitzenden und des Kassierers, oder zur Abwechslung mit allerlei örtlichen kleinen Reibereien unter den Funktionären zu beschäftigen, wie sie nun einmal nicht zu vermeiden sind, wo viele Menschen zusammen arbeiten. Es ist eine wunderliche Vorstellung, man brauche diesen bureaukratischen Kleinkram nur mechanisch ins Riesenhafte zu steigern, um mit der Zeit zwei Millionen, drei Millionen, vier Millionen Mitglieder usw. in die Parteiorganisationen hineinzukriegen und sie dort halten zu können."

Dann wird gewissermaßen alles gekrönt durch folgende Sätze:

„Als Beweis diene dasselbe belgische Beispiel, das vielfach von verkehrter Seite auf unsere Genossen so faszinierend wirkt. Das Wichtigste, was sich als positive Lehre aus dem belgischen Experiment ergibt, ist gerade die Tatsache, daß die unorganisierten Massen in wichtigen Momenten nie versagen und daß jede ernste Aktion der Sozialdemokratie ohne diese Massen ganz undenkbar wäre. In Belgien lassen die gewerkschaftlichen wie die politischen Organisationen so ziemlich alles zu wünschen übrig, auf jeden Fall können sie sich mit den deutschen nicht entfernt messen. Und doch kommt seit 20 Jahren ein imposanter Wahlrechtsstreik nach dem andern zustande. Allerdings können die Massen nur dann Erfolge erzielen, wenn die Führung der Partei konsequent entschlossen und durchsichtig klar ist. Wird auf zwei Schritte vorwärts stets ein Schritt zurück gemacht, dann werden schließlich auch die Massenaktionen verpuffen. In jedem Fall versagt aber dann, wenn ein politischer Feldzug scheitert, nicht die unorganisierte Masse, sondern die organisierte Partei und ihre Führung." (Hört! hört!)

Und noch einen Satz will ich Ihnen vorlesen:

„Die Sozialdemokratie ist historisch dazu berufen, die Vorhut des Proletariats zu sein, sie soll als Partei der Arbeiterklasse führend voranstürmen.

Bildet sie sich aber ein, sie allein, die Sozialdemokratie, sei berufen, die Geschichte zu machen, die Klasse selbst sei nichts, sie müsse erst ganz in Partei verwandelt werden, ehe sie handeln darf, dann kann sich leicht ergeben, daß die Sozialdemokratie zum hemmenden Moment im Klassenkampf wird und daß sie, wenn die Zeit reif ist, der Arbeiterklasse nachlaufen muß, von ihr wider Willen zu Entscheidungsschlachten geschleift." (Hört! hört!)

Ist das die Art und Weise, wie man der Partei nützen kann? (Zurufe: Nein! nein!) Kann man damit unsere Partei vorwärts treiben? Ist das die Einleitung zu der neuen Aktion, zu der kühnen Initiative, daß man zunächst unsere Organisationen derart schildert? Ich glaube, ein ganz anderer Weg muß beschritten werden, wenn man vorwärts kommen will, so schnell, wie wir es alle wünschen. Jedenfalls dürfen wir nicht damit beginnen, die Organisationen zu diskreditieren und es so hinzustellen, als ob uns von den Unorganisierten nur ein Stück Papier trennt. Ist denn das Mitgliedsbuch, ist denn der Schein, auf dem der Beitrag quittiert wird, alles, was uns von den Unorganisierten trennt? Solche Worte beweisen, daß diejenigen, die so reden, weder die Organisierten noch die Unorganisierten kennen. (Lebhafte Zustimmung.) Dann hat Genossin Luxemburg gesagt, sie habe in ihren Versammlungen bemerkt, wie die Massen nach der neuen Taktik lechzen. (Lachen.) Ich will Ihnen sagen, wie die Massen lechzen. Die Genossin Luxemburg sprach am 22. Juli in einer Berliner Versammlung in sehr energischer Weise. Das ist ja selbstverständlich. In der Diskussion sprachen im ganzen drei Redner gegen sie. Das waren allerdings Leute, die das Arbeiterleben kannten, denn es waren selbst Arbeiter, und denen sagte Genossin Luxemburg im Schlußwort: „Es ist beschämend, daß nicht andere Gegner aufgetreten sind." (Hört! hört!) Das ist dieselbe Nichtachtung, dieselbe Geringschätzung der Arbeiter, wie sie Genossin Luxemburg mir gegenüber heute hier bekundet hat. (Unruhe und lebhafte Zustimmung.) Ich frage Sie, ob der Vorgang in der Berliner Versammlung aussieht wie das Lechzen der Massen nach einer neuen Taktik. (Sehr richtig!) Nein, das ist nicht das Lechzen nach einer neuen Taktik, sondern die Bestätigung dessen, was ich vorher behauptet habe: des hochmütigen Aburteilens von oben herunter. (Erneute Unruhe und erneute lebhafte Zustimmung.)

Es ist überhaupt interessant, wie die Massen verschiedenartig eingeschätzt werden. Die Masse trifft immer das Richtige; die Masse muß die Führung übernehmen; die Masse muß den Führern den Korporalstock aus der Hand schlagen, die Führer beiseite schieben oder vorwärts drängen; die Masse führt und die Führer haben nur auszuführen, was die Masse will. Schön. Die Masse war es auch, die in Steglitz in einer Versammlung einer unserer temperamentvollen Genossinnen jubelnd zustimmte, als sie einen Vortrag hielt, worin sie die Massen in der Weise schilderte, wie ich es eben angedeutet habe. 48 Stunden später fand in Berlin in der „Neuen Welt" eine Versammlung statt, dort waren noch größere Massen anwesend als in Steglitz, aber dort waren die Massen — es handelte sich um den Gebärstreik — anderer Meinung als eine auch führende Genossin. Und als da die Meinung der Massen gegen die Rednerin in sehr drastischer Weise zum Ausdruck kam, da waren auf einmal die dort versammelten Massen nicht mehr die zur Führung berufenen Menschen, sondern da sagte man ihnen auch wieder sehr schulmeisterlich: Ihr wollt sozialistisch durchgebildet sein? Euch muß man erst zum Sozialismus erziehen. (Stürmische Heiterkeit und Sehr gut!) Ja, wer soll denn die Massen, deren Werkzeug die Führer nur sind, erziehen? Sollen die Massen, die erst zum Sozialismus erzogen werden müssen, ihre Führer erziehen oder sollen die Führer die Massen erziehen? Ich will nicht sagen, daß die Führer klüger wären als die Massen. Die Summe der Intelligenz, die in den Massen steckt, ist zweifellos größer, als die gesamte Intelligenz der paar Führer. Aber in kritischen Situationen kommt es doch darauf an, daß die Führer, auf denen ein kolossales Maß von Verantwortlichkeit liegt, den Mut haben, auch gegen die Massen zu sprechen. (Sehr richtig.) Das deckt sich vollständig mit dem, was Bebel gesagt hat. Es gibt Zusammenstellungen aus Bebelschen Reden, die sehr geschickt gemacht sind für bestimmte Zwecke, aber es gibt auch Aeußerungen von Bebel, die wesentlich anders lauten. (Sehr richtig!)

Silberschmidt hat schon auf den Ausspruch Bebels in einer Berliner Versammlung hingewiesen: „Das wäre ein trauriger Kerl von Führer, der nicht den Mut hat, seiner besseren Ueberzeugung den Massen gegenüber Ausdruck zu geben." (Lebhafte Zustimmung.)

Dann ist hier, nachdem ich gesagt habe, wer hinter der Resolution des Parteivorstandes steht, sehr höhnisch von „Instanzen" gesprochen worden. Es ist ja jetzt überhaupt üblich — allerdings erst seit ganz kurzer Zeit — und es kommt aus bestimmter eng umrissener Quelle, ganz systematisch die „Instanzen" zu verhöhnen. (Sehr richtig!) Man spricht von „Parteibehörden", man spricht von unserer „obersten Parteibehörde". Ach, das sollte man doch bleiben lassen. Wir haben keinen Anlaß, in dieser ernsten Zeit uns selbst das Leben sauer zu machen, wir haben allen Anlaß, das Vertrauen zueinander zu stärken, denn das ist die Voraussetzung, wenn wir den kommenden Kämpfen gewappnet gegenüberstehen und nicht den Gegnern unterliegen wollen. (Sehr richtig!) Genosse Liebknecht hat in gewisser Beziehung die Rosa noch übertrumpft. (Geht das?) Genossin Luxemburg hat mich nur als einen unwissenden Menschen hingestellt, aber Liebknecht weiß es besser. Er hält mich nicht für einen so ganz unwissenden Menschen, er sagt sich vielmehr: das ist ein ganz boshaftes Luder! (Große Heiterkeit.) Er schaut in mein Inneres und glaubt zu sehen, daß ich im Grunde genommen gar nichts vom Massenstreik wissen will. Ich weiß nicht, wie er dazu kommt. Ich bin kein Gegner des Massenstreiks, ich bin nur ein Gegner unzeitgemäßer Erörterungen über den Massenstreik. Ich stimme ganz mit Frank darin überein: entweder werden wir das Wahlrecht in Preußen bekommen oder wir werden den Massenstreik haben. (Sehr richtig!) Ja, ich gehe noch weiter als Frank. Der hat gesagt, es ist eine Ehrensache, für das deutsche Proletariat das gleiche Wahlrecht in Preußen zu erobern. Ich sage, es ist nicht nur eine Ehrensache, es ist eine unbedingte Notwendigkeit, wir müssen unter allen Umständen das gleiche Wahlrecht erobern (Lebhaftes Bravo!) Wenn Sie genauer nachsehen, werden Sie bemerken, daß das auch in unserer Resolution steht. Genosse Frank hat gesagt, der Parteivorstand möchte wohl am liebsten ein Schweigegebot erlassen. Dazu hatte Genosse Frank keinen Anlaß, das ist ganz unberechtigt. Wir wären Toren, wenn wir verbieten wollten, daß über den Massenstreik geredet wird. Wir haben gar nichts dagegen einzuwenden, wenn in den Organisationen, die das Bedürfnis dazu fühlen, über den Massenstreik gesprochen wird. Aber wir haben es für unzeitgemäß gehalten, daß man gewissermaßen in den Mittelpunkt der Parteitagsverhandlungen und aller sonstigen parteipolitischen Erörterungen jetzt eine Frage rückt, deren Lösung eine ganz andere Erregung und Empörung in den Volkskreisen voraussetzt und eine ganz andere wirtschaftliche Konjunktur als wir sie jetzt haben. (Sehr richtig!) Darauf kommt es doch im wesentlichen an. Ihre Resolution setzt im Eingang breitspurig auseinander, was in Jena und Mannheim in prägnanter Form gesagt worden ist. In sehr weit auseinandergezogener Weise wird das alles noch einmal

gesagt. Darauf haben wir verzichtet. Wir haben klar und deutlich auf Jena und Mannheim hingewiesen und berufen uns darauf. Weiter sagt Ihre Resolution — das ist ein wesentlicher Punkt —, „der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden". Daß wir einen Massenstreik nicht künstlich herbeiführen können, darüber sind wir uns wohl alle einig. Es wird keiner hier sein, der sich einbildet, man brauche in Berlin nur auf den Knopf zu drücken und der Massenstreik geht los. Aber es liegt auch in dem zitierten Satz wieder ein gewisser Hohn, ja geradezu ein Frontmachen gegenüber den Beschlüssen von Mannheim und Jena. Wie hieß es denn dort? „Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines Massenstreiks für gegeben erachtet, hat er sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen." Das heißt doch, daß die erwähnten Körperschaften der Partei und Gewerkschaften nach den früheren Beschlüssen berufen sein sollen, entscheidende Maßnahmen zu treffen. Hier aber heißt es: „nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen". Parteigenossen, ich will Ihnen sagen, was meiner Ansicht nach der wesentliche Unterschied zwischen den Resolutionen des Parteivorstandes und der Genossin Luxemburg ist. Wir wollen gegebenenfalls den Massenstreik, der gemacht wird von einer wohldisziplinierten, gut geschulten klassenbewußten Arbeiterschaft, die auf das Signal, das gegeben werden muß, hört. Ihr Vorschlag aber läuft darauf hinaus, wilde Streiks zu machen, also das zu machen, was man unter syndikalistischer Aktion versteht. Anders kann die Resolution kaum verstanden werden. (Ledebour: Verdrehung!) Ja, Parteigenossen, wenn sie in dieser Weise nicht gemeint ist, warum schreiben Sie dann diesen Satz hinein, warum akzeptieren Sie nicht, was wir früher beschlossen haben, warum beschränken Sie sich nicht darauf, zu bestätigen, was wir in Jena und Mannheim beschlossen haben, daß beide Körperschaften berufen sein sollen, im richtigen Augenblick einzugreifen. Nein, die Resolution Luxemburg ist für diejenigen, die unsere altbewährte Taktik weiter verfolgen wollen, die entschlossen sind, auf den Bahnen weiter zu wandeln, die wir bisher gewandelt sind, die den Kampf in derselben Weise weiterzuführen und gegebenenfalls auch in den Massenstreik einzutreten gewillt sind, für alle, die unseren alten Beschlüssen treu bleiben wollen, absolut unannehmbar. (Lebhafte Zustimmung.)

Was steht nun in unserer Resolution? Sie ist gegliedert in vier Absätze, im ersten Absatz wird, wie gesagt, hingewiesen auf die Beschlüsse von Jena und Mannheim, nach denen die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung gegebenenfalls als eines der wirksamsten Mittel zu betrachten ist, nicht nur um Angriffe auf bestehende Volksrechte abzuwehren, sondern um Volksrechte neu zu erobern. Parteigenossen, ist das nicht deutlich genug? Kann jemand im Zweifel darüber sein nach unserer ganzen Debatte, daß in allererster Linie dabei das Wahlrecht in Preußen in Betracht kommt? Das ist doch selbstverständlich! Dann haben wir im zweiten Absatz gesagt: „Die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern ist eine der Vorbedingungen für den Befreiungskampf des Proletariats." Zu allen Vertretungskörpern! Wir haben in unserem Jahresbericht geschrieben, die preußische Wahlrechtsfrage sei zur Zentralfrage der deutschen Politik geworden. Ist es da nicht selbstverständlich, daß alles, was hier gesagt worden ist, in erster Linie Bezug hat auf den Kampf in Preußen? Dann heißt es: „Das Dreiklassenwahlrecht entrechtet die Besitzlosen nicht nur" — auch hier wieder ein deutlicher Hinweis auf Preußen. — Weiter heißt es: „Es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts, die Junkerkaste, zum Beherrscher der Gesetzgebung." Ist das nicht deutlich genug? Natürlich zum Beherrscher der Gesetzgebung nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reich. Das steht wohl auch wörtlich in Ihrer Resolution. Aber das braucht man doch nicht alles bis ins kleinste hinein in die Resolution zu schreiben. Eine Resolution ist kein Leitartikel, sondern soll in prägnanten Sätzen klipp und klar sagen, was man will oder nicht will. (Sehr richtig!) Im dritten Absatz der Resolution steht auch ganz klar: „Darum fordert der Parteitag die entrechteten Massen auf, im Kampfe gegen das Dreiklassenunrecht alle Kräfte anzustrengen in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf ohne große Opfer nicht siegreich durchgeführt werden kann." Läßt das etwa an Deutlichkeit zu wünschen übrig? Es ist doch selbstverständlich, daß auf Grund dieser Resolution keinem Menschen verboten sein kann, den Massen zu sagen, was auf dem Spiele steht, sie auf die Wichtigkeit der Wahlrechtsforderung hinzuweisen. Das ist doch alles ganz klar.

Einwände sind gemacht worden gegen den vierten Absatz, in dem Verwahrung eingelegt wird gegen die Putschisten, die wilde Streiks fordern, unüberlegte törichte Streiks, die zu nichts führen können als dazu, daß es uns selber an den Kragen geht. Diese Verwahrung war absolut notwendig. Weiter heißt es: „Der politische Massenstreik kann nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung usw. geführt werden." Da ist bemängelt worden: was heißt bei „vollkommener" Einigkeit? Ich will Ihnen eine Szene aus dem Ausschuß erzählen. Diese Resolution lag vor. Ich habe Ihnen gesagt, daß sie das Werk langer Verhandlungen gewesen ist, daß wir froh waren, als wir sie glücklich zusammen hatten. Als dann im Ausschuß von einem Genossen Einspruch erhoben wurde, der meinte, man solle das Wort „vollkommen" streichen, weil es gedeutet werden könne, als wenn der letzte Mann dieser oder jener Körperschaft einverstanden sein müsse, ehe man überhaupt etwas unternehmen könne. Darauf habe ich erklärt: daran kann natürlich nicht gedacht werden. Das ist unter vollkommener Einigkeit nicht zu verstehen. Die Hauptsache ist, daß die Mehrheiten der Körperschaften einig sein müssen. Wir konnten einseitig Aenderungen an der Resolution nicht vornehmen. Das „vollkommen" ist also nicht so zu verstehen, als wenn nur ein einziger nein zu sagen brauche, damit alles in die Brüche geht.

Unsere Resolution schließt dann: „Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken." Das ist eine Antwort an diejenigen, die, wie ich vorgetragen habe, die Organisationsarbeit diskreditiert haben. Das mußten wir sagen. Und daß wir schließlich nicht daran den Satz gefügt haben, daß diese Organisationen mit revolutionärem Geiste erfüllt werden müssen, liegt einfach daran, weil wir auch das längst beschlossen haben. Wir brauchten doch in unserer Resolution nicht zu wiederholen, was bereits beschlossen ist, zumal in deutlicher Weise gleich im Eingang auf die Beschlüsse von Jena und Mannheim hingewiesen ist. Mit der vorgeschlagenen Resolution wird der Parteitag der gegenwärtigen Situation gerecht. Es kann jeder für sie stimmen, dem es ernst darum ist, im gegebenen Augenblick in den Massenstreik einzutreten.

Keiner braucht davor zurückzuschrecken, keiner kann sagen, daß in dieser Resolution etwas steht, das wie eine Bremse aussieht. Davon kann keine Rede sein. Die Resolution bestätigt, daß wir gewillt sind, den Kampf zu führen. Sie können uns nicht den Vorwurf machen, daß wir darauf hingearbeitet hätten, auf hinterlistigem Wege frühere Parteitagsbeschlüsse außer Kraft zu setzen. Selbstverständlich kann kein Parteivorstand, mag er zusammengesetzt sein wie er will, einen Parteitagsbeschluß außer Kraft setzen.

Wir müssen uns klar darüber sein, was es bedeutet, in ernster Stunde in einen Massenstreik einzutreten. Dabei dürfen wir nicht leichtfertig vorgehen, das muß wohl überlegt sein. Dem wird in dieser Resolution Rechnung getragen. Nun wird gesagt, mit der bisherigen Methode kommen wir nicht weiter. 40 Jahre lang hat sich diese Methode bewährt. Wie soll denn die neue Taktik beschaffen sein? Man sagt, die Massen müßten selbst mehr in Bewegung sein. Gibt es denn einen Menschen in der Partei, der diesem Wunsche nicht freudig zustimmen wird? Aber glaubt denn irgend jemand, daß man durch aufgeregte Reden oder durch Leitartikel die Massen in Bewegung setzen kann? Nein, das setzt Tatsachen voraus, die den Massen an die Nieren gehen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Massen müssen aus innerer Empörung heraus selbst zu der Einsicht kommen, daß eine solche Aktion einsetzen muß. Sie müssen sich sagen: Jawohl, jetzt müssen wir dem Signal folgen. Jetzt ist's Zeit. Merkwürdige Vorschläge sind gemacht worden. Kurz bevor ich in den Saal kam, wurde mir eine „Bremer Bürgerzeitung" in die Hand gedrückt. Da wird u. a. empfohlen, daß wir dadurch besser auf die Massen wirken sollen, daß wir im Reichstag aufreizende Reden halten und stärkere Worte anschlagen. Diese Mahnung kann, um nur einige zu nennen, an Ledebour, Liebknecht und mich nicht gerichtet sein. (Heiterkeit.) Wir haben unser möglichstes getan, um den Massen vom Reichstag aus klar und deutlich zu sagen, was auf dem Spiele steht, worauf es ankommt. Ich habe den „Volksvertretern" ja einmal ganz offen gesagt: „Ich rede zum Fenster hinaus, über Ihre Köpfe hinweg!" (Sehr gut!) Wir werden auch in Zukunft kein Blatt vor den Mund nehmen.

Die Mitglieder des Parteivorstandes und wir haben dabei den Ausschuß völlig auf unserer Seite, wollen eine energische tatkräftige Taktik. Wir wollen alles tun, was wir zu tun vermögen, um die Massen in Bewegung zu bringen. Aber ich will hier einen Satz von Kautsky zitieren: „Man kann nicht in ununterbrochener Erregung sein, wenigstens bei einem gesunden Organismus kommt das nicht vor." (Sehr gut!) Das mögen sich die merken, die es angeht. Wir wollen nicht verkennen, daß die große Masse des arbeitenden Volkes naturgemäß nicht unausgesetzt in Erregung sein kann. Die Arbeiter wollen auch mal Luft schnappen, sie wollen sich einmal Frau und Kindern widmen und wollen auch mal eine Nachtruhe haben. Vergessen Sie nicht, wie das deutsche Volk monatelang in Erregung gewesen ist bei den imposanten Kundgebungen zur Teuerungsfrage, zum Balkankrieg und bei der Einbringung der Militärvorlage. Kein Mensch denkt daran zu bremsen. Tatkräftig wollen wir arbeiten, aber wir wollen uns dabei den klaren Blick nicht trüben lassen für das, was notwendig und was möglich ist. Wir wollen kein unüberlegtes Handeln, keine Politik der Nervosität. Wir sind uns unserer eigenen Kraft bewußt, aber kennen auch die Kraft unserer Gegner. Wir wollen kein Spiel mit dem Feuer, wir wollen unser Pulver trocken halten, damit wir in dem Augenblick, wo es ernst wird, tun können, was wir für richtig und notwendig halten. In diesem Sinne bitte ich Sie, unsere Resolution zu beurteilen. Dann wird jeder ihr zustimmen, der ernsthaft will, daß die Partei vorwärts kommen soll, der aber nicht will, daß wir planlos handeln und der Partei Aktionen zumuten, die augenblicklich nicht am Platze sind oder von denen wir uns im voraus sagen, sie können nicht unternommen werden, weil die Voraussetzungen dazu fehlen. Ein jeder wird wünschen, daß die Partei vorankommt und daß wir wohlerwogenen Beschlüssen treu bleiben. Wer das aber will, der kann mit gutem Gewissen der Resolution des Parteivorstandes zustimmen, von der ich gesagt habe, daß die bei Massenbewegungen in Betracht kommenden Körperschaften dahinter stehen. (Lebhafter Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Dr. Liebknecht-Berlin: Gegenüber Scheidemann möchte ich folgendes feststellen: Ich habe nicht gesagt, daß die Massenstreikdebatte unzeitgemäß vom Zaun gebrochen sei. Ich habe vielmehr darzulegen versucht, daß sie unumgänglich war, mit psychologischer Notwendigkeit aus der ganzen Situation heraus zum Ausbruch kommen mußte, ich habe aber gleichzeitig mein Bedauern ausgesprochen, daß diese so notwendig entstandene Debatte allerdings in eine ungünstige Zeit gefallen ist, in eine Zeit der wirtschaftlichen Depression. Scheidemann behauptet weiter, ich hätte ihn als ein boshaftes Luder (Heiterkeit) bezeichnet, wenn auch mit etwas anderen Worten. Davon ist gleichfalls nicht die Rede. Ich habe nur aus der ganzen Art seiner Ausführungen, die auf eine Art Miesmachen gegen den Massenstreik, auf ein Massenstreikmiesmachen (Heiterkeit) hinausliefen, geschlossen, daß, obwohl sein Mund sich zum Generalstreik bekennt, sein Geist unterhalb der Bewußtseinsschwelle und sein Herz nicht beim Generalstreik sind, daß er innerlich ein Feind des Massenstreiks sei. Ich bekenne, daß die letzten Ausführungen Scheidemanns in dieser Beziehung etwas erfreulicher gelautet haben. Nach der Schamade hat er jetzt eine Fanfare ertönen lassen, aber ich bin nicht in der Lage, das, was ich vorher gesagt habe, zurückzunehmen. Wenn Scheidemann gesagt hat, wir forderten mit dieser Resolution den wilden Massenstreik (Unruhe und Rufe: Das ist nicht persönlich!), so habe ich ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Diskussion notwendig sei, um wilde Massenstreiks zu verhüten. In unserer Resolution sollen die Instanzen nicht ausgeschaltet sein, sondern sie sind ausdrücklich in ihrer Kompetenz erwähnt.

Ledebour-Berlin: Scheidemann hat in seinen Ausführungen den Satz unserer Resolution „Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden" so ausgelegt, als ob damit gegen den Mannheimer Beschluß, der diesen Parteiinstanzen bestimmte Aufträge erteilt, demonstriert werden soll. (Unruhe und Zurufe.)

Vorsitzender **Ebert**: Das ist zwar streng genommen keine persönliche Bemerkung, aber ich möchte bitten, Ledebour diese Erklärung abgeben zu lassen. Liebknecht hat sie zwar auch schon abgegeben.

Ledebour (fortfahrend): Das stimmt nicht, Genosse Ebert. Liebknecht hat etwas anderes gesagt. Ich habe ausdrücklich von Ihnen die Ermächtigung erbeten, als Mitantragsteller gegen diese Auslegung, die einen schweren Vorwurf enthält, zu protestieren. Scheidemann hat leider diese Auslegung nicht in der Debatte vorgebracht, sondern im Schlußwort, und uns dadurch die eingehende sachliche Widerlegung unmöglich gemacht. Wir haben mit dem Satz der Resolution bezweckt, den Vorwurf zu entkräften, der den Freunden des Massenstreiks vorher und auch hier wiederholt gemacht worden ist, als ob sie künstlich einen Massenstreik herbeiführen wollten. Wenn in der Resolution gesagt wird, der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden, so bezieht sich das darauf, daß diese Instanzen zwar den Auftrag haben, den wir billigen, aber wir bestreiten, daß sie künstlich so etwas machen können oder machen würden. Ebenso protestieren wir dagegen, daß in irgendeiner Weise uns der Gedanke einer künstlichen Inszenierung eines Massenstreiks unterschoben werden könnte. Das war der ganze Zweck dieses Satzes. In diesem Sinne haben wir der Resolution unsere Unterschrift gegeben und damit fallen alle die Schlußfolgerungen zusammen, die Scheidemann daran geknüpft hat.

Klara Zetkin: Ich habe zu erklären, daß Genosse Scheidemann falsch berichtet worden ist, wenn ihm gesagt wurde, nach meiner Auffassung trenne nur das Mitgliedsbuch die Organisierten von den Unorganisierten. Ich habe erklärt, die Krise, die Arbeitslosigkeit beweise, daß nicht eine feste Mauer, sondern gleichsam nur ein dünnes Blatt Papier Organisierte und Unorganisierte trennt. Was ich nicht hinzugefügt habe, was aber jeder verstehen konnte, war dieses: daß die Organisierten im Handumdrehen durch die Notlage in Unorganisierte verwandelt werden können. Zweitens nahm Genosse Scheidemann Bezug auf meine Ausführungen in einer Mitgliederversammlung in Steglitz. Dort waren von vielen Diskussionsrednern Vorwürfe gegen die Beamten der Partei und Gewerkschaften erhoben worden. Vorwürfe, die meiner Meinung nach nicht gerechtfertigt waren. Angesichts dieser Ausführungen nahm ich Bezug auf das Wort Bebels, daß die Proletarier die demokratische Tugend des Mißtrauens üben müßten. Ich fügte aber hinzu: Hütet Euch, Euren Beauftragten mit einem persönlichen Mißtrauen zu begegnen, das sie nicht verdienen. Setzt Eure Lust zur Selbstbestimmung in anderer Weise durch. Lernt, seid tätig und bleibt alle Zeit ein mitbestimmender und mitentscheidender Faktor im Leben der Organisation. Ich habe nicht mit einem Wort in der Versammlung in der „Neuen Welt" irgendwie geringschätzend über die Massen gesprochen. Wenn ich es für notwendig hielt, in jener Versammlung zu betonen, daß angesichts der Redereien von der „revolutionären Waffe" des Gebärstreiks die Durchdringung der Massen mit sozialistischer Erkenntnis notwendig sei, weil wir schweren Kämpfen entgegengehen, so bin ich jetzt, in diesem Augenblick, mehr als je dieser Ueberzeugung. Die „Leipziger Volkszeitung" meldet, daß in Gegenwart des sächsischen Königs und des Ministers die Vertreter des Verbandes der Industriellen ein Zuchthausgesetz gefordert haben, und daß der König ihnen versicherte, „die Ziele des Verbandes würden sich immer mit Tatkraft durchsetzen".

Vorsitzender **Ebert:** Ich bitte, doch nicht in eine sachliche Erörterung des Gebärstreiks einzutreten. (Heiterkeit.)

Scheidemann: Ich gehe auf die sachlichen Ausführungen der Vorredner nicht ein. Ich will nur erklären: Ich habe in dem einen Fall gar nicht an die Genossin Zetkin gedacht; nicht sie hat in einer Versammlung gesagt, was ich zitiert habe. Ich habe absichtlich keinen Namen genannt. (Das ist eben das Schlimme!) Es ist doch wahrhaftig nicht notwendig, jeden hier mit Namen zu nennen. Ich habe den Verlauf zweier Versammlungen geschildert. In der Steglitzer Versammlung hat Klara Zetkin geredet, in der Berliner Rosa Luxemburg. Wenn ich mich gegen die Aeußerung von dem Blatt Papier, das die Unorganisierten nur von uns trennen soll, wandte, so war ich dazu veranlaßt nicht durch die Rede der Genossin Zetkin, die ich leider gar nicht gehört habe, sondern durch einen Debatteredner, der die Aeußerung anführte, ohne daß ich wußte, daß sie von Genossin Zetkin stammt. Wenn mir Ledebour zum Vorwurf macht, daß ich auf die Resolution, die den Namen Luxemburg trägt, in meiner ersten Rede nicht eingegangen bin, so will ich ihm sagen, warum: Als ich meine Rede am Montag früh hielt, lag die Resolution ja noch gar nicht vor.

Vorsitzender **Ebert:** Wir kommen zur Abstimmung. Ein von Hoch und Genossen gestellter und ausreichend unterstützter Antrag verlangt namentliche Abstimmung über den Antrag 100. Wir schlagen vor, zuerst abzustimmen über den Antrag 100 namentlich, dann über die Resolution des Parteivorstandes, Antrag 94, und dann eventuell, falls keine dieser Resolutionen angenommen werden sollte, über die übrigbleibenden Anträge 7, 11, 12 und 88.

Kunert-Halle: Da ich durch den angenommenen Schlußantrag verhindert wurde, zu unserer Resolution 7 zu sprechen, ziehe ich sie im Auftrage der Organisation Halle zugunsten des Antrags 100 zurück, um einer Zersplitterung der Stimmen vorzubeugen.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag 100.

Mit ja haben gestimmt: Agnes, Albrecht-Halle, Albrecht-Könnern, Antrick, Apel, Arendsee, Baudert, Beck, Bellert, Berten, Bihlmeier, Blumöhr, Bock, Böhle, Brandenburg, Braun-Nürnberg, Brühl, Büchner, Buhl, Bühler, Burckhardt, Busold, Cohen, Crispien, Dr. Oskar Cohn, Dißmann, Dittmann, Donalies, Emmel, Engelhardt-Helmstedt, Engelhardt-Cannstatt, Fauth, Felgentrebe, Fiedler, R. Fischer-Meiningen II, Fries, Fromhold, Fröhlich, Fuchs, Funke, Gebhardt, Gehrmann, Geyer, Gottschalk, Göft, Götz, Granz, Graupe, Grenz, Gutekunst, Hammer, Hanisch, Hartmann, Hartung, Henke, Hennig-Neustadt, Herzfeld, D. Hoch, Gustav Hoch, Adolf Hoffmann-Berlin, Hofrichter, Horn-Dresden, Hugel, Jaffke, Jungnickel-Annaberg, Käppler, Katzenstein, Kilian, Kleinspehn, Klingler-Coburg, Krüger-Königsberg, Kniep, Kretzschmar, Kunert, Kurt, Leber, Ledebour, Lensch, Leopoldt, Leutert, Leuthold, Levi, Lewerenz, Liebknecht, Linde, Lippmann, Ludwig-Hagen, Luxemburg, Marxhausen, Meier-Zwickau, Menzel, Mucker, Müller-Mörs-Rees, Müller-Düsseldorf, Müller-Leipzig, Naumann, Ostkamp, Pannekoek, Panzer, Peter, Pinkau, Plorin, Raute, Reißhaus, Reitze, Ring, Rosenfeld, Roth, Rühle, Ryssel, Schindler, Schnabrich, Schinkel, Heinr. Schulz-Berlin, Schwartz, Schwarzburger, Schweida, Seip, Sollmann, Süßheim, Speich, Sperling, Stadthagen, Sterzel, Stolle, Karl Stubbe, Vogtherr, Voigt, Walther-Dresden, Wasser, Wellmann, Westkamp, Westmeyer, Wicky, Windau, Wittich, Wittig, Wünschmann, Zentgraf, Zetkin, Ziegler, Zubeil.

Mit nein haben gestimmt: Abele, Ahlemeier, Arzberger, Auer, Bahrdt, Bartels, Barth, Bauer, Beckmann, Beims, Bender, Berla, Bernstein, Birkholz, Birnkammer, Blume, Bolzmann, Böhle, Börner, Böske, Böttger, Brandes-Magdeburg, Brandes-Cuxhaven, Braun-Berlin, Brühne, Brecour, Brey, Bromme, Brückner, Bruns, Bullmer, Buch, Clajus, Darf, David, Davidsohn, Deck, Demtröder, Dengel, Deutsch, Diefenbach, Dommershausen, Dreßcher, Dröner, Dubber, Dürr, Eberle, Ebert, Eckardt, Edlich, Erdmann, Erckrath, Ernst, Ewald, Fahrenwald, Faulian, Feldmann, Felber, Felsmann, Fielitz, Edmund Fischer-Briesnitz, G. Fischer-Hannover, Richard Fischer-Berlin, G. Fischer-Cannstatt, Paul Fischer-Glauchau, Frank-Mannheim, Frank-Berlin, Frenzel, Friedrich, Fritsch, Frohme, Galke, Gebhardt-Burg b. Magdebg., Gehl, Gerisch, Glauche, Gomoll, Göhring, Göhre, Gradnauer, Graf, Grauer, Große, Grumbach, Gruber, Grünberg, Günther, Haberland-Düsseldorf, Haberland-Vohwinkel, Hahn, Hansen, Hansmann, Hartwig, Haß, Hasenzahl, Hasselbach, Haupt, Heilmann, Hein, Heitmann, Hengsbach, Henkel, Henning-Magdeburg, Hense, Herrmann, Herzog, Hetzschold, Heugel, Heymann, Hierl-Rosenhain, Hierl-Schwabach, Hildenbrand, Hörsing, Gottl. Hoffmann-Berlin, Herm. Hoffmann-Neundorf, Johannes Hoffmann-Iserlohn, Josef Hoffmann-Traunstein, Johann Hoffmann-Kaiserslautern, Karl Hoffmann-Bielefeld, Paul Hoffmann-Berlin, Hofmann-Saalfeld, Horn-Stettin, Hoßbach, Hüffmeier, Hünicke, Hug, Huhnfleisch, Husemann, Hutterer, Hüttmann, Jäckel, Jakobsen, Jantzen, Jasper, Jeckstadt, Jentzsch, John-Leipzig, John-Dresden, Jordan, Juul, Jülich, Jungnickel-Dresden, Kahmann, Kahnt, Kaßner, Keidel, Keil, Keller, Kern, Kiel, Kirschbaum, Klingler-Berlin, Klügel, Klüß, Klotzsch, Knapper, Knauf, Knieriem, Knoche, Knor, Koch, Köhler, Kohnen, König, Königshoff, Köpke, Kratsch, Krauß, Krause-Hamburg, Krause-

Elmshorn, Kretzig, Kröger, Krüger-Altona, Krüger-Leipzig, Kühn, Kurtzer, Lange, Langer-Chemnitz, Langer-Striegau, Lau, Laufenberg, Lehmann, Leibrecht, Leich, Leid, Lieser, Lindermeier, Lindner, Ludwig-Reichenbach, Lüth, Lüthje, Lutz, Maier, Marhenke, Matuszenski, Mehrlein, Meier-Oberzwehren, Melle, Michel, Michelsen, Molkenbuhr, Möller-Harburg, Moltmann, Müller-München, Müller-Groß-Dobritz, Müller-Berlin (Parteivorstand), Müller-Chemnitz, Munzel, Neumann, Neumeier, Neupert, Nespital, Nimmerfall, Nitsch, Noske, Obst, Oehme, Oppermann, Pagels, Paulick, Pawlitzki, Paetzel, Peirotes, Peus, Pfannkuch, Pflüger, Pigusch, Polmer, Poling, Porstendorfer, Preßmar, Quarck, Quessel, Raab, Rauch, Reichert, Reimers, Rennert, Reppenhagen, Riesberg, Rindfleisch, Rößler, Roßmann, Roth-Hamburg, Röttgen, Rudolph, Rynek, Sachse, Sailer-Luckenwalde, Sailer-Kempten, Schadow, Scheidemann, Phil. Schmid-Ingolstadt, Karl Schmidt-Rathenow, Ed. Schmidt-München, Fritz Schmidt-Berlin, Rich. Schmidt-Berlin, Rich. Schmidt-Meißen, Franz Schmitt-München, Johann Schmitt-Neustadt a. d. H., Schneider-Hannover, Schneider-Dresden, Schön, Schönfeldt, Schöpflin, Scholich, Scholz, Schrader, Schreck, Schröder, Schüning, Schulz-Witten, Schulz-Elbing, Schuhmacher, Schumann, Seel, Seifert, Sellin, Senkpeil, Siering, Silberschmidt, Simon, Süß, Spiegel, Sprenger, Stahl, Stäffler, Staimer, Steffen, Stengele, Stephan, Stirius, Striebing, Strohhecker, Struve, Heinrich Stubbe, Stuckenbrok, Taubadel, Thiele, Thielecke, Timm, Thöne, Thomas, Töneböhm, Treu, Ulrich, Undeutsch, Vesper, Vetterlein, Vetters, Vogel, Wagner-Neustädtel, Wagner-Mölln, Walter-Höchst, Wedemeyer, Wegener, Weill, Weinheber, Wels, Wengels, Werner, Wettermann, Wiezorek, Wiesner, Winkelmann, Winnig, Wißler, Wuschick, Wurm, Zabel, Zielke, Ziet, Zorn.

Vorsitzender **Ebert** erklärt, daß das Bureau heute abend das Resultat feststellen und morgen mitteilen wird. Darauf vertagt sich der Parteitag auf Mittwoch 9 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 17. September 1913. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Ebert** eröffnet um 9 Uhr die Verhandlungen. Ein Begrüßungstelegramm ist eingegangen vom Komitee der Auslandsorganisation Rußlands in Paris. Der Parteitag beschließt, den Donnerstagnachmittag nicht freizuhalten, wie ursprünglich beabsichtigt war. Eventuell soll die Freitagssitzung früher schließen.

Vorsitzender **Ebert** teilt dann das Resultat der gestrigen namentlichen Abstimmung über den Antrag 100 mit. Der Antrag wurde mit 333 gegen 142 Stimmen abgelehnt.

Darauf wird die Resolution des Parteivorstandes Nr. 94 gegen 2 Stimmen angenommen.

Emmel (zur Geschäftsordnung): Eine Anzahl meiner Kollegen haben nicht für die Resolution gestimmt, aber auch nicht dagegen, weil die Resolution von Niederbarnim noch ausstand, und die die wichtigere gewesen wäre.

Vorsitzender **Ebert** stellt fest, daß mit dieser Abstimmung die Anträge 11, 12 und 88 erledigt sind.

Pollender-Leipzig, **Müller**-Schönefeld und **Reiwand**-Halle erklären, daß sie verhindert waren, gestern an der namentlichen Abstimmung teilzunehmen und daß sie für den Antrag 100 gestimmt hätten.

Dietz und **Giermann** erklären, daß sie an der Abstimmung nicht teilnehmen konnten, aber gegen den Antrag 100 gestimmt hätten.

Damit sind Punkt 1 und 2 der Tagesordnung erledigt.

Es folgt der

Bericht der Reichstagsfraktion.

Vorsitzender **Bock** schlägt vor, bei der Erörterung dieses Punktes die Stellung der Fraktion zu den Deckungsfragen abzutrennen und mit der Steuerfrage zu verbinden. Damit ist der Parteitag einverstanden.

Die zu diesem Punkt gehörigen Anträge 27 bis 35 und 37 werden genügend unterstützt.

Berichterstatter **Heinrich Schulz**: Durch den Beschluß des Parteitags, von dem Bericht der Reichstagsfraktion die Stellung der Fraktion zur Deckungsfrage abzutrennen, ein Beschluß, der einem gemeinsamen Wunsche des Parteivorstandes und Parteiausschusses entspricht, und dem auch ich mich aus sachlichen Gründen anschließen kann, ist meine Aufgabe als Berichterstatter noch einfacher geworden, als sie sonst ohnehin gewesen wäre. Ich hätte auch im anderen Falle als Berichterstatter heute nicht allzuviel zu sagen gehabt. Die Stellung des Berichterstatters der Reichstagsfraktion unterscheidet sich von der Stellung z. B. des Berichterstatters des Parteivorstandes oder des Berichterstatters für eine bestimmte Frage, zu der durch Thesen Stellung genommen werden soll. Es handelt sich bei der Reichstagsfraktion nicht wie etwa beim Parteivorstand um eine geschlossene Gemeinschaft, die ihre Beschlüsse in der Regel einmütig faßt und für die der Berichterstatter einzutreten hat. Die Reichstagsfraktion bestimmt wohl die Redner für die einzelnen Fragen, aber sie schreibt den Rednern nicht vor, wie sie sie zu behandeln haben. Sie überläßt dem Redner das in seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat in der Voraussetzung, daß jeder sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete selbstverständlich imstande sein muß, zu der Frage, die ihm übertragen wird, selbständig die sozialdemokratische Auffassung zu vertreten. Das entspricht ja auch der Stellung, die bisher der Parteitag in immer wiederholten Beschlußfassungen zum Ausdruck gebracht hat, indem er allen Reichstagsabgeordneten die Berechtigung eingeräumt hat, auf dem Parteitag zu erscheinen. Sicherlich doch nur aus der Erwägung heraus, daß jeder Abgeordnete imstande sein soll, vor dem obersten Forum der Partei, vor dem Parteitage seine Tätigkeit als Abgeordneter zu rechtfertigen. Es gibt natürlich auch Fragen, über die die Fraktion abstimmt, Fragen, bei denen die Meinung der Mehrheit als die Meinung der Fraktion im Plenum des Reichstages vertreten wird. Sie wissen, daß eine dieser Fragen gerade die Deckungsfrage ist. Aber gerade bei solchen Fragen, bei denen es sich um Differenzen innerhalb der Fraktion handelt, bei denen eine Mehrheit einer kleineren oder größeren Minderheit gegenübersteht, hat der Referent der Reichstagsfraktion nur ein Amt, aber keine Meinung — als Referent! Er hat natürlich auch das Recht der freien Meinungsäußerung wie jeder andere Abgeordnete und jedes Mitglied des Parteitages und kann seine Meinung in der Debatte zum Ausdruck bringen. Aber als Vertreter der gesamten Fraktion darf er seine persönliche Auffassung nicht vermengen mit dem Bericht, den er zu erstatten hat. Es geht auch gar nicht anders. Sie können keinem Abgeordneten zumuten, daß er etwa, wenn er zur unterlegenen Minderheit gehört hat, dennoch mit innerer Ueberzeugung und Wärme für die Auffassung der Mehrheit eintreten soll. Noch weniger wäre es zulässig, wenn er als Vertreter der gesamten Fraktion seine Auffassung, die in der Minderheit geblieben ist, als Berichterstatter Ihnen empfehlen würde. Sie können auch